# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

—— Heft 241 ——

## Die Berliner Revue

Ein Beitrag zur Geschichte der konservativen Partei zwischen 1855 und 1875

Von

Dr. Adalbert Hahn

Verlag Dr. Emil Ebering Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom Matthiesen Verlag, Lübeck

> KRAUS REPRINT LTD. Vaduz 1965

Reprinted from a copy in the collections of The New York Public Library

#### Vorwort.

Die größte Schwierigkeit bei der Abfassung von Arbeiten zur deutschen Parteigeschichte besteht darin, daß dem Bearbeiter ein ungeheuer weitläufiges Material zur Verfügung steht, daß dieses aber gerade an den entscheidenden Punkten häufig genug versagt. Erst die Benutzung intimer Quellen wie z. B. des vertraulichen brieflichen Gedankenaustausches zwischen den führenden Persönlichkeiten kann den erwünschten Aufschluß bringen und die Gewähr geben für eine sichere Darstellung und Bewertung der wirklichen Vorgänge.

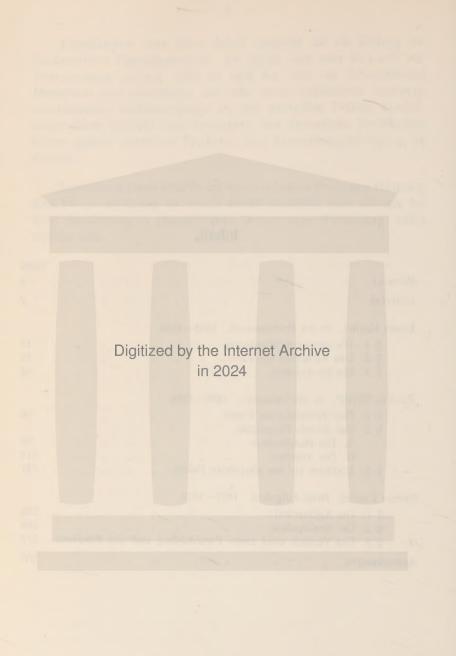
Trotz eifrigen Bemühens ist es mir nicht gelungen, den Nachlaß Rudolph Meyers ausfindig zu machen, der sehr reichhaltig sein muß. Ebenso war mir die Benutzung des Nachlasses von Hermann Wagener versagt, da er z. T. noch ungeordnet ist, z. T. von anderer Seite benutzt wurde. Durch die Heranziehung anderer Nachlässe konnte ich die hierdurch entstehenden Lücken einigermaßen ausfüllen. Danken möchte ich darum an dieser Stelle besonders Herrn Landrat a. D. v. d. Osten-Warnitz für die Erlaubnis zur Einsicht in den Nachlaß von Rodbertus-Jagetzow, Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Eulenburg für die Benutzung des Nachlasses von Karl v. Hertefeld, Herrn Albrecht Grafen zu Stolberg-Wernigerode für den Nachlaß von Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode, Hernn Schumacher für die freundlichen Hinweise den Nachlaß seines Vaters betreffend und Seiner Exzellenz dem Herrn Grafen Pückler-Oberweistritz für seine wertvollen Auskünfte und die Überlassung des Bismarckbriefes. Schließlich ist es mir eine angenehme Pflicht, dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, sowie der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin dafür zu danken, daß sie durch ihre finanzielle Hilfe den Druck dieser Arbeit ermöglicht haben.

Ursprünglich war diese Arbeit gedacht als ein Beitrag zur konservativen Parteigeschichte. Es stellte sich aber im Laufe der Untersuchung heraus, daß es sich bei dem zu behandelnden Menschen- und Ideenkreise um das erste Auftauchen nationalsozialistischer Gedankengänge in der deutschen Politik handelt. Möge dieser Versuch dazu beitragen, das historische Verständnis dieser großen deutschen Freiheits- und Erneuerungsbewegung zu fördern.

Besonderen Dank schulde ich meinem Lehrer Professor Hartung, dem ich die Anregung zu meiner Arbeit verdanke und der mir bei ihrer Ausführung in freundlichster Weise seine Förderung zuteil werden ließ.

## Inhalt.

									Seite
Vorwort					. =				3
Literatur			·			• 11			7
Erstes Kapitel	In der Rea	ktionszeit.	1855	-1858.					
§ 2. Da	e geistigen ( as Verhältnis e Sozialpolit	zur Partei	i						15 32 52
Zweites Kapitel. In der Defensive. 1858—1866.									
~	s Verhältnis s soziale Pr			• • •					<b>7</b> 6
A.	Die Handw Die Arbeite	erker							96 113
	nflüsse auf o								141
Drittes Kapitel	. Neue Aufg	gaben. 186	67—187	5.					
§ 2. Di	e Agrarpoliti e Sozialpoliti r Versuch e	ik							158 189 217
Anmerkungen.					. 0				260



#### Literatur.

#### A. Ungedruckte Quellen.

Nachlaß Karl v. Hertefeld. Gräflich Eulenburg-Hertefeldsches Hausarchiv Liebenberg i. d. Mark (abgekürzt H.A.E.).

Nachlaß Rodbertus-Jagetzow. Preußisches Geheimes Staatsarchiv (abgekürzt G.St.A.).

Nachlaß Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Nachlaß Hermann Schumacher, Reichsarchiv,

Bismarck. Beileidsschreiben an die Witwe des Grafen Stolberg. Mitgeteilt von Seiner Exzellenz Graf Pückler-Oberweistritz.

#### B. Gedruckte Quellen und Darstellungen.

A. Andrae (Roman). Erinnerungen eines alten Mannes aus dem Jahre 1848. Bielefeld 1895.

Hans v. Arnim und Georg v. Below. Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und der Gegenwart rechtsstehender Parteien. Berlin und Leipzig 1925.

Richard Augst. Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht. Leipzig 1917.

**Otto Bandmann.** Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864 bis 1866. Leipzig 1910.

Bruno Bauer. Rußland und das Germanentum. Charlottenburg 1853.

- Das Judentum in der Fremde. Berlin 1863.

Freimaurer, Jesuiten und Illuminaten in ihrem geschichtlichen Zusammenhange. Berlin 1863.

- Zur Orientierung über die Bismarcksche Aera. Chemnitz 1880.

August Bebel und Eduard Bernstein. hgg. Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx. Stuttgart 1913. Bd. 1—3.

August Bebel. Aus meinem Leben. 9. Auflage. Berlin 1930. Bd. 3.

**Alexander Bergengruen.** Staatsminister August Freiherr von der Heydt. Leipzig 1908.

Ludwig Bergsträsser. Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 6. Auflage. Berlin und Leipzig 1932.

Eduard Bernstein. Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. I. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Berlin 1907.

Otto Fürst v. Bismarck. Erinnerung und Gedanke. Kritische Neuausgabe. hgg. Gerhard Ritter und Rudolf Stadelmann. Berlin 1932.

- Gesammelte Werke. Berlin 1923 ff.

Erich Brandenburg. Die Reichsgründung. 2. Auflage 1922. Bd. 1-2.

Else Conrad. Der Verein für Sozialpolitik. Jena 1906.

**Johannes Croner.** Die Geschichte der agrarischen Bewegung in Deutschland. Berlin 1900.

Ludwig Dehio. Die preußische Demokratie und der Krieg von 1866. Aus dem Briefwechsel von Carl Rodbertus mit Franz Ziegler. Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte. Bd. 39 (1927, S. 229 ff.).

Otto v. Diest-Daber. Geldmacht und Sozialismus. Berlin 1875.

- Bismarck und Bleichröder. München 1897.

H. Dietzel. Karl Rodbertus. Darstellung seines Lebens und seiner Werke. Jena 1886/88. 2 Bde.

Fritz Eberhardt. Friedrich Wilhelm Hermann Wagener. Die ideellen Grundlagen seines Konservatismus und Sozialismus. Masch.-Diss. Leipzig 1922.

Rudolf Elvers. Viktor Aimé Huber. Sein Werden und Wirken. Bremen 1872 und 1874. 2 Bände.

Karl Edmund Femerling. Die Stellung der konservativen Partei zur gewerblichen Arbeiterfrage in der Zeit von 1848—1880. Masch.-Diss. Halle 1927.

Theodor Fontane. Zwischen Zwanzig und Dreißig. Berlin 1910.

Anonym (Konstantin Frantz). Die Erneuerung der Gesellschaft und die Mission der Wissenschaft. Berlin 1850.

Konstantin Frantz. Die Staatskrankheit. Berlin 1852.

- Vorschule zur Physiologie der Staaten. Berlin 1857.

- Kritik aller Parteien. Berlin 1862.

- Die Wiederherstellung Deutschlands. Berlin 1865.

Martin Gerhardt. Johann Heinrich Wichern. Bd. 3. Hamburg 1931.

Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlachs. hgg. von seiner Tochter. Berlin 1892. Bd. 2.

Ernst Ludwig v. Gerlach. Aufzeichnungen aus seinem Leben. Bd. 2. Schwerin 1903.

 Die Annexionen und der norddeutsche Bund. Vom Verfasser der Rundschauen. Berlin 1866.

Julius Glaser, hgg. Mitteilungen des Centralvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen. Heft 1—9. Berlin 1849/50.

- J. C. Glaser. Die allgemeine Wirtschaftslehre oder Nationalökonomie. Handbuch der politischen Ökonomie. 1. Teil. Berlin 1858.
- Über die Lage der arbeitenden Klassen unter dem System der individuellen Freiheit. Berlin 1863.
- Enzyklopädie der Gesellschafts- und Staatswissenschaften. Berlin 1864.
- Die Erhebung des Arbeiterstandes zur wirtschaftlichen Selbständigkeit. Berlin 1865.
- Rechtliche Bedenken betreffend die Ansprüche auf Succession in die Herzogtümer Holstein, Schleswig und Lauenburg. Berlin 1865.
- Archiv für den Norddeutschen Bund. 1866 ff.

- **Theodor von der Goltz.** Die Verhandlungen der Berliner Conferenz ländlicher Arbeitgeber. Danzig 1872.
- Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Danzig 1872.
- Geschichte der deutschen Landwirtschaft. Bd. 2. Stuttgart und Berlin 1903.
- **Otto Groth.** Die Zeitung. Mannheim, Berlin, Leipzig 1928—1930. 4 Bände. Grundzüge conservativer Politik. Berlin 1856.
- Anonym (Robert Bosse). Grundzüge conservativer Politik. In Briefen conservativer Freunde über conservative Partei und Politik in Preußen. 2. Auflage. Berlin 1868.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften (abgekürzt H.W.d.St.) 4. Auflage 1924 ff.
- Max Häne. Die Staatsideen des Konstantin Frantz. Gladbach-Rheidt 1929. Studien zur abendländischen Geistes- und Gesellschaftsgeschichte. Heft 3.
- **Karl Valerius Herberger.** Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage 1848—1862. Diss. Leipzig 1914.
- Max Hesse. Die politische Haltung Ludwig v. Gerlachs unter Bismarcks Ministerium 1862—1877. Berlin 1913.
- J. Heyderhoff. Ein Brief Max Dunkers an Herm. Baumgarten über Junkertum und Demokratie in Preußen. Historische Zeitschrift (H.Z.) Bd. 113 (1916).
- W. Hoffmann. Deutschland Einst und Jetzt im Lichte des Reiches Gottes. Berlin 1868.
- Eugen Jedele. Die kirchenpolitischen Anschauungen des Ernst Ludwig v. Gerlach. Diss. Tübingen 1910.
- Otto Jöhlinger. Bismarck und Professor Glaser. Tägliche Rundschau. Nr. 56 f. 8./9. März 1921.
- Erich Jordan. Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse 1848. München und Leipzig 1914.
- Jos. Edmund Jörg. Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland. Freiburg im Breisgau 1867.
- Erich Kaufmann. Studien zur Staatslehre des monarchischen Prinzips, Diss. Halle 1906.
- Emil Erich. W. O. Kahn. Die Entwicklung der konservativen Partei aus einer Moralpartei zu einer Agrarpartei. Masch.-Diss. Leipzig 1924.
- **Johannes B. Kißling.** Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich. Freiburg i. B. 1913. Bd. 2.
- Horst Kohl. Bismarck Jahrbuch. Bd. 1-6. Berlin 1894 bis 1899.
- Bismarcks Briefe an Leopold v. Gerlach. Berlin 1896.
- Briefwechsel zwischen Graf zu Eulenburg und Bismarck. Deutsche Revue 1900. Bd. I.
- O. Kraus. Aus Heinrich Leos geschichtlichen Monatsberichten und Briefen. Allgemeine konservative Monatsschrift. Bd. 51 (1894).
- Franz Lauter. Preußens Volksvertretung in der zweiten Kammer und im Hause der Abgeordneten vom Februar 1849 bis Mai 1877. Berlin o. J.

- v. Lavergne-Peguilhen. Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft. Königs berg 1838/42.
- Der Liberalismus und die Freiheit. Königsberg i. Pr. 1847.
- Sozialpolitische Studien. Berlin 1863.
- Schleswig-Holstein. Sozialpolitische Studien. Berlin 1866.
- Die conservative Soziallehre. 2 Hefte. Berlin 1868 und 1870.

Heinrich Leo. Was ist konservativ? Berlin 1864.

Adolph Lette. Über die Verfassungszustände in Preußen. Berlin 1857.

**Georg Lüttke.** Die politischen Anschauungen des Generals und des Präsidenten von Gerlach. Diss. Leipzig 1907.

Alexander Lewy. Zur Genesis der heutigen agrarischen Ideen in Preußen. Diss. München 1898.

Gerhard Masur. Friedrich Julius Stahl. Bd. 1. Berlin 1930.

Gustav Mayer. Johann Baptist v. Schweitzer und die Sozialdemokratie. Jena 1909.

- Friedrich Engels. Bd. 1. Berlin 1920.

- Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe und Schriften. Bd. 6. Stuttgart und Berlin 1925.
- Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche. Berlin 1928.

Franz Mehring. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart 1897. Rudolph Meyer. Die Centrallandschaft für die preußischen Staaten und ihr Kritiker Geh. Ober-Reg.-Rath a. D. Noah. Berlin 1872.

- Die ländliche Arbeiterfrage in Deutschland. Berlin 1873.
- Die bedrohliche Entwicklung des Sozialismus und der Lehre Lassalles. Berlin 1873.
- Die neueste Literatur zur sozialen Frage. Berlin 1873.
- Was heißt conservativ sein? Berlin 1873.
- Der Emanzipationskampf des Vierten Standes. Berlin 1874/75. 2 Bände.
- Sozialpolitische Flugblätter. Berlin 1874.
- Sozialpolitische Correspondenz. Nr. 1—8. 1875. Nachlaß Rodbertus. G.P.A.
- Der Sozialismus in Dänemark. Berlin 1875.
- Politische Gründer und die Corruption in Deutschland. Leipzig 1877.
- hgg. Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow.
  (Zitiert Meyer: Briefe.) Berlin 1882.
- Der Kapitalismus fin du siècle. Leipzig und Wien 1894.
- Hundert Jahre conservativer Politik und Literatur. Leipzig und Wien (1895) Bd. I (nicht mehr erschienen).
- Die altkonservative Wirtschaftstheorie. Die Zeit. Bd. 16 (1898) S. 131ff.;
  148 ff.
- Die altkonservative Theorie in der Arbeiterfrage. Die Zeit. Bd. 15 (1898) S. 36 f.; 51 ff.; 68 f.

John Stuart Mill. Betrachtungen über Repräsentativverfassung. Übersetzt und eingeleitet von F. A. Wille. Zürich 1862.

Wilhelm Baron v. Minnigerode. Artikel 20 der Reichsverfassung. Berlin 1874.

Hugo Müller. Der Preußische Volksverein. Diss. Greifswald 1914.

Philipp v. Nathusius-Ludom. Conservative Partei und das Ministerium. Berlin 1872.

- Conservative Position. Berlin 1876.

Paul Nerrlich, hgg. Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebücher. Bd. 2. 1848/1880. Berlin 1886.

Otto Neuendorff. George Hesekiel. Berlin 1932.

Siegmund Neumann. Die Stufen des preußischen Konservatismus. Berlin 1930.

M. A. Niendorf. Der Landbau und die indirekten Steuern. Berlin (1869).

- Die Besteuerung des Grundbesitzes und die Vertretung des landwirtschaftlichen Gewerbes. Berlin o. J.
- Die Rittergüter der östlichen Provinzen. Separatabdruck aus der Berliner Revue. Berlin 1871.
- Soziale Studien. Heft 1 und 2. Berlin 1871.

Hermann Oncken. Lassalle. Eine politische Biographie. 4. Auflage. Stuttgart und Berlin 1923.

 Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts. Preußische Jahrbücher. Bd. 146. 1911.

Ingwer Paulsen. Viktor Aimé Huber. Leipzig 1931.

Ludolf Parisius. Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878.

Ludwig Pastor. August Reichensperger. Freiburg i. B. 1899. Bd. 1-2.

**Heinrich Pesch.** Lehrbuch der Nationalökonomie. 3. u. 4. Auflage. Freiburg i. B. 1924. Bd. 1.

Hermann v. Petersdorf. Friedrich Wilhelm IV. Stuttgart 1900.

- Kleist-Retzow. Stuttgart und Berlin 1907.
- Deutsche Männer und Frauen, Berlin 1913.
- Bismarcks Briefwechsel mit Kleist-Retzow. Stuttgart und Berlin (1919).

Otto Pfülf. Bischof v. Ketteler. Mainz 1899.

Clemens Graf Pinto. Schach dem Ministerium Hansemann. Berlin 1848.

- Suum cuiqui und die von Hansemann aufgepflanzte Fahne. Breslau 1876.
  Heinrich v. Poschinger. Fürst Bismarck als Volkswirt. Berlin 1889—1891.
  Bd. 1—3.
- Aktenstücke zur Wirtschaftpolitik des Fürsten Bismarck. Berlin 1890/91.
  Bd. 1—2.
- Ein Achtundvierziger. Lothar Buchers Leben und Werke. Berlin 1894.
  Bd. 1—3.
- Neues Bismarck-Jahrbuch. Wien 1911. 1 Band.
- Elisabeth v. Richthofen. Über die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschutzgesetzgebung. Diss. Heidelberg 1901.

Gerhard Ritter. Altersbriefe Gerlachs. Deutsche Revue. 1911. Bd. 1-2.

Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik. 1858
 —1876. Heidelberg 1913.

Anonym (Hermann Robolsky) Bismarck nach dem Kriege. Leipzig 1883.

Carl Rodbertus-Jagetzow. Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Creditnot des Grundbesitzes.
 2. Auflage mit einem Vorwort von Rudolph Meyer. Berlin 1893. (zitiert: Rodbertus Kreditnot).

Neue Briefe über Grundrente, Rentenprinzip und soziale Frage an Schumacher, hgg. Robert Michels und Ernst Ackermann. Karlsruhe 1926 (zitiert: Neue Briefe).

Graf Roon. Denkwürdigkeiten. 5. Auflage. Berlin 1905. Bd. 1-3.

Hermann Roesler. Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftslehre. Erlangen 1871.

Hans Rothfels, hgg. Otto v. Bismarck. Deutscher Staat. Ausgewählte Dokumente. München 1925.

 Zur Geschichte der Bismarckschen Innenpolitik. Archiv für Politik und Geschichte 1926. Heft 9.

 Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik. Berlin 1927.

Felix Salomon. Die deutschen Parteiprogramme. 2.—4. Aufl. Bd. 1—2. Leipzig und Berlin 1912—1932.

A. Sartorius v. Waltershausen. Deutsche Wirtschaftsgeschichte. 1815—1914. Jena 1920.

Hans v. Scheel. Unsere sozialpolitischen Parteien. Leipzig 1878.

E. Schläger. Bruno Bauer und seine Werke. Schweitzers Internationale Monatsschrift. Jg. 1882. Bd. 1, 377 ff.

Gustav Schmoller. Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle 1870.

J. B. v. Schweitzer. Lucinde oder Capital und Arbeit. Frankfurt a. M. 1863/64. Bd. 1—3.

Werner Sombart. Der proletarische Sozialismus. Jena 1924.

**Friedrich Julius Stahl.** Philosophie des Rechtes. 3. Auflage. Heidelberg 1854. Bd. 1—2, 1—2.

 Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. (abgekürzt zitiert: Stahl: Parteien). Berlin 1863.

Die Philosophie des Rechts. Eine Auswahl nach der 5. Auflage. Eingeleitet und herausgegeben von H. v. Arnim. Tübingen 1926.

Eugen Stamm. Konstantin Frantz Schriften. Erster Teil. 1817—1856. Heidelberg 1907.

-- Konstantin Frantz 1857—1866. Ein Wort zur deutschen Frage. Berlin und Leipzig 1930.

F. Stephan. Die 25jährige T\u00e4tigkeit der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Berlin 1900.

Oskar Stillich. Die politischen Parteien in Deutschland. Bd. 1. Die Konservativen. Leipzig 1908.

**Herbert Sultan.** Rodbertus und der agrarpolitische Sozialkonservatismus. Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften. Bd. 82 (1927) S. 71 ff.

**Rudolf Todt.** Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. 2. Auflage. Wittenberg 1878.

v. Ungern-Sternberg. Unter dem konservativen Banner. Monatsschrift für Stadt und Land. Jg. 62. 1905.

Fritz Vigener. Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben. München und Berlin 1924.

Hermann Wagener. Staats- und Gesellschaftslexikon. Berlin 1859 ff.

- Was wir wollen. Ein Wort zur Verständigung. Berlin 1859.
- Denkschrift über die wirtschaftlichen Assoziationen und sozialen Coalitionen.
  Auflage. Neuschönefeld an Leipzig. 1867. (Vorhanden auf der Universitätsbibliothek Breslau.) (Zitiert: Wagener Denkschrift.)
- (Anonym). Die Lösung der sozialen Frage. Bielefeld und Leipzig 1878.
- (Anonym). Kritik der Quintessenz des Sozialismus. Bielefeld und Leipzig 1878.
- Erlebtes, Berlin 1884,
- Die Mängel der christlich-sozialen Bewegung, Minden i. Westf. 1885.
- Aus Rodbertus Nachlaß. Minden i. Westf. 1886.
- (Anonym). Aus den Aufzeichnungen eines alten preußischen Staatsmannes. Deutsche Revue. 1888. Bd. 13, 2. S. 318 ff., Bd. 13, 3. S. 92 ff.

Adalbert Wahl. Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Bd. 1. Stuttgart 1926.

Hans Walter. Die innere Politik des Ministers v. Manteuffel und der Ursprung der Reaktion in Preußen. Diss. Berlin 1900.

Was wir wollen. Flugschrift. Berlin 1873.

P. Wentzke und J. Heyderhoff. Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bd. 2. Bonn und Leipzig 1926.

Adolf Wolff. Berliner Revolutionschronik. Berlin 1851—54. Bd. 1--3.

Johannes Ziekursch. Die Reichsgründung. Frankfurt a. M. 1925.

Die Zukunftsparteien und die Aufgaben der preußischen Regierung und Gesetzgebung. Berlin 1870.

#### C. Verhandlungsberichte.

Verhandlungen der Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage am 6. bis 8. Oktober 1872. Leipzig 1873.

Verhandlungen der 3. Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik. 1875. Berlin 1875 — Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 11.

Bericht über die Verhandlungen des 1., 2., 3. und 6. Kongresses deutscher Landwirte. Berlin 1868—70. 1875.

Stenographische Berichte der Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses. 1956 ff. (Sten.Ber.Abgh.).

Stenographische Berichte der Verhandlungen des Herrenhauses. 1866.

Stenographische Berichte der Verhandlungen des norddeutschen bezw. deutschen Reichstages 1867 ff.

#### D. Zeitungen.

Berliner Revue. Sozialpolitische Wochenschrift 1855 bis 1873. (zitiert B.R.) J. C. Glaser. Jahrbücher für Staats- und Gesellschaftswissenschaften. Bd. 1—12. 1864 ff. (zitiert Glasers Jbb.)

Germania. November 1877.

Evangelische Kirchenzeitung. 1867.

Protestantische Kirchenzeitung für das evangelische Deutschland. 1882. Juni.

Kölnische Zeitung. Dezember 1857.

Deutsche Landes-Zeitung. 1871. (1872—74 auf den deutschen Bibliotheken nicht vorhanden.) (zitiert D.L.Z.)

Landwirtschaftliches Centralblatt für Deutschland. 1868-1870.

Neue Preußische Zeitung. 1855 ff. Juni 1923. (zitiert N.P.Z.)

Der Neue Sozialdemokrat. Berlin. 1871-1873.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. April 1866. Januar-Juni 1872.

Preußisches Volksblatt 1859 ff. (zitiert P.V.); später Neues allgemeines Volksblatt (zitiert N.A.V.).

Preußisches Wochenblatt. 1856.

Spenersche Zeitung. Dezember 1855.

Volksblatt für Stadt und Land, hgg. Philipp Nathusius. Halle 1856 ff.

Der Volksstaat. 1869-1871.

Niendorfs Zeitung für Grundbesitzer und Landwirte. Berlin 1870-1871.

#### Erstes Kapitel.

#### In der Reaktionszeit. 1855—1858.

## § 1. Die geistigen Grundlagen.

Man ist gewöhnt, die konservative Partei während der fünfziger Jahre als eine geschlossene Einheit zu sehen und ihre Anschauungen mit denen des Gerlachschen Kreises gleichzusetzen. Nachdem sich der liberale Flügel unter Bethmann-Hollweg im Jahre 1851 von der Partei getrennt und eigene Wege eingeschlagen hatte, schien tatsächlich die geistige Führerschaft der Gerlachs und Stahls unbestritten zu sein. Allein wenn man genauer hinsieht, wird man feststellen können, daß dies nicht in dem Maße der Fall war, wie man gemeinhin annimmt. Neben der religiös-romantischen Richtung lief eine andere her, die unkirchlich-realistisch eingestellt war. Weltanschaulich standen sich beide Strömungen im Grunde feindlich gegenüber. Verbunden wurden sie letzten Endes nur durch den gemeinsamen Kampf gegen die Revolution. Nach außen hin trat dieser Gegensatz wohl nicht sehr auffällig in Erscheinung, aber für die spätere Entwicklung der Partei und ihrer Grundsätze wurde er von erheblicher Bedeutung und spielte eine bedeutsame Rolle.1

Es handelte sich nicht um ein kleinliches Parteigezänk, das nur für die interne Parteigeschichte interessant ist, sondern der realistischer denkende Flügel arbeitete der Politik Bismarcks vor. Während Ludwig von Gerlach, der typische Vertreter des romantischen Konservatismus, nie Verständnis für die Bismarcksche Realpolitik gezeigt hat, unterstützten sie seine deutsche Politik, und wenn sie auch von seinen großartigen Anschauungen weit entfernt waren, so verdienen sie doch als seine Wegbereiter unter den Konservativen Beachtung. Weder zu den Romantikern unter den Konservativen zu rechnen, noch zu den liberalen Konservativen gehörend, stellten sie einen eigenen Typ konservativer Geistigkeit dar.

Der große Dogmatiker und Theoretiker der konservativen Partei von 1848 war der Rechtsphilosoph und Staatsrechtslehrer Friedrich Julius Stahl. In seiner "Philosophie des Rechts" hat er das grundlegende Werk geschrieben, das das konservative Denken entscheidend bestimmt hat und vor dessen Wirksamkeit alle seine Vorläufer in den Schatten gestellt wurden. Das Entscheidende an seiner Lehre war, daß er nicht einseitig auf die Verteidigung und Verherrlichung der Vergangenheit eingestellt war, sondern die wirksamen Kräfte der Gegenwart verstehen und verarbeiten wollte und selbst die brauchbaren Elemente des Liberalismus heranzog, um sie seinem System einzufügen. Er warf den "älteren konterrevolutionären Schriftstellern" (Haller und A. Müller) die negative Verherrlichung der Vergangenheit vor und wollte seinerseits aus der Gegenwart für die Gegenwart schreiben.<sup>2</sup> Sorgfältige Beachtung der historischen Kontinuität und Überlieferung verband sich mit metaphysischer Begründung derselben zu einer geschlossenen Einheit, die sich nicht in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen setzte, sondern sinnvolle Verständigung mit ihnen suchte. Es war ein in sich abgerundetes politisches und staatsphilosophisches System von einer solchen Geschlossenheit, wie sie von keinem andern konservativen Denker nach ihm wieder erreicht worden ist. Seine politische Bedeutung beruhte darauf, daß er es den Konservativen durch seine staatsrechtlichen Darlegungen ermöglicht hat, den Verfassungsstaat anzuerkennen, und daß er sie aus den Banden Hallers gelöst, von einer retrospektiven Betrachtung des Staatslebens befreit und zur Anerkennung des gegenwärtigen Staates veranlaßt hat. Seine staatsphilosophische Arbeit war gekennzeichnet durch ein unablässiges Ringen um einen Ausgleich zwischen Idee und konkreter Wirklichkeit; jenes uralte Problem war für ihn eine Frage erster Ordnung und nahm eine zentrale Stellung in seiner Staatslehre ein.3

Der Staat ist göttlichen Ursprungs und alle menschlichen Rechts- und Staatsnormen sind von der göttlichen Weltordnung abhängige Teile. Der Mensch ist Gottes Geschöpf und deshalb von ihm abhängig. Zugleich aber ist er auch selbständige Persönlichkeit nach dem Bilde des als Person gedachten Gottes, und daher ist er selbständig in sich und auf sich selbst gestellt. In aller Selbständigkeit bleibt er aber auf Gott bezogen.<sup>4</sup> Aus der Anerkennung der Persönlichkeit fließt der absolute Wert alles Positiven und Indi-

viduellen.5 Wohl sind die menschlichen Verhältnisse "Gottes Weltordnung", aber innerhalb derselben herrscht der menschliche Wille. Das Menschengeschlecht soll nicht bloß die Gebote Gottes erfüllen, sondern sie auch als Werkzeuge und Gefäße der Weltregierung unter dem Einfluß Gottes als eigene setzen und handhaben, "das Recht selbständig als eigene Ordnung des Menschen aufrichten".6 Das Recht trägt daher in sich einen dialektischen Charakter: es ist menschliche Ordnung und zugleich bestimmt zum Dienst der göttlichen. Je älter Stahl wurde, umso mehr arbeitete er diesen doppelten Gehalt des Rechtes heraus. In einer Anmerkung zur 3. Auflage<sup>7</sup> hob er selber ausdrücklich hervor, daß er die menschliche Seite im Unterschied zu dem unmittelbaren göttlichen Gebote bisher nicht genügend betont habe. Dasselbe, was hier über das Recht dargelegt ist, gilt auch für den Staat und seine verschiedenen Formen und Gestalten. Aber diese Dialektik, die alle Erscheinungen des Staatslebens gleichzeitig als menschliche und göttliche Einrichtungen bezeichnet und sie unauflöslich aufeinander bezieht, birgt eine praktische Schwierigkeit in sich, nämlich die der Abgrenzung der beiden Begriffe gegeneinander, wenn sie auf die gegebenen Verhältnisse angewandt werden sollen. Es ergibt sich die Frage, ob jede politische Handlung, sofern sie von Erfolg begleitet ist, von vornherein die "göttliche Sanktion" erhält, weil der Mensch als selbständiges Wesen gottähnliche Handlungsfreiheit hat, oder ob die göttliche Weltordnung nicht bloß das Vorbild, sondern auch die bis in Einzelheiten gehende Norm für das menschliche Handeln in den irdisch gegebenen Zuständen ist. Das würde in seiner schärfsten Konsequenz bedeuten, daß schließlich doch die von Stahl selbst abgelehnte Theokratie8 in die Wirklichkeit umgesetzt, daß der Staat nach theoretischen Sätzen geleitet, aber nicht genügend mit den unaufheblichen Realitäten des irdischen Lebens, die nur durch irdische Mittel zu bewältigen sind, gerechnet wird. Wenn auch für Stahl a priori das Handeln ausfiel, das nicht die im "sittlichen Reiche" verkörperten Gebote Gottes achtet, und das daher zu einem individuellen Willkürregiment führt, so war die zweite Möglichkeit um so ernster zu nehmen.

In der Lehre von der Legitimität<sup>9</sup> kam diese innere Problematik deutlich zum Vorschein. Bei der Lösung der deutschen Frage zeigte es sich, daß die Dialektik des Stahlschen Begriffes nicht elastisch genug ist, um die Wirklichkeit zu umfassen, sondern daß ihre Teile auseinanderfallen und sich sondern, ohne zur Synthese zu kommen. Ein Teil der Altkonservativen faßte sie im strengsten Sinne und verwarf die Bismarcksche Politik, die andern sahen mehr die reale Seite an ihr und stellten sich hinter sie. Die Einheit der Partei ging aber verloren, weil die Eindeutigkeit der zugrundeliegenden Begriffe fehlte. Stahl selber hätte wohl an der Seite Bismarcks gestanden. Die von Stahl versuchte Lösung ließ aber Zweifel über eine eindeutige Auslegung.10 Obwohl ein unmittelbares Eingreifen Gottes in den Lauf der Welt nicht stattfindet, sondern der Mensch als der Sachwalter Gottes die Herrschaft über diese ausübt, so wird diese Vollmacht andererseits wieder eingeschränkt; denn Gott muß den von dem Menschen geschaffenen Zuständen seine "Sanktion" geben, dadurch daß er sie duldet und zuläßt. Weil nun diese Zustände von Gott sanktioniert sind, weil sie damit ein Teil des göttlichen Weltenplanes geworden sind, darf der Mensch nun nicht mehr an ihnen rütteln.11 Es ist an sich höchst gleichgültig, welche Staatsform die Menschen haben, aber sind sie erst für eine bestimmte entschieden, dann steht diese fest. "So wie der menschliche Wille, der Wille des Volkes den bestimmten Staat, die bestimmte Verfassung, die bestimmte Dynastie gegründet hat, so lösen sich diese sofort von ihm, sind eben damit Staat geworden und binden daher also gleich als Staat, eben weil der Staat göttliche Ordnung ist, diejenigen so sie errichtet nicht minder als die Nachkommen, so sie vorfinden."12 Auf diese Weise werden selbst illegitime Dynastien mit der Zeit legitim und verlieren ihren revolutionären Charakter. 13 Aber er fügte hinzu: "Wann diese heiligende Kraft der Zeit eintrete, darüber gibt es keine Regel, das hängt von den Umständen ab". Stahl sah also selber die Schwierigkeit, aber er glaubte, daß sie zu überwinden ist. Tatsächlich liegt hier ein schwacher Punkt; denn dem menschlichen Ermessen bleibt es notwendig überlassen zu entscheiden, wann dieser Zeitpunkt eintritt. Damit wird die sogenannte "göttliche Sanktion" von menschlichen Entscheidungen abhängig gemacht und ist nicht die souveräne Gottes, sondern unterliegt der menschlichen Interpretation.

Dasselbe Prinzip, das im Politischen Geltung hat, die politischen Grundbegriffe bestimmt, und ihnen gegenüber dem selbstherrlichen Menschen, der in ihnen nur eine Einrichtung des auto-

nomen Willens sieht, Sicherheit und Bestand verleiht, wandte Stahl auch auf das Soziale an. Der Begriff des göttlichen Rechts sollte alle übermäßigen Ansprüche eindämmen und wurde gegenüber den Forderungen sowohl des Liberalismus wie des Sozialismus und Kommunismus geltend gemacht. Auch auf dem sozialen Gebiete gibt es eine Ordnung Gottes, die nicht von den Menschen angetastet werden darf, ohne sich zu dem göttlichen Gesetz in Widerspruch zu setzen. Aller menschlicher Zustand beruht auf Gottes Fügung und Zuteilung.14 Er ist es, der den Menschen in seiner individuellen Anlage und Eigenart geschaffen hat, er hat ihm seine besonderen Fähigkeiten und seinen besonderen Erwerb zuerteilt, der seine soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft bestimmt, er hat ihn mit irdischen Gütern versehen, er läßt den einen als Standesherrn und den andern als Proletarier geboren werden. Er ist es, der den einen reich und den andern arm auf die Welt kommen läßt. "Was der Mensch durch Gottes Fügung geworden ist, ist sein geheiligtes Recht."15 Darum hat das Eigentum so gut seine göttliche Sanktion, wie sie das Königtum besitzt.16 Alles, die Achtung vor dem König, des Eigentums und der Obrigkeit geht auf dieselbe Urquelle zurück, das durch göttliche Sanktion erwachsene Recht. Innerhalb dieser Schranke, die mit der Welt selbst als ihr fester Bestandteil gesetzt ist, sind der freien Weiterentwicklung nur enge Grenzen gelassen.

Das Eigentum trägt nun aber nicht den Charakter eines unbedingten uneingeschränkten Eigentums, der Einzelne kann nicht frei und autonom damit schalten, sondern in der Verantwortung vor Gott. Daraus erwächst die Verpflichtung, es nicht zu mißbrauchen und kein Unrecht und keine Ungerechtigkeit damit zu begehen. In der Anwendung auf die soziale Frage heißt das: väterliche Fürsorge für die Untergebenen, das Gesinde und die Arbeiter, für die der Besitzende gewissenhaft als der Sachwalter Gottes zu sorgen hat und für den Untergebenen, sich willig unterzuordnen und die gegebene Autorität in jeder Form zu achten.

Bei konsequenter Weiterführung dieser Gedanken mußte die Arbeiterbewegung als ein Bruch dieser Prinzipien erscheinen und eine Empörung nicht gegen die Besitzenden, sondern gegen die gottgewollte Autorität und von ihm zugelassene Weltordnung sein. Indem so die soziale Bewegung auf einen Kampf zwischen Prinzipien zurückgeführt wurde, denen gegenüber die ökonomischen Verhält-

nisse eine untergeordnete Rolle spielen, wurde aus der sozialen eine geistige und sittliche Not gemacht. Infolgedessen erschien als das beste Mittel, um der sozialen Not abzuhelfen, eine Bekehrung der Herzen und Läuterung der Gesinnung, sowohl bei den Herren wie den Dienern. Hier kam das pietistische Element in ihm mit ursprünglicher Kraft zum Vorschein. Die Nächstenliebe, die aus wahrem christlichen Glauben fließt, wurde das eigentliche erlösende Moment in der sozialen Frage. Letzten Endes resignierte Stahl vor der Macht der Sünde und des Bösen, als deren Ausfluß die soziale Not auftritt. Der Kampf gegen diese ewigen Feinde des Menschen verlor ganz seine materielle Seite, sie wurde in seiner religiösen Grundstimmung zu einem Kampf zwischen Christ und Antichrist. Nicht eine Erkrankung des Sozialkörpers liegt vor, sondern die Seele des Volkes ist getroffen. Nicht sowohl der Volkswirtschaftler und der Staatsmann sind hier zuständig, als der Theologe und der Seelsorger.

Staat und Gesellschaft waren für Stahl nur zwei Seiten ein und derselben nationalen Existenz. Sie lassen sich nicht getrennt behandeln, sondern stehen in unlösbarer Wechselverbindung. Er verwarf die Lehre der sozialistisch-kommunistischen Schule, daß Staaten und Verfassungen bloßer Ausfluß der wirtschaftlichen und sozialen Zustände der Gesellschaft sind. Infolgedessen lehnte er es auch ab, das soziale Gebiet getrennt für sich zu behandeln und auf ihm die Hilfe für die soziale Not zu suchen. Vielmehr ist die "Abwehr der Verarmung vorzüglich von politischen Verhältnissen, von der Gründung fester Autoritäten, von Aufrechterhaltung von Zucht und Unterordnung abhängig. Die Trennung des Sozialen und des Politischen ist überall ein Irrtum."18 Aus diesem Grunde wollte er nichts mit der konservativen sozialpolitischen Schule zu tun haben. die diese Dinge anerkannte, ohne aber ausgesprochen sozialistische Ideen und Forderungen anzunehmen. Die soziologische Betrachtungsweise steckte zu seinen Zeiten zwar noch in den Kinderschuhen, aber Stahl überschätzte die Bedeutung der politisch-staatlichen Betrachtungsweise und berücksichtigte die sozialen und wirtschaftlichen Momente nicht genügend. Wie sehr auch den konservativen Gedanken eine soziologische Betrachtungsweise fördern kann, ist seinem sonst so scharfen Blick entgangen.

Wenn auch Stahl die große Autorität für die preußischen Konservativen geworden war und auch seine Gegner ihm ihre

Achtung nicht versagen konnten, so blieb seine geistige Führerschaft nicht unangefochten; denn er war der Exponent des strenggläubigen, pietistisch gefärbten Teiles der konservativen Partei, der sich in der engeren Kreuzzeitungs-Partei sammelte. Obwohl er sich redlich mühte, der Wirklichkeit keine Gewalt anzutun und sie voll und ganz zu ihrem Rechte kommen zu lassen, wurde letzten Endes doch alles nach der Schnur der Idee gemessen. Seine Lehre verknüpfte den empirischen Staat und die konkreten Verhältnisse so unmittelbar mit der göttlichen Ordnung, daß ihre Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt wurde. Wer nicht seinen religiösen Standpunkt teilte, mußte nach einer anderen Begründung seines Konservatismus suchen. Auch der praktische Politiker, der in den "legitimen" und daher unantastbaren Zuständen ein Hindernis für seine politischen Pläne erblickte, mußte sich von der Starrheit der Lehre von der Legitimität freimachen. Schließlich ließ sich überhaupt über die Stahlsche Methode streiten, ob es richtig ist, von den obersten Lehrsätzen des christlichen Glaubens aus eine Staatslehre abzuleiten oder ob dabei nicht das Eigenleben des Staates Gefahr lief, zu verkümmern. An der Wahrheit des Christentums zweifelten auch die andern Konservativen nicht, aber sie wollten nicht das Überwiegen des geistlichen Gesichtspunktes. War es nicht möglich, an die Stelle des deduktiven ein induktives Verfahren zu setzen, den umgekehrten Weg, den Stahl gegangen war, einzuschlagen, von den gesellschaftlichen Gegebenheiten auszugehen und von dort aufsteigend das Ganze eines Staates aufzubauen? Damit hätte man sich von der Verankerung des Staates in den christlichen Wahrheiten freigemacht und ihn auf andere Grundlage gestellt. Verbürgte nicht diese Methode, weil sie von den bestehenden Einrichtungen unmittelbar ausging, den konservativen Charakter einer so ausgebildeten Staatslehre? Denn bei Stahl ergab sich, daß im konkreten Fall oft genug ein Zwiespalt zwischen der Idee und der Wirklichkeit blieb. Und ließ sich nicht schließlich sogar theologisch rechtfertigen, das Christentum auf den Bezirk der Seele zu beschränken und losgelöst von allen dogmatischen Sätzen auf dem Wege der reinen Tatsachenforschung die Eigengesetzlichkeit des Staates aufzudecken? Die bei solchem Vorgehen gefundenen Gesetze konnten dann unbefangen auf den Einzelstaat angewandt werden, ohne befürchten zu müssen, dadurch eine angenommene göttliche Ordnung zu verletzen. Auch

zu den Fragen der Sozialpolitik mußten die Anhänger dieser Methode ein unbefangeneres Verhältnis gewinnen. Sie konnten, viel weniger durch Vorurteile belastet, an die Dinge herangehen. Hinfort waren die Gründe der Zweckmäßigkeit maßgebend, und bedeuteten Eingriffe in alte Institutionen nicht eine Verletzung heiliger Gesetze.

Diese Richtung vertrat ein soziologisch geschultes Denken. Sie wollte die natürlichen Grundlagen und Elemente, aus denen die Gesellschaft zusammengesetzt ist, entwickeln und aus ihnen einen organischen Staat zusammensetzen. Ganz im Gegensatz zu Stahl berief sie sich dabei auf den Sozialismus und rühmte es als sein großes wissenschaftliches Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Voraussetzung und der notwendige Unterbau für den Staat sind, daß ein Staat, dessen politische Struktur in Widerspruch zu seiner sozialen und wirtschaftlichen steht, zusammenbrechen muß. 10 Hatte es Stahl versucht, die brauchbaren Erkenntnisse des Liberalismus zu verarbeiten und ihn dadurch zu überwinden, so versuchte sie das gleiche mit dem Sozialismus, ohne bei ihrem Versuch das liberale Gedankengut zu übersehen und aus dem Auge zu verlieren. Bei aller Anerkennung der Verdienste Stahls gipfelte ihre Kritik darin, daß die Gesellschaftslehre als der schwächste Teil in seinem System anzusehen ist, daß er in seiner Rechtsphilosophie der Gesellschaft zu wenig Selbständigkeit einräumt und sie dem Staate zu sehr unterordnet.20

Die konservative sozialpolitische Schule war durch die Methode der Naturwissenschaften beeinflußt. Sie machte den Versuch, die naturwissenschaftlichen Methoden, zur Erkenntnis zu gelangen, auf staats- und gesellschaftswissenschaftlichem Gebiete anzuwenden. Der Vorkämpfer eines derartigen Konservatismus war v. Lavergne-Peguilhen. Seine Arbeiten blieben zunächst unbeachtet. Erst nach 1848 gewann er bei den Konservativen einiges Ansehen.<sup>21</sup> Zwischen 1838 bis 1841 erschien sein Hauptwerk: Die Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft.<sup>22</sup>

In seiner Jugend war Peguilhen von den Wahrheiten des Liberalismus überzeugt gewesen.<sup>23</sup> Aber er hatte sich bald von ihnen abgewendet und seine geistige Arbeit richtete sich nun gegen seine Jugendanschauungen. Er unternahm nicht wie Stahl einen bis in die philosophischen Grundlagen gehenden systematischen Angriff, sondern wandte sich nur gegen den wirtschaftlichen Liberalismus. Ihm

standen nicht die umfassenden Kenntnisse Stahls zu Gebote, und er reichte nicht an seinen scharfsinnigen und tiefschürfenden Geist heran, aber trotzdem verdient sein Versuch, eine konservative Sozialund Wirtschaftstheorie zu begründen, Beachtung.

Der Punkt, an dem er den Hebel ansetzte, war der dem Konservatismus geläufige. Adam Smith abstrahiert von dem wirklichen Leben und glaubt mit einigen theoretischen Sätzen und Begriffen das gesellschaftliche Leben regeln zu können. Zugleich wollte er mit seinem Kampfe gegen die Sucht des Abstrahierens auch den doktrinären Konservatismus treffen, der ebensowenig wie Smith den Tatsachen der bestehenden Verhältnisse gerecht wird, sondern sie ebenfalls vergewaltigt und unter die Herrschaft von Gesetzen zwingt. die den Dingen sachlich nicht entsprechen. Am Anfang steht für Stahl in gleicher Weise wie für Smith eine bestimmte geistige Einstellung, die von obersten Prinzipien ausgeht - wenn sie auch bei beiden unter verschiedenen Vorzeichen steht — und nach der die reale Welt beurteilt wird. Für die "Sozialpolitiker", wie sie sich selbst nannten, ist es umgekehrt: Der Mensch wie er ist, nicht ein philosophischer Begriff von ihm, wird zu Grunde gelegt und aus der Erfahrung steigen sie zu allgemeinen Begriffen auf, die sich zu einem sozialphilosophischen Bilde verdichten sollen. Die Arbeit des Philosophen steht nicht am Anfange, sondern am Ende und ist die Krönung der Bemühungen.24 Ihr Ideal war die voraussetzungslose Wissenschaft, Lavergne-Peguilhen war der Ansicht, daß es mit Hilfe der wissenschaftlichen Forschung möglich ist, die allem menschlichen Leben zu Grunde liegenden Gesetze, die den Charakter von ewigen Naturgesetzen tragen, ausfindig zu machen.<sup>25</sup> Aus systematischer Beobachtung der Gesellschaft und des Staates, bei der die Geschichte und die Statistik hervorragende Dienste leisten, aus "wissenschaftlicher Empirie" müssen die allgemeinen Sätze über den Staat und die Gesellschaft gewonnen werden. Nicht eine irgendwie geartete Doktrin, nicht ein vorgefaßtes System von Begriffen, sondern die aus empirischer Einzelforschung zusammengetragenen synthetischen Gesetze enthalten die Wahrheit. Die Methode, die sich auf dem Gebiete der Naturwissenschaften herausgebildet hat, muß auf die Staatswissenschaften angewendet werden. Damit setzte eine neue Strömung im Konservatismus ein, die zur Auflösung der alten Vorstellungswelt führen mußte, wenn sie wirklich durchgeführt wurde; denn gerade die konservativen Theoretiker hatten auf die metaphysischen Bindungen großes Gewicht gelegt und auf ihnen ihr System basiert. Die Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden auf das Gebiet der Geisteswissenschaften zeigt, wie sehr Peguilhen ein Kind seiner Zeit war. Ein anderes Geschlecht begehrte Eintritt in die bisher sorgsam gehüteten geistigen Welten der Konservativen.

Eine unmittelbare Ableitung der Grundlagen der Gesellschaft und ihre Beziehung auf den göttlichen Schöpfer und die Wahrheiten des Christentums lehnte Peguilhen strikt ab. Gott hat dem Menschen die Welt überlassen, um sie nach seinem freien Willen zu gestalten.26 Von seinen Fähigkeiten und nur von ihnen hängt es ab, was er damit anfängt. Die Staatsbildung ist nicht göttlicher Wille, sondern ausschließlich menschliches Werk. Einzig und allein aus dem mehr oder minder guten Gebrauch der in dem Menschen ursprünglich liegenden Kräfte wird das Staatsleben gestaltet.27 Da hören wir nichts von einem "göttlichen Recht", nichts von "Gottes Sanktionierung", sondern alles ist in die Hand des Menschen gelegt. Gott hat die Welt geschaffen und ihr die großen Gesetze verliehen, nach der sie sich bewegt, alles andere liegt bei den Menschen. Peguilhen war in dieser Hinsicht ausgesprochener Deist, der Gott von aller Einflußnahme auf den Lauf der Welt fernhält. Gottes ausdrücklicher Wille ist es, daß der Mensch als absolut selbständiges Wesen nur an die der Welt immanenten Gesetze gebunden, nicht aber in ständiger Beziehung und Abhängigkeit zu Gott, sich diese Erde möglichst vollkommen gestaltet. Einen unmittelbaren Weg zwischen Gott und dem Menschen gibt es nicht, sondern nur durch Vervollkommnung dieser Welt und damit seines eigenen Wesens kann der Mensch sich einen Weg zu Gott bahnen. "Der Weg zum Himmel führt nur über die Erde und das Gesellschaftsleben. Der unmittelbare Weg ist aussichtslos."28 Peguilhen verwies nicht auf das Jenseits, sondern er glaubte an eine Überwindung des Bösen, das Böse ist für ihn eine schlechte Organisation der Welt -, durch eine wissenschaftliche Erkenntnis der wahren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens und stellte dem Menschen die Annäherung an die Glückseligkeit auf dieser Erde in Aussicht. "Der Himmel öffnet sich uns bereits auf dieser Erde — aber der Mensch soll ihn sich selbst bereiten."29 Dieser optimistische Glaube an die alle Hindernisse aus der Welt räumende Gesellschaftswissenschaft. an die bis zur Vollkommenheit durchführbare Vervollkommnung des Menschen und der menschlichen Verhältnisse<sup>30</sup> und der Glaube an die energische Tatkraft des Menschen wird in reichlich oberflächlicher und banaler Weise geschildert. Er erzählt, wie die glückseligen Menschen durch Frohsinn und Volksfeste den Schöpfer verehren werden und der Jubel, der in jeder Hütte herrschen wird, das beste und schönste Gebet sein wird.

Durch dieses rein innerweltliche Ideal wurde das Verhältnis zwischen Gott und Welt völlig verschoben. Weil dem Menschen eine Souveränität des Willens und Handelns zugesprochen wird, erscheint er als "gottähnlicher Selbstschöpfer".31 Diese Formulierung erinnert etwas an Stahl, aber Peguilhen entkleidete sie ihrer christlichen überweltlichen Beziehung und machte den Menschen wirklich autonom und von Gott vollständig unabhängig. Dieser Freiheit ist der Mensch nur deshalb fähig, weil er in den Gesellschaftsgesetzen, die er nach seinem Willen handhaben kann, die ewigen Gesetze Gottes erkennt. Die Gesetze der organischen Schöpfung haben wir als die Gebote Gottes zu beachten und zu erfüllen. In ihnen haben wir eine Welt objektiv gültiger Werte, die mit Gottes Weltordnung gleichbedeutend sind, die uns nicht durch Offenbarung, sondern durch ernsthafte wissenschaftliche Forschung erkennbar werden.32 Er war von dem Glauben an die logische Folgerichtigkeit und Unfehlbarkeit der Wissenschaft erfüllt. Was sie auf dem Gebiete des Gesellschaftslebens als wahr erkannt hat, daran gibt es keinen Zweifel mehr. Je sicherer die Erkenntnis der Wissenschaft, umso mehr nähern wir uns der Wahrheit auf dem Gebiete der Gesellschaft und ihrer notwendigen und einzig richtigen Organisation.

Als Teil von dem Schöpfungsgesetz Gottes trägt auch der Staat gottähnlichen Charakter,<sup>33</sup> nicht aber weil er von Gott sanktioniert ist. Daher enthält die einzelne Staatsform keinen festen unveränderlichen Wert in sich, sondern in dem Augenblicke, in dem uns eine bessere Einsicht in die Gesellschaftsgesetze geworden ist, haben wir die Pflicht, den Staat ihnen anzupassen. Diese Aufgabe zu erfüllen, darin besteht der rechte Gehorsam gegen Gottes ewige Ordnung.<sup>34</sup>

Weil diese Gesetze durch exakte und gewissenhafte Forschung nach sicheren Methoden gefunden, sie damit also vor der Vernunft gerechtfertigt sind, und weil sie sich zugleich als die ewigen Gesetze Gottes erwiesen haben, müssen sie mit den Lehren des Christentums übereinstimmen. Wo dies nicht der Fall ist, müssen die christlichen Lehren mit den Ergebnissen der Gesellschaftswissenschaft in Übereinstimmung gebracht und ein "geläutertes Christentum" hergestellt werden.<sup>35</sup> Das Christentum wurde dabei seines eigentlichen Inhalts entleert, und es blieb nur eine farblose Moral übrig. Als Ziel des Christentums, wie es Peguilhen verstand, ergibt sich die eben geschilderte Vervollkommnungslehre,<sup>36</sup> die aber von den zentralen Begriffen des Christentums weit entfernt ist und nichts mit ihnen zu tun hat. Sein Christentum war ein Humanitätsideal, das dem Sündengefühl der pietistischen Konservativen straks entgegengesetzt ist.

Mit diesen Anschauungen stand Peguilhen auf ganzer Linie in Widerspruch zu der herkömmlichen Art der Konservativen. In seinen Bestrebungen steckte, wenn man sie konsequent bis zu Ende denkt, ein gefährliches, die konservativen Interessen bedrohendes Ergebnis. Wohl kam es ihm darauf an, das Bestehende zu erhalten, und seine Sozialtheorie diente dazu, agrarpolitische Forderungen des ostelbischen Grundadels zu unterbauen, wie er überhaupt nicht voraussetzungslos an seine Aufgabe heranging und bei der praktischen Durchführung seines Gedankenganges ein ganz bestimmtes Bild der Gesellschaft vor Augen hatte, aber seine eigene Theorie lief darauf hinaus, diese Gesellschaftsordnung zu zerstören; denn die "wissenschaftliche Empirie" unparteiisch und gewissenhaft durchgeführt, konnte leicht zu dem Ergebnis kommen, daß die bestehenden Verhältnisse nicht mit den Ergebnissen ihrer Forschung übereinstimmen, sondern daß eine Änderung notwendig ist. Umso bedenklicher mußte dies für den konservativen Standpunkt sein, als die religiös fundierte Autorität, der Stahl in seinem System eine hervorragende Stelle eingeräumt hatte, bei ihm in eines fällt mit den Grundgesetzen der Gesellschaft selbst. Bei Lavergne-Peguilhen selber finden wir zwar keine Spuren eines revolutionären Geistes. Die Folgerungen, die er und die Berliner Revue aus seiner Lehre zogen, waren alles andere als umstürzlerisch. Sie fielen nicht aus dem Rahmen der konservativen Politik, aber zugleich waren die von ihm vertretenen Grundsätze doch ein Angriff auf den Konservatismus und sein Legitimitätsprinzip, der Anfang der Zersetzung des altkonservativen Standpunktes und einer sozialpolitischen Besinnung und Einkehr. Hier waren Punkte gegeben, an die später eine konservative fortschreitende Sozialpolitik anknüpfen konnte. Deutlicher als Stahl hat er die Konservativen auf die reale Welt hingewiesen. Ihm gebührt das Verdienst, die soziologische Betrachtung für den Konservatismus zuerst angewandt zu haben. Seine Anregungen mußten dazu dienen, den Konservativen den Blick für die Lage des Proletariats, seine Stellung als Fremdkörper im gesellschaftlichen Organismus zu öffnen. Mochte er auch später die Wege der Sozialkonservativen nicht mitgehen, so hat er auf ihre Denkungsweise einen großen Einfluß geübt und war ihr Wegbereiter.

In seiner einseitigen Hervorhebung des naturwissenschaftlichen Standpunktes fand er keinen Nachfolger. Als er seine Mitarbeit in der Berliner Revue einstellte, wurde auch in ihr seine Linie nicht gradlinig fortgeführt. Aber das Grundgesetz seiner wissenschaftlichen Arbeit, auf der Erfahrung zu fußen, wurde von andern, dem Konservatismus angehörenden Männern aufgenommen. Zu ihnen gehörte der Nationalökonom Julius Glaser, 37 der ursprünglich dem Liberalismus nahestand, und der sich erst allmählich zum Konservatismus bekehrte. 1848 war er von der revolutionären Bewegung erfaßt worden und Vorsitzender des "Vereins für Volksrechte" gewesen, der auf rein demokratischer Basis stand und sich die Abwehr der reaktionären Bestrebungen zur besonderen Aufgabe machte. Das soziale Verständnis war schon damals bei ihm sehr ausgebildet. Im "Verein zum Wohl der arbeitenden Klassen", dem unter andern auch Rodbertus und Lavergne-Peguilhen angehörten, war er seit 1850 Generalsekretär, dessen Aufgabe darin bestand, die soziale Frage eingehend zu studieren.38 Später widmete er sich wissenschaftlichen Arbeiten. Er erlebte die gleiche Wandlung wie Lavergne-Peguilhen. Ähnlich wie dieser lehnte er den Idealismus der Fichte, Schelling und Hegel ab, die Natur und Geschichte philosophisch konstruieren und das ganze Leben aus dem Begriffe ableiten.39 Er wies auf die Wirklichkeit hin. Nicht von der Philosophie steigen wir zu dem Leben und den Dingen herab, sondern aufsteigend von der Kenntnis der Einzeldinge wird man zur Begriffsbildung fortschreiten. Erst wenn man die Erscheinungen und Tatsachen auf ihre realen Elemente zurückführt, kann man darauf das philosophische System aufbauen. 40 Der Gegensatz zu Stahl und die Verwandtschaft mit Peguilhen ist ohne weiteres klar. Glaser

meinte, daß im Grunde jeder Philosoph von subjektiv aufgestellten Grundsätzen ausgeht und darauf ein Staatsgebilde aufbaut, das mit dem wirklichen "Naturgesetz des Staates" nichts zu tun hat, sondern es zu Gunsten eines theoretischen zurechtschneidet.41 Es ist die Aufgabe der Theorie, auf dem induktiven Wege von der einzelnen Erscheinung zu der Idee fortzuschreiten. Die praktische Wissenschaft wird nach dem so gewonnenen Begriff die im Einzelfall gegebenen Zustände beurteilen und formen.42 Daher ist es falsch, einen Staat a priori aus Begriffen konstruieren zu wollen, andererseits ist aber auch der Versuch, die Naturwissenschaft einfach auf die gesellschaftlichen Erscheinungen anzuwenden und die für die Staatsbildung notwendigen Gesetze einfach aus der Erfahrung ableiten zu wollen, unzureichend.43 Die induktive und deduktive Methode müssen sich gegenseitig durchdringen und ergänzen. Damit wandte sich Glaser gegen die Auffassung Peguilhens und befreite sie von einer zweifellos vorhandenen Einseitigkeit. Aus den empirischen Elementen allein läßt sich die Existenz des Staates nicht rechtfertigen, sondern ihr muß ein über das Menschliche hinausragendes Prinzip innewohnen. Wenn auch die zweckhafte Einrichtung und Fortbildung des Staates freisteht, so ist die Institution des Staates selber nicht Menschenwerk, sondern göttlichen Ursprungs.44 Wenn ich auch alle Elemente des Staats- und Gesellschaftslebens ermittelt hätte und daraus den Staat zusammensetzen wollte, so würde ich damit nicht diesen unabweislichen Zwang zur Staatsbildung erklären können, sondern ich bin gezwungen, als den ersten Urheber des Staates Gott anzusehen. Das bedeutet, daß der Staat doch eine göttliche Institution ist. Aber deshalb fiel Glaser nicht auf den Stahlschen Standpunkt zurück. Es handelt sich nicht um das göttliche Recht und die Sanktion der einzelnen Formen, sondern um die Einrichtung Staat als solche, ohne etwas über seinen bestimmten Inhalt auszumachen. Glaser verwarf ausdrücklich jede Vermischung von Religion und Staatsphilosophie, ebenso wie es unmöglich ist. die Wirtschaft durch die "Theologisierung zu verchristlichen".45 Es kommt nicht sowohl auf eine Anwendung christlicher Dogmen an als darauf, daß vom Einzelnen ein christlicher Lebenswandel geführt wird. In die Gestaltung des öffentlichen Lebens soll das Christentum nicht unmittelbar eingreifen. Obwohl schon Stahls Ablehnung der Theokratie der Eigengesetzlichkeit der Welt weitgehende Konzessionen gemacht hatte, wollte Glaser Christentum, Politik und Wirtschaft grundsätzlich voneinander trennen. Er verlegte die Wirkung des christlichen Geistes ganz in die innere Bildung der Persönlichkeit, die kraft ihrer Charaktereigenschaften auf die Welt einwirkt. Nur diese indirekte Wirkung des Christentums auf das öffentliche Leben ließ er zu. Hatte Stahl eine christliche Sozialethik versucht, für Glaser gab es nur die freie Liebestätigkeit des Christen.<sup>46</sup>

Glaser versuchte aus den polaren Standpunkten Stahls und Lavergne-Peguilhens eine Synthese zu schaffen. In ihm haben wir den Typ des Konservativen, wie er in der Generation nach Stahl und Gerlach in der konservativen Partei maßgebend wurde. Sie fand die rechte Stellung zu der Politik Bismarcks und wurde nicht durch prinzipielle Bedenken gehemmt, die realpolitischen Notwendigkeiten anzuerkennen und sich nach ihnen zu richten.<sup>47</sup>

An geistiger und politischer Bedeutung wurden die beiden von Konstantin Frantz<sup>48</sup> übertroffen. 1858—1859 angesehener und geschätzter Mitarbeiter an der Berliner Revue hat er dauernd einen bedeutenden Einfluß auf diesen Kreis auszuüben vermocht, wenn auch nicht alle seine Anschauungen anerkannt und geteilt wurden.49 Mit den beiden andern zusammen vertrat er die Anschauung, daß die Empirie der Ausgangspunkt der Staatslehre sein muß; er wies auf die Bedeutung der naturwissenschaftlichen Arbeitsweise für die "moralischen und politischen Wissenschaften" hin.<sup>50</sup> Aus der Idee läßt sich die Welt nicht konstruieren. Die doktrinäre Konstruktion eines "Normalstaates" ist nicht möglich, der Staat an sich ist eine Fiktion. Es gibt nur "Staatenindividuen".51 Weil die Staaten individuell so verschieden sind, kann man sie nicht auf gemeinsame ethische oder metaphysische Sätze beziehen, sondern sie tragen ihr eigenes Gesetz in sich selbst. Wir dürfen dieses nur hier, nicht irgendwo außer ihnen suchen.<sup>52</sup> Der Staat wurde von Frantz ganz auf sich selbst gestellt. Es steckt in seiner Natur, daß er nicht aus anderen Prinzipien religiöser, sittlicher oder rechtlicher Art abgeleitet werden kann, wenn sie nicht in ihm selbst liegen.<sup>53</sup> Daher entstehen die Staaten nicht nach allgemein gültigen Formen und Grundsätzen, sondern sie setzen sich aus den jeweils gegebenen Tatsachenkomplexen zusammen. "Sie waren das Produkt von Tatsachen, die man nicht aus Prinzipien ableiten kann."54 Diese konkreten Gegebenheiten bilden das Material ihrer individuellen Existenz als der bestimmte Staat.

Die Entstehung der Staaten verglich Frantz mit dem Werden der organischen Wesen in der Natur, die sich nur durch ihre eigene Zeugungsfähigkeit fortpflanzen. Die Staaten sind nicht göttliche Stiftung, sondern in einer natürlichen Entwicklung und unter Beihilfe der Menschen entstanden. Nur der "Normalstaat", den es nicht gibt, könnte göttlichen Ursprungs sein. Die Bildung der Staaten ist aus der Geschichte zu erklären; sie haben einen historischen Ursprung. Der Fortschritt gegenüber Peguilhen, der den Normalstaat nach den mit Hilfe der Erfahrung gefundenen Gesellschaftsgesetzen herstellen wollte, liegt darin, daß Frantz die individuelle Einzigartigkeit jedes Staates hervorhob und jede Schematisierung ablehnte, die Staatenwelt vielmehr in ihrer Vielgestaltigkeit erfassen und jedem einzelnen Staate gerecht werden wollte. Aus der historischen Entwicklung ergibt sich für jeden Staat eine besondere, in dieser Form nicht wiederholbare Geschichte.

Diese Wertschätzung der historischen Entwicklung drückt sich auch in seiner Stellung zur Obrigkeit aus. Sie ist lediglich ein Produkt der Geschichte und hat mit göttlicher Einsetzung und Zulassung nichts zu tun. "Die menschlichen Obrigkeiten sind selbst nur aus dem in der menschlichen Gesellschaft lebenden Rechtsbewußtsein hervorgegangen und lediglich ein Produkt der Geschichte."56 Wie alle geschichtlichen Größen sind sie dem Wandel unterworfen und ihre einzelnen Formen können schwerlich auf göttliches Recht bezogen und gerechtfertigt werden. Die beste Erläuterung seiner Betrachtungsweise gibt seine Stellung zur Revolution. Für Stahl war die Revolution der Abfall von Gott, die Emanzipation des selbstherrlichen Menschen aus der von Gott gesetzten Obrigkeit. In den Augen von Konstantin Frantz handelte es sich um einen einfachen geschichtlichen Vorgang. Sie ist die Auflösung des Feudalismus, eine "reale und organische Metamorphose".57 An die Stelle überalterter Zustände wollen neue zeitentsprechende Gestaltungen treten. Nicht die Theoretiker des Liberalismus haben das Gebäude der Autorität untergraben, sondern die historische Entwicklung ist darüber hinweggeschritten.58 Nachdem die Selbständigkeit des Staates und die selbständige, nur nach irdischen Maßstäben meßbare Entwicklung des Staatslebens festgestellt war, konnte das göttliche Recht, das für

Stahl so wichtig ist, von Frantz nicht aufrechterhalten werden. Stahls Versuch einer christlich fundierten Staatsphilosophie wurde als mit dem Wesen des Staates wie des Christentums unvereinbar bezeichnet. Das Christentum ist kein politisches Prinzip, es ist politisch indifferent und läßt sich auf jede Staatsform anwenden.<sup>59</sup> Das Evangelium beschränkt sich auf die Einwirkung durch die Gesinnung. Nicht auf den Staat, sondern auf die einzelne Seele erstreckt sich das göttliche Gebot. 60 Es ist ein Unding, ein Rechtssystem daraus machen zu wollen. Stahl war in seinen Augen der große Scholastiker, der den Glauben zu einem System der Wissenschaft gemacht hat,61 für den das Denken keinen anderen Sinn hatte, als die Lehren der evangelischen Kirche zu erläutern. Eine freie Forschung war nach Ansicht Frantzens für Stahl nicht mehr möglich. Glauben und Wissenschaft sind in Wahrheit zwei ganz verschiedene Gebiete. Sein Versuch beide zu vereinigen, ist nicht geglückt; denn seine göttliche Weltordnung erklärt nicht die konkreten Erscheinungen und verdunkelt andererseits den klaren Blick für sie. Der abstrakte Begriff tritt an die Stelle der konkreten Wirklichkeit. Seine Lehre trägt einen ungeschichtlichen Charakter, indem sie das tatsächliche Geschehen, das notwendig individuell ist, mit dem göttlichen Recht vermengt und dadurch unter eine allgemeine Regel bringt. Damit begeht er den gleichen methodischen Fehler wie Hegel, der alles aus der Vernunft ableitet.62

Bei dieser Kritik verkannte Frantz, daß Stahl seinen Forderungen weitergehend entsprach, als er es wahrhaben wollte. Die ganze Staatslehre Stahls war von dem Bestreben erfüllt, die Wirklichkeit nicht durch die Theorie zu erdrücken, sondern ihr gerecht zu werden. Frantz war entschieden im Unrecht, wenn er in Stahl nur den Philosophen des Mittelalters und der Restauration witterte. Außerdem lag Frantz die geistige Durchdringung eines Problems nicht, er faßte es lieber von der praktischen Seite an. Seine eigenen Ansichten über den Staat wiesen darum gerade hier empfindliche Lücken auf. Er begnügte sich mit der Berufung auf die Geschichte und die Realität der gesellschaftlichen Erscheinungen, mit denen allein er die Berechtigung des Staates zu erweisen bemüht war. Infolge seiner aus dem praktischen Bedürfnis erwachsenen einseitigen Einstellung auf den gegenwärtigen Staat ging ihm das Bedürfnis ab, nach den geistigen Voraussetzungen des Staates zu

fragen. Er beschränkte sich darauf, seine empirische Erscheinung nachzuweisen. Es brauchte kein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der begrifflichen Erfassung der Staatsidee aus dem Geiste und dem Nachbilden des konkreten einzelnen Staates zu bestehen. Mit Unrecht machte er Stahl den Vorwurf, sein Ansatz sei falsch gewesen, und mit innerer logischer Notwendigkeit sei auf Kosten der Wirklichkeit die Abstraktion in den Vordergrund getreten.<sup>63</sup>

Ungeachtet dieser teilweise verfehlten Kritik gehörte Frantz zu den Köpfen, die das geistige Leben der Konservativen tief beeinflußt haben auch zu einer Zeit, als er sich in offenem Gegensatze zu der Partei befand. Zuerst 1862 hat er in der "Kritik aller Parteien" sich sehr unfreundlich und absprechend über die konservative Partei geäußert und allen lebendigen auf Reformen bedachten Elementen geraten, sich von dem absterbenden Körper der Partei zu trennen.64 1865 sprach er sehr pessimistisch über die auf Stahl und seine Gesinnungsfreunde folgende konservative junge Generation.65 Nach 1866 kam sein Gegensatz zu der deutschen Politik Bismarcks dazu, die seinen föderalistischen Plänen entgegenlief. Besonderen Einfluß hatte er auf die sozialpolitisch interessierten Konservativen, die von Stahl nicht befriedigt waren. Die von ihm vertretene Ansicht, daß die bestehende Sozialordnung nicht eine göttliche, sondern eine menschliche Einrichtung ist, gab ihnen die innere Berechtigung, zu Maßregeln fortzuschreiten, die nicht sowohl die bestehende Gesellschaftsordnung in allen ihren einzelnen Formen erhalten, als innerhalb ihres Rahmens zu weitgehenden Reformen dienen.

### § 2. Das Verhältnis zur konservativen Partei.

Nachdem in Olmütz die deutsche Politik Preußens gescheitert war, war im Innern die Bahn für die Reaktion frei geworden. Das Ministerium Manteuffel, durch den Innenminister v. Westphalen und den Kultusminister v. Raumer in konservativ-reaktionärem Sinne ergänzt, entfremdete sich den Liberalen und näherte sich den Konservativen. Es begann die Zeit, in der die Errungenschaften der Märzrevolution beseitigt und die konstitutionelle Verfassung in ständisch ritterschaftlichem Sinne umgestaltet wurde. Die Kreisund Provinziallandtage wurden im Jahre 1851 wiederhergestellt, im Januar 1853 wurde die Errichtung von Familienfideikommissen

wieder gestattet, im Juni 1854 den ehemaligen Reichsunmittelbaren ihre Privilegien zurückgegeben und im Oktober die erste Kammer in das Herrenhaus umgewandelt. Der Hauptträger dieser Reaktionsbestrebungen ist neben dem König die konservative Partei gewesen, in der sich der Widerstand gegen die liberale Gesetzgebung gesammelt hatte.<sup>1</sup>

Es ist nicht leicht für die Frühzeit der Parteibildung in dem preußischen Abgeordnetenhause genaue Angaben über die einzelnen Parteien zu machen, da sich ein ausgesprochenes Parteiwesen erst allmählich ausbildete, die großen Parteirichtungen wieder in eine Unzahl von verschiedenen Fraktionen zerfielen, die öfter ihren Namen änderten und zwischen denen die Abgeordneten hin- und herwechselten. Nicht alle Abgeordneten schlossen sich überhaupt einer Partei an, sondern blieben unabhängig, und in vielen Fällen ist es nicht mehr möglich, die Fraktionszugehörigkeit festzustellen, da bis 1860 keine amtlichen Unterlagen vorhanden sind und die privaten Quellen nur sehr spärlich und unsicher fließen.<sup>2</sup> In der Legislaturperiode von 1852 bis 1855 zerfiel die konservative Partei in die Fraktionen Graf von Schlieffen mit 26 Mitgliedern, von Arnim-Heinrichsdorf mit rund 70, Meser mit 17 und Carl mit 20 Mitgliedern.<sup>3</sup> Die einflußreichste und bedeutungsvollste Gruppe war die Fraktion Schlieffen, die den Kern der eigentlichen Kreuzzeitungs-Partei bildete. Ihr gehörten Ludwig v. Gerlach, Moritz v. Blanckenburg, v. Berg und Hermann Wagener an. Über die Kamarilla gingen ihre Beziehungen unmittelbar bis zum Könige.4 Überwiegend ministeriell und nicht so prinzipienfest wie die eigentlichen Kreuzzeitungsmänner waren die Fraktionen v. Arnim-Heinrichsdorf und bei Meser. Ihr gehörten die Abgeordneten Graf Pückler und die beiden Brüder Lavergne-Peguilhen an. Sie stellten den religiös indifferenten unkirchlichen Flügel der Partei dar. Die Fraktion Carl rechnete zwar im allgemeinen zu den Konservativen, wurde aber von der strengen Kreuzzeitung nicht mehr zu ihnen gezählt.5 Sie vertrat einen gemäßigten Konservatismus und näherte sich den Liberalen.6 4Dazu kamen noch 12 Katholiken, die gewöhnlich mit der Rechten stimmten und eine Anzahl Wilde, zu denen der Freiherr v. Hertefeld gehörte.

Im allgemeinen war in der Partei zu dieser Zeit kein allzu reges Leben. Die Initiative blieb gewöhnlich der Regierung überlassen und die Klagen über die Trägheit der konservativen Abgeordneten waren allgemein. 1853 trat Hermann Wagener aus der Redaktion der Kreuzzeitung aus. Sein Nachfolger Beutner reichte nicht an ihn heran. Das Blatt wurde wesentlich zurückhaltender und stiller. Um 1855 befand sich die Partei in einer allgemeinen Stagnation. Begünstigt wurde dieser Zustand durch die allgemeinen politischen Verhältnisse. Um die Mitte der fünfziger Jahre lag eine lähmende Müdigkeit über dem politischen Leben in Preußen. Die Reaktion hatte mit der Revolution zugleich alles frische, zukunftverheißende Leben vernichtet. Selbst Leopold v. Gerlach konnte sich diesem Eindruck nicht entziehen. Kopfschüttelnd trug er in sein Tagebuch ein: "Was sind das für Zeiten? Alles hat einen langweiligen Charakter, selbst Stahls Rede."7 Viele tiefer blickende Konservative wurden das Gefühl nicht los, daß man nur Stückwerk geleistet hatte, daß mit den unsystematischen, fast den Charakter des Zufälligen tragenden Rückwärtsrevisionen der Verfassung nicht viel erreicht war. Sie verlangten, daß nach einem festen systematischen Plan vorgegangen werde.

Innnerhalb der Partei bildete sich allmählich eine Opposition. Schon der Rücktritt Wageners war nicht allein deshalb erfolgt, weil er der ewigen Schikanen des Polizeipräsidenten müde geworden war, sondern weil er mit dem politischen Auftreten der Partei in den Kammern unzufrieden war und er sich von einer "Politik, welche die Hauptfrage der Zeit, die soziale Frage, völlig dahinten läßt, keine irgendwie erheblichen Resultate versprechen kann".8 Zu derselben Zeit als er sich von der Kreuzzeitung zurückzog, plante er die Herausgabe einer Zeitschrift, die von der Neuen Preußischen Zeitung unabhängig, die Neuerscheinungen auf dem wissenschaftlichen und belletristischen Gebiete behandeln sollte. Auf dem politischen Gebiete sorgte die Kreuzzeitung für die Verbreitung der konservativen Ideen, im kirchlichen Leben verfolgte die Hengstenbergsche Kirchenzeitung gleiche Tendenzen. Das "Volksblatt für Stadt und Land". das unter der Leitung von Philipp Nathusius in Halle erschien, war seiner ganzen Form nach nicht geeignet, die hier klaffende Lücke auszufüllen und ein ebenbürtiges Organ für eine geistvolle konservative Kulturpolitik zu bilden. Wagener fand - wie er es noch oft erleben sollte — bei seinen Parteigenossen keinen großen Beifall für seinen Plan. Heinrich Leo und anscheinend auch Ludwig v. Gerlach waren entschiedene Gegner. Sie wollten sich mit einer literarischen Beilage zur Kreuzzeitung begnügen.<sup>9</sup> Wagener ließ daher seinen Vorschlag fallen.

Er hatte jedoch das richtige Gefühl dafür gehabt, daß auf diesem Gebiete von den Konservativen etwas unternommen werden mußte, daß das konservative Schrifttum einer Ergänzung und Vervollständigung in dieser Hinsicht bedurfte. Anderthalb Jahre später wurde sein Gedanke von anderer Seite aufgegriffen. In der Krise, in der sich die Partei befand, und in der sich ihr Mangel an schöpferischer Kraft zeigte, sie sich mit negativer Bekämpfung des Liberalismus begnügte, war der Augenblick gekommen, wo die weltanschauliche und politische Opposition glaubte handeln zu müssen. Als eine Konkurrenz zur Kreuzzeitung und mit weltanschaulich abweichenden Tendenzen wurde die Berliner Revue begründet. Ab 1. April 1855 erschien sie wöchentlich einmal.

Sie war bewußt gegen die strenggläubige pietistische Richtung der Kreuzzeitung gerichtet und vertrat einen Standpunkt, der nicht durch strengen Konfessionalismus bestimmt war, sondern religiöse Toleranz verlangte und sich gegen das kirchliche Parteiregime in Staat und Kirche richtete. Sie stand auf dem Boden des Christentums, verlangte aber eine saubere Trennung von Politik und Religion.<sup>10</sup>

Zur Aufgabe machte sich die Berliner Revue, den negativen Charakter der konservativen Partei zu überwinden. Immer wieder wurde diese von ihr getadelt. Sie drang darauf, positiv aufbauende Politik zu treiben. Sie verstand darunter eine solche, die nach den Prinzipien der "Sozialpolitik" handelt. Der sozialen Frage, deren Behandlung Wagener in der Partei so schmerzlich vermißte, wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Daneben suchte sie zu erfüllen, was Wagener geplant hatte: Konservative Kulturpolitik. Zu diesem Zweck wurde die Belletristik gepflegt, positiv durch die Förderung der Dichtung, die von konservativem Geiste durchdrungen ist und andererseits, indem zu allen wichtigen literarischen Neuerscheinungen kritisch Stellung genommen wurde. Das geistige und kulturelle Leben sollte wie das politische den Liberalen streitig gemacht werden.

Geistig wurde die Berliner Revue von Lavergne-Peguilhen getragen,<sup>11</sup> der in der ersten Zeit alle irgendwie bedeutsamen politi-

schen und volkswirtschaftlichen Artikel schrieb. Er bestimmte die grundsätzliche Haltung der Wochenschrift. Die Finanzierung übernahm der Freiherr von Hertefeld,<sup>12</sup> der, in der Mark und am Rhein reich begütert, ein Förderer der Landwirtschaft und besonders der Pferdezucht war. Seit 1848 stand er im politischen Leben, trat aber als parlamentarischer Redner nicht hervor. Innerhalb der Partei behauptete er jedoch eine einflußteiche Stellung. Er stand im Gegensatz zur äußersten Rechten unter Stahl und Gerlach und war einer der Führer der gemäßigten Rechten.<sup>13</sup> Für alle Bestrebungen der Partei hatte er eine allzeit gabenfreundliche offene Hand und gehörte zu den Verteidigern des sozialen Gedankens. Seine soziale Gesinnung wird wiederholt rühmend hervorgehoben.<sup>14</sup>

Die Redaktion der Zeitschrift übernahm Clemens Graf Pinto. Auch er betätigte sich schon seit dem Revolutionsjahr politisch. Er griff 1848 die Finanzpolitik des Ministers Hansemann an und bekämpfte ihn als den typischen Vertreter des Kapitalismus. Auf dem Junkerparlament, dessen eifriges Mitglied er war, forderte er laut seine Entlassung. Der von Pinto begründete Finanzklub, der ein Teil des von Bülow-Cummerow ins Leben gerufenen "Vereins zur Wahrung der Interessen des Großgrundbesitzes und zur Aufrechterhaltung des Wohlstandes aller Klassen des Volkes" war, bedeutete den äußersten Gegensatz zur Kreuzzeitungs-Partei mit ihren pietistischen idealistischen Ansichten. 15 Vom parlamentarischen Leben hielt er sich fern und betätigte sich nur hier und da journalistisch. 16 Anfang der fünfziger Jahre übernahm er, als die Kreuzzeitung in finanzielle Schwierigkeiten geriet, das von Wagener begründete und geleitete "Preußische Sonntagsblatt", an dem auch Hesekiel beteiligt war, das bisher stets mit Verlust gearbeitet hatte, in sein Eigentum und stellte es finanziell sicher.17

Für den literarischen Teil wurde George Hesekiel gewonnen. <sup>18</sup> In der Kreuzzeitung bearbeitete er den französischen Teil. Seine größere Bedeutung liegt darin, daß er den Konservativen den politischen Tendenzroman erschloß. Die Kreuzzeitung hatte für seine künstlerischen Interessen kein Verständnis gezeigt. <sup>19</sup> In der Revue fand er endlich die Möglichkeit, mit seinem Schaffen vor ein weiteres konservatives Publikum zu treten. Was die Zeitschrift im politischen Leitartikel in ernsthafter Form brachte, hatte er in das Gewand der leichten Muse zu hüllen, die den politischen Ideen dienstbar gemacht

wurde.20 Auf dem Wege über die Belletristik suchte man an manchen heranzukommen, der sonst nicht oder nur sehr schwer zu erreichen und zu beeinflussen war. Er selber bezeichnete in einer Selbstrezension seinen Roman "Drei Jahre" als eine politische Tat.<sup>21</sup> Zum Teil war diese Spekulation nicht falsch, wenn auch mit den Romanen und Erzählungen Hesekiels im allgemeinen kein großes Geschäft zu machen war, und der Verleger dauernd über den schlechten Absatz zu klagen hatte. Auf keinem sehr hohen geistigen Niveau stehend und manchmal dem Kitsch bedenklich nahe kommend, grenzen die in der Revue abgedruckten Romane an manchen Stellen an den modernen Schauerroman; aber er ist ein guter Erzähler, der seine Leser in Spannung erhält, sie bis zum Ende mitreißt und dabei seine Tendenzen mehr oder weniger geschickt einflicht. Nach dem Zeugnis von Theodor Fontane ist er der Lieblingsschriftsteller der preußischen konservativen Welt gewesen.22 In seinen Wappensagen und Gelegenheitsgedichten war er der Hausdichter des preußischen Adels.23 Seine antipietistische Einstellung rückte ihn weltanschaulich in die Nähe der Revue; ein tiefes soziales Mitgefühl und Interesse für die Behandlung der sozialen Frage erfüllte ihn, wenn er auch nicht immer den geeigneten Ausdruck dafür zu finden wußte.24 Einer der eifrigsten Freunde und Mitarbeiter war ferner der Hofrat Louis Schneider, der Vorleser des Königs. Er machte Friedrich Wilhelm IV. mit der Zeitschrift bekannt, wußte ihn durch den Vortrag der Romane Hesekiels, mit dem er befreundet war, zu fesseln und erreichte es, daß der König ein regelmäßiger Bezieher der Revue wurde.25 Hermann Wagener unterhielt von Anfang an Beziehungen zur Revue, aber er übte keinen nennenswerten Einfluß aus, seine Mitarbeit wurde mehr geduldet als gern gesehen. Nur mit großen Bedenken und Vorbehalten nahmen Helekiel und Hertefeld seine Mitarbeiterschaft an. Sie fürchteten seine religiöse Einstellung und glaubten, daß er nicht immer die Zurückhaltung üben werde, die sie wünschten: denn Hertefeld wollte alle konfessionelle Einseitigkeit aus der Berliner Revue fernhalten. Der Name Wageners würde die Revue zu sehr in die Nähe der Kreuzzeitung rücken und für den Außenstehenden mit ihr identifizieren.<sup>26</sup> Das Verhältnis zwischen ihnen und Wagener ist daher in der ersten Zeit ein recht kühles gewesen und über eine gelegentliche Mitarbeit nicht hinausgekommen.27

Solange die Revue bestand, ist sie nicht aus den finanziellen

Schwierigkeiten herausgekommen. Jedes Quartal schloß mit einem erheblichen Defizit. Sie hat es niemals soweit gebracht, sich ohne Zuschuß selber zu erhalten. Die Briefe der Redakteure sind voller Klagen darüber, und immer wieder mußte der freigiebige Baron in seine Tasche greifen und Beihilfen geben. Ohne seine finanzielle Hilfe hätte sich das Blatt nicht ein Jahr gehalten, daher war es auch schwer, namhafte Mitarbeiter zu gewinnen. So wurde im Juli 1859 der Redakteur Keipp in tödliche Verlegenheit versetzt, weil er Theodor Fontane um einen Beitrag gebeten hatte und nun nicht die 60 Taler Honorar auftreiben konnte. Er wandte sich daher wieder einmal hilfeflehend an Hertefeld.<sup>28</sup>

Beim Beginn des zweiten Quartals hatte die Auflagezahl 750 Stück betragen, unter denen allerdings eine ganze Menge Propagandaexemplare waren, die käuflich nicht abgesetzt wurden. Bis 1862/63 ist die Auflage auf durchschnittlich 350 bis 370 Stück gesunken.<sup>29</sup> Auch als Wagener die Revue übernahm, wurde es in dieser Hinsicht nicht besser; denn mit einer gewissen Regelmäßigkeit tauchten in der gegnerischen Presse Gerüchte auf, daß die Berliner Revue eingehen werde.

Am 23. November 1855 erfolgten die Neuwahlen für das preußische Abgeordnetenhaus, die die Zahl der konservativen Abgeordneten erheblich vermehrten. Zum großen Teil war diese Zunahme auf die starke Wahlbeeinflussung durch die Behörden zurückzuführen, die sich skrupellos für die konservative Partei einsetzten. Nach der großen Anzahl der gewählten Landräte hat das Haus in der Geschichte den berühmt gewordenen Namen der "Lanratskammer" erhalten. Das Beamtenelement war außerordentlich stark in ihr vertreten. Die konservative Partei selber zeigte in der neuen Kammer ein gänzlich verändertes Gesicht. Die größte Beständigkeit zeigte die äußerste Rechte, fast alle alten Mitglieder waren wiedergewählt worden, soweit nicht aus berechtigten Gründen eine Wiederwahl unmöglich geworden war. Dazu kamen ebensoviel neue Mitglieder, so daß die Fraktion jetzt 36 Köpfe zählte. Die Leitung der Fraktion übernahm Gerlach. Sie blieb auch in der jetzigen Legislaturperiode die bedeutendste Fraktion, die sich am meisten betätigte und bei der in allen die Konservativen angehenden Fragen die Initiative lag. Ihr gehörten die begabtesten und angesehensten Konservativen an. Die Fraktion bei Meser löste sich auf, weil die meisten Mitglieder nicht wiedergewählt waren, die wenigen, die übrig blieben, schlossen sich anderen Gruppen an. Die Fraktion v. Arnim-Heinrichsdorf verringerte sich auf 46 Mitglieder, von denen außerdem über die Hälfte neugewählt war. 18 alte Mitglieder gingen zu der neugebildeten Fraktion des Grafen Pückler über, zu der außerdem noch 3 von Meser und 2 von Carl kamen. Der Rest bestand aus Neugewählten. Im Ganzen zählte sie 39 Köpfe. Neben der Gerlachschen war sie diejenige, die am meisten eigene Linie zeigte. Sie stand in einem oft schlecht verhüllten Gegensatz zu ihr. Sie wollte die pietistischen Bestrebungen und die "ärgste Reaktion", wie sich der liberale Parisius ausdrückt, nicht immer mitmachen.30 Zu ihr gehörten Hertefeld und die Brüder Peguilhen. Neu entstanden war ferner die Fraktion Büchtemann mit rund 50 Mitgliedern. Ihr Kern bestand aus Mitgliedern der alten Fraktion Carl, deren ministerielle Haltung sie übernahm,31 die nun bis auf 8 bis 10 Leute zusammenschmolz. Der Rest war aus Neuwahlen hervorgegangen. Im ganzen war eine Zunahme der Konservativen zu verzeichnen, neben den alten Führern, die sämtlich wiedergewählt wurden, trat eine erhebliche Zahl unerfahrener junger Abgeordneter in das Haus ein, während ein großer Teil der bisherigen konservativen Vertreter ausscheiden mußte.32 Die Kreuzzeitung vertrat den Standpunkt der Fraktion Gerlach, während die Berliner Revue für die Pücklersche Fraktion schrieb. Die Anhänger der Berliner Revue nannten sich auch die "Freikonservativen". Der Name tauchte hier zum ersten Male auf, hatte aber noch nichts mit den späteren Freikonservativen zu tun, sondern sollte lediglich den weltanschaulichen Standpunkt bezeichnen.33

Die große Mehrheit der Partei war weder fähig noch gewillt, eine eigene selbständige Politik zu führen. Sie fühlten sich als die Beauftragten der Regierung und sahen ihre Pflicht darin, der Regierung ihre Geschäfte möglichst zu erleichtern. Sie waren einfach ministeriell, ließen sich von der weisen Hand des Ministeriums leiten und hielten eine eigene kritische Stellungnahme für überflüssig.

Der König war hocherfreut über den konservativen Wahlerfolg und wollte ihn in seinem Sinne ausnutzen. Sein Widerwille gegen die Verfassung, die er seit 1850 nur notgedrungen gehalten hatte, brach jetzt offen hervor. Er trug sich ernsthaft mit dem Gedanken, die günstige Gelegenheit zu einem Staatsstreich zu benutzen und die Verfassung aufzuheben. Zunächst dachte er an eine Änderung des Wahlgesetzes. An Stelle des Klassenwahlrechtes sollte ein ständisches gesetzt werden. Leopold Gerlach und der Innenminister v. Westphalen, der ärgste Vertreter der Reaktion in Preußen, stimmten ihm darin bei,<sup>34</sup> während Gerlach zu den übrigen Plänen des Königs sich wesentlich skeptischer verhielt. Der Hauptschlag galt der Verfassung vom 31. Januar 1850. Sie sollte beseitigt und durch einen "königlichen Freibrief" ersetzt, der Konstitutionalismus abgeschafft und die Befugnisse des Parlaments eingeschränkt werden, so daß den Volksvertretern nur noch die Bewilligung der Abgaben, aber nicht mehr die Gesetzgebung zugestanden worden wäre.<sup>35</sup>

Der einzige Konservative, der des Wahlerfolges so recht froh wurde, was Ludwig von Gerlach. Er hoffte, das Schiff seiner Partei auf das Meer einer glänzenden Zukunft zu führen, und erwartete, ähnlich wie der König, den Anbruch einer Zeit wahrhaft konservativer Regierung. Schon sein Bruder war viel bedenklicher. Er betrachtete das neue Glück mit mißtrauischem Auge und konnte sich darüber nicht von Herzen freuen. Er sah Zerfall und Schwäche der konservativen Partei voraus. Besser als sein Bruder erkannte er die realen Strömungen in der Partei und wußte, daß nur gemeinsamer Kampf die Parteigenossen zusammenhalten konnte. Außerdem fürchtete er die uferlosen Pläne des Königs, die den Widerstand weiter Kreise der Partei hervorrufen würden.

In der Tat bildete sich gegen die Absichten des Königs eine breite Abwehrfront. Der Ministerpräsident stand an der Spitze. Seine große Denkschrift vom März 1856³8 — überreicht wurde sie wohl nie —, in der er sich über die Prinzipien seiner Staatsführung aussprach, erlaubt uns einen tiefen Einblick in seine politische Gedankenwelt. Er erklärte sich gegen die Einflüsse einer unverantwortlichen Kamarilla und verlangte ein verantwortliches Regiment. Mit deutlichen und kräftigen Worten lehnte er das Junker- und Pietistenregiment in Preußen ab. Er wollte nichts von einem Parteiregiment in der Kirche wissen und verlangte religiöse Toleranz. Gegen einen Staatsstreich sprach er sich sehr entschieden aus. Es war die stille Abrechnung Manteuffels mit der Kamarilla und der Stahl-Gerlachschen Richtung in der preußischen Politik. Er näherte

sich in den Grundsätzen seiner Staatsführung den Ansichten, die in der Berliner Revue vertreten wurden.

So ist es auch nicht auffällig, daß gerade aus dieser Ecke der Widerstand der Partei gegen die Verfassungspläne kam. Wagener, Hertefeld, Pinto und Peguilhen waren die Häupter der opponierenden Konservativen.<sup>39</sup> Sie waren durch den Ausgang der Wahl nicht restlos befriedigt. Sie fürchteten, daß bei der negativen Haltung der Partei der Sieg nicht in der richtigen Weise ausgenutzt würde. Darum fühlten sie sich gedrungen, ein positives Programm zu entwerfen und es der Partei vorzulegen.40 Dem König und der Partei gegenüber legten sie öffentlich ihren Standpunkt fest in dieser programmatischen Ausarbeitung, die unter dem Titel: "Grundzüge der konservativen Politik" erschien. Von Hertefeld verfaßt, wurde sie von Pinto, Peguilhen und Wagener gebilligt. 41 Das Programm zerfällt in drei Teile. Im ersten werden die prinzipiellen Fragen behandelt, die Ablehnung der Ideen von 1789 und des Liberalismus begründet, im zweiten die Grundsätze der konservativen Politik entwickelt und im dritten schließlich eine lange Reihe von Verfassungsartikeln aufgezählt, deren Revision nach ihrer Meinung notwendig war. Es war kein Programm im landläufigen Sinne. Es brachte nicht schlagwortartig zusammengedrängte kurze Formulierungen, die das Wollen der Partei scharf akzentuieren, sondern 30 Seiten lang zieht sich die Darlegung der Ziele hin. Es waren mehr Richtlinien für das Verhalten der Abgeordneten in der Volksvertretung. Was die Revue in ihren ersten Bänden geleistet hatte, ist hier kurz zusammengefaßt worden und bildete die Vorarbeiten für dieses Programm. Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gab die Möglichkeit, ein konservatives Programm durchzuführen. Diese Gelegenheit wollten sie nicht ungenutzt vorbeigehen lassen.<sup>42</sup> Von drei verschiedenen Seiten wurde versucht, den Augenblick zu nutzen. Der König, die Kreuzzeitungspartei und die gemäßigte Rechte, alle drei suchten sie die konservative Partei für ihre Zwecke in verschiedener Richtung einzuspannen. Die Folge war, daß keiner von allen dreien zum Ziel kam, sondern daß sich ihre Bestrebungen gegenseitig kompensierten.

Die äußerste Rechte unter Gerlach rückte von dem Programm sofort nach dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit in einer gewundenen Erklärung in der Kreuzzeitung ab und beeilte sich zu erklären, daß es nicht von ihrem Führer Gerlach stamme. In der Neujahrsrundschau von 1856 nahm der Rundschauer selber Stellung zu ihm. Er zog gegen den Tatendurst gewisser junger konservativer Abgeordneter, der in die rechten Bahnen gelenkt werden muß, zu Felde. Nichts sei praktischer als die echte Theorie, und nichts bekämpfe die Doktrin wirksamer als die rein auf Gottes Wort gegründete wahre Lehre. Der Vorwurf der Negativität der konservativen Partei sei völlig ungerechtfertigt und nur geeignet, die Tätigkeit der eigenen Partei zu lähmen und zu verwirren. Gerlach fühlte mit Recht den Angriff des Programms unmittelbar gegen seine Politik gerichtet und machte seinem Groll in lauten Worten Luft, ohne allerdings Namen zu nennen, war aber so deutlich, daß jedermann sofort merkte, gegen wen er so ausfällig geworden war, und die liberale Presse mit Schmunzeln diesen Angriff gegen die Revue registrierte.

Die Kreuzzeitung selber hielt sich vorsichtig zurück und wollte es nicht mit den Verfassern des Programms verderben, wenn auch ihre Sympathie für sie nicht sehr groß war. Sie ließ es an jeder Begeisterung fehlen und brachte statt dessen einige Artikel, in denen sie ihren eigenen grundsätzlichen Standpunkt herauskehrte. In einer Besprechung des Wahlergebnisses bezeichnete sie die Lage als sehr ernst. Sie warnte vor einer Zersplitterung der Partei und mahnte zur Einigkeit. Die Richtigkeit der konservativen Grundsätze hänge nicht von dem Willen der Menschen ab, sondern sie müßten aus dem Willen Gottes abgeleitet werden. Die Prinzipien seien darum höher zu achten als die Interessen und das Recht höher als die Zweckmäßigkeiten. Offenbar im Hinblick auf den Programmentwurf wollte sie nichts mit einer "Reform der Verfassung en masse" zu tun haben und am 30. Dezember wurde sie noch deutlicher; sie bekämpfte den Irrtum, als ob Prinzipien ihre Geltung behalten, wenn man die Religion dabei aus dem Spiel läßt.46 Das hochangesehene "Volksblatt für Stadt und Land" in Halle nahm nur nebenbei in einer kurzen Bücherbesprechung von dem Programm Kenntnis und bezeichnete es als eine private Arbeit Hertefelds. Die Schrift sei nicht erschütternd, nicht besonders originell, die gestellte Aufgabe sei ungeheuer groß und dabei nicht einmal immer ganz deutlich, sondern häufig blieben Unklarheiten und Dunkelheiten.47

Obwohl die Grundzüge nicht von allen Konservativen anerkannt

wurden, bedeuteten sie doch eine Tat für die Partei. Seit 1849 war es die erste programmatische Äußerung. Mochte sie tatsächlich im einzelnen vielfach anfechtbar und nicht immer klar durchgearbeitet sein, so verdiente sie nicht die Ablehnung, die sie bei der Mehrheit der Partei fand. Sehr viel mehr Aufmerksamkeiten widmeten ihr die Gegner. Mit hämischer Schadenfreude wurde im "Preußischen Wochenblatt" festgestellt, welche Verwirrung das Programm in die Partei getragen habe, daß es aber tatsächlich trotz aller Dementis und Ableugnungen das Programm der Partei sei; denn die ganze Politik der Konservativen stimme damit überein. Die Gesellschaftswissenschaft wurde als "klapperdürrer Polizeiabsolutismus zur Durchführung von Gesellschaftszuständen eines vergangenen Jahrhunderts" verspottet. Zu dem Sozial- und Wirtschaftsprogramm konnten die Männer vom Wochenblatt nicht unbefangen und objektiv Stellung nehmen, da sie selber ganz in liberalen Gedankengängen steckten und die liberalen Ansichten über die Wirtschaft teilten. Die Unzulänglichkeit ihrer Kritik wird auch dadurch nicht vermindert, daß sie im einzelnen Fehler und Unstimmigkeiten des Programms aufdeckten, die in ihm tatsächlich enthalten waren. 48 In seiner Kritik zeigte das Wochenblatt mehr Verwandtschaft mit dem Liberalismus als mit den Konservativen, von denen es einst ausgegangen war. Auch der eigentliche Liberalismus nahm sich das Programm vor und behandelte es sehr eingehend. Die Spenersche Zeitung widmete ihm eine ganze Reihe von Leitartikeln.49 Das Bestreben der konservativen Sozialpolitiker, die Wirtschaft dem Staat unterzuordnen und das Primat des Staates festzustellen, machte die Liberalen nervös. Sie wollten keine Eingriffe in die freie Privatwirtschaft. Das preußische Wochenblatt warf ihm bedenkliches Kokettieren mit dem Sozialismus vor.<sup>50</sup> Die liberale Kölnische Zeitung sprach von den "preußischen feudalen Sozialisten à la Wagener . . . ".51 Der liberale Abgeordnete Lette verfaßte nach dem Erscheinen der Grundzüge als Antwort darauf eine eigene Broschüre: "Über die Verfassungszustände in Preußen". Sehr geschickt geschrieben, im Ton zurückhaltend und ruhig, knüpfte sie an Äußerungen Stahls an, wandte sich wie die Konservativen gegen die Nachahmung französischer Verhältnisse und lobte die englischen, verleugnete aber dabei keinen der liberalen Grundsätze. Durch die Ausführungen der Grundzüge angeregt, suchte Lette in ähnlicher Weise die liberalen

Ideen programmatisch zu entwickeln und gegen die konservativen Sozialpolitiker zu polemisieren.<sup>52</sup>

Bei dem leitenden Minister Otto von Manteuffel fanden die Grundzüge besseres Gehör als bei den eigenen Parteigenossen. Graf Pinto und Peguilhen standen mit ihm in Verbindung, unterrichteten ihn über die Vorgänge innerhalb der Partei und suchten ihn in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zum Ärger Leopold Gerlachs gelang ihnen das auch zum Teil. Manteuffel war mit dem Programm einverstanden und erklärte sich im allgemeinen für die Bestrebungen der Berliner Revue. Er versprach ihnen, bei der Verwirklichung nicht hinderlich zu sein, sondern sie zu fördern.<sup>53</sup>

In den Grundzügen wurde allen Versuchen eines Staatsstreiches sehr deutlich entgegengetreten. Nicht "von oben", um ihren Ausdruck zu gebrauchen, kann man Verfassungen machen und das Staatsgebäude aufbauen, sondern aus den gegebenen Verhältnissen muß sich die Gesetzgebung entwickeln. Die Verfassung als Ganzes sollte nicht angetastet, sondern auf legalem Wege Artikel nach Artikel verändert oder ausgemerzt werden. <sup>54</sup> Zu diesem Zweck wurden alle Artikel einzeln aufgeführt, die für eine solche Verfassungsrevision in Frage kamen.

Im Grundsätzlichen stimmten sie mit der Denkschrift Manteuffels überein, indem auch sie eine reinliche Scheidung der Sphären von Staat und Kirche forderten. "Keines dieser großen Systeme soll in das Gebiet der andern hinübergreifen und darauf einen lähmenden Einfluß ausüben",55 aber beide sollen vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Mit etwas vorsichtigeren Worten war hier dasselbe bezeichnet, was Manteuffel derb und ungeschminkt als Pietistenherrschaft bezeichnet hatte. In der Abwehr der königlichen Willkür und in der Abneigung gegen den Pietismus der Kreuzzeitungspartei fanden sich der Ministerpräsident und die kirchlich uninteressierten Konservativen zusammen. Zustatten kam ihnen, daß sie mit einem formulierten Programm auftraten, zu dem der praktische Staatsmann Stellung nehmen konnte, und daß sie nicht allein auf die von Gerlach so hochgeschätzten Prinzipien angewiesen waren. Sie brauchten sich nicht um das mühselige und undankbare Geschäft der Reinhaltung und Wahrung irgendwelcher Grundsätze zu kümmern, die nicht der Sache selbst entnommen sind, sondern sie zählten eine Reihe von handfesten, realen Forderungen auf, die je nach dem praktisch vorliegenden Bedürfnis geändert werden konnten.

Solange es sich um die Unterstützung ihres Agrarprogramms handelte, war der Ministerpräsident bereit, ihnen entgegenzukommen; denn umgekehrt waren sie ein brauchbares Werkzeug seiner Politik, weil er bei ihm mißliebigen Plänen die Kamarilla und den König damit schrecken konnte, daß in dem Falle ihrer Verwirklichung die konservative Partei auseinanderfallen werde. Daß dieses Verfahren seinen Zweck nicht verfehlte, beweist das Verhalten Leopold Gerlachs, der in ständiger Angst vor einer Spaltung der Konservativen lebte. Es ist nicht nur die notorische Faulheit und Unfähigkeit vieler konservativer Abgeordneter, sondern auch der innere Gegensatz der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen gewesen, der eine kraftvolle konservative Politik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschwerte und unmöglich machte.

Bald zeigte es sich, daß die anfängliche Übereinstimmung zwischen den gemäßigten Konservativen und Manteuffel nur eine solche der Negation war, daß sie nicht für eine positive Zusammenarbeit geschaffen war. Die Freundschaft ist nicht von langer Dauer gewesen. Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit und die Erhöhung der Gehälter für die Beamten und die Subalternoffiziere brachte der Staatskasse eine erhebliche Mehrbelastung. Die notwendigen Gelder sollten durch eine große Steuerreform eingebracht werden. Die äußerste Rechte war von Anfang an entschlossen, die Bewilligung neuer Steuern zu versagen. Zwischen der Kreuzzeitungs-Partei und dem Ministerium bestand seit Anfang 1856 eine gewisse Spannung, weil mehrere konservative Anträge auf Änderung einiger Verfassungsartikel nicht die Billigung und Unterstützung des Ministeriums gefunden hatten.58 Außerdem waren die Konservativen mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik unzufrieden. Der Handelsminister v. d. Heydt war ihnen zu industriefreundlich, die Unterstützung von Eisenbahnbauten u. a. aus staatlichen Mitteln hielten sie für Verschwendung und von dem Finanzminister fürchteten sie die Einführung der Grundsteuer.59 So war von vornherein der Boden wenig günstig, um auf ein Entgegenkommen der Konservativen in einer so heiklen Angelegenheit wie die Steuervorlage zu rechnen. Die Konservativen waren von Anfang an mißtrauisch

gegen alles, was von dieser Seite kam. Sie waren vielmehr gewillt, diesem System Opposition zu leisten. Nicht daß sie auf dem Wege der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit die Minister aus dem Sattel heben wollten, — denn das wäre ein Bruch mit einem ihrer vornehmsten Grundsätze gewesen —, sondern sie wollten eine andere Politik von diesen Ministern. Letzten Endes spielte die Feindschaft zwischen Kamarilla und Ministerpräsidenten hinein. Deshalb nahm Manteuffel den Fehdehandschuh auf und war entschlossen, die Sache bis zu Ende durchzufechten und den Kammern keine Konzessionen zu machen.<sup>60</sup>

Der Streit spitzte sich zu auf eine Frage des Prestige zwischen der konservativen Partei und dem Ministerpräsidenten, zu einem Kampf zwischen der Idee des ständisch-ritterschaftlich und des bürokratisch-ministeriell regierten Staates.<sup>61</sup>

Bei der Eröffnung des Landtages am 29. November 1856 kündigte der König in der Thronrede die Steuervorlage an.62 Wenige Wochen später, am 12. Januar 1857, brachte der Finanzminister v. Bodelschwingh im Abgeordnetenhause die angekündigten Steuergesetze ein.63 Für die Abgeordneten war eine Denkschrift beigefügt, in der die Motive der Regierung erläutert wurden. Die Vorlage zerfiel in 4 Einzelgesetze. Das erste sah die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer vor, getrennt für Stadt und Land. Sie sollte einen Ertrag von 1 390 000 Talern bringen, zweitens eine Erhöhung des Salzpreises von 12 auf 15 Taler für die Tonne, auf 2 090 000 Taler veranschlagt. Diesen Steuern gegenüber spielten die beiden andern eine untergeordnete Rolle, da sie zusammen nur 600 000 Taler ergaben. Es handelte sich um eine Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 30. 5. 1820, das den bestehenden Verhältnissen angeglichen wurde und um eine Gewerbesteuer für die bisher davon befreiten Aktiengesellschaften.

Die Gebäudesteuer wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt,<sup>64</sup> die Salzpreiserhöhung mit einer knappen Mehrheit von 20 Stimmen angenommen,<sup>65</sup> während die Gewerbe- und Aktiensteuer mit einer sicheren Mehrheit durchgingen.<sup>66</sup> Fast geschlossen stimmte die Fraktion Gerlach gegen alle Vorlagen. Die Berliner Revue näherte sich dem Gerlachschen Flügel und bekämpfte die Steuern leidenschaftlich. Die Fraktionen Büchtemann und Carl stellten sich hinter die Regierung, ebenso auch ein Teil der Fraktionen v. Arnim-Hein-

richsdorff und Graf Pückler. Es waren dies größtenteils die Beamten, auf die von den Ministern ein starker Druck ausgeübt wurde, 67 dem sie sich nicht entziehen konnten. Unter den ministeriell gesinnten konservativen Abgeordneten taten sich besonders Dr. Hahn und Graf Pfeil hervor, auf der anderen Seite standen Gerlach. Blanckenburg, v. Berg, Wagener und Lavergne-Peguilhen. Nachdem die oppositionellen Konservativen im Abgeordnetenhause bis auf die Gebäudesteuer eine schwere Niederlage erlitten hatten, zogen sie sich auf das Herrenhaus zurück und machten alle Kräfte mobil, um nun hier die Vorlage zu Fall zu bringen. Mit welcher Erbitterung gekämpft wurde, zeigt der Umstand, daß sowohl von den Konservativen wie von Manteuffel versucht wurde. Bismarck aus Frankfurt zu der Abstimmung über die Salzsteuer nach Berlin zu holen. Er zog es allerdings vor, dort zu bleiben, um es mit keinem zu verderben und weil er von der Nutzlosigkeit, das Ergebnis mit seiner einen Stimme zu beeinflussen, überzeugt war.68 Im Herrenhaus wurde tatsächlich die Salzpreiserhöhung verworfen, ebenso wie die andern beiden Gesetze auf Widerstand stießen. Von der Berliner Revue wurde gegen das Abgeordnetenhaus und die ministeriellen Konservativen polemisiert, das Herrenhaus dagegen als die wahre preußische Volksvertretung und als das einzig konservative Werk, das die Regierung seit 1848 geschaffen habe, sehr gelobt. Es sei der Grundstock für die ständische Neuorganisation Preußens. Der Widerstand des Herrenhauses gegen die Steuergesetze wurde voll Verständnis verfolgt und nach Kräften unterstützt. Infolge dieses Verhaltens der Berliner Revue zog sich Manteuffel von ihr zurück. Er und der Kriegsminister bestellten sie Anfang Mai 1857 ostentativ ab.69

Die Anspielungen der Berliner Revue auf die Einrichtung des Herrenhauses als der einzigen wahrhaft konservativen Schöpfung waren zweifellos an die Adresse des Königs gerichtet, um ihm den Widerstand einigermaßen verständlich zu machen, indem man ihn an einer schwachen Stelle zu treffen hoffte, wie es auch immer wieder Leopold Gerlach vergeblich versuchte. Friedrich Wilhelm war empört über die konservative Opposition. Er stand ganz auf der Seite seiner Minister. In seinen Augen handelte es sich um eine regelrechte Steuerverweigerung. So sehr Leopold Gerlach sich auch bemühte, ihm die Beweggründe der Konservativen näher zu bringen,

nichts wollte verfangen: alle ständischen Ideale des Königs waren mit einem Schlage vergangen! Er sah nur die rebellierende Rechte, und dies reizte sein königliches Selbstbewußtsein. Er und das Ministerium waren gewohnt, sie als ein allzeit bereites und folgsames Werkzeug zu benutzen. Der König wurde durch diesen Vorgang angeregt, seine Verfassungspläne von neuem vorzuholen. Das Ministerium wurde durch eine Kabinettsorder beauftragt, an eine Neuredaktion der Verfassungsurkunde zu gehen.

In der Begründung ihres Widerstandes stimmten die Konservativen im allgemeinen überein. Die Mehrausgaben für die Heeresvermehrung wurden anerkannt, während sie an eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter nicht heran wollten, bestenfalls bereit waren, die der kleinen Beamten aufzubessern. Ihr Widerwille gegen die beamtete Bürokratie äußerte sich recht lebhaft. Sie stöhnten über die "ewige Schreiberei" und die "Regierung vom grünen Tisch". Sie verlangten strengste altpreußische Sparsamkeit. Besonders Ludwig Gerlach äußerte sich sehr ergrimmt über die "Verschwendung", daß der Staat als Industrieunternehmer auftritt und Eisenbahnen und Brücken auf seine Kosten bauen läßt. Man war sich darüber einig, daß derartige Unternehmungen der Privatinitiative überlassen werden müßten. Sie bildeten nur eine unnütze Belastung der Steuerkraft des Landes. Nicht nach den Ausgaben sind die Einnahmen zu berechnen, sondern umgekehrt sind die Einnahmen den Ausgaben zu Grunde zu legen.72 Weil sie aber einen großen Teil der Neuausgaben für notwendig erachteten, wurden Einsparungen an anderer Stelle nötig. Wagener beantragte mit Zustimmung seiner konservativen Gesinnungsgenossen,73 die Eisenbahnsteuer nicht für den Erwerb neuer Eisenbahnlinien durch den Staat. sondern für den Heeresfonds zu verwenden.74

Für ihre Opposition war in Wirklichkeit ein höchst materieller Grund ausschlaggebend. In der Denkschrift hatte das Ministerium ausdrücklich erklärt, daß die Gebäudesteuer grundsätzlich von der Grundsteuer getrennt werden solle. Es hatte unvorsichtigerweise darauf hingewiesen, daß die Gebäudesteuer erleichternd die Regelung der Grundsteuer anbahnen solle. Die Erwähnung der Grundsteuer wirkte wie ein rotes Tuch auf die Konservativen, denn in dieser Frage ließen sie nicht mit sich spaßen, weil es eine Sache war, die ihren eigenen Geldbeutel betraf. Die Liberalen lehnten die Ge-

bäudesteuer ab, weil sie ihnen nicht weit genug ging, nur eine kleine Abschlagszahlung auf die Grundsteuer war, und sie wollten alles; die oppositionelle Rechte war dagegen, weil sie der Anfang der Grundsteuer war, die auf diesem Wege allmählich Schritt für Schritt eingeführt werden sollte. Seit 1848 schwebten sie in ständiger Furcht vor der Durchführung der Grundsteuerausgleichung in den östlichen Provinzen, die die Steuerfreiheit der Rittergüter beendigt hätte. 76 Es kam für sie darauf an nachzuweisen, daß neue Steuern überhaupt nicht nötig waren; daher ihre Versuche, durch sparsames Wirtschaften ein Ansteigen des Etats zu vermeiden, daß andererseits die vorgeschlagenen Steuern insbesondere die Gebäudesteuer untaugliche Objekte darstellten. Die Gebäudesteuer als eine andere Form der Grundsteuer schied für sie von Anfang an als indiskutabel aus, die Salzsteuer lehnten sie deshalb ab, weil sie unsozial sei, da die Hauptlast auf die kleinen Leute fällt, die mit jedem Pfennig rechnen müssen.77 Diese Gründe ließen sich hören und von ihrem Standpunkt aus verteidigen. Aber den beiden letzten Steuern gegenüber versagten sie. Hier wurden sie plötzlich recht still, nachdem sie sich vorher sehr lebhaft an der Aussprache beteiligt hatten. Als Landwirte lagen ihnen die Steuerfragen des Gewerbes und der Industrie ferner. Alle Koryphäen der Partei hüllten sich in ein vielsagendes Schweigen, einzig und allein Wagener war es, der sich äußerte.78 Er kehrte das soziale Moment heraus, wenn er getrennte Behandlung der Groß- und Kleinbetriebe verlangte. Beide dürften nicht - wie es die Vorlage tue - mit demselben Maß gemessen und nach derselben Steuertechnik behandelt werden. Der kleine Unternehmer müsse dabei dem großen, leistungsfähigeren erliegen. Einfacher machte es sich die Berliner Revue. Sie setzte die Gewerbeund die Aktiensteuer in Parallele zu der Grundsteuer und erklärte, sie trügen gleich dieser den Charakter einer Vermögensabgabe, aber nicht einer Steuer. Die Kreuzzeitung nahm zu diesen beiden Vorlagen überhaupt nicht besonders Stellung, sondern lehnte sie wie die Mehrheit der Abgeordneten in Bausch und Bogen ohne nähere Begründung ab.

Dieser heftige und erbitterte Widerstand gegen die Steuerlasten würde gar nicht zu verstehen sein, wenn man nicht die letzten Hintergründe ihres Vorgehens aufdecken würde. Die von der Regierung eingebrachten Steuern hätten mit Ausnahme der Gebäude-

steuer den ländlichen Grundbesitz nur sehr wenig betroffen. Die anderen Bevölkerungsklassen wären erheblich mehr in Anspruch genommen worden. In den Parlamentsdebatten erfahren wir aus ihrem eigenen Munde nur andeutungsweise von ihren eigentlichen Absichten. Mehr sagen uns die Reden ihrer Gegner.79 Deutlicher wird der Kommissionsbericht;80 dazu ist zu bemerken, daß innerhalb der Kommission der Einfluß der Konservativen der Richtung der Berliner Revue sehr stark war, die selber sehr offen zu diesen Fragen Stellung nahm. Sie sprach aus, was die Opposition damals erstrebte, und was sich gut mit ihren eigenen agrarisch-ständischen Tendenzen vertrug. Die Steuerfrage sollte als Hebel benutzt werden, um ihren Verfassungsplänen zu dienen. Es galt dem Konstitutionalismus und der Charte von 1850 den Garaus zu machen. Blanckenburg für sein Teil lehnte es zwar ab, die Repräsentativverfassung für die "Zerrüttung der Finanzen" und die "Ausbildung der Bürokratie" verantwortlich zu machen. Aber im allgemeinen neigte man in der Partei dazu, ihr die Schuld daran in die Schuhe zu schieben. Die Berliner Revue verglich eingehend das Budget von 1849 mit dem von 1856 und kam zu dem Schluß, daß wesentlich die konstitutionelle Staatsform an der Erhöhung der Ausgaben Schuld trage, daß diese Staatsform zu leichtsinnigen Ausgaben verleite.<sup>31</sup> Im Abgeordnetenhaus erklärte Wagener — damit die Reden seiner Parteifreunde in feiner geistreicher Weise kritisierend — es nützte nichts, Ersparnisse zu verlangen, ohne die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Alle andern waren eigentlich in den negativen Feststellungen stecken geblieben. daß gespart werden muß; er und die Revue waren die einzigen, die nachdrücklich dafür eintraten, daß ein Umbau der Verwaltung im Sinne ständischer Selbstverwaltung notwendig wäre, wenn wirklich Ersparnisse erzielt werden sollten.82 "Beim Festhalten des gegenwärtigen Systems sind keine Ersparnisse zu erzielen. Die Mißstände sind nicht durch Geld allein zu kurieren. Endlich muß der Anfang mit der Selbstregierung ... gemacht werden." Andernfalls werde man notwendig zum sozialistischen Industriestaat geführt. Die Gerlachs standen dieser Anschauung nahe, wenn auch die Reden Ludwigs nicht viel darüber sagten. Als die wesentlichste Aufgabe der Volksvertretung galt ihnen das Steuerbewilligungsrecht, das den Volksvertretern — in Erinnerung an die altständischen Einrichtungen — unbedingt zukomme. Dieses Recht dürfe den Ständen, in die sie das Parlament umwandeln wollten, nicht genommen werden.83

Wenn man jetzt die Steuern bewilligte, so wurde damit die Verwaltungsreform vertagt.<sup>84</sup> In den Vordergrund wurden zwar taktisch die Ersparnisse geschoben, die dem Staat aus ihr erwachsen sollten, da eine ehrenamtliche Verwaltung dem Staatshaushalt erhebliche Erleichterungen bringen würde. Letzten Endes war es ihnen nicht so sehr um die Ersparnisse zu tun als darum, durch die Selbstverwaltung den ständisch-ritterschaftlichen Charakter des preußischen Staates wieder herzustellen; denn die von ihnen vorgeschlagene Selbstverwaltung trug ein ausgesprochen ständisches Gepräge.

Die Berliner Revue war nicht mehr die alte. In ihrem Schoß hatten sich eine Reihe von Änderungen vollzogen, die die Annäherung an die äußerste Rechte erleichterten. Im Herbst 1856 legte Graf Pinto die Redaktion nieder, um sich der Verwaltung der ihm zugefallenen Familiengüter zu widmen.85 Nachdem aushilfsweise und vorübergehend Hesekiel die Leitung übernommen hatte, wurde zum 1. April 1857 Hermann Keipp Redakteur. 86 Keipp war bisher an der Elberfelder Zeitung tätig gewesen. Er war ihr von Kleist-Retzow. Oberpräsident der Rheinprovinz, der sich bemühte, am Rhein eine konservative Zeitung ins Leben zu rufen, als Aufsichtsredakteur beigegeben worden.87 Große Erfolge waren ihm dort nicht beschieden gewesen, und so folgte er gern dem Rufe nach Berlin. Er war der gegebene Mann, um zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei ausgleichend zu wirken. Eins seiner ersten Verdienste war, Hermann Wagener in engere Verbindung zu der Berliner Revue und ihren Anhängern zu bringen. Wagener hatte die Berufung Keipps nach Berlin vermittelt. Er empfand es als eine Dankespflicht seinem Gönner gegenüber, ihm die Mitarbeit an der von ihm geleiteten Zeitschrift zu erleichtern. Hertefeld lehnte es zunächst aus den bekannten weltanschaulichen Gründen ab. Wagener heranzuziehen, und Keipp mußte ihm die Versicherung abgeben, "alle konfessionellen Einseitigkeiten aus der Berliner Revue fernzuhalten." Aber allmählich setzte sich Keipp durch. Im Verlaufe der Steueropposition mochten sich Wagener und Hertefeld näher gekommen sein. Im Sommer 1857 finden wir Wagener als eifrigen Mitarbeiter. Er und Keipp standen in enger Arbeitsgemeinschaft.88

Die Gegensätze zwischen Wagener und der von Hertefeld be-

einflußten Gruppe der Konservativen waren abgeblaßt, sie machten einander Konzessionen, verließen ihre extremen Standpunkte und glichen einander an. Eine Zeit gemeinsamer politischer Arbeit begann, die sie immer enger zusammenführte, Wagener aber seinen alten politischen Fraktionsgenossen entfremdete.

Hermann Wagener war eine der eigentümlichsten und eigenwilligsten Gestalten in der konservativen Partei der fünfziger Jahre. Er gehörte zwar der Fraktion Gerlach an, aber die doktrinäre Starrheit Gerlachs und seiner Fraktion war für ihn zu eng. Seine Persönlichkeit war zu reich und vielseitig, um in den Anschauungen und dem Betriebe dieser Fraktion aufzugehen. Er führte eine persönlich gestimmte Politik, die sich nicht mit dem Maßstab einer Fraktion messen ließ wie die der Gerlach. Innerlich überwog in ihm bei der Herausgabe seines Staats- und Gesellschaftslexikons noch die Stahl-Gerlachsche Richtung, — Vorwort, Einleitung und politisches A. B. C. lassen darüber keinen Zweifels — aber ganz rein klangen diese Töne nicht mehr. Der Einfluß Peguilhens und Hertefelds machte sich schon bemerkbar. Der Erfahrung und der Sozialpolitik, wie diese sie verstanden, wurde ein breiterer Raum eingeräumt, als es Stahl geduldet hätte.90 Wagener war hier kein strenger Prinzipienreiter, sondern er suchte nach einem vermittelnden Standpunkt. Er war nicht mehr der Kreuzzeitungsmann wie er sein soll, sondern hatte eine persönliche Note, die uns zeigt, daß er auf dem Wege zur sozialpolitischen Schule war. Das vermittelnde Element bildete die soziale Frage. Hier berührten sich von Hause aus seine und der Berliner Revue Anschauungen, so daß sich kaum Unterschiede in ihren Auffassungen nachweisen lassen, abgesehen davon, daß er die agrarischen Interessen nicht teilte. Von dem Augenblick an, wo er stärkeren Einfluß auf die Revue gewann, trat die agrarpolitische Tendenz in den Hintergrund.

## § 3. Die Sozialpolitik.

Die Kenntnis der Gesellschaftsgesetze ist die unumgängliche und erste Voraussetzung für die richtig verstandene Sozialpolitik. Sie ist nicht auf irgend einen bestimmten Stand oder Klasse der Gesellschaft beschränkt, nicht in der Bevorzugung irgendeines Standes oder einer Wirtschaftsgruppe kann sie ihr Ziel sehen,<sup>1</sup> sondern in der gleichmäßigen Berücksichtigung aller gegen und miteinander ringenden Gesellschaftsgruppen. Sie ist die Organisation der ganzen Gesellschaft nach den ihr zugrunde liegenden natürlichen Gesetzen.

Das erste Problem, das sie beschäftigt, ist das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft. Der Mensch ist nicht ein abstraktes Wesen, von allen Bindungen und Pflichten losgelöst. sondern tausend Bande ketten es an die bestehenden Formen des Gemeinschaftslebens. Über den Einzelnen erhebt sich die Gemeinschaft des Menschen.<sup>2</sup> Zwischen dem Individuum und dieser Gemeinschaft herrscht dasselbe Verhältnis wie zwischen dem Organismus und seinen einzelnen Gliedern. Die Werte der Gemeinschaft erheben sich unbedingt über den Einzelnen. Jener Individualismus. der glaubt, daß das Gemeinschaftsleben nur um des Einzelnen willen da ist, ist falsch. Umgekehrt, erst von dem Ganzen aus hat das Einzelwesen Existenzmöglichkeit. Die Unordnung, die das Individuum anrichtet, wenn es sich als Individuum in Gegensatz zur Gemeinschaft stellt, führt zur Zerrüttung aller Formen des Gemeinschaftslebens. Die Gesellschaft - zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft wurde hier kein Unterschied gemacht - hat das größere Recht auf seiner Seite, und die erste Forderung der Sozialpolitik lautet daher: Das Individuum hat sich dem Ganzen der Gesellschaft zu fügen und unterzuordnen.

Der Einzelne darf sich nicht den Einrichtungen entziehen, die sich für das Gemeinschaftsleben gebildet haben. Ein allgemeines gleiches Staatsbürgertum, wie es die Ideen von 1789 fordern, gibt es nicht. Wegen seiner nivellierenden, alle Standesunterschiede ausgleichenden Tendenz ist es nicht mit den Gesellschaftsgesetzen zu vereinbaren, da die Menschen durch Geburt, Stellung und Herkommen verschieden sind. Der Einzelne hat sich vielmehr in Familie, Stand, Korporation, Gemeinde und Staat einzuordnen als den ihm gegebenen natürlichen Lebensformen. Genau wie das Individuum nicht frei und unbeschränkt handeln und leben darf, sondern ihm durch die Gesellschaft Bindungen auferlegt sind, so darf es auch sein Eigentum nicht absolut frei und selbständig gebrauchen. Wohl wird das Privateigentum anerkannt, aber es ist dem Einzelnen nur zum Dienst an der Gesellschaft bestimmt, es ist ein gesellschaftliches Amt. Eigentum verpflichtet. Der augenblickliche Eigner ist eigent-

lich nur Sachwalter des ihm übertragenen Volksvermögens. Daher wird das "einherrige, unbeschränkte und freie Grundeigentum" abgelehnt. Es gibt kein unbeschränktes Walten und Schalten mit dem Eigentum. Das absolute Privateigentum, das schrankenlos seinen eigenen Vorteil sucht, ist eine unhaltbare Einrichtung. Es ist nicht lediglich ein "Genußmittel" für den Einzelnen, sondern "die Wohlfahrt des Ganzen steht über dem Interesse des Einzelnen". In dem Augenblick, wo er sich mit seiner Benutzung in Widerspruch zu dem Gesamtorganismus setzt und sein empfindliches Gefüge bedroht oder verletzt, hört die individuelle Verfügungsfreiheit auf.<sup>3</sup> Die Gesellschaft hat dann das Recht, um ihrer bedrohten Existenz willen, das Individuum in seiner Freiheit zu beschränken und dem freien Eigentum Schranken zu errichten. Das freie Spiel der Kräfte, so lehrt die Erfahrung, hat bisher nur der Zerstörung gedient. Der Individualismus hat die organische Gliederung der Gesellschaft angegriffen, aber keine neuen Ordnungen geschaffen, sondern nur Auflösung hinterlassen. Bei der Einschränkung des freien Eigentums schwebte ihnen das alte Lehenswesen vor Augen, das das Grundeigentum nur zur Nutznießung überließ. Solche Gedankengänge, weniger moderne sozialistische Ideen haben sie geleitet, wenn sie eine Einschränkung des freien Besitztums um der Gesellschaft willen wünschten.

Dieselben Vorstellungen wurden auf das Wirtschaftsleben angewandt. Auch den einzelnen Wirtschaftszweigen wurde nur eine relative Selbständigkeit zugestanden. Sie stehen in den gleichen Abhängigkeitsverhältnissen wie die Einzelwesen. Es verträgt sich nicht mit dem Wesen des Organischen, wenn ein Teil sich über den andern erhebt. Dadurch wird das Gleichgewicht und die Harmonie unter den Gliedern des Organismus gestört, und zu Gunsten des einen Teiles werden die andern verkürzt und benachteiligt. Dieser Satz wurde von ihnen im agrarpolitischen Interesse kräftig ausgeschlachtet. Die Entstehung und Entwicklung der modernen Wirtschaft, die in dieses Jahrzehnt in Preußen fiel, wurde von ihnen nicht verneint oder ignoriert,4 und als böse und unsittlich verworfen. Gegenteil schätzten sie die Bedeutung der Wirtschaft sehr hoch ein, und es klingt durchaus nicht rückständig, wenn sie die Wirtschaft als die Grundlage der politischen und sozialen Entwicklung bezeichneten.<sup>5</sup> Aber die Ausbreitung der Industrie darf nicht einseitig<sup>6</sup> zu Ungunsten der übrigen Erwerbszweige, namentlich der Landwirtschaft erfolgen. Ist dies der Fall, so wird die Industrie zu einem "Wuchergewächs", welches schließlich nicht den Fortschritt. sondern einen Rückgang der Gesellschaft zur Folge haben wird. Besonders gefährlich ist dasjenige Kapital, das sich jeder Verbindung mit der Arbeit entzogen hat und sich bald hier bald dort spekulierend zur Verfügung stellt, das hin und her fluktuiert und nirgends bodenständig ist. Das freie Spiel der Kräfte artet hier zu zügellosem Walten der Privatkräfte aus. Es liegt nicht im Interesse einer gesunden Volks- und Nationalwirtschaft, einen Erwerbszweig über den andern hinauswachsen zu lassen, sondern zwischen ihnen muß ein gesundes Gleichgewicht herrschen. Eine einseitige Begünstigung des Kapitals führt zu einer Kapitalherrschaft, die alle geregelte Wirtschaft unmöglich macht. Das Kapital hat das Bestreben, alle selbständige, von ihr unabhängige wirtschaftliche Tätigkeit zu unterjochen. Das freie Spiel der Kräfte führt nicht zu der größtmöglichen Freiheit, sondern zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und Knechtschaft. Der Landwirt wie der Handwerker wird von den Mächten des Kapitals abhängig. Nicht weil das Streben nach Gewinn unsittlich ist, nicht weil der Industrialismus den sittlichen Gesetzen widerstrebt, sondern einfach deshalb, weil er den Weiterbestand eines geordneten Gesellschaftslebens bedrohte, bekämpften sie den Kapitalismus. Die Kreuzzeitung dagegen bemühte sich,7 das Unsittliche in dem Treiben des Kapitalismus aufzudecken und nach dem sittlichen Rechtstitel zu suchen, der es ihr erlaubte, dagegen anzugehen. Hier waren es nüchterne, rein durch Zweckmäßigkeiten bestimmte Gründe, die sie zu ihrem Vorgehen veranlaßten.

Die Privatwirtschaft darf sich nicht aus allen Zusammenhängen loslösen, eine Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft in diesem Sinne gibt es nicht, sondern sie ist Teil und Glied<sup>8</sup> der Gesellschaft, und muß sich als solches mit den übrigen Teilen der Gesellschaft in Übereinstimmung befinden. Der Staat als der Repräsentant dieser Gesellschaft hat nicht nur die Aufgabe, der Wirtschaft Sicherheit und Schutz zu gewähren und die Beseitigung ihrer Hindernisse zu besorgen, er ist nicht bloß Rechtsstaat, sondern als regelnde und handelnde Macht steht er über ihr. Die Wirtschaft muß sich dem Staat unterordnen und den staatlichen Erfordernissen anpassen.

Dem Staat wurde ein außerordentlich hoher Beruf zugewiesen. Es wurde ihm das Recht zugestanden, in die Wirtschaft einzugreifen, sie zu lenken, zu fördern und zu pflegen. Er steht als ausgleichendes Moment über den verschiedenen Wirtschaftszweigen und Menschengruppen, die in der Wirtschaft zu tun haben. Als die objektive Macht über ihnen, hat er im Widerstreit der Interessen den Urteilsspruch zu fällen und die notwendige Vermittlung zu schaffen. Das Königtum, das seinen sozialen Beruf erkannt hat, ist zum Schiedsrichter im sozialen Kampfe berufen. Es ist der stärkste und beste Garant der Freiheit des Volkes!9 Andererseits bildet die Verschiedenheit der Interessen die stärkste Stütze für das Königtum selber, indem es immer eine Klasse gegen die andere ausspielen und so umso sicherer seine eigene Herrschaft behaupten kann. Zum Unterschied vom französischen Sozialismus, der die Arbeit organisieren will, bezeichneten sie die Sozialpolitik als die Organisation der Gesellschaft.10 Und in ihr wurde dem Königtum die höchste Stelle zugewiesen. Sein wahres Herrschertum sollte es als der gerechte Richter über die auseinanderstrebenden Interessen der Menschen ausüben.

Aber dieses königliche Amt ist nicht Willkür, sondern die Gesetzgebung ist selber an feste Gesetze gebunden. Es kann nicht einfach etwas von oben herab dekretiert werden, die Regierung kann nicht wider die natürlichen Ordnungen des gesellschaftlichen Lebens handeln, sondern der Sinn des Regentenberufes besteht darin, die staatliche mit der wahren gesellschaftlichen Ordnung in Übereinstimmung zu bringen. Ein Staat, dessen Verfassung und Gesetze nicht mit seinen gesellschaftlichen Unterlagen übereinstimmen, kann sich auf die Dauer nicht behaupten. Nur wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ordnung sind, kann man von einem geordneten Staatsleben sprechen. Die politische und soziale Entwicklung hat seine Grundlagen in dem wirtschaftlichen Leben. Die Aufgabe der Sozialpolitik ist, alle diese Dinge miteinander in das rechte Verhältnis zu setzen. Die Verwaltungsinstitutionen müssen auf den wirtschaftlich-sozialen Kräften basiert werden.

Jede Störung im gesellschaftlichen Organismus führt zu seiner Erkrankung. Die Heilmittel sind nicht in theoretischen Erwägungen zu suchen, sondern werden aus der praktischen Erfahrung gewonnen. Soziale Not ist nicht in erster Linie eine sittliche Not, wie die Kreuzzeitungsleute annahmen,12 sondern beruht auf ungesunden Zuständen in der Gesellschaft. Wenn die Harmonie und das Gleichgewicht im Sozialleben gestört sind, wird eine Klasse von Menschen immer benachteiligt. Infolge dieser Benachteiligung kann sie ihre Funktion im Gesellschaftskörper nicht voll erfüllen, und die Erkrankung ist da.13 Eine Lösung der sozialen Not ist nicht durch die Rückkehr zur alten Sittlichkeit oder durch die Schaffung einer neuen, sondern nur durch eine den gesellschaftlichen Gesetzen entsprechende Wirtschafts- und Sozialordnung möglich, indem dadurch die erkrankten Teile wieder in das rechte Verhältnis zu den gesunden gesetzt werden. Es nimmt nicht wunder, daß bei ihrer Herkunft und Absicht diese Ordnung ein vorwiegend agrarisches Gesicht hatte. Aber, davon einmal abgesehen, ist der Unterschied zu dem christlichgermanischen Kreise der Gebrüder Gerlach mit Händen zu greifen. Nicht nach vorgefaßten Meinungen, sondern aus den jeweils gegebenen Umständen wurden die Mittel zur Politik entnommen. Der Interessenpolitik der konservativen Agrarier war mit dieser Theorie besser gedient als mit den strengen Gerlachschen Grundsätzen, die das Prinzipielle über das Nützliche erhoben.

In der Erkenntnis der in den Dingen selbst liegenden Gesetze hat der Staatsmann und der Politiker seine Politik zu führen. Die Gesellschaftsgesetze, nicht irgendwie abstrakte Lehren, müssen die Leitschnur seines praktischen Handeln sein. Da die Freiheit des Individuums ein leeres Postulat ist, dem kein Inhalt in der Wirklichkeit entspricht, also der Individualismus mit den Gesellschaftsgesetzen unvereinbar ist, wurde er abgelehnt. Er war für sie nicht die Emanzipation aus Gott, das sich Gottgleichsetzen des Menschen, der sich das Recht nimmt, nach seinem Willen autonom zu leben. Hier wurde einfach auf den organischen Charakter der menschlichen Gemeinschaft verwiesen, die eine solche Selbständigkeit nicht duldet. Hier wurden die Dinge nicht nach Prinzipien beurteilt, sondern nach dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit, und ein Maßstab, der in den Dingen selbst liegt, nicht von außen herangetragene Gründe und Ideen angewendet. Hier herrschte die kalte Luft vernunftmäßiger Erfahrung, die mit Zahlen und Tabellen arbeitet und an Hand konkreter Tatsachen die Belege für die Richtigkeit ihrer Vorstellungen sucht. Die Hilfsmittel der Statistik waren ihnen wertvoller und wichtiger als die Untersuchungen der Staatsphilosophen und Denker. Die Soziologie diente dazu, die agrarische Interessen-Politik wissenschaftlich zu unterbauen und zu rechtfertigen. Die Gesellschaftsgesetze fielen bei ihnen mit den wohlverstandenen Interessen der

Großgrundbesitzer zusammen.

Die Berliner Revue versuchte es mit einer objektiven Erfassung des Liberalismus. Seine geschichtliche Bedeutung besteht darin, daß er die engen Bande des feudalen wie des absoluten Staates gesprengt, dies innerlich morsch gewordene Gebäude abgerissen und dem dritten Stande und der Geldwirtschaft Bahn gebrochen hat.14 Sie verschloß sich durchaus nicht den Mängeln und Gebrechen der beseitigten Staatsformen. Das Gericht, das in der französischen Revolution über sie hereingebrochen ist, war nur zu berechtigt. Gegen die vor der Revolution herrschenden Stände fanden sie kaum weniger harte Worte als die ärgsten Liberalen. Zu einer Rückkehr zu solchen Verhältnissen und zu ihrer Restauration fehlten nach ihrer Ansicht alle Voraussetzungen. Zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen paßte der vergangene Staat nicht mehr. Aber die Anerkennung der Verdienste des Liberalismus bedingte noch längst nicht die seiner Prinzipien, sondern diese wurden mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Der Liberalismus hat den großen Fehler gemacht, mit dem Mißbrauch die Sache selbst verworfen zu haben. Mit dem König das Königtum und alles, was daran erinnert, mit der Geistlichkeit die Kirche und den, der darin angebetet wird, mit dem Adel und seinen Privilegien jede wie immer geartete Aristokratie und jeden bevorrechteten Besitz. An ihre Stelle trat das Recht des Individuums, des schrankenlosen Erwerbs und des beweglichen Besitzes.15 Die liberalen Grundsätze sind nur geschaffen, um das Falsche zu enthüllen und das Verdorbene umzustoßen, aber nicht imstande, positive Aufbauarbeit zu leisten. Es folgten die üblichen Argumente, die der Konservatismus immer anwandte, um die verderbliche und zersetzende Wirkung des Liberalismus zu bezeichnen. Neu an ihnen war nur ihre Ableitung, indem sie aus der Gesellschaftswissenschaft begründet wurden. Es handelte sich scheinbar nur um einen Wechsel in der Methode, da die Ergebnisse dieselben blieben; aber bei genauer Betrachtung ergibt sich ein grundlegender Unterschied. Sie wandten sich nämlich von der religiös weltanschaulichen Kritik ab und behandelten die Dinge von ihrer praktischen Seite.

Im Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik standen die Großgrundbesitzer und die Bauern;16 denn sie haben sich einzig noch von den zersetzenden Ideen von 1789 frei gehalten. Bei ihnen allein sind die materiellen Grundlagen gegeben, die nötig sind, um ihnen einen nachdrücklichen Widerstand entgegenzusetzen. Um zu verhindern. daß sich auch unter ihnen die liberalen Ideen verbreiten und ihren verhängnisvollen Einfluß üben, und um ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern, müssen sie sich energisch wehren. Das städtische Handwerk ist den Einflüsterungen bereits erlegen und wirtschaftlich erledigt. Umso schwerer ist die Verantwortung, die auf dem Lande liegt. Wenn auch dies letzte Bollwerk gefallen ist. dann werden die Ideen der französischen Revolution unbeschränkt herrschen und den preußischen Staat für den Untergang reif machen. Landwirtschaftliche Interessen standen für sie im Vordergrund, und ihre Vorstellungen waren den ländlichen Verhältnissen entnommen. Die Arbeiter- oder Handwerkerfrage war nicht das eigentliche soziale Problem für sie. Der Untertitel der Berliner Revue würde besser agrarpolitische als sozialpolitische Wochenschrift lauten. Von dieser Perspektive aus muß man ihr ganzes Sozialprogramm betrachten, wenn man das richtige Verhältnis dazu gewinnen will. Sie hielten an der Trennung zwischen Stadt und Land als einem fundamentalen Satz der Gesellschaftswissenschaft fest.<sup>17</sup> Der Städter ist der Verwalter des beweglichen Nationalvermögens, der Landbewohner des unbeweglichen. Deshalb wird die Stadtpolitik als die kapitalistische und die Landpolitik als die konservative und erhaltende bezeichnet, und Stadt mit Liberalismus und das Land mit dem Konservatismus gleichgesetzt. Für das flache Land bedarf es einer anderen Gesetzgebung als für die städtischen Verhältnisse. Für die Interessen des flachen Landes zu sorgen, sahen sie als ihre besondere Aufgabe an, wenn sie es auch nicht so offen zum Ausdruck brachten. Die Berliner Revue beweist es in jeder Nummer, wem ihre stille Liebe galt. Sie war bemüht, die Bedeutung der Landwirtschaft herauszuarbeiten und ihre staats- und nationalpolitische Bedeutung zu betonen.

Der Boden ist die heilige Mutter Erde, die alles nährt und trägt.¹¹ Sie ist das Fundament aller staatserhaltenden Politik. "Der Reichtum an Grund und Boden ist das Hauptkapital eines Volkes." Nicht mit Unrecht erklärte die Berliner Revue, daß die Landwirt-

schaft die erste Stütze des preußischen Staates ist; war doch damals noch die Mehrzahl der Bevölkerung in ihr beschäftigt. Das Heer, ohne welches der preußische Staat nicht zu denken ist, bezog seine besten Soldaten vom Lande, fast der gesamte Offizierstand entstammte dem Adel, der irgendwie durch seine Familie in Verbindung zum Lande stand und dessen Verkehr sich in diesen Kreisen bewegte, soweit er nicht schon ein ausgesprochener Stadtadel geworden war. Ein gesundes und zufriedenes Landvolk ist das beste Rückgrat einer Armee. Bei seiner Auflösung ist auch der Nachwuchs für die Wehrmacht bedroht. Nicht ohne Geschick machten sie diese Argumente geltend, die auf die preußische Mentalität zugeschnitten waren und auch der Wahrheit nicht entbehrten.

Sie knüpften an die Argrarbewegung an, die mit dem Jahre 1848 entstanden war. Die preußische Nationalversammlung hatte sich sehr grundbesitzerfeindlich gezeigt. Als Antwort darauf und zur Gegenwehr hatte v. Bülow-Cummerow den Verein zur Wahrung der Interessen der Grundbesitzer gegründet.<sup>20</sup> Dieses "Junkerparlament" stand ganz unter seinem Einfluß. Schon damals kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den unkirchlich-religiös Interessen der Grundbesitzer gegründet.<sup>20</sup> Das "Junkerparlakannten, und der pietistisch-idealistisch gerichteten Gruppe. Als Ludwig Gerlach seine bekannte Rede gegen die reine Interessenpolitik seiner Standesgenossen hielt und sie ermahnte, nicht über den Interessen die großen weltbewegenden Prinzipien zu vergessen und nicht in der Verflechtung materieller Dinge das Wesen der konservativen Bewegung zu sehen, da wurde er mit Zurufen begrüßt wie "Mucker, Pietist, das wird eine schöne Predigt werden".<sup>21</sup>

In den fünfziger Jahren erwuchs der Landwirtschaft ein neuer gefährlicher Feind, den sie bisher nicht sehr zu spüren bekommen hatte. Dieses Jahrzehnt ist wirtschaftspolitisch durch einen starken Aufschwung der Industrie in Preußen gekennzeichnet. In diese Zeit fiel die Entwicklung Preußens zum Industriestaat.<sup>22</sup> Von den politischen Verhältnissen enttäuscht, warf sich die schöpferische Tatkraft auf die Ausbildung des Wirtschaftslebens. Der Aufschwung der Industrie bedeutete für die Landwirtschaft eine schwere Konkurrenz auf dem Geld- und Kreditmarkt, auf dem sie bisher als der wichtigste Faktor aufgetreten war, während sich jetzt das Kapital von ihr weg und der Industrie zuwandte. Seit 1853 interessierten

sich plötzlich weitere Kreise für Spekulations- und Unternehmungsbanken, und im Zusammenhang mit dem Aufschwung des französischen Bankwesens entstanden in Deutschland in der Spanne von 1853 bis zur Wirtschaftskrise von 1857 eine Reihe jahrzehntelang bestehender Großbanken. Sie wandten alle ihr Hauptinteresse der Industrie zu, gleichzeitig drangen mit ihnen die Methoden der modernen Geldwirtschaft ein und bewirkten eine weitgehende Durchdringung des öffentlichen Wesens mit kapitalistischem Geiste.

Als Organ der antikapitalistischen und agrarpolitisch interessierten Konservativen wurde die Berliner Revue ins Leben gerufen. Sie protestierte gegen die Stein-Hardenbergsche Reformgesetzgebung und die seit 1848 durchgeführten Agrarreformen. Aber die Reform wurde nicht in Bausch und Bogen verdammt, sondern ihre Notwendigkeit anerkannt. Sie wandte sich nur gegen die Art und Weise, wie sie zustande gekommen und durchgeführt worden war.23 Als Blatt der Agrarpolitiker setzte sie die von Bülow-Cummerow und dem Junkerparlament begonnene Linie fort.24 In der Durchführung der liberalen Grundsätze, wie sie in den Reformgesetzen zum Ausdruck gekommen waren, sah sie eine Gefährdung der gesamten Landwirtschaft, die aber erst in Zukunft zur vollen Auswirkung kommen werde. Die Anwendung des Grundsatzes von der individuellen Freiheit auf die ländlichen Besitzverhältnisse führt zu ihrer Auflösung. Der bisher unbewegliche Besitz wird mobilisiert, d. h. er wird dem Geldkapital ausgeliefert, das seine Herrschaft über den Grundbesitz mehr und mehr ausdehnt. Diese Kapitalherrschaft äußert sich in steigender Verschuldung. Der alteingesessene adlige Besitzer wird erst von seinen Gläubigern abhangig gemacht und schließlich aus seinem Besitztum verdrängt. Der Grundbesitz wird zur Ware und zum Spekulationsobjekt wie jeder andere Gegenstand gemacht.25 Diese Mobilisierung trifft in besonderem Maße den mittleren Besitz; denn der Großgrundbesitz ist kapitalkräftiger und wird ihn aufzukaufen suchen, um seinen eigenen Besitz zu vergrößern, während ihn andererseits die "Gutsschlächter" zerschlagen und in kleine Parzellen aufteilen werden.<sup>26</sup> Diese Parzellen sind so klein, daß sie gerade den notwendigen Lebensunterhalt abwerfen, aber in schlechten Jahren zu wenig Ertrag bringen, so daß dann große Notstände hervorgerufen werden. Das Entstehen eines ländlichen Proletariats wird dadurch begünstigt, das umso gefährlicher

werden kann, als es an den Boden gebunden ist und nicht wie das bewegliche Fabrikarbeiterproletariat jeder Verdienstmöglichkeit nachziehen kann.

Das herrschende Erbrecht fördert diesen Zustand. Es ist sowohl dem großen wie dem kleinen Besitz außerordentlich gefährlich. Die Erbteilung erfordert zu ihrer Durchführung die Mobilisierung des Besitzes und erleichtert damit dem Kapital sein Bestreben, sich überall auszubreiten und führt zur Teilung in kleinste und allerkleinste Grundstücke, die überhaupt keine Existenz mehr erlauben. Die gleichen Gründe wurden gegen die Durchführung der Gemeinheitsteilungen geltend gemacht.27 Dabei werden vor allem die kleinsten Leute geschädigt, welche bisher Holz und Weide unentgeltlich erhielten, und die nun ohne Entschädigung einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen verlieren. Außerdem wurde die Dorfgemeinde bislang durch die gemeinsamen Interessen zu einer wirklichen Dorfgemeinschaft zusammengebunden. Jetzt hat niemand mehr Interesse an ihr. Sie löst sich auf, und es bleibt als Dorf nur ein Haufen nebeneinander wohnender Menschen, die durch keine Gemeinsamkeiten mehr verbunden sind. Der Vorteil einer intensiveren und geregelteren Ausnutzung des Bodens steht in keinem Verhältnis zu den Verlusten an sozialpolitischen und ethischen Werten.

Die Folgen der liberalen Agrarpolitik greifen in die Gesamtstruktur des Volkes hinein und zerstören seinen natürlichen Aufbau. Ihre nivellierenden Tendenzen haben aber Folgen, die weit darüber hinausgehen und den Lebensnerv des Volkes, seine Ernährung treffen. Die "Lebensmittelfrage"28 wird immer drohender und entwickelt sich schlechthin zu der sozialen Frage. Die Parzellen decken kaum ihren eigenen Bedarf. Die Großbetriebe sind so mit Schulden überlastet, daß ein möglichst hoher Ertrag aus dem Boden herausgewirtschaftet werden muß, um den Zinsendienst zu erfüllen. Daher sind die Besitzer zum Raubbau gezwungen, um ihre Gläubiger befriedigen zu können, und um nicht von Haus und Hof gejagt zu werden. Da in den fünfziger Jahren die künstliche Düngung noch nicht ausgebildet war, und da die Viehhaltung und infolgedessen die Düngerproduktion nicht gleichen Schritt mit der Ausnutzung des Bodens gehalten hat, waren ihr Bedenken nicht von der Hand zu weisen. Die Gedanken von Malthus spukten in den Köpfen herum, und wenn man sie auch nicht anerkennen wollte, so wirkten sie hier doch nach.

Das Bemühen der Berliner Revue ging darauf hinaus, die Agrarfrage nicht bloß als eine Interessenfrage eines Standes hinzustellen, sondern sie zu einer eminent wichtigen staatspolitischen Angelegenheit zu machen und die Existenz und Sicherheit des Staates möglichst eng mit der der Landwirtschaft zu verbinden. An der schlechten Finanzlage der Landwirtschaft wurde die Schuld zu einseitig den liberalen Prinzipien zugeschoben. Sie übersahen, daß ein gut Teil der Schuld auch den Grundbesitzer selber traf, daß er nicht das Recht hatte, immer nur den Kapitalismus anzuklagen, sondern daß er selber die kapitalistische Entwicklung unterstützte; mit den fünfziger Jahren setzte nämlich ein Aufschwung der Landwirtschaft ein; die Erträge hoben sich und die Preise erfuhren in dem Jahrzehnt von 1850 bis 1860 eine erhebliche Steigerung.<sup>29</sup> Der Geldrohertrag stieg mehr als der Naturalrohertrag. Nur die Preise für Wolle erfuhren einen erheblichen Rückgang. Infolge dieser günstigen Verhältnisse wurden die Preise für die Güter heraufgeschraubt und in der Hoffnung auf eine weitere Steigerung der Erträge sowohl bei Ankäufen wie bei Erbteilungen sehr hoch, manchmal bis zu 80 und 90% belastet.<sup>30</sup> Der "unmittelbare materielle Vorteil und die Verkennung der allgemeinen ökonomischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion", urteilt Theodor v. d. Goltz, verleiteten viele Landwirte zu diesen Maßnahmen. Aber davon schwiegen die Vertreter der Agrarpolitik. Sie schoben die Schuld an der unleugbaren Schuldenüberlastung einfach anderen zu. In den übrigen Punkten war ihrer Kritik eine Berechtigung nicht abzusprechen. Außerdem lagen die Verhältnisse für den mittleren Besitz längst nicht so ungünstig, wie man ihn geschildert hat. Die Bauern hielten sich im allgemeinen von übergroßen Verschuldung frei, die Erbteilung dagegen war eine wirkliche Gefahr für sie.

Bei dieser Kritik der landwirtschaftlichen Verhältnisse, in der sich berechtigtes mit unberechtigtem verbindet, tritt offen zu Tage, daß sie in erster Linie vom Standpunkt des Großgrundbesitzes ausgingen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ihm vor allem ihre positiven Reformvorschläge galten. Das sicherste Mittel, um ihr zu erhalten und seiner weiteren Zerstörung Einhalt zu gebieten, war in ihren Augen die Wiedereinführung der Fideikommisse, die allgemein

auf den ganzen Großgrundbesitz ausgedehnt werden müßten. Das Programm von 1856 sagte: "Feudalisierung des ländlichen Grundvermögens in modernem, der Macht der Geldwirtschaft entsprechendem Sinne".31 Dies schien ihnen das sicherste Verfahren, um den Grundbesitz vor weiterer Verschuldung und vor der Zersplitterung zu schützen.32 Der Bauernhof sollte durch die Einführung des Anerbenrechtes gesichert werden. So werde der Boden wieder befestigt und dem freien Verkehr entzogen. Die großen Gefahren für die Gesellschaft, die in der ungeregelten Bewegung von Grund und Boden liegen, waren damit nach ihrer Meinung33 abgewehrt. Während man über die Fideikommisse geteilter Meinung sein kann, und ihre Einrichtung nicht immer dem wirtschaftlichen Fortschritte diente, so ist das Anerbenrecht eine segensreiche Einrichtung. Im Rheinland hatte die Erbteilung schon zu erschreckenden Ergebnissen geführt. Es gab dort so kleine Parzellchen, daß deren ganzer Ertrag sich in einer Schürze wegtragen ließ.34

Zum Anerbenrecht sollte für den Bauernhof ergänzend die Festsetzung einer bestimmten Grundgröße des einzelnen Hofes treten, die nach den besonderen Umständen festgesetzt wird und die Wirtschaftlichkeit des Hofes sichern soll. Sie darf nicht unterschritten werden, während sich nach oben hin der Hof beliebig vergrößern kann. Nach dem Besitz werden dann die Bauern in Ganz- und Halbbauern und Kossäten eingeteilt. Dieser Vorschlag war aber Zukunftsmusik und die Aussicht auf seine Verwirklichung lag in weiter Ferne. Erst in unserer jüngsten Argrargesetzgebung des Erbhofrechtes sind seine Grundgedanken verwirklicht worden.

Diese Maßregeln waren aber nicht ausreichend, um der finanziellen Not der Landwirte abzuhelfen. Es genügte nicht, den Grundbesitzern bessere Besitzverhältnisse in Aussicht zu stellen, ihre Pläne mußten nach der praktisch-wirtschaftlichen Seite hin ergänzt werden; denn ihre mißliche Lage war aus der Kreditnot entstanden. Die Landwirtschaft mußte nicht allein mit Kapital versorgt, sondern von dem herkömmlichen Geld- und Kapitalmarkt unabhängig gemacht werden. Nicht auf dem allgemeinen Wege und zu den dort üblichen Bedingungen sollte sich der Landwirt in Zukunft seine Kapitalien besorgen; denn die Bedingungen, die ihm dort gestellt wurden, waren für die Verhältnisse des Handels und der Industrie zugeschnitten und entsprachen nicht den Bedürfnissen der Grund-

besitzer. Die Schwierigkeit bestand darin, daß bislang dem Landwirt keine andere Geldquelle zur Verfügung gestanden hatte als der allgemeine Geldmarkt. Die Landschaften waren den gesteigerten Anforderungen nicht mehr gewachsen. Es blieb nichts anderes übrig als die Schaffung einer neuen Art landwirtschaftlicher Kreditanstalten und zwar sowohl für den Großgrundbesitzer wie für den Bauern. Sie muß auf genossenschaftlichem Wege erfolgen. Die Bauern einer Gemeinde schließen sich zu einer Kreditgenossenschaft zusammen, durch die Genossenschaft allein wird ihnen Kredit vermittelt, und die Genossenschaft bestimmt, bis zu welcher Höhe er dem einzelnen Genossen gewährt werden kann. Die Dorfgenossenschaften sind Teile der Kreisgenossenschaft, zu der außerdem noch die Rittergutsbesitzer gehören, die ihren Kredit unmittelbar von der Kreisgenossenschaft erhalten. Die Kreise werden zu größeren Bezirken oder Provinzen zusammengefaßt. Die Provinzialgenossenschaften stellen Pfandbriefe aus, die dem öffentlichen Verkehr übergeben werden, ihre Unterabteilungen haben mit der Öffentlichkeit nichts zu tun. Auf diese Weise sollte die gesamte Landwirtschaft, in Groß- und Kleinbetrieben erfaßt und in ein einheitliches Kreditsystem gebracht werden. Die Zugehörigkeit zu ihr ist eine zwangsläufige. Dafür hat der einzelne Genosse den großen Vorteil, von dem Geldmarkt und seinen Schwankungen unabhängig zu sein und durch dieses Institut zu annehmbaren Bedingungen Kredit erhalten. Das ganze Kreditsystem wird von dem Staate konzessioniert und steht unter seiner Oberaufsicht und Leitung. Die kündbare Schuld wird in eine unkündbare verwandelt und durch allmähliche Amortisation getilgt.<sup>36</sup> Um der weiteren Verschuldung eine Grenze zu setzen, darf nur für Zwecke der Bodenverbesserung und des Betriebes neues Kapital aufgenommen werden. Zugleich soll durch diese Pfandbriefe eine "Versöhnung" zwischen dem beweglichen und dem immobilen Kapital versucht werden; denn dem Kapital bleibt die Möglichkeit, mit den Pfandbriefen zu handeln.

Von Lavergne-Peguilhen wurde dieser Vorschlag zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet, der von ihm im Mai 1857 kurz nach den Steuerdebatten im Abgeordnetenhause eingebracht und verteidigt wurde. Der Landwirtschaftsminister Manteuffel sah in dem Entwurf nur ein Mittel, das Schuldenmachen der Grundbesitzer zu begünstigen und lehnte eine Befürwortung ab. Neben diesem

praktischen Grunde führte er prinzipielle Bedenken an, die aus der Rüstkammer des Liberalismus stammten. Die Bewegung des Geldes dürfe nicht beeinflußt werden; ein Eingreifen des Staates sei nicht angebracht, sondern sie müsse ihrem natürlichen Laufe überlassen bleiben. Er riet den Landwirten zur Selbsthilfe und verwies sie auf ihre "eigene Intelligenz und Tätigkeit". Bei den Liberalen fand er natürlich lebhaften Beifall und selbst ein großer Teil der Konservativen stand dem Antrage verständnislos gegenüber. Nach kurzer Debatte wurde der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ihre gesamte Agrarpolitik trug ein doppeltes Gesicht, das eine rückwärts in die Vergangenheit und das andere vorwärts in die Zukunft gerichtet. Die Mittel, die angegeben wurden, um eine neue Festigung des Grundbesitzes herbeizuführen, waren mit Ausnahme des Anerbenrechtes und der Festsetzung einer Mindestgröße des Hofes nicht mehr angebracht, während ihre Vorschläge zur Bildung von Kreditgenossenschaften einen richtigen Gedanken enthielten. Der Plan war großzügig angesetzt, aber durch die Bedingungen, daß alle Landwirte ihnen angehören sollten und daß sie ihren Kredit nur durch die Genossenschaften erhalten könnten, so schwerfällig gemacht, daß die Durchführung unmöglich wurde. Eine solche Monopolisierung der Kreditbeschaffung war damals unmöglich. Sie kam einer teilweisen Aufhebung der Privatwirtschaft und der Einführung einer Art Sozialismus gleich, für den die Zeit noch nicht reif war. Man brauchte nicht Liberaler zu sein, um solche Entwürfe abzulehnen, sondern auch vielen Konservativen ging dieser Plan zu weit. An sich war es jedoch nur konsequent, daß dem neuen Bodenrecht, welches den Grund und Boden dem beweglichen Kapital entziehen sollte, eine Neuregelung des Hypotheken- und Kreditwesens zur Seite gestellt wurde. Beide bedingen einander mit innerer Notwendigkeit.

Die sozialpolitische Schule der Konservativen sah die soziale Frage als eine Organisationsfrage der gesamten Gesellschaft an. Die Entstehung des Proletariats und seine Stellung im Staat bildete nur einen kleinen Ausschnitt. Deutlich wurden die beiden Größen der Zukunft, die den bestehenden Zustand bedrohten, erkannt: der Kapitalismus und das Proletariat. Sie sind "die beiden großen Feinde der Freiheit".38 Als ihre Aufgabe betrachteten sie es, die Gesellschaft vor diesen Feinden zu schützen.

Dabei verschlossen sie sich nicht der wirklichen Notlage, die unter den Arbeitern stellenweise herrschte,39 und gaben zu, daß die soziale Frage in dem Sinne, wie wir ihn heute allgemein verstehen. vorhanden war. "Pauperismus", jener Zustand der völligen Besitzlosigkeit, findet seinen Ursprung in einer Störung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.40 Der scharfe Konkurrenzkampf, der zur Arbeitsteilung und Spezialisierung der Arbeitskraft geführt hat. um auf einem Teilgebiet eine Spitzenleistung zu erreichen, beschränkt andererseits wieder die Möglichkeit, die Arbeitskraft anderweitig zu verwerten und erleichtert die Bildung des Proletariats. Die Loslösung des Individuums aus allen gesellschaftlichen Bindungen fördert diesen Vorgang. Aus der liberalen Wirtschaftspolitik entwickelt sich zwangsläufig ein ländliches wie ein städtisches Proletariat, beide gleich gefährlich für den Bestand der Gesellschaft und eine ständige Bedrohung derselben. Die Bedeutung der dadurch neu auftauchenden staatspolitischen Probleme kann nicht ernst genug genommen werden. Die Berliner Revue griff daher jene konservativen Publizisten an, die da glaubten, die soziale Bewegung mit einer Handbewegung abtun zu können.41 "Die Entwicklung der sozialen Frage wird unaufhaltsam nach ihren eigenen Prinzipien ihren Fortgang nehmen", mögen diese Leute sie auch verleugnen wollen.

Die Armenpflege reicht nicht aus, um die soziale Frage zu lösen. Die herkömmliche Wohlfahrtspflege ist dem steigenden Massenelend nicht gewachsen. Sie wird den Besitzenden wachsende Lasten auferlegen, ohne doch grundlegenden Wandel zu schaffen. Sie kann es nicht, weil wir es nicht mit vereinzelten Fällen zu tun haben, sondern weil es sich um Krankheitserscheinungen des gesellschaftlichen Körpers handelt. Darum müssen wir tiefer vordringen, bis an die Quellen der sozialen Not vorstoßen und diese verstopfen. Erst damit werden wir wirklich etwas Positives tun, um der sozialen Not abzuhelfen.42 Trotz der richtigen Einsicht, daß es sich nicht um charitative Unternehmungen handelte, sondern um staatspolitische Fragen von hervorragender Bedeutung, waren ihre praktischen Vorschläge reichlich mager. Sie zeugten nicht von einer sehr eindringenden Sachkunde wie bei der Agrarfrage, sondern scheinen nur so nebenbei und nicht mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt, die man eigentlich nach ihren großartigen Worten erwarten mußte.

Lavergne-Peguilhen stand stark unter dem Einfluß von Malthus.43 Seine Bevölkerungstheorie hatte ihn tief beeinflußt. Nach Malthus vermehrt sich die Bevölkerung in geometrischer und die Lebensmittelerzeugung in arithmetischer Progression. Darin stimmte er ihm weitgehend zu. In den Folgerungen wich er dagegen von Malthus erheblich ab. Während der Engländer jedes staatliche Eingreifen strikt ablehnte, befürwortet es Peguilhen. Eine unbegrenzte Bevölkerungsvermehrung - von den fernen düsteren Prophezeiungen der Malthusschen Theorie sah er ab - führt zur Verarmung des Volkes, zur Verengung des Lebensraumes des Einzelnen und zur Entstehung einer ständig wachsenden Klasse von Besitzlosen. Um eine unbegrenzte Zunahme "der niederen, zur Handarbeit bestimmten Stände" zu verhindern, wurde von ihm eine staatliche Heiratsbeschränkung für gänzlich Unbemittelte gefordert.44 schien ihm eins der geeignetsten Mittel zu sein, um der sozialen Frage zuleibe zu gehen; denn dadurch werde die erste Quelle verstopft, der Vermehrung der Menschen, deren Unterhalt nicht sichergestellt ist, ein Riegel vorgeschoben. Daneben soll die Freizügigkeit wieder eingeschränkt werden. Durch die Möglichkeit der freien Wahl des Wohnortes ist die Entwicklung der Industrie begünstigt worden, und der in die Stadt verzogene Landarbeiter wird zum Proletarier, weil er keinen wirtschaftlichen Rückhalt hinter sich hat und mittel- und besitzlos von der Konjunktur abhängig wird.45

Mit derartigen mechanischen Mitteln der Not beikommen zu wollen, ist schwerlich möglich, abgesehen davon, daß eine Beschränkung der Heiratsfähigkeit nur zu einer Steigerung der Unsittlichkeit führt. Die Sozialpolitiker tadelten die verneinende und unfruchtbare Haltung der konservativen Partei, aber hier zeigten sie sich selbst nicht weitblickender. Mit bloßen Verboten war nicht zu helfen, sondern es bedurfte wirklicher Hilfsmaßnahmen, die eine positive Unterstützung der Arbeiterschaft darstellten. Als ihre Aufgabe hatten sie selbst den Schutz der wirtschaftlich schwächeren Klassen bezeichnet, aber diese Vorschläge waren nicht geeignet, sie zu lösen. Den guten Willen dürfen wir ihnen nichtsdestoweniger nicht absprechen. Subjektiv haben sie es ehrlich gemeint. Wir finden bei ihnen denn auch Ansätze, die, über das Negative hinausgehend, auf die Sozialpolitik der späteren Zeit hinweisen.

Für Krankheit und Alter, diese beiden Fälle völliger Erwerbs-

unmöglichkeit muß gesorgt werden.46 Diese Versorgung darf nicht einseitig von den begüterten und bevorzugten Klassen bewirkt, sondern die eigenen Kräfte der Unterstützungsbedürftigen müssen mobil gemacht werden. Die Arbeiter sollen lernen, sich durch Selbsthilfe von der ärgsten Not zu befreien. Pensionskassen, die einseitig von den Unternehmern getragen werden, sind nicht angebracht, weil dadurch die Arbeitnehmer in Abhängigkeit von ihnen gehalten werden, und sie keine rechtlichen Ansprüche auf eine Versorgung erheben können; außerdem haben sie stets etwas von einem Almosen an sich, wodurch das Selbstgefühl der Arbeiter nicht gehoben wird. Altersversorgungs- und Pensionskassen sind aber eine Notwendigkeit. Sie sollen von den Angehörigen aller Berufsstände gebildet und durch regelmäßige Beiträge der Berufsgenossen erhalten werden. Die Oberaufsicht über das ganze berufsständische Versorgungskassenwesen wird dem Staat übertragen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurde dem Staat eine neue große Aufgabe gestellt, die ihn immer mehr zum Beherrscher des öffentlichen Lebens machte. Der staatssozialistische Zug ihrer gesamten Sozialpolitik zeigte sich auch hier. Aber zu gleicher Zeit wurde die Initiative der Berufsstände angeregt, um das Eigenleben der Stände nicht von der staatlichen Omnipotenz zu erdrücken. Sie suchten nach einem Ausgleich zwischen staatlicher Betätigung und privater Initiative und Verantwortung. Indem sie sich für diese Gedanken einsetzten, machten sie zweifellos einen Schritt vorwärts und betraten die Bahnen moderner Sozialpolitik. Nicht aus der Vergangenheit waren diese Vorschläge hergeholt, sondern auf die modernen Verhältnisse zugeschnitten. Sie standen im Begriff, ein fruchtbares Neuland zu erschließen, das der Bearbeitung harrte; denn noch waren die Ansätze in ein Gewirr von überkommenen Vorstellungen eingeschlossen, aus denen sie erst freigemacht werden mußten, ehe sie nutzbringend zu verwerten waren. In der Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Fabrikherrn steckten sie noch ganz tief in den überlieferten Vorstellungen.47 Sie verlangten die "Feudalisierung der Stellung des Fabrikherrn zu seinen Arbeitern". Eine nähere Erklärung dieses allgemeinen und unbestimmten Ausdrucks wird leider nirgends gegeben. Aus dem ganzen Zusammenhange ihrer Anschauungen kann darunter nur ein weitgehendes Verfügungsrecht des Unternehmers über den Arbeiter gemeint sein und

ähnlich den gutsherrlichen Verhältnissen an eine Art von Gerichtsbarkeit und niederer Polizei gedacht werden. Ihre Vorstellungen tragen offenkundig die Züge eines überholten Patriarchalismus.

Für die Arbeiterschutzgesetzgebung hatten sie kein Interesse.48 Die geschilderten Maßnahmen schienen ihnen ausreichend. Es bedurfte einer längeren Entwicklung, um ihnen für die wahre Bedeutung dieser Frage und ihre rechte Behandlung die Augen zu öffnen. Immerhin war es für die fünfziger Jahre, in denen die Arbeiterfrage eben erst auftauchte, schon eine ganze Menge, was sie an notwendigen Maßregeln anerkannten und verwirklicht wünschten. Neben dem Grundbesitzer und Bauern, dem Handwerker und Kaufmann spielte der Arbeiter in jenen Jahren tatsächlich eine ziemlich untergeordnete Rolle. Noch schlugen nicht die Arbeiterfäuste Einlaß begehrend an die Tore der bürgerlichen Gesellschaft. Das kommunistische Manifest war fast wirkungsvoll verhallt. Noch konnte es möglich erscheinen, auf den alten Grundlagen Staat und Gesellschaft wieder zu harmonischen Gebilden zu gestalten, Kapitalismus und Proletariat zu binden und in die bestehende Sozialordnung einzufügen. Aber die Kräfte der neuen Zeit sollten sich als die mächtigeren und stärkeren erweisen. Dieses Jahrzehnt entschied, daß sich die alte Ordnung überlebt hatte, und daß eine neue Zeit sich durchsetzte. Die historische Bedeutung unseres Kreises besteht darin, daß er die Bedeutung der Stunde erkannt hatte, und in vieler Beziehung realpolitischer und nüchterner denkend als die Kreuzzeitungspartei, die Mächte der alten Zeit dadurch widerstandsfähig zu machen suchte, daß er sie in einzelnen Zügen der modernen Entwicklung anpaßte. Sie mußten aber scheitern, weil sie dies nur in Einzelheiten taten. Ihr Hauptinteresse galt der Erhaltung einer überlebten Sozialverfassung, die sich nicht dadurch behaupten ließ, daß in Nebenfragen Konzessionen gemacht, die Hauptpositionen aber behauptet wurden. Ihre sozialreformerischen Ansätze erleichterten ihnen später den Übergang zu bewußter Sozialpolitik. In der folgenden Zeit erst zeigte sich der Vorteil ihrer weltanschaulichen Auflockerung.

Die Fäden aller ihrer sozialpolitischen Bestrebungen liefen in dem Plan einer großzügigen Reform der Verfassung und Staatsverwaltung zusammen. Hier wurden sie zu einem einheitlichen Werke zusammengefaßt und sollten dem organischen Neubau des preußischen Staates dienen.

Das Ziel war die Einführung einer ausgedehnten Selbstverwaltung. Voraussetzung dafür war nach Ansicht der Revue, daß der Individualismus überwunden wurde; denn mit einem Haufen regellos nebeneinander lebender Individuen ist keine Selbstverwaltung möglich, sondern diese kann nur in festumgrenzten und gesonderten Gruppen vor sich gehen. Die gegebenen Gemeinschaftsformen, in denen sich die Selbstverwaltung abspielen kann, sind die Stände. Das bedeutete nicht, das Mittelalter getreulich nachzuahmen und die Rang- und Stufenordnung des Feudalismus wieder vorzuholen,40 aber andererseits konnten sie auch nicht leugnen, daß das Mittelalter ihnen vorbildlich war und sie seine bleibenden Gedanken, nämlich eine organische Gliederung nach Ständen, für die Gegenwart wiederbeleben wollten. Nicht die Form, aber der Inhalt sollte erhalten bleiben. In Wirklichkeit steckten sie jedoch noch tief in den alten Vorstellungen. Ihre Einteilung der Stände hatte sich von dem herkömmlichen Schema Adel, Bürger und Bauer nicht freigemacht.50 In diesen drei großen Gruppen vollzog sich nach ihrer Ansicht immer noch das Leben der Gesellschaft, und auf ihnen wollten sie ihre Neugliederung aufbauen. Der Adel ist zur Führung und Leitung berufen. Aus alter Tradition hat er die Führung im Staat und in der Armee.<sup>51</sup> Er ist als Grundadel gedacht, der vornehmlich auf den Rittergütern Ostelbiens sitzt, die durch die Einführung des Fideikommisses und eines wohlgeordneten landwirtschaftlichen Kreditwesens der Familie gesichert sind und ihm eine sozial und wirtschaftlich unabhängige Existenz gewähren. Der Gutsherr ist infolgedessen die geeignete Persönlichkeit für die ehrenamtliche Übernahme der Selbstverwaltung.<sup>52</sup> Die Rittergüter dürfen nicht in den Gemeindeverband eingeordnet werden, sondern die Gutsbezirke, deren Auflösung von den Liberalen gefordert wurde, bleiben erhalten.53 Gefestigt wird die soziale und politische Stellung des Rittergutsbesitzers durch die Wiederherstellung der gutsherrlichen Polizei, die 1856 tatsächlich erfolgte, und der Patrimonialgerichtsbarkeit.54 Dadurch wird dem Adel der Charakter der Obrigkeit zurückgegeben und eine beherrschende Stellung über die Landbevölkerung verliehen, für die nach der Bauernbefreiung "jede historische Basis" weggefallen war.55

Mit dem Adel ist der Bauer durch gleiche Interessen verbunden. Auch er ist durch Anerbenrecht, Festsetzung der Minimalgröße des Hofes und das Kreditsystem an den Boden und den Hof gebunden, der fest in den Händen der Familie liegt. Die Bauern einer Gemeinde schließen sich zu einer bäuerlichen Korporation zusammen, die nicht nur, wie oben geschildert, die Aufgabe der Kreditbeschaffung hat, sondern die politische Vertretung der Dorfgemeinde darstellt. Die Einrichtung ist offenbar der städtischen Zunftverfassung nachgebildet. Die Bauernschaft jeder Gemeinde schließt sich zu einer derartigen Gemeindekorporation zusammen. Nur ehrenhafte Mitglieder sind zugelassen. Über die Neuaufnahme ist von der Gemeinde förmlich zu beschließen. Die Mitgliedschaft an der Gemeinde ist die Voraussetzung, um einen Hof in derselben zu erwerben. wird mit Selbstverwaltung ausgestattet, übernimmt solidarische Haftung für die Steuern und bildet ein Dorfgericht, das die kleineren unerheblichen richterlichen Geschäfte zu erledigen hat. Dem besitzlosen Tagelöhner und Landarbeiter wurde kein Platz in dieser ländlichen Verfassung, weder im Gutsbezirk noch in der Gemeinde, zugewiesen. Er stand außerhalb des ständischen Aufbaus des flachen Landes. Der Rittergutsbesitzer und der Bauer waren allein seine Repräsentanten.

Den Mittelpunkt des städtischen Lebens sollte der Handwerker bilden. Er muß wieder stärker hervortreten, als es in den letzten Zeiten der Fall war. Dem Handwerk soll in der Stadt wieder seine alte herrschende Stellung zurückgegeben werden. Die stärkste Stütze einer bewußten Handwerkerpolitik sind die Zünfte. Sie bleiben daher erhalten, oder wo sie aufgelöst sind, müssen sie wieder hergestellt werden. Damit ist eigentlich alles ausgeführt, was sie über die Neuorganisation der Stadt zu sagen hatten. Man merkt, daß sie sich hier auf einem Gelände bewegten, mit dem sie nicht vertraut waren und ein Gebiet bearbeiteten, das ihnen nicht lag und für das sie kein sonderliches Interesse hatten. Für die städtischen Probleme fehlte ihnen das Verständnis. Sie erwähnten sie eigentlich nur der Vollständigkeit ihres Gesellschaftsbildes halber.

Adel, Bürger und Bauern bilden die drei "Kurien", aus denen sich die Kreisvertretung zusammensetzt. Von dieser wird der Landrat gewählt, der danach als Vertreter der Stände und nicht als Staatsbeamter gilt. Aus den Kreisversammlungen gehen die Provinzial-

stände hervor.57 Beiden Vertretungen fällt ein großer Teil der Verwaltungsaufgaben zu, die bisher von den beamteten Organen des Staates ausgeführt wurden. Aus den Provinzialvertretungen setzt sich endlich die Landesvertretung zusammen. An Stelle "Kammerkrams" bilden nun die Landstände eine organische Vertretung des Volkes. Der Absolutismus wie der reine Parlamentarismus und der Konstitutionalismus sind damit unmöglich gemacht, und trotzdem ist für die Vertretung des Volkswillens und der Volksmeinung gesorgt. Zwei Gründe veranlaßten sie zu einer solchen ständischen Verfassungskonstruktion. Sie waren mit dem bestehenden Wahlrecht unzufrieden. Sie fanden es höchst unzulänglich, daß der Maßstab des Geldes über die politischen Rechte entscheiden sollte. Dies Verfahren sei günstig für die Bourgeoisie, es drücke das politische System aus, in dem die Machtstellung des dritten Standes und der Einfluß der Geldmänner zum Ausdruck kommt.58 bekamen sie es zu spüren, wie sehr ihre soziale und politische Stellung verloren hatte, denn häufig nahmen, in den Städten zumal, die reichen Bürger den Vorrang vor ihnen ein. Aber noch mehr fürchteten sie das System der Urwahlen; denn sie würden den Staat an die unterste Bevölkerungsschicht, an das Proletariat, ausliefern, dem jedes politische Verständnis abgesprochen wurde. Die Proletarier haben "notorisch keinen politischen Willen".59 Es blieb als letztes Mittel, wenn man nicht den Absolutismus wollte, nur der Ständestaat übrig; besonders willkommen war er ihnen, weil in ihm dem Adel eine hervorragende Bedeutung gesichert war, wie er sie in keiner anderen Verfassungsform erhalten konnte. Die andere Seite, um derentwillen sie den Ausbau des Ständestaates betrieben, war die Ausschaltung des Beamtentums,60 das nur von der Regierung abhängig ist und der absoluten Monarchie zu ihrem Siege über die Landstände verholfen hatte. In ihren Bestrebungen machte die ständische Opposition einen letzten schwachen Versuch, ihre alte Position wieder zu erobern. Es war keine kraftvolle trotzige Bewegung mehr, die sich, wenn es nottut, auch auf die Festung schicken läßt, sondern eine literarische Angelegenheit. Aber ein Stückchen vom Geist jener alten Landstände steckte auch in ihnen. Im Unterbewußtsein konnten die Junker es dem Beamtentum noch immer nicht verzeihen, daß es sie aus ihrer beherrschenden Stellung herausgedrängt hatte. Den Beamten sollten jetzt weite Gebiete ihrer bisherigen Tätigkeit genommen werden. Nicht daß sie so töricht waren, den Beamten ganz aus der Verwaltung zu entfernen. Sein Einfluß und sein Arbeitsgebiet sollte jedoch sehr beschnitten werden. Ein besonderer Antrieb zu solchen Maßnahmen lag nach ihrer Ansicht in den großen Ersparnissen, die der Staat dabei erzielen werde. Die ganze Verwaltung werde wesentlich vereinfacht werden, der bürokratische Geist verschwinden, der umständliche und zeitraubende Instanzenzug vereinfacht und das Maß der unnötigen Schreibereien erheblich herabgesetzt werden. Verwaltung und Rechtsprechung sollten nicht länger getrennt bleiben, sondern weitgehend in die Hände der ehrenamtlichen Selbstverwaltung gelegt werden.

Diese ständische Selbstverwaltung — in Anlehnung an englische Verhältnisse selfgovernment genannt — sollte im stärksten Umfange durchgeführt werden, den Staat entlasten und auf die notwendigsten Befugnisse beschränken. Andererseits wurden aber in der Sozialpolitik und auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Kreditwesens dem Staate eine Menge neuer Pflichten auferlegt. Bei der Durchführung ihrer Pläne wäre ein eigentümliches Gemisch alter feudaler und moderner Elemente zusammengekommen, das die widerspruchsvolle Ideenwelt der konservativen Sozialpolitik offenbart hätte. Die Elemente ihrer Selbstverwaltung waren nichts anderes als die Rückkehr zu den alten längst überwundenen Landständen; die mittelalterlichen Tendenzen waren in diesem Punkte sicher stärker als die vorwärtstreibenden. So gesund der Gedanke der Selbstverwaltung war, und so segensreich sich die Ideen des Freiherrn vom Stein erwiesen hatten, hier sollte er nur dazu dienen, dem Grundadel wieder zu einer längst überholten Stellung zu verhelfen. Eine Wiederauferstehung der Landstände in Preußen wäre ein unmöglicher Atavismus gewesen. Dem preußischen Beamtentum der damaligen Zeit wird man nicht nachsagen können, daß es seine Pflichten nicht erfüllt habe. Insofern hatte ihre Kritik keine Berechtigung. Meinten sie aber damit das bürokratische Regiment, das sich während der Reaktionszeit in Preußen ausbreitete, so durften sie dafür nicht die Beamten, auch nicht den Staat verantwortlich machen, sondern das damalige Regierungssystem. Hier war aber ein Wandel nur dann möglich, wenn ein anderer König an der Spitze des Staates stand, als es Friedrich Wilhelm war. Nicht um eine Frage der Organisation handelte es sich letzten Endes, sondern um eine der Staatsführung. Aber ihnen kam es darauf nicht an, sondern sie wollten versuchen, dem Adel seine alte Bedeutung zurückzugeben. Mit dem Beginn der neuen Aera mußten sie ihre Hoffnungen aufgeben und zufrieden sein, wenn es ihnen gelang, die bevorzugte Stellung, die er im Herrenhaus besaß, zu behaupten. Aus der Offensive wurden sie in die Defensive gedrängt.

## Zweites Kapitel.

## In der Defensive. 1858-1966.

## § 1. Das Verhältnis zur Partei.

Durch die plötzliche Erkrankung des Königs und den Übergang der Regierungsgeschäfte an den Prinzen Wilhelm erfolgte ein gänzlicher Umschwung in den innerpolitischen Verhältnissen. Die Konservativen verloren ihre bis dahin unbestrittene Stellung im preußischen Staat. Nicht nur nach außen erhielt das Ansehen und der Einfluß der Partei einen schweren Schlag, sondern auch im Innern begannen wieder die Auseinandersetzungen. Die Opposition unter der Führung Wageners trat offen gegen die herrschende orthodoxe Richtung auf, die in dem Präsidenten verkörpert wurde.

Als sich Anfang 1858 herausstellte, daß der König für absehbare Zeit nicht regierungsfähig sein würde, tauchte die Frage nach der Einsetzung der Regentschaft des Prinzen Wilhelm auf. Hermann Wagener wollte eine klare Entscheidung herbeiführen, um dem provisorischen Zustande ein Ende zu bereiten und um eindeutige Rechtsverhältnisse zu schaffen. Der augenblickliche Zwischenzustand war nach seiner Meinung nicht mit den "Lebensgesetzen der Monarchie" zu vereinigen; denn als Stellvertreter hatte der Prinz nicht die volle Autorität der Majestät, tatsächlich bildete sich vielmehr eine Ministerregierung, die das Ansehen der monarchischen Gewalt nicht gerade stärkte. Eine wirklich durchgreifende Regierung war während dieser Zeit der Unklarheit ausgeschlossen; denn sie war zum Schweigen und Abwarten verurteilt, während Wagener wünschte, daß mit dem bisherigen System der Halbheit und Schwäche ein Ende gemacht wurde. 1 Den ersten Vorstoß in dieser Hinsicht machte Wagener im März in der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses bei der Beratung des Gerlachschen An-

trages auf Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf sechs Jahre. Und in der Folge drang dann daran anschließend die Berliner Revue darauf, daß eine Klärung geschaffen wurde. Die Kreuzzeitung wehrte sich dagegen, daß vom Lande aus ein Druck auf die Entschließungen des Königlichen Hauses ausgeübt wurde. Nach ihrer Ansicht handelte es sich in erster Linie um eine Familienangelegenheit, in die die Untertanen nicht hineinzureden hatten Sie fürchtete mit der Einführung der Regentschaft ein Sinken des eigenen Einflußes auf die Regierung. Also veranlaßten nicht bloß Prinzipienfragen ihren Widerstand, sondern ihre eigenen politischen Interessen. Wagener lief gegen den von ihr geführten Kurs Sturm, und darum ist diese Teilauseinandersetzung als ein Ausschnitt aus dem Ringen der alten und jungen Generation in der Partei anzusehen.<sup>2</sup> Ende August wurden von der Kreuzzeitung dementierte Vorschläge gemacht, das bisherige Abgeordnetenhaus zwecks Ordnung der Regentschaft noch einmal zu berufen. Dieser Vorschlag fand bei den pommerschen Konservativen viel Anklang und wurde von Bismarck geteilt, der in diesem Sinne auf Manteuffel einwirkte.<sup>3</sup> Aber erst im Herbst wurde die Frage wirklich akut, als die Verlängerung der Vollmacht nötig wurde. Wieder spielte Wagener eine bedeutende Rolle. Um die Anwendung des Artikels 56 der Verfassung, der die Zustimmung der Landesvertretung zur Übernahme der Regentschaft vorschrieb, war ein heftiger Streit innerhalb der konservativen Partei entbrannt. Der Prinz war für Anwendung des Artikels, mit ihm eine Reihe von Ministern und Ludwig v. Gerlach, während sein Bruder und die Mehrheit der Parteiführer gegen die Anwendung war; denn nach ihrer Meinung wurde dadurch der Einfluß und die Bedeutung der Volksvertretung ungebührlich gesteigert. Das monarchische Erbfolgerecht sei Rechtstitel genug, um die Einsetzung der Regentschaft zu legitimieren. Ein Mitwirken des Landtages wurde von ihnen entschieden abgelehnt. Eine Schmälerung der Monarchie zu Gunsten des Parlamentarismus schien ihnen die notwendige Folge eines solchen Vorgehens zu sein. So entschieden Wagener im Frühjahr für eine Regelung gewesen war, so entschieden stellte er sich jetzt auf die Seite der streng Konservativen. Das war kein Bruch mit seinen bisherigen Anschauungen; denn an der Notwendigkeit der Regentschaft, die jene bestritten, hielt er fest. Er war lediglich gegen die Form, in der sie zustande kommen sollte.

Die Regentschaft sollte nicht durch Parlamentsbeschluß übertragen werden, sondern der Prinz sollte sie aus eigener Machtvollkommenheit übernehmen. Seit Ende September führte er einen energischen Feldzug gegen den umstrittenen Artikel in der Berliner Revue. Er war die Seele des ganzen Widerstandes.<sup>4</sup> Welche Befürchtungen die Regierung vor den Plänen der äußersten Rechten hatte, zeigt am besten die Tatsache, daß Manteuffel wieder einmal Bismarck zu den entscheidenden Tagen aus Frankfurt nach Berlin rief, um den Widerstand der Partei brechen zu helfen.<sup>5</sup> Schließlich setzten sich Bismarck und Ludwig v. Gerlach in der Partei durch. Es war der letzte große Sieg, den der Präsident gewann, indem er durch das Gewicht seiner Persönlichkeit die Opposition erdrückte.<sup>6</sup> Widerspruchslos fügte sich die Rechte in der entscheidenden Sitzung des vereinigten Landtages am 25. Oktober 1858.<sup>7</sup>

Dieser Kampf hatte dem Präsidenten gezeigt, wie allein er innerhalb der Partei stand. Fast alle hatten gegen ihn gesprochen. Schon 1856 hatte er selber gespürt, daß er bei seinen Parteigenossen nicht beliebt war und sie ihn nur deshalb ertrugen, weil er ihnen als Führer unentbehrlich war, daß es aber mit seiner Stellung in dem Augenblick zu Ende sein würde, wo junge Kräfte in der konservativen Partei auftauchen würden.8 Er trat nun immer mehr in den Hintergrund. Bekannt ist seine Klage, die er am 30. und 31. Oktober 1858 seinem Tagebuch anvertraute:9 "Kein Friedrich Wilhelm mehr, keine Rundschauen, keine Partei, alle Aussichten finster im Staat, noch mehr in der Kirche". Er fühlte, daß eine neue Zeit heraufzog, in der er keinen Platz mehr hatte. Im Gefühl tiefer Vereinsamung und Isoliertheit mußte er es wie sein Bruder erleben. daß die Politik der vergangenen Jahre, für die sie gekämpft und gerungen, Stück für Stück beiseite getan wurde, daß seine Arbeit umsonst gewesen war und überdies zwischen ihm und seinen alten Freunden eine Entfremdung eintrat. Das alte Preußen, für das er gelebt, ging zu Ende. Eine neue Generation war herangewachsen und verlangte nach Einfluß und Geltung. Noch deutlicher als Ludwig hatte sein Bruder Leopold dies erkannt. 1856 hatte er beobachtet, daß Ludwig sich von den Parteigenossen Blanckenburg und Berg treiben ließ und hatte seine eigentümliche Stellung in der Partei treffend mit der Stellung eines Regenten verglichen, der wohl das Ansehen eines solchen besitzt, dem aber seine Untertanen nicht gehorchen.<sup>10</sup> Mit seinem sterbenden König nahm auch er Abschied von der Welt. Vieileicht, daß ihm diese Tatsache größere Schärfe des Blickes verlieh.<sup>11</sup> Wäre nicht der Verfassungskonflikt gekommen, der noch einmal alle konservativen Kräfte zusammenfaßte, so wäre damals die Rolle der Gerlachs ausgespielt gewesen.

Diese Isolierung Ludwig Gerlachs war das Ergebnis eines langen und erbitterten Ringens mit Hermann Wagener, das sich über das ganze Jahr 1858 hingezogen hatte. Die Regentschaftsfrage bildete nur einen Ausschnitt und den Abschluß. Es handelte sich darum, welche Richtung die Politik der konservativen Partei in Zukunft einschlagen sollte. Die erste Auseinandersetzung erfolgte im Februar bei der Beratung der von der Regierung verlangten nachträglichen Genehmigung einer dreimonatlichen Außerkraftsetzung des Wuchergesetzes. Gerlach stellte sich auf die Seite der Regierung und unterstützte die Vorlage, weil er die Unhaltbarkeit der Gesetze über die Beschränkung des Zinsfußes eingesehen hatte und der freien Wirtschaft einen weiteren Spielraum als Wagener gönnte. Er erwartete von einer freier gestalteten Wirtschaft nicht die schlimmen Folgen, die jener befürchtete und lehnte es grundsätzlich ab, die Höhe des Zinsfußes mit ethischen Gesichtspunkten in Verbindung zu bringen. Es handelte sich für ihn lediglich um eine rein wirtschaftlich zu beurteilende Zweckmäßigkeitsfrage. Wagener hingegen trat e benso entschieden für die Beibehaltung der bestehenden Gesetze ein und bekannte sich aus staatspolitischen Rücksichten zu der Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung. Er lehnte mit seinem Parteifreunde v. Wedell zusammen die Regierungsvorlage ab, da sie eine unzulässige Durchlöcherung der bestehenden Gesetzgebung darstellte. Die Mehrheit der Konservativen stand jedoch hinter Gerlach und stimmte mit ihm für die Vorlage.12

Zwei Monate später stießen sie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wieder zusammen, als sich Wagener weigerte, der von der preußischen Regierung mit den Zollvereinsstaaten vereinbarten Erhöhung der Steuer auf Zuckerrüben zuzustimmen. Während viele Konservative aus rein materiellen Gründen als Besitzer von Zuckerfabriken Widerstand leisteten, handelte Wagener aus idealistischen Gesichtspunkten. Rein juristisch genommen sahen die Opponenten darin einen Rechtsbruch der 1853 abgeschlossenen Verträge, die iür eine Zeit von 12 Jahren eine Steuererhöhung nicht vorgesehen hatten.

Aber wichtiger waren Wagener die politischen Gründe. Die Regierung hatte den Landtag vor eine fertige Tatsache gestellt, die nicht mehr die Möglichkeit ließ, erfolgreich Kritik zu üben, zu der er reichlich Grund zu haben glaubte. Diesem Verhalten der Regierung gegenüber müsse das Ansehen und die Würde der Volksvertretung gewahrt werden. Wagener betonte die Bedeutung des Parlaments in einer auffälligen Weise, die in Widerspruch zu seiner sonstigen Geringachtung des ganzen Parlamentsbetriebes steht: "Ich möchte deshalb mit der Bitte schließen, daß, so wie ich es für die Pflicht der Landesvertretung halte, stets und zu allen Zeiten die Regierung zu ehren, die Regierung auch dazu fortschreiten möge, auf allen Gebieten und in allen Fällen die Landesvertretung zu ehren."13 Diesmal wird uns der Anblick erspart, daß Gerlach und Wagener öffentlich im Parlament gegeneinander auftreten. Da Gerlach in den Tagen der Parlamentsverhandlungen an den Pocken erkrankt war, konnte er seine Ansichten nur in einem in der Kreuzzeitung abgedruckten Rechtsgutachten niederlegen,14 in welchem er sich hinter die Regierung stellte und ihre Schritte verteidigte. Wieder endeten die Verhandlungen mit einem Siege Gerlachs, aber fast die Hälfte der äußersten Rechten unter der Führung Wageners und Blanckenburgs und die gemäßigten Konservativen (Graf Pückler, die beiden v. Lavergne-Peguilhen u. a.) nebst einem großen Teil der Linken waren dagegen. Die Kreuzzeitung hielt sich vorsichtig zurück und ließ beide Richtungen zu Worte kommen, ohne selbst anschließend Stellung zu nehmen, während sich die "Berliner Revue" entschlossen auf die Seite Wageners und der Opposition schlug.15

Moritz Blanckenburg hatte zwar gemeint, daß es sich nur um eine geringfügige Meinungsverschiedenheit handele, die den Bestand der Partei in keiner Weise gefährden könne, weil nach wie vor in den Grundüberzeugungen Übereinstimmung herrsche, aber die ganze damalige Lage war so, daß sich hinter diesen Plänkeleien ernste Gegensätze versteckten. Der eigentliche Grund dieser Auseinandersetzung Gerlach—Wagener beruhte auf einer verschiedenen Auffassung der für die Zukunft einzuschlagenden politischen Taktik. Gerlach wollte die konservative Partei in engster Verbindung mit der Regierung erhalten. Ohne einen Rückhalt an derselben hielt er die Weiterexistenz der Partei in ihrer jetzigen Form nicht gut für möglich. Nur in engster Bindung an die Regierung werde es ihr

möglich sein, weiterhin Einfluß auszuüben. Auch unter dem Prinzen Wilhelm hoffte er auf Fortsetzung des alten Kurses, da das Ministerium Manteuffel am Ruder geblieben und der Prinz-Stellvertreter nicht mit eigenen Regierungsmaßnahmen an die Öffentlichkeit getreten war. Daher mußte sorgfältig alles vermieden werden, was wie eine Herausforderung angesehen werden konnte. Man sollte der Regierung vielmehr entgegenkommen und jede Opposition aus dem Spiele lassen. Er hatte mit scharfem Blick erkannt, daß die Konservativen in ihrer bisherigen Art zur Opposition nicht geeignet waren. Sein Tagebuch verzeichnete unter dem 24. Februar: "Wir können in dieser Atmosphäre nicht leben und nicht sterben". In einer Besprechung am 20. April mit Wagener, Blanckenburg, Below und Bindewald entwickelte er diese Anschauungen und warnte sie vor "Splitterrichterei und Verstimmung wider die Regierung" und "ich bezeichnete als Balken in unserem Auge unsere burschikose Opposition . . . ". Andererseits fürchtete Ludwig v. Gerlach die Liberalen; versagten sich die Konservativen der Regierung, so würde sie sich ihre Stütze wo anders suchen und sicherlich bei den Liberalen finden.<sup>16</sup> Aus diesem Grunde dachte sein Bruder im Februar 1858 daran, zwischen den "gutgesinnten" Landtagsmitgliedern — er nannte Stolberg, Below, Ludwig Gerlach, Kleist-Retzow, Stahl und Senfft-Pilsach — und dem Ministerium eine enge Verbindung zu schließen, "eine puissance" zu bilden, die sich auf Landtag und Ministerium stützte und gegen liberale Ideen des Prinzen Wilhelm gerichtet sein sollte.17

So erklärte sich seine Haltung bei den Parlamentsverhandlungen der letzten Monate als ein Werben um das Vertrauen des Prinzen und der Versuch, dem Ministerium Manteuffel keine unnötige Schwierigkeit zu bereiten, dessen Stellung bei dem Prinzen-Stellvertreter befestigt werden sollte. Insbesondere zeigte die Rübensteuer, wie unangenehm der Widerstand der Wagenerschen Gruppe der Regierung einschließlich dem Prinzen war. Denn sie bedeutete eine Gefährdung der bisherigen Zollvereins-Politik Preußens. Zeitweise dachte man sogar daran, auf dem disziplinarischen Wege gegen die Beamten vorzugehen, die gegen die Vorlage gestimmt hatten. Aber die notwendige Voraussetzung für dieses Verhalten war die Zufriedenheit mit der Politik, die das Kabinett Manteuffel bisher getrieben hatte. Darin unterstützte ihn die Kreuzzeitung, die

die Politik, welche die konservative Partei in den letzten Jahren geführt hatte, für richtig und einwandfrei hielt und sich scharf gegen die Kritiker wandte, die diese Politik verurteilten.<sup>19</sup> Sie schloß sich der Mahnung Manteuffels in der Thronrede gelegentlich der Eröffnung des Landtages am 12. Januar an, in der er um der schwierigen Lage des Landes willen von den Parteien Zurückhaltung und Ruhe verlangte und darum bat, von allen Unruhe und Veränderung stiftenden Anträgen abzusehen.<sup>20</sup>

Diese Äußerungen des Präsidenten Gerlach und der Neuen Preußischen Zeitung waren an Wagener und seine Freunde gerichtet, die durchaus nicht gewillt waren zu schweigen. Seit Beginn des Jahres regte sich in der Berliner Revue eine heftige Opposition gegen das Ministerium Manteuffel. Der ganze Groll Wageners gegen Manteuffel, dessen Polizeiregiment er als Kreuzzeitungsredakteur oft genug zu spüren bekommen hatte, schien sich jetzt zu entladen. Man lehnte den Versuch der Restaurationspolitik, wie sie in den vergangenen 10 Jahren versucht worden war, nunmehr rundwegs ab. Sie habe nur zu einem Polizeiregiment geführt und die Bürokratie gestärkt, "der Geist habe zu oft gefehlt".21 Es seien keine grundlegenden Reformen durchgeführt worden, sondern man habe sich mit kleinen Mittelchen und Flickwerk begnügt. Der gänzliche Mangel an konstruktiven Ideen mußte zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen. Die Umstände verlangten aber nach einem "kräftigen Willen, nach Entscheidungen . . . . " Die Regierung sollte die Entwicklung der Dinge, nicht aber den Rückschritt betreiben und einer neuen konservativen Ordnung die Hand reichen. Um diese notwendig gewordene Umgestaltung durchzusetzen, sei es im Staatsinteresse selbst geboten, die von Manteuffel im Landtag empfohlene Zurückhaltung nicht zu üben. Eine "loyale Opposition" sei um der politischen Verantwortung willen nicht zu umgehen. Um eine Änderung der bisherigen Regierungsweise zu erreichen, müsse offen und ehrlich Kritik geübt werden.<sup>22</sup> Daher dürfe die konservative Partei nicht gouvernemental sein, sondern sie müsse ihre politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren oder sie wieder zurückgewinnen. Ihren besonderen Zorn hatte der Innenminister v. Westphalen auf sich geladen. In ihm sah die Revue den speziellen Vertreter der Reaktion.23 Die Kritik der Revue ging schließlich darauf aus, das Ministerium Manteuffel zu stürzen.

Im Endziel waren sich beide konservative Gruppen einig: Einfluß auf den Prinzen Wilhelm zu gewinnen. Aber in Wahrheit waren es Unterschiede grundsätzlicher Art, die sie trennten. Gerlach wollte die Fortsetzung der bisher befolgten Politik durch den Stellvertreter, Wagener dagegen grundsätzlich neue Bahnen der Regierungspolitik eingeschlagen wissen. Am 24. Oktober, also zeitlich im engsten Zusammenhange mit der Übernahme der Regentschaft, brachte die Revue einen großen programmatischen Artikel: "Die aufbauende Hohenzollernpolitik", in dem der Grundriß einer solchen Politik entworfen war. Dem selben Zweck sollte auch die Herausgabe des Staats- und Gesellschaftslexikons dienen. Es wollte ein Sprachrohr und eine Sammelstätte namentlich der jungen Kräfte der konservativen Partei bilden, eine "Möglichkeit und ein Zentrum gemeinsamer kooperativer Aktion" sein, an der es bis dahin der Partei gefehlt hatte.24 Wagener wollte die Partei zu einer geschlossenen Einheit umformen und neugestalten und zu einsatzfähigem und entschlossenem Auftreten fähig machen. "Die etwas außer Rand und Band gegangene konservative Partei wieder zu raillieren und einen festen Punkt für den Umschwung unserer innenpolitischen Lage zu gewinnen", so bezeichnete er selber die Aufgabe, die er sich gestellt hatte.25 Zunächst stießen seine Bemühungen auf keine allzu große Gegenliebe innerhalb der Partei. Das Lexikon fand gar keinen Anklang und gab Anlaß zu erheblichen Spannungen in der Partei. Entsprechend ihrem pietistisch-kirchlichen Grundcharakter rühmte die Kreuzzeitung, die eifrig für das Lexikon warb, die ausgiebige Behandlung christlicher und kirchlicher Fragen, während sie die Artikel über Sozial- und Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsauffassung, die dem Herausgeber besonders am Herzen lagen,26 mit Stillschweigen überging.27 Der Ton der Revue wurde der Kreuzzeitung gegenüber außerordentlich gereizt. Es wurde ihr vorgeworfen, sie sei alt und schwach geworden, der Geist, der sie einst bei der Gründung beseelte, sei ausgestorben oder gelähmt. Sie sei zu einem Konservatismus gekommen, "dem die Ruhe als ein überaus dringendes Bedürfnis erscheint". Kurz gesagt, sie sei ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen.28 Diesen Angriffen gegenüber zeigte die Zeitung eine erstaunliche Zurückhaltung und Besonnenheit. Zu den sachlichen Gegensätzen gesellten sich für Wagener persönliche finanzielle Schwierigkeiten, die aus dem Ankauf des Gutes Dummerwitz erwachsen waren. Im Juli faßte er den Entschluß, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.<sup>20</sup> Kleist-Retzow vermochte ihn jedoch von diesem Schritt zurückzuhalten. Im Herbst erklärte er sich sogar bereit, für den Wahlkreis Naugardt-Stettin zu kandidieren, fiel jedoch bei den Wahlen durch, nicht zum mindesten, weil die dortigen Grundbesitzer eine gründliche Abneigung gegen ihn hatten.<sup>30</sup>

Der Beginn der Neuen Ära gab den Bestrebungen Wageners neuen Auftrieb. Der Kreis um die Berliner Revue machte den Versuch, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Das Ministerium wurde mit ehrlicher Sympathie begrüßt. Die Zeit des Stagnierens sei nun endgültig vorbei und die Möglichkeit zu fruchtbarer politischer Entwicklung gegeben. Hermann Keipp erwartete von der neuen Regierung eher die Verwirklichung der von der Revue vertretenen Ideen, als es bei der alten Regierung der Fall war.<sup>31</sup> Er meinte, daß sie alle Fraktionen der Rechten mit Ausnahme der Kreuzzeitungsmänner heranziehen werde. Mit einem eleganten Ausfall wandte sich die Revue gleichzeitig gegen die Romantiker, die die Politik als eine abstrakte Wissenschaft betrieben, und die sich jetzt dauernd in den Schmollwinkel zurückzogen. Es ist unverkennbar, daß sich dieser Seitenhieb gegen die ausgeschaltete Kamarilla richtete.<sup>32</sup> Seit längerem schon vertrat die Revue die Anschauung, die alten Parteien und das bestehende Parteiwesen sei nicht mehr zu gebrauchen und eine Erneuerung nötig. Wagener suchte jetzt vorübergehend einen Weg zur Zusammenarbeit mit dem Liberalismus. Er rechnete zeitweise ehrlich mit der Möglichkeit, mit den gemäßigten Liberalen zusammenarbeiten zu können. Gemeinsam war ihnen der Kampf gegen die Bürokratie und für eine gesunde Selbstverwaltung.33 Auf diesem Boden hielt er ein Zusammengehen für möglich. Die neue Regierung sollte dabei als die die Gegensätze ausgleichende Größe über beide Parteien stehen und die Verständigung durch die Anordnung einer weitgehenden Selbstverwaltung anbahnen. Tatsächlich konnte Wagener auf eine gewisse Bereitwilligkeit der gemäßigten Liberalen rechnen. Die Stimmung war bei ihnen durchaus versöhnlich und nicht abgeneigt.34 Ihr Schlagwort lautete: Nur nicht drängeln. Das Programm der Fraktion Vincke zeigte auf dem Gebiete der Selbstverwaltung überraschende Übereinstimmung mit dem, was die Revue forderte: Umbildung der Provinzial- und Kreisverfassung im Sinne der Selbstverwaltung, ebenso der Gemeinde- und Städteordnung.<sup>35</sup> In den übrigen Punkten wie: z. B. Grundsteuergesetzgebung und Ministerverantwortlichkeit erschien aber eine Verständigung aussichtslos. Besonders machte sich die Revue jetzt an die Wochenblatts-Partei heran, die sie in ihrem Sinne zu beeinflussen suchte. Stammte doch aus den Reihen dieser liberalen Konservativen der neue Außenminister Schleinitz, der Kriegsminister Bonin und der Kultusminister Bethmann-Hollweg. Auch die übrigen Minister vertraten einen durchaus gemäßigten Liberalismus, der eine Zusammenarbeit nicht von vornherein ausschloß. Ein sicheres Anzeichen für die Bereitschaft des Ministeriums zur Zusammenarbeit sah Keipp darin, daß Patow und Auerswald die Revue abonnierten.<sup>36</sup> Diese Annäherung blieb jedoch Episode, weil man schnell genug einsah, daß die Unterschiede und Gegensätze zu groß waren.<sup>37</sup>

Bisher hatte der ostelbische Grundadel, die orthodoxe Geistlichkeit und Teile der Beamtenschaft den festen Bestand der Partei gebildet. Diese dünne Schicht war aber auf die Dauer zu schwach, um die Wirksamkeit der Konservativen zu sichern. Früher hatten die Regierungsorgane und Behörden künstlich eine konservative Mehrheit im Abgeordnetenhause geschaffen. Die neue Regierung verzichtete auf das Mittel der Wahlbeeinflussung. Die Zahl der konservativen Stimmen drohte auf das natürliche Maß der der Partei zugrundeliegenden Volksschichten zurückzusinken. Dem Prinzregenten mußten, so meinten sie, an einer auf legalem Wege entstandenen konservativen Mehrheit liegen und ein zu starker Liberalismus würde ihm unangenehm sein. Das Gebot der Stunde lautete infolgedessen: Verbreiterung der sozialen Basis; dann konnte man mit einer starken Partei vor die Regierung treten, die im Volke selber ihren Rückhalt hatte, und durfte von der Regierung die Förderung konservativer Gedanken erwarten. Bei dieser Umformung der Partei sollten gleichzeitig die alten Kreuzzeitungsleute ausgeschaltet werden und der jungen Generation Platz machen.

Aber welche Kreise und Schichten konnten von den Konservativen erfaßt werden? Der größte Teil des Bürgertums stand im Lager des Liberalismus. Arbeiter im heutigen Sinne des Wortes gab es kaum. So blieb nur der gewerbliche Mittelstand, das Handwerkertum und die Bauern übrig. Da aber der Bauer als politischer

Faktor keine wesentliche Rolle spielte, konzentrierte sich nun auf den

Handwerker ihre ganze Aufmerksamkeit.

Die Handwerker befanden sich in einer üblen Lage. Sie waren der Konkurrenz der Industrie nicht gewachsen. Der Liberalismus, der als Platzhalter der Industrie auftrat, war schlecht geeignet, ihre Interessen zu vertreten. Daher lagen die Verhältnisse für die konservative Agitation recht günstig. Sie benutzten die Notlage des Handwerks als Ansatz für ihre Propaganda. Gewachsen war aber dieser Aufgabe nur, wer über eine gewisse sozialpolitische Schulung und Interesse verfügte. Es ist nicht verwunderlich, daß wir den Kreis der Berliner Revue in vorderster Linie treffen.

Der erste Schritt wurde mit der Gründung einer Tageszeitung getan. Im November 1858 legte Hermann Keipp seinem Chef Hertefeld den Plan vor, ein billiges konservatives Blatt zu gründen. Er glaubte, dem Prinzregenten und seinem Ministerium müsse ein solches konservatives Organ, das nicht kreuzzeitungsmäßig gesinnt war, und das zugleich der liberalen Volkszeitung Konkurrenz machte, nur willkommen sein. Er hoffte zuversichtlich auf die Unterstützung durch den Prinzregenten und Auerswald. Sein Hauptgrund war aber der, daß der Wirkungskreis der Kreuzzeitung zu eng war, daß ihr Leserkreis sich aus einer ganz bestimmten Gesellschaftsschicht zusammensetzte und die breiten Massen des Volkes nicht erreichte. Als Programm stellte er auf: "Es gilt die Liberalen anzuerkennen, ihrem Kampf gegen Polizei, Bürokratie, Pietismus und hierarchische Pläne beizutreten, soweit er nicht Windmühlen, sondern wirkliche Schäden im Auge hat." Der Plan fand den Beifall Hertefelds.<sup>38</sup> Dieser übernahm es, für die Finanzierung zu sorgen. Obwohl er oft auf Lauheit und Gleichgültigkeit bei den Parteifreunden stieß, war Mitte Mai 1859 die finanzielle Seite des Unternehmens sichergestellt.39

Außer Hertefeld waren an der Zeitung noch beteiligt: Graf zu Stolberg-Wernigerode, v. Below-Hohendorf, v. Blanckenburg und Hermann Wagener. Der von Keipp vorgeschlagene Versuch, den Prinzregenten zu gewinnen, schlug gänzlich fehl. Eberhard Stolberg, der ihn deswegen aufgesucht hatte, wurde schroff abgewiesen. Prinz Wilhelm wollte mit den Konservativen nichts zu tun haben. <sup>40</sup> Zum 1. Juli 1859 erschien unter der Redaktion von Hermann Keipp, der gleichzeitig die Leitung der Berliner Revue beibehielt, das

"Preußische Volksblatt". Es ist aus einer Beilage der Berliner Revue, der "Kleinen Zeitung" und aus dem "Neuen Preußischen Sonntagsblatt", das am gleichen Tage sein Erscheinen einstellte, hervorgegangen.41 Als Zweck der Gründung wurde angegeben, den künstlichen Gegensatz zwischen den verschiedenen Ständen und den wirklich arbeitenden Schichten der Bevölkerung zu überwinden. Grundbesitz, kleinerer und mittlerer Gewerbestand und die Handwerker sollten eine Einheitsfront gegen den "spekulierenden Rentier" und die liberale Wirtschaftspolitik, die mit dem Beginn der Neuen Ära großen Auftrieb erhalten hat, bilden. Ihr Ziel war die soziale Sicherheit jeder ehrlichen Arbeit und der Bestand einer wirklichen Aristokratie.42 Diente die Kreuzzeitung vornehmlich den Interessen des Grundbesitzes, und war sie für die Fragen der großen Politik zuständig, so haben wir hier das Blatt für den Kleinbürger und den Handwerker, das in Stil und Inhalt seinem geistigen Niveau entsprechend zugeschnitten war.

Das Preußische Volksblatt war ein Unternehmen, das sich gut anließ. Die Herausgeber waren mit den Erfolgen sehr zufrieden. Es fand in weitesten Kreisen eine günstige Beurteilung und war auch nicht ein solches wirtschaftliches Sorgenkind wie die Revue. Der Hertefeldsche Kreis hatte das Blatt unter seinem beherrschenden Einfluß. Wagener, Peguilhen, Pinto und Hertefeld bestimmten den Inhalt. Keipp war nur ihr Gehilfe und blieb von ihnen abhängig.<sup>43</sup>

Nachdem sie das Volksblatt in ihre Hand gebracht und sich damit den Einfluß auf den kleinen Mann, soweit er konservativ war, gesichert hatten, erfolgte der zweite Stoß. Diesmal galt es der Kreuzzeitung, die in ihrem Sinne umgestaltet werden sollte. Zum Anlaß nahmen sie die finanziellen Auseinandersetzungen Wageners mit der Kreuzzeitung. Hinter Wagener standen Pinto und Hertefeld, die ihm je ein Drittel seiner Ansprüche abkaufen wollten, um maßgeblichen Einfluß auf die weitere Gestaltung des Blattes zu gewinnen. Begreiflicherweise wehrten sich die Kreuzzeitungsmänner außerordentlich stark gegen das Vorgehen Wageners. Ganz sicher waren seine Ansprüche außerdem anscheinend nicht, denn Hertefeld ging nur vorsichtig und zurückhaltend an das Unternehmen heran. Erst als Pinto, der im Auftrage Wageners die Verhandlungen führte, mit einer Klage drohte, gab das Comité der Zeitung nach, um einen Skandal zu vermeiden. Es wurde eine gütliche Beilegung des

Streites vereinbart, deren endgültige Regelung sich aber noch bis tief in das Jahr 1860 hineinzog.44

Die Versuche, sich des Parteiapparates zu bemächtigen, gingen weiter. Ende 1861 verhandelte Hertefeld durch den Grafen Pinto mit dem Buchhändler und Verleger Heinicke über den Erwerb der Druckerei der Kreuzzeitung, die von dem Betriebe der Zeitung selbst abgetrennt war. Wie aus späteren Kassenbüchern hervorgeht, gelang es Hertefeld tatsächlich, sich einen maßgeblichen Einfluß auf den Betrieb zu sichern.<sup>45</sup>

Zu gleicher Zeit erschien auch Peguilhen wieder aktiv auf der Bildfläche. Seit zwei Jahren hatte er sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Er wollte wieder an der Berliner Revue und dem konservativen Schrifttum positiv mitarbeiten.48 1860 erschienen zwei Aufsätze47 in der Revue — dem Inhalt und Stile nach unzweifelhaft von Lavergne-Peguilhen verfaßt - in denen in die Kritik der Parteipolitik 1850 bis 1858 eingestimmt wurde. Er entwarf in diesen Aufsätzen ein Programm, das mit seiner uns bekannten Auffassung übereinstimmte: Aufbau der Gesellschaft zum Kulturstaat durch sorgfältige Pflege der Gesellschaftswissenschaft. In ihrer Erkenntnis offenbaren sich die Gesetze Gottes, und daraus erhellt ihre Wahrheit. Mit einer doppelten Wendung gegen den Liberalismus und gegen Stahl schloß er. Es war nicht von ungefähr, wenn er in der Revue an anderer Stelle schrieb:48 1848 ist das Geburtsjahr der konservativen Partei, das Jahr 1859 hat sie selbständig gehen gelehrt.

Wagener hatte sich jetzt von seinen ursprünglichen pietistischen Anschauungen gelöst und war zu einer nüchternen und realen Anschauung der Dinge vorgestoßen. Ein weiterer Beweis für seine Wandlung war die Unbefangenheit, mit der er sich seine Mitarbeiter suchte. Mit dem Staats- und Gesellschaftslexikon wollte es nicht recht vorangehen, weil die geeigneten Mitarbeiter fehlten. Da gelang es ihm, Bruno Bauer<sup>49</sup> zu gewinnen, der sich energisch auf die Arbeit stürzte und Schwung hinter das Unternehmen brachte. Wagener übertrug ihm die Geschäftsführung der Redaktion, die er vom Ende des ersten Bandes bis zum Schluß führte. Ohne seine Bemühungen wäre das Lexikon schwerlich zu Ende gebracht worden. Er war der geistige Leiter und schrieb alles über Wageners Kopf hinweg.<sup>50</sup> Das Spezialgebiet Bauers waren die biographischen Artikel.<sup>51</sup>

Es ist kein gewöhnlicher Anblick, den die Entwicklung Bruno Bauers bietet. Ursprünglich einer der Führer des äußersten linken Flügels der Junghegelianer, Gründer und anerkanntes Oberhaupt der "Berliner Freien", in enger Freundschaft mit Karl Marx und Friedrich Engels, wegen seiner Angriffe auf das historische Christentum aus seinem akademischen Amte gejagt, war er jetzt Hauptmitarbeiter und die vorwärtstreibende Kraft an diesem Hauptwerke des preußischen Konservatismus. Handelte es sich um einen Wandel seiner Gesinnung, oder war er charakterlos zu Kreuze gekrochen und hatte um des Broterwerbs willen seine ursprüngliche Gesinnung verleugnet?

Bruno Bauer ist im Grunde seines Wesens stets Aristokrat gewesen. Daher kam es zum Bruch zwischen Marx und ihm. Von dem marxistischen Materialismus hat er nie etwas wissen wollen, sondern der absolute Geist im Hegelschen Sinne ist für ihn höchstes Prinzip geblieben. Für Bruno Bauer und seinen Bruder bestand eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Masse, der sie jede Vernunft absprachen, und dem Geist, als dessen berufene Hüter sie sich ansahen. Der Glaube an eine außerweltliche Existenz des Geistes wurde einer der Gründe zu einem heftigen Angriff von Marx und Engels in der "Heiligen Familie". Hier trennten sie sich endgültig von dem Idealismus des Bauerschen Kreises.<sup>52</sup> Im weiteren Verlauf der vierziger Jahre setzte sich das Zwiegespann Marx und Engels noch häufig mit seinen Anschauungen auseinander.<sup>53</sup>

Nach der Revolution rechnete Bruno Bauer mit dem Liberalismus ab. Er schrieb von beißendem Spott erfüllte Kritiken der liberalen und demokratischen Bewegung, in denen er die politische Energie und Kraftlosigkeit des "Bürgers" verhöhnte, die daran Schuld war, daß die Revolution verloren ging. 1853 begann er sich mit den Konservativen zu beschäftigen, die er damals entschieden ablehnte.<sup>54</sup> Von Adam Müller wollte er nichts wissen. Aber Ende 1855 hat sich dies geändert. Auf einer Reise nach England kam er wieder mit Marx zusammen. Er stand jetzt ganz auf konservativem Boden und bekannte sich zu den wirtschaftlichen Lehren Adam Müllers. Er behauptete den Vorrang der Landwirtschaft vor der Industrie, erklärte daß Marx die industrielle Entwicklung überschätze, daß die Landwirtschaft vielmehr einen Aufschwung erleben

werde. Von der Klassenkampftheorie wollte er nichts wissen. An seinem radikalen theologischen Standpunkt hielt er jedoch fest.<sup>55</sup>

Nach seiner Rückkehr aus England pachtete er ein kleines Gütchen bei Rixdorf, das er mit seinem Bruder zusammen bewirtschaftete. Er schrieb für die ministerielle "Zeit", überwarf sich aber zu Beginn der Neuen Ära mit Manteuffel und wurde nun von Wagener angestellt.56 Seine Bedeutung für die konservative Partei besteht nicht in seiner Tätigkeit für das Staatslexikon, sondern darin, daß er sie auf die Judenfrage aufmerksam gemacht hat. Neben Wagener war es wesentlich seinen Bemühungen zuzuschreiben, wenn in den Konservatismus antisemitische Gedanken eindrangen. Die einschlägigen Artikel der Berliner Revue und des Staatslexikons, die auch als Separatdrucke erschienen, waren aus seiner Feder.<sup>57</sup> Er betrachtete die Judenfrage weder von der religiösen Seite noch von der rassischen, für die die wissenschaftlichen Grundlagen noch fehlten, sondern ging von der zersetzenden Denkart und Geisteshaltung der Juden aus, die er aus der Geschichte zu beweisen suchte und auf die Gegenwart anwandte. Die Juden streben danach, sich die Völker zu unterjochen und eine jüdische Weltherrschaft aufzurichten. Sie sind Schmarotzer, die das gutgläubige Gastvolk ausnutzen und aussaugen. Dieser Antisemitismus wurde mit der antikapitalistischen Haltung der Revue und des Staatslexikons verbunden. Sie forderten die Beschränkung des Judentums. So wurde den Juden z. B. das Recht abgesprochen, staatliche und öffentliche Ämter zu bekleiden. Auch der Kampf gegen das Freimaurertum fand bei ihm eine eingehende Bearbeitung. 58 Obwohl beide Punkte nicht in die konservativen Programme aufgenommen worden sind, sind sie seitdem nicht wieder aus dem politischen Denken verschwunden, bis sie zuerst in der nationalen Resolution ihre Verwirklichung gefunden haben. Bauer hat ihnen zuerst eine wissenschaftliche Begründung gegeben. Aus einer reichen Kenntnis der einschlägigen Literatur hat er viel Material schöpfen und für seine Zwecke ausnutzen können.

Mit seinem Bruder Edgar zusammen arbeitete er auch später für die Revue und blieb ihr bis zu Ende treu. In den letzten Jahren schrieb er die Politische Wochenschau ohne auf innerpolitische Fragen einzugehen, weil er die Politik Bismarcks nicht billigte.50

Wie seine späteren theologischen Arbeiten beweisen, ist er seinem "kritischen" Standpunkt nicht untreu geworden. Er hat sich

immer seine geistige Freiheit gewahrt und sich nicht in die konservative Partei eingefügt. Diese Freiheit ist ihm auch gelassen worden. 60 Letzten Endes ist Bauer ein unfruchtbarer Geist geblieben. Wie seine theologische, so sind auch seine politischen Schriften recht eigentlich um der Kritik willen geschrieben worden. Alle Verhältnisse wurden kritisch zersetzt, ohne daß er Positives gab. Überall sah er die Fehler und Schwächen, aber sein Intellekt war nicht positiv genug gestimmt, um vorwärts und weiterzuführen. Die Freude an der dialektischen Zersetzung aller Begriffe und Verhältnisse und das Spiel des Geistes mit ihnen verhinderte eine Sammlung und aufbauende Tat.

Die journalistische und wissenschaftliche Arbeit des radikalen Theologen für die konservative Bewegung gibt uns erneut die Möglichkeit zu zeigen, daß der kirchlich und religiös indifferente Flügel für die konservative Partei von einer oft unterschätzten Bedeutung war, und daß einflußreiche Anregungen von ihm ausgegangen sind. Ludwig v. Gerlach hätte es nie fertig gebracht, mit einem solchen Manne zusammenzuarbeiten. Die Verbindung, die Wagener mit Bruno Bauer eingegangen war, erweist, zu welcher Weitherzigkeit und Sachlichkeit er sich entwickelt hatte. Seine eigene religiöse Meinung gab er aber nicht auf, sondern vollzog nur eine Trennung zwischen seiner persönlichen Anschauung und der Sache, an der er arbeitete. Seine alten Freunde sahen die Wandlung mit Sorge an. Ende 1859 schrieb Moritz Blanckenburg an Kleist-Retzow: "Auf welch gefährlichem Boden Wagener innerlich steht, weiß ich so gut wie Du".61 Wagener löste sich aus den Fesseln der doktrinären Starrheit der engeren Kreuzzeitungspartei. Wagener stand als der Vermittler zwischen dieser Gruppe und den religiös Neutralen. Dies verlieh gleichzeitig seiner Position innerhalb der Partei ihre Stärke. Es gelang ihm, beide Gruppen zusammenzuhalten und auszugleichen. Die Zusammenarbeit im Preußischen Volksblatt zeigte, daß, wie es die Berliner Revue richtig ausdrückte, eine neue Zeit für die Partei begann. Es hatte sich eine neue Front gebildet, die nicht mehr um theoretische Sätze stritt, sondern praktische Aufgaben zu erfüllen suchte, die aus der Bewegung exklusiver Gesellschaftskreise eine konservative Volksbewegung machen wollte.

Die Stellung Wageners in der Partei war mächtig gestiegen. Er wurde mehr und mehr zum Träger der Erneuerungsbewegung.

Seine Stellung erfuhr dadurch eine weitere Festigung, daß zum 1. April 1861 die Berliner Revue, die seit 1859 Hermann Keipp gehört hatte, in sein Eigentum überging. Er überließ sie Wagener, weil er als Redakteur des konservativen "Vaterland" nach Wien ging. Er übernahm damit die geistige Leitung, die er bis zum Eingehen der Berliner Revue behielt.<sup>62</sup>

Von Anfang an hatte die Absicht bestanden, dem Liberalismus die Führung des Handwerkertums aus der Hand zu nehmen, die entstehende Handwerkerbewegung in konservative Bahnen zu lenken und die Masse der Handwerker für die eigene Partei zu gewinnen.63 Gelegenheit zum Eingreifen bot sich, als die Handwerker anfingen sich zu organisieren, um besser für ihre Belange eintreten zu können. Von dem Vorstande der Berliner Innungsvorstände wurden die preußischen Handwerker zu einem Landeshandwerkertage in der Zeit vom 28. August bis zum 1. September 1860 nach Berlin eingeladen. Etwa ein Drittel aller preußischen Handwerker entsandte Vertreter. Die Veranlassung zu der Versammlung war der von den liberalen Abgeordneten Duncker, Reichenheim u. Gen. im preußischen Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag auf Gewerbefreiheit. Die Versammlung sollte diese Bestrebungen abwehren und für die Erhaltung der Gewerbeordnung eintreten. Der konservative Ton war auf dieser Versammlung im Übergewicht, nur vereinzelte Stimmen erhoben sich zur Verteidigung des liberalen Antrages. Die Referate und Entschließungen waren von konservativem Geiste erfüllt.64 Die konservative Presse berichtete mit warmer Teilnahme über die Verhandlungen des Landes-Handwerkertages. Es gelang, diese Handwerkerbewegung völlig unter konservativen Einfluß zu bringen. Das Preußische Volksblatt wurde zum offiziellen Organ der Handwerker erklärt. Zum Vorsitzenden wurde der überzeugt konservativ fühlende Schuhmachermeister Panse gewählt,65 der später bei der Gründung des Preußischen Volksvereins führend tätig war. Auf der Berliner Tagung wurde außerdem ein ständiger Ausschuß eingesetzt, der den weiteren Ausbau der Organisation betreiben und fortlaufend die Interessen der Handwerker wahren sollte.

Nun wurde im Juni 1861 nach der Auflösung des preußischen Landtages von einem konservativen Wahlkomitee, das aus den gleichen Männern bestand, die das Preußische Volksblatt ins Leben gerufen hatten, 66 die Neuorganisation der Partei zu den Wahlen in

die Hand genommen. Eine der ersten Maßnahmen bestand darin, sich mit dem Handwerkerausschuß in Verbindung zu setzen und eine gemeinsame Wahlagitation zu verabreden. Soweit war inzwischen die Verbindung zwischen Konservativen und Handwerkern gediehen, daß sie gemeinsam in den Wahlkampf zu gehen entschlossen waren. Nachdem der erste Schritt zur gemeinsamen Arbeit getan war, ließ der nächste nicht lange auf sich warten. Im September 1861 wurde zur Gründung einer festen Organisation aufgerufen, des "Preußischen Volksvereins". Unter großer Beteiligung fand am 20. September in Berlin die Gründungsversammlung statt. Von seiten der Konservativen lag die Hauptinitiative bei Wagener und Blanckenburg,67 während Panse der Führer der Handwerker war. Diese Männer gaben die programmatischen Erklärungen für ihre Gruppen ab.68 Wir werden dies festzuhalten haben, weil fortan die Leitung der konservativen Partei mehr und mehr in ihre Hände überging, und gerade sie auf sozialpolitischem Gebiete immer wieder zu tatkräftigem Eingreifen aufforderten. Bei ihnen lag das ganze Schwergewicht der sozialpolitischen Arbeit der Partei, die sie schließlich in offenen Gegensatz zur Mehrheit der Partei brachte. Die Gründung des Volksvereins war der Versuch, Grundbesitz und Handwerk --- so wie es das Programm des preußischen Volksblattes angekündigt hatte — zu einer einheitlichen Aktion zusammenzuführen. Uns interessiert nicht so sehr die politische Seite dieses Versuches im Zusammenhange des Verfassungskonfliktes, sondern seine sozialpolitische. Hier lag, wie Müller mit Recht hervorhebt, das Verbindende zwischen beiden Ständen. Nicht die Übereinstimmung in den politischen Fragen hatte sie zusammengebracht, sondern der Kampf gegen den wirtschaftlichen Liberalismus, von dem sich Grundbesitz und Handwerk in gleicher Weise bedroht fühlten. Die Handwerker wahrten ihre Selbständigkeit und unterzeichneten den Aufruf des Volksvereins nicht. 69 Sie gingen in ihrer Mehrheit bewußt eine reine Interessenvertretung mit den Konservativen ein, lehnten es aber ab, zugleich der Partei beizutreten und sich zum konservativen Gedanken zu bekennen. Bei der Aufstellung der Wahlkandidaten ergaben sich aus diesem Grunde an vielen Stellen Schwierigkeiten, weil die Handwerker nur für Handwerkerkandidaten stimmen wollten. Vielfach erwiesen sie sich als politisch sehr unzuverlässig und erfüllten die von den Konservativen auf sie gesetzten Hoffnungen

nicht. Immerhin standen viele von ihnen, unter ihnen so einflußreiche Führer wie Panse und der Tapeziererobermeister Wohlgemuth fest auf konservativem Boden, und besonders Panse entwickelte eine eifrige Agitation für die konservative Partei. So wurde er von den Konservativen Waldenburgs gerufen, um die widerstrebenden Handwerker "auf den rechten Weg" zu bringen."

In der Partei selber wirkte sich der neue Antrieb sehr verschieden aus. Nicht überall wurde die Arbeit mit der gleichen Tatkraft in Angriff genommen, sondern sie setzte nur strichweise ein, und von vielen Seiten kamen Klagen über die mangelhafte Aktivität der Konservativen und ungleich verteilte Agitationsarbeit.71 Im preußischen Volksverein lag die eigentliche Leitung in der Hand Wageners. Er war die Seele des Ganzen. Seine Betriebsamkeit und seine organisatorische Begabung, vor allem aber der rücksichtslose Einsatz seiner Kraft und Zeit, schaffte Leben und machte die Vereinigung zu einem wirksamen Instrument der Partei. Ohne ihn hätte es die Organisation nie zu größerer Ausbreitung und Ausdehnung gebracht.<sup>72</sup> Die Konservativen erkannten diese Tatsache und gaben zu, daß Wagener ihnen damals unentbehrlich war. Umso bestürzter waren sie, als Wagener plötzlich Ende Oktober erklärte, daß er sich aus der Politik zurückziehen und sich der Bewirtschaftung seines Gutes widmen wolle. Er wolle die Leitung der konservativen Wahlagitation und des preußischen Volksvereins niederlegen und schon Anfang Dezember aufs Land gehen, um die Übersiedlung vorzubereiten. Der Hauptgrund lag wieder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Organisation des Volksvereins und die damit verbundenen Vorarbeiten hatten seine Kraft so stark beansprucht, daß er zu nichts anderem gekommen und in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Bei dieser Gelegenheit brach sein Unmut über das Verhalten der Partei wieder einmal durch. Er konnte es nicht verwinden, daß man ihn mit dem Staatslexikon im Stich gelassen und ihm obendrein mit Verleumdungen gelohnt hatte. Dies wollte er zum zweiten Male vermeiden. So ungern er seinen Berliner Wirkungskreis verließ, es blieb ihm nichts weiter übrig. Die übrigen Führer des Volksvereins befürchteten mit dem Rücktritt Wageners das vorzeitige Ende der eben zur Gewinnung der Handwerker begonnenen Aktion und den Zusammenbruch des Volksvereins. Sie erklärten, "daß ihm allein die Zauberformeln für die gerufenen Geister in umfassender Weise zu Gebote ständen"! Moritz Blanckenburg schrieb in den kritischen Tagen an Eberhard Stolberg: "Tritt Wagener ab, so verzage ich fast". Sie suchten Wagener klar zu machen, daß mit ihm die Partei augenblicklich stehe und falle. Man brachte in Erfahrung, daß er etwa 2000 Taler brauchte, die durch eine Sammlung unter den engeren Parteifreunden zusammengebracht werden sollten. Blanckenburg versprach ihm außerdem, einen zuverlässigen Pächter für Dummerwitz zu besorgen. Da er nur durch äußere Verhältnisse gezwungen dem politischen Leben entsagen wollte, gelang es auf diese Weise mit Leichtigkeit, die Krise zu überwinden und ihn der Partei zu erhalten."

Immerhin seine Position konnte er nicht ungeschwächt behaupten; denn zum 1. Januar 1862 mußte er die Berliner Revue wieder Hertefeld überlassen, weil er der daraus entstehenden finanziellen Belastung nicht gewachsen war. Die Redaktion behielt er jedoch. Für seine Artikel sollte er doppeltes Honorar erhalten. Ende 1863 trennten sie sich aber wieder. Nun übernahm Wagener die Revue endgültig in sein Eigentum, während Glaser und Hertefeld zusammen Glasers Jahrbücher herausgaben. 75

Die Gründung vom 20. September 1861 war erst der Anfang, der zu einer Neubildung der konservativen Partei führen sollte.76 Immer und immer stand die Revue auf dem äußersten rechten Flügel und vertrat eine streng konservative Politik, die sich nicht durch Rücksichten auf die Regierung bestimmen ließ, sondern von dieser die Erfüllung ihres eigenen sozialpolitischen Programmes verlangte. Unermüdlich richtete sie sich gegen alle Reaktionstendenzen innerhalb der Partei und forderte schärfsten Kampf gegen bürokratische Absichten. Niemals schwieg ihre Kritik. Wenn es auch nicht wieder zu offenen Konflikten kam wie in den letzten Jahren, so zeigte sich oft genug die Unzufriedenheit mit der Partei. Die Revue hörte nicht auf, über die Trägheit, Lauheit und Unlust der Konservativen und ihre gouvernementale Gesinnung zu schelten und zu klagen.77 Unermüdlich suchte sie die Parteigenossen zu schroffer Betonung des konservativen Standpunktes aufzurufen, warnte vor der Zusammenarbeit mit den Liberalen und dem Ministerium Hohenzollern, dessen liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik schärfste Ablehnung erfuhr. Erst als im März 1862 das Ministerium Hohenlohe ernannt wurde, änderte sie ihre Haltung. Jetzt war die Revue befriedigt. Sie drängte

sich geradezu an das Ministerium heran und bot ein Bündnis mit der konservativen Partei an. Sie unternahm den Versuch, die neuen Minister für ihr konservatives Programm zu gewinnen und wandte alle Mittel der Beredsamkeit an, es zu energischem Vorgehen gegen die Liberalen zu ermuntern.<sup>78</sup>

## § 2. Das soziale Programm.

A. Die soziale Frage als Handwerkerfrage.

Das Wesen des Kapitalismus und der sozialen Frage ist den Sozialpolitikern der Berliner Revue inzwischen klarer geworden. Die Tendenz des großen Kapitals, immer mehr Kapital an sich zu ziehen, und seine dadurch bewirkte Zusammenballung in den Händen weniger Menschen, der auf der anderen Seite eine Vernichtung und Aufsaugung der kleinen Vermögen gegenübersteht, und die dadurch notwendig entstehenden Klassengegensätze, wurde ihnen auf Grund der Entwicklung des letzten Jahrzehnts deutlich.1 Sie setzten der Aufhebung der Gesetze über die Zinsbeschränkung solchen Widerstand entgegen, weil sie in ihrer antikapitalistischen Tendenz jede Machtsteigerung des Kapitals vermeiden wollten. Der Grundbesitz fühlte sich durch dieses Gesetz besonders getroffen und fürchtete bei der hohen Verschuldung eine finanzielle Katastrophe. Denn die Freigabe der Zinshöhe mußte nach seiner Überzeugung zu einer Steigerung des Zinsfußes führen.<sup>2</sup> Zinsfreiheit, Gewerbefreiheit und Grundsteuer waren die drei Punkte, wo sich die materiellen Interessen von Handwerk und Grundbesitz begegneten und ihr Bund gegen den Liberalismus gegeben war.

Aber wie die Entwicklung zeigen wird, ging es für einen großen Teil der beteiligten Konservativen nicht nur um ein von der Interessenpolitik diktiertes Kampfbündnis, nicht um eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage des Handwerks, um es vor den Parteiwagen der Konservativen zu spannen, sondern sie handelten um der konservativen Staatsidee willen. Es war ein Akt staatspolitischer Überlegung, der sie für die Handwerker eintreten ließ. An dem Anblick des sterbenden Handwerks wuchs ihr Verständnis für die soziale Frage. Vorläufig wurde von ihnen noch eine ausgesprochene Mittelstandspolitik getrieben. Aber es dauerte nicht lange, bis sie gezwungen wurden, auch das Proletariat in ihren Gesichtskreis einzu-

beziehen. Zunächst sahen sie die Aufgaben ihrer Sozialpolitik darin, den Großbesitz und das Handwerk gegen die moderne wirtschaftliche Entwicklung zu schützen. Dabei verschob sich unverkennbar das Schwergewicht zu Gunsten des Handwerks.<sup>3</sup>

Sie ahnten schon etwas von der drohenden Bewegung der sozialistischen Arbeiter. Die Unruhen in Frankreich und das soziale Elend in England hatte sie tief beeindruckt.<sup>4</sup> Um die soziale Revolution zu verhindern, trieben sie Handwerkerpolitik; denn ein gesunder und leistungsfähiger Mittelstand ist das beste Gegenmittel. Diese Einsicht müssen wir umso höher werten, als in Deutschland noch keine irgendwie beachtliche Arbeiterbewegung existierte. Schon vor dem Auftreten Lassalles wurden von ihnen Töne angeschlagen, die von tiefem sozialen Verständnis zeugten. Die Debatte im preußischen Abgeordnetenhause im Mai 1861 über die Einführung der Gewerbefreiheit gibt ein eindrucksvolles Bild von der Stellungnahme konservativer Abgeordneter wie des Grafen Oriolla und von Wedell

Aber noch aus einem dritten Grunde kann ihre Teilnahme abgeleitet werden. Das soziale Verantwortungsgefühl, das einen Moritz Blanckenburg und Grafen Stolberg erfüllte, wurde von ihrer Auffassung des Berufes des Adels bestimmt. Unter Adel verstanden sie in erster Linie den Grundadel, der noch auf dem Lande ansässig war. Adel war in ihren Augen gleichbedeutend mit Führerschaft, nicht ein Ausruhen auf dem ererbten Besitz und dem geschlechteralten Ruhm, sondern die Verpflichtung an die Aufgabe des Tages und der Zukunft. Der Adel ist keine privilegierte Klasse, die nur auf die Sicherung ihrer bevorrechteten Stellung bedacht ist, sondern er muß im Strom der Zeit stehen und mit den sozialen und politischen Veränderungen Schritt halten. Aus seiner Erbmasse heraus muß er sich als der Deuter und Führer seiner Zeit fühlen. Sie versuchten die besten Traditionen des preußischen Adels für die Gegenwartsaufgaben freizumachen und seine so reichlich dem preußischen Staate geleisteten Dienste auch dem gegenwärtigen Preußen zuzuführen. "Ein Stand, der nur das Gestern und nicht das Heute vertreten und leiten will, über den muß die Geschichte zur Tagesordnung übergehen".<sup>5</sup> So fühlte sich ein Teil des Adels zur Führung des Volkes berufen und als der Anwalt seiner sozialen Interessen verpflichtet. Es war nicht nur eine Phrase, sondern es steckte ein

großes Maß Verantwortungsgefühls darin, wenn sie sagten, daß der Adel die Führung in dem Emanzipationskampf der bedrückten Volksklassen zu übernehmen habe, der "Hörigen und Hintersassen des Industrialismus", wie sich Hermann Wagener einmal ausdrückte.6 Dabei erhofften sie allerdings auch die Befestigung ihrer eigenen Stellung innerhalb des Volkes. Sicherlich handelten sie nicht nur aus reiner Nächstenliebe, sondern Eigennutz verband sich mit der Fürsorge für das allgemeine Wohl. Diese Interessenverbindung förderte aber eher die Intensität ihres Wollens, als daß es auf Kosten ihrer Schutzbefohlenen zu gehen brauchte. Moritz Blanckenburg sah die Gefahr, die in der Verquickung der beiden Motive liegt, und warnte bei der Gründung des preußischen Volksvereins in unmißverständlicher Weise seine Standes- und Parteigenossen: "Wenn wir nicht zur Wahrheit machen, daß wir kämpfen und fechten für die gleichen Interessen aller Stände, wenn wir auch mit einem Schein der Wahrheit es auf uns sitzen lassen, daß wir stets nur an der eigenen Matratze stopften, nun, meine Herren, dann wird das Vertrauen uns bald wieder entzogen werden."7

Letzten Endes steckte hinter dieser Auffassung der Glaube an den gottgewollten Führerberuf des Adels, dem sich das Volk willig unterzuordnen hat. Wohl fühlte man sich dem Staat und dem Volke verantwortlich — dies ist das Positive und Anerkennenswerte ihrer Anschauung — aber auf der anderen Seite lebte man noch immer in der Illusion, das Volk sei noch nicht mündig geworden und bedürfe einer Führung. Sie glaubten, daß es selber das Bedürfnis nach fester Führung habe und sich bei der Wahl zwischen der offenen Aristokratie der Geburt und der "im geheimen schleichenden Aristokratie des Mammons" für erstere entscheiden werde. Selbst die unbeholfenen Regungen der Handwerker hätten ihnen zeigen können. daß ihre Anschauung nicht mehr der Zeit entsprach, sondern daß sie auf dieser Grundlage nutzlose Arbeit leisten mußten. Die Möglichkeit, daß die Masse ihr Geschick selbst in die Hand nahm, scheint ihnen nicht aufgegangen zu sein. In ihren Vorstellungen lebten noch zuviele Reste der patriarchalischen Anschauungen vergangener Zeiten, die auch Wagener erst abschütteln mußte. Immerhin, gegenüber der zurückliegenden Zeit war es schon ein großer Vorteil, daß die rückständigsten Forderungen gefallen waren. Man wagte es nicht mehr, dem Adel die ausschließliche Stellung im Staat zuzusprechen wie früher. Im Innern des Herzens war man wohl noch nicht so weit, sondern sehnte sich im Stillen unverrückt nach den alten Zuständen zurück.

Die Lage der kleinen Gewerbetreibenden war damals keine rosige.<sup>8</sup> Wohl überwog gegenüber der Fabrikarbeit noch die handwerksmäßige, und die Zahl der Handwerkbetriebe übertraf bei weitem die der Fabriken. Infolgedessen war erst verhältnismäßig wenig Fabrikproletariat vorhanden. Aber der Zug der Zeit ging unverkennbar auf die Auflösung der alten Betriebsformen. Das Sprichwort, daß das Handwerk goldenen Boden hat, stimmte nur noch sehr bedingt. Gegenüber der ständig wachsenden Konkurrenz der Großbetriebe wurden die Handwerker in die Verteidigung gedrängt und konnten sich nur mühsam behaupten. Ihre wirtschaftliche Basis wurde immer schmaler.

Die größe Gefahr sahen die Handwerker in der Durchführung der Gewerbefreiheit, die 1845 eingeführt worden war. Im Revolutionsjahr 1848 hatten viele Handwerker gehofft, ihre Wiederaufhebung durchzusetzen. Der Unwille und Widerstand gegen dieselbe war nicht unerheblich gewesen. In Frankfurt a. M. war neben dem Parlament in der Paulskirche eine Versammlung der Handwerker zusammengetreten und hatte sich sehr energisch gegen die Gewerbefreiheit ausgesprochen und ein strenges Gewerberecht gefordert. Für Preußen wurde den Wünschen des Handwerks in der Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849 entsprochen, die den Handwerkern sehr weit entgegenkam. Diese Verordnung war ein unmittelbarer Erfolg der Handwerkeragitation von 1848.9 Mit dem Beginn der Neuen Ära entbrannte der Kampf von neuem. Die Liberalen drängten auf die Aufhebung der Februar-Verordnung und verlangten völlige Gewerbefreiheit. Schließlich entsprach im Mai 1861 das Abgeordnetenhaus ihrem Verlangen. Es dauerte dann zwar noch bis 1869, bis dieser Beschluß von der Regierung durchgeführt wurde; aber der Bann war gebrochen und der wirtschaftliche Liberalismus hatte Oberwasser, während die Konservativen eine schwere Niederlage einstecken mußten.

Die Konservativen, die sich als die berufenen Vertreter des Handwerks fühlten, verteidigten die Beibehaltung der Gewerbeordnung. Die Gewerbefreiheit war für sie gleichbedeutend mit der Auslieferung des Mittelstandes an die Großindustrie und das Kapital. Gegenüber ihrer erdrückenden Übermacht müssen die Handwerker erliegen, und sie werden zu ihren Dienern, zu Fabrikarbeitern und besitzlosen Proletariern, gemacht. Die notwendige Folge der Gewerbefreiheit ist die radikale Vernichtung des Mittelstandes, ist Knechtschaft und Abhängigkeit des Volkes von der Geldherrschaft. In der Gewerbeordnung soll gegen diese Entwicklung ein fester Damm aufgeschüttet werden. Ein zufriedener Mittelstand ist ein sicherer politischer Faktor, während von einem besitzlosen, unzufriedenen und schlecht entlohnten Fabrikarbeiter Aufstand und Revolution zu gewärtigen ist. Die Gewerbefreiheit gefährdet geradezu die bestehende Gesellschaftsordnung. Die Folge ihrer Einführung ist die Organisation der Revolution, die als Selbsthilfe der Massen gegen die soziale Übermacht des Kapitals betrachtet wird. Auf dem Handwerkertag 1860 hieß es daher: "Die Idee der Gerwerbefreiheit ist der Hebel der roten Republik."10 diesen rein politischen Erwägungen fügte sich die zweite, die eigentlich sozialpolitische. Die Gewerbefreiheit führt in Wirklichkeit zu einer ausgesprochenen sozialen Unfreiheit des Individuums. Infolge seines Hilflosigkeit droht ihm die Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Gegen diese Ausnutzung muß die Arbeitskraft in Schutz genommen werden. In der Fabrik wird der Mensch nur noch als Maschine gewertet und verliert seinen Wert als Mensch. In Wirklichkeit ist er jedoch nicht bloß ein mechanisch arbeitendes Wesen, sondern mit einer Seele begabt, die höhere Bedürfnisse kennt.11

Noch konnten sie nicht sehen, welchen glänzenden Aufschwung die deutsche Industrie einst nehmen, und daß die Gewerbefreiheit nicht bloß Schattenseiten mit sich bringen würde, aber gegenüber dem blinden Optimismus und dem unverbesserlichen Fortschrittsglauben des Liberalismus hatte es seine tiefe Berechtigung, daß die Konservativen den Finger auf die Nachtseite der industriellen Entwickelung legten und vor einem allzu sorglosen Handeln warnten. Der Gang der Dinge hat ihrem Pessimismus in den von ihnen bemängelten Punkten recht gegeben. Es fragt sich nur, ob sie ihre Kraft in negativer Kritik erschöpften, oder ob sie ein wirksames Wirtschaftsprogramm aufzuweisen hatten, daß einen für die Zukunft gangbaren Weg aufzeigte. Leider sind sie beinahe ganz in der Abwehr des Liberalismus stecken geblieben und kaum über schwache Anläufe zu positiver Formulierung hinausgekommen.

Das Musterbeispiel dafür ist das Programm des Volksvereins vom September 1861.¹² Seine Hauptforderung lautete: "Schutz und Wertachtung der ehrlichen Arbeit, jedes Besitzes, Rechtes und Standes. Keine Begünstigung und ausschließliche Herrschaft des Geldkapitals. Kein Preisgeben des Handwerks und des Grundbesitzes an die Irrlehren und Wucherkünste der Zeit." Es wurde wohl gesagt, was man ablehnte, aber man stellte keine positiven Zielsetzungen auf. Vor allem fehlte ein zugkräftiges zündendes Schlagwort. Weiterblickende Konservative fanden diese Grundfehler sofort heraus. Below-Hohendorf und Bismarck waren sich über die wesentlich negative Fassung der aufgestellten Sätze einig, und besonders Bismarck sah hierin den schwachen Punkt des ganzen Volksvereins. "Mit der bloßen matten Defensive kann eine politische Partei nicht bestehen, viel weniger erobern, Terrain und Anhänger."¹³

Im weiteren Ausbau, geringstenfalls in der Erhaltung der bestehenden Gewerbeordnung sahen sie das A und O ihrer Sozialpolitik.14 Sie waren daher für die Beibehaltung des Prüfungswesens und die Fortführung der Innungen. "Der Befähigungsnachweis ist das eigentliche Fundament der Gewerbe."15 Die Prüfungen sind deshalb von großer Wichtigkeit, weil dadurch die Konkurrenz der ungelernten Unternehmer ausgeschaltet wird, die wohl über das nötige Betriebskapital verfügen, aber ohne Fachkenntnisse sind, einen Betrieb eröffnen und die Arbeit anderer für sich auszunutzen wissen. Dem Konkurrenzkampf des Geldes, nicht dem überlegenen handwerksmäßigen Können erliegt der kapitalschwache Handwerker. Außerdem bleibt durch die Prüfungen die hierarchische Gliederung des Handwerks, die den Konservativen sehr am Herzen liegt, erhalten. Daß innerhalb eines Standes verschiedene Abstufungen bestehen, entspricht dem Wesen ihres ständisch gedachten Staates. Schließlich soll in dem Verhältnis zwischen Meister und Gesellen, Meister und Lehrling, Gesellen und Lehrling das Prinzip der Autorität verwirklicht werden. Die Unterordnung unter den Meister ist etwas ganz anderes als das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, welches jeder persönlichen Note entbehrt, sondern nur einen Arbeitsvertrag zwischen gleichberechtigten Partnern darstellt und ohne jeden sittlichen Gehalt ist. Im Handwerk besteht eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Meister und Gesellen, die sie innerlich verbindet. Der Geselle nimmt hier inneren

Anteil am Gelingen der Arbeit, während in der Fabrik nur seine Muskelkraft in Anspruch genommen wird, und er innerlich unbeteiligt bleibt. Analog dem Verhältnis von Adel und Volk soll der Meister über Gesellen und Lehrlingen stehen, eine Art Regiment über sie ausüben, Obrigkeit über sie bilden und gleichzeitig der gerechte Vertreter ihrer Belange sein. Sie dachten sich den Handwerksbetrieb als eine große Familie, in der Meister und Meisterin die Eltern und die Gesellen und Lehrlinge die älteren und jüngeren Kinder darstellen, an denen sie als die Erziehungsberechtigten bestimmte Pflichten zu erfüllen haben. Den Fabrikbetrieb verglichen sie mit dem absolutistischen Staate, während in der Werkstatt des Handwerksmeisters patriarchalische Verhältnisse herrschen. 16

Von ihren liberalen Kritikern und Gegnern wurde ihnen vorgeworfen, daß sie mit der von ihnen geforderten Zunftverfassung die mittelalterlichen Zünfte "bis auf Pluderhose und Hellebarde" wiederherstellen wollten. Dagegen wehrten sie sich aber hartnäckig. "Es kann nicht die Absicht sein, Tote zu beschwören", erklärte Wagener kurz und bündig.17 Hauptkennzeichen der alten Zünfte war die Ausschaltung der Konkurrenz unter den Zunftgenossen und die Zulassung einer nur beschränkten Zahl von Meistern. Dazu kam die peinlich genaue, eifersüchtig überwachte Abgrenzung der einzelnen Fächer, die lähmend auf eine fortschreitende Entwicklung des Handwerks gewirkt hatte.18 Diese Bestimmungen wurden als unhaltbar aufgegeben. Festgehalten wurde aber an der Verbindung der Berufsgenossen als solcher, der alle dasselbe Gewerbe Treibenden angehören sollen.<sup>19</sup> Ausgenommen werden nicht einmal die Fabrikanten, sondern sie sollen derselben Ordnung wie die Handwerker unterworfen werden. Nicht die Größe des Betriebes, sondern der Betriebszweig allein ist für die Zugehörigkeit zu einer Korporation entscheidend.20 Auch die großen Unternehmer sollen fühlen, daß sie einem bestimmten Stande und einer Gemeinschaft angehören, deren Rechte und Pflichten sie im gleichen Maße zu teilen haben, wie jeder einfache Handwerksmeister. Getrennt vom Handwerk soll es allerdings noch einen besonderen Fabrikenstand geben, dem alle die Verrichtungen angehören, die sich nicht mehr in ein Handwerk einordnen lassen, oder bei denen das Handwerk endgültig vom Fabrikbetrieb verdrängt ist. Diese Forderung, auch den Fabrikanten der Innung einzuordnen, wurde nicht allgemein aufgestellt, weil man erkannte, daß hier das korporative Prinzip überspannt war. Denn der kleine Handwerker und der Großunternehmer konnten unmöglich einer Organisation angehören, ohne die gerechten Belange des einen Teils zu benachteiligen. Dieser Vorschlag war ein entschiedener Fehlgriff, der entweder den Korporationsgedanken illusorisch gemacht oder die wirtschaftliche Entwicklung in unerträgliche Fesseln geschlagen hätte.<sup>21</sup>

Als erste Aufgabe wurde den Innungen die wirtschaftliche Unterstützung ihrer Mitglieder zugewiesen. Hierbei knüpften sie an den Gedanken der liberalen Assoziation an. Der Vater der wirtschaftlichen Selbsthilfe des Mittelstandes durch genossenschaftlichen Zusammenschluß war Schultze-Delitzsch. An und für sich standen die Konservativen seinen Gedanken nicht freundlich gegenüber, weil sein System auf demokratischem Grunde stand und den wirtschaftlichen Liberalismus voraussetzte. Die Berliner Revue war allerdings zunächst zuversichtlich gestimmt, wollte es auf einen Versuch damit ankommen lassen und wandte sich gegen die üblen Prophezeiungen, die die Assoziation als Schrittmacher der Revolution bezeichneten.<sup>22</sup> Allerdings ging es so nicht lange. Der Umschlag erfolgte bald. Bereits 1861 schrieb das Wagenersche Lexikon recht ablehnend.<sup>23</sup> Die Assoziation beginne da, wo die Zunft oder Innung aufhört, sie sei eine revolutionäre Ordnung, welche die in Fabrikarbeitergruppen aufgelösten Handwerkerinnungen künstlich zu politischen Agitationsmassen zusammenballe. Sie sei in ihrer reinen Form nicht geeignet, die Proletarisierung aufzuhalten. Die Konservativen standen dem Selbsthilfegedanken skeptisch gegenüber, wollten ihn aber nicht ungeprüft ablehnen, sondern erhofften für sich selbst manches Gute davon. Sie waren nicht blind für die gemeinschaftsbildenden Kräfte, die in ihm liegen. Die Weiterbildung der Genossenschaften zu festgeschlossenen Korporationen mit obrigkeitlichen Rechten hielten sie für möglich. Der ursprünglich demokratisch-liberalistisch gedachte Plan sollte ins konservativ-ständische umgebogen werden. Dazu sollte der konservative Kern in der Selbsthilfeorganisation herhalten; denn an die Stelle des auf sich gestellten Individuums tritt in der Genossenschaft die tragende Kraft der vereinigten Genossen. Damit ist das liberale Element in sich selbst überwunden. Die Dialektik Wageners zeigte sich bei dieser Feststellung von ihrer besten Seite, wenn er Schultze damit verspotten konnte, daß er sich durch sein eigenes System schlagen lasse.<sup>24</sup> Diesen gemeinschaftsbildenden Wert, der in der Selbsthilfe steckt, wollten die Konservativen herausgreifen und ihn in der Form der Korporation noch wirksamer gestalten.

Zu dieser prinzipiellen Einsicht gesellte sich ein wirtschaftlicher Gesichtspunkt, der die Nützlichkeit der Schultzeschen Einrichtung bewies. Die Zunft als solche vermochte ihren Gliedern weder Kredit noch ausreichendes Betriebskapital zu gewähren und konnte ihnen unmittelbar wirtschaftlich in keiner Weise helfen.25 Hier mußte die genossenschaftliche Selbsthilfe einspringen. Als Mittel, die wirtschaftliche Existenz der Zeitgenossen zu sichern und zu erleichtern, wurde ihr wirksame Berechtigung zugesprochen. Unter ausdrücklicher Berufung auf Schultze-Delitzsch und Viktor Aimé Huber machten sich die Konservativen — an der Spitze Hermann Keipp und Wagener — ihre Gedanken zu eigen und erstrebten eine Vereinigung des korporativen mit dem genossenschaftlichen Elemente, um nach der wirtschaftlichen Seite hin der Innung einen neuen Inhalt zu geben.<sup>26</sup> Damit entnahmen sie dem Liberalismus einen brauchbaren Gedanken, um ihren Korporationen frisches Blut und Leben zuzuführen. Was sie aus ideellen Gründen anstrebten, das unterbauten sie hier in ökonomischer Hinsicht. Die Assoziationen sind kein dem sozialen Übel an die Wurzel gehendes Mittel, sondern nur ein Palliativ.<sup>27</sup> Erst in der Verbindung mit der Korporation erhalten sie aufbauenden Wert. Bei der streng korporativen Auffassung versteht es sich von selbst, daß im Gegensatz zu Schultze, der grundsätzlich die Mitgliedschaft für jedermann freistellte, nur Handwerksmeister zu ihren Genossenschaften zugelassen werden sollten. In erster Linie wurde die Bildung von korporativen Kreditanstalten empfohlen, durch die die Unabhängigkeit vom Großkapital erhalten bleiben und gleichzeitig ein sicherer Kredit geschaffen werden sollte. Ergänzt werden sie durch Genossenschaften zum gemeinsamen Bezug von Maschinen und Rohstoffen und Verkaufsgenossenschaften.28 Gleichzeitig versuchten sie einen Angriff auf das Großkapital und den Fabrikenbetrieb. Die auf die geschilderte Weise wirtschaftlich gestärkten Korporationen können den Kampf mit dem Großbetrieb aufnehmen, indem sich die Mitglieder zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen und damit selbst die Funktion des Großunternehmers übernehmen. Sie gaben sich über den möglichen Erfolg dieses Vorgehens keinen falschen Hoffnungen hin, auf diese Weise etwa für alle Gewerbezweige eine genossenschaftliche handwerksmäßige Produktion durchführen zu können. Bestimmte Gewerbe sind der Fabrik nicht mehr zu nehmen. Daher muß man sich auf solche Gegenstände wie Schuhe und Kleider beschränken, bei denen sich die Arbeitsweise des Handwerkers noch lohnt.<sup>29</sup> Allerdings ist diese Forderung nicht allgemein geworden. Das Staatslexikon etwa nahm nicht Bezug darauf.

Wenn es auch bei dem bloßen Gedanken geblieben und später dieser Weg rundweg abgelehnt worden ist, sich vielmehr der Typ von Schultze-Delitzsch durchsetzte, so handelte es sich um einen Gedanken, der nicht unfruchtbar war. In dem Bestreben, durch die Bildung der Produktionsgenossenschaften den Wettbewerb mit dem Großbetriebe aufzunehmen, klingen Ideen an, wie sie Lassalle später vertrat, wenn auch der Gedanke von ihm ganz anders gewendet wurde und auf die Arbeiterverhältnisse berechnet war.

Die Bedeutung der Innung erschöpft sich nicht mit dieser wirtschaftlichen Tätigkeit, sondern mindestens ebenso wichtig ist die politische Aufgabe, die ihr zugewiesen wurde. Solange der Begriff der Obrigkeit von der Genossenschaft ferngehalten wird, ist sie nicht Korporation im Sinne der Konservativen. Erst die obrigkeitliche Funktion unterscheidet sie von der Schultzeschen Selbsthilfeorganisation. Die liberale Forderung der Freiheit und Gleichheit, der auch die Innung zum Opfer fallen mußte, widersprach dem ständischen Ideal der Konservativen. Innerhalb des ständisch gegliederten Staates bildete die zünftlerische Organisation der Handwerker ein wichtiges Glied. Ihre Erhaltung war ein wichtiges Gebot konservativer Politik. Um des Staates, nicht nur um der Wohlfahrt der Handwerker willen, mußte ihre Organisation erhalten bleiben.

Der absolutistische Staat hatte den Selbstverwaltungskörpern ihre Hauptbefugnisse genommen, den Zünften damit den festesten Rückhalt geraubt und sie zu einem Schattendasein verurteilt. Der Absolutismus hatte an die Stelle der Selbstverwaltung das Beamtenregiment, die Bürokratie gesetzt, deren Auswüchse die Konservativen von jeher bekämpften; denn die Bürokratie läßt die selbständige Persönlichkeit nicht genügend zur Geltung kommen, sondern liefert sie der Omnipotenz des Staates aus, während andererseits der Liberalismus den Staat zu Gunsten des Individuums auflöst. In der sich

selbst verwaltenden Korporation dagegen, die der Persönlichkeit innerhalb eines soziologisch bestimmten Raumes ihre Freiheit sichert, aber zugleich die autoritäre Geltung der übergeordneten Gemeinschaft unbedingt sicherstellt, ist das rechte Gleichmaß zwischen Freiheit und Unterordnung gefunden. Die Zunft sollte politische Rechte verliehen erhalten, weil sie nicht nur eine Einzelinteressen-, sondern eine Standesvertretung bildete. Über ihre eigenen Standesangelegenheiten sollte ihr weitgehende Selbständigkeit und Selbstverwaltung überlassen werden. Wagener faßte alle darin enthaltenen Rechte zusammen unter den einen Begriff "Standesobrigkeit".30 Sie besteht darin, daß der Korporation das Prüfungswesen, die Kontrolle über die Güte der Waren, die Innungspolizei für bestimmte nur das Handwerk betreffende Fragen, ein eigenes Recht und Gerichtsbarkeit, vergleichbar dem Handelsrecht und Handelsgerichten, und Mitwirkung bei der Steuerveranlagung überlassen wird.31 In dem Gesetz von 1849 war die Bildung von Gewerberäten vorgesehen worden, zu denen neben den Handwerkern auch zahlreiche Kaufleute und Fabrikanten zugezogen wurden. Dies erwies sich als äußerst fehlerhaft, so daß sie nach kurzer Zeit wieder einschliefen.<sup>32</sup> Mit Recht wurde die Einrichtung des Gewerberates in dieser Zusammensetzung angegriffen und auf tatsächlich vorhandene Schwächen hingewiesen.33 Die Handwerker forderten den Ausschluß aller Nichthandwerker oder die Begründung eigener Handwerkerräte als die Spitzenorganisation der Innungen, die mit staatlicher Anerkennung und öffentlich-rechtlichen Befugnissen ausgestattet werden sollten.34

Der Stand sollte nicht nur für die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten da sein, sondern auch an der allgemeinen Verwaltung teilnehmen und dadurch direkt mit der Stadt und dem Staat verbunden werden. Vor allem muß sein Einfluß auf die Kommunalverwaltung ausgedehnt werden. In den städtischen Vertretungen erhalten die Korporationen Sitz und Stimme und haben sich hier geltend zu machen. Ja, sie werden als die natürlich gegebene städtische Vertretung angesehen, die auf den Korporationen fußt. So wird das politische Leben der Stadt neu organisiert. Unter Vermeidung demokratischer Formen hoffte man doch eine lebendige Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten herbeizuführen und dem Drang nach Mitbeteiligung an dem politischen Leben

geordnete Bahnen zu weisen. Auf diesem Wege ist auch eine genügende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange der Handwerker zu erwarten, da sie ihren Einfluß schon in ihrem eigenen Interesse einsetzen werden. Das Mitregieren und Mitverantwortlichsein ist die Voraussetzung zu der sozialen und materiellen Wiederherstellung des Handwerks.<sup>35</sup> Ihr Selbstbewußtsein wird eine Steigerung erfahren und durch die Selbstverwaltung zugleich dem Staate neues Leben zugeführt werden. Die Verleihung neuer politischer Rechte sollte ihrem Kampf um die wirtschaftliche und soziale Existenz die schärfste und beste Waffe sein.

Zweifellos übersteigt die politische Bedeutung, die dem Handwerkerstande zugelegt wurde, das, was seinem wirklichen Bestande entsprach. Um so umfassende Aufgaben zu bewältigen, wie sie ihm gestellt waren, hätte es ganz anderer Kräfte bedurft, war er schon viel zu sehr in der Auflösung begriffen. Obwohl sich die Handwerker ebenso sehr wie die Konservativen gegen den Anwurf verwahrten, das Vorbild ihrer zünftlerischen Verfassung sei dem Mittelalter entnommen, so ist doch unstreitig für ihr Bild von Staat und Stadt und Land der Feudalstaat maßgebend gewesen. In der Stadt sollte die Zunft, auf dem Lande die Ritterschaft Obrigkeit bilden. Die beherrschende Stellung des Handwerks, von der hier geträumt wurde, bestand in keiner Beziehung mehr, und der Versuch sie wieder herzustellen, hätte die wirtschaftliche Entwicklung in unerträgliche Fesseln geschlagen; denn ein derartiges Herausstellen des Handwerks hätte einer freieren Entfaltung der Industrie unendliche Schwierigkeiten bereitet. Der Anteil des Handwerks an der Selbstverwaltung erscheint reichlich hoch bemessen. Unbedingt wertvoll dagegen waren ihre Bemühungen um die wirtschaftliche Sicherung des Handwerks. Gegenüber dem liberalen "laissez faire", das sorglos alles der freien Entwicklung überlassen will, haben sie richtig die Gefahren gesehen, die daraus entstehen. Und in dieser Hinsicht bedeutete ihr Eintreten für das Handwerk ein notwendiges Korrektiv zu dem liberalen Allesgehenlassen, wie es will. Allerdings waren ihre Gedanken und ihre Bewegung nicht stark genug, dem liberalen Strom Einheit zu gebieten. Besondere Beachtung verdient ihr Versuch, das System der demokratisch-parlamentarischen Volksvertretung in ein ständisches umzuwandeln. Grundsätzlich war hier der Weg gewiesen, der einzig Erfolg versprechen konnte. Mochte

ihr Vorschlag auch ganz zeitgebunden und einseitig sein, so zeigte er doch ihren gesunden politischen Sinn.

Noch war die Vorstellung der Wiederherstellbarkeit der alten Landstände nicht erstorben. Ein gut Stück reaktionären Geistes steckte in ihren Zunftbestrebungen. Dieses von ihnen geförderte und erwünschte Bündnis von städtischen Handwerkern und Grundbesitzern lief schließlich auf nichts anderes hinaus als die Wiederherstellung der alten landständischen Vertretung. Aber die vor kurzem für den Grundadel in Anspruch genommene Vorherrschaft über alle anderen Stände und die offenkundige Vernachlässigung des Handwerkerstandes war zu Ende. Der Grundadel war in die Verteidigung gedrängt und suchte nach Bundesgenossen, und insofern waren sie von ihrem alten Ideal abgewichen, daß sie den Handwerker als Bundesgenossen und seine Interessen als gleichberechtigt neben den eigenen anerkennen mußten; davon war bisher nicht die Rede gewesen. Die Kraft des flachen Landes, auf die sie so selbstbewußt gezählt hatten, hatte sich als zu schwach erwiesen. Wohl oder übel mußten sie sich dazu beguemen, den Handwerker als Verbündeten in Ehren anzuerkennen. Damit aber gaben sie selbst ihre alte exklusive Stellung auf. Ein Zurück zu den alten Verhältnissen war von diesem Augenblick an nicht mehr möglich. Sie hielten am Ständestaat fest. Aber er trug ein etwas anderes Aussehen, als sie es sich vor wenigen Jahren dachten. Alle ihre Pläne und Verfassungswünsche sind "Bausteine für eine aufbauende aristokratische Politik".36 Grundbesitzer und städtische Korporationen sind die Elemente des wahrhaft aristokratischen Staates; und daher ist ihr Bund gegeben, und sind sie die natürliche Grundlage des Ständestaates. Die Erhaltung der Standesehre und des Standesbewußtseins ist eine der wichtigsten Aufgaben.<sup>37</sup> In ihrer praktischen Politik — und darin zeigte sich Übereinstimmung mit der Kreuzzeitung - verteidigten sie daher das Herrenhaus38 als den "geborenen und erkorenen Rat der Krone", wandten sich gegen den Pairsschub vom 5. November 1861, der die historische Substanz des Herrenhauses vollständig erschüttern würde, und lag ihnen die Beteiligung der Stände bei den Krönungsfeierlichkeiten für Wilhelm I. sehr am Herzen.39 So erklärt sich nun neben den wirtschaftlichen Gründen ihr grundsätzlicher Widerstand gegen die Einführung der Grundsteuer und einer neuen Kreisordnung, die die Rechte des alteingesessenen grundbesitzenden Adels aufheben wollte. Es war in der Berliner Revue nicht bloß der Wehruf des getroffenen Interesses, sondern es verband sich damit der Kampf um ein politisches Weltbild, das zwar größtenteils in der Vergangenheit lebte und daher von der Zeit hinweggerissen wurde, das aber sicher nicht bloß von materiellem Interesse diktiert war. Nicht übersehen werden darf dabei, daß der aufsteigende Verfassungskonflikt seine Schatten auf dieses Problem warf, daß tatsächlich der Grundadel und das Herrenhaus den festesten Rückhalt der Krone bildeten, und daß sie damals neben der Armee und dem Beamtentum tatsächlich einen wichtigen Dienst erfüllten für die Erhaltung der preußischen Monarchie. Auf Grund dieser politischen Umstände durften sie mit einem gewissen Recht den Anspruch erheben, die berufenen Hüter der Krone zu sein, und glauben, daß die Weiterexistenz des Grundadels eine Staatsnotwendigkeit war.

Aber gleichzeitig wurden diese Vorstellungen untergraben und ausgehöhlt. 1859 hielt Wagener in der Fraktion Blanckenburg diesen Anschauungen den berufsständischen Gedanken entgegen. In seinen beiden programmatischen Vorträgen stellte er sich auf diese Grundlage.40 Aber beide Ideen standen noch ziemlich unvermittelt nebeneinander. Auch bei Wagener selber waren die Dinge noch nicht geklärt und einwandfrei festgelegt. Obwohl das Dreiklassenwahlrecht und das auf Grund des Steuerzensus zu stande gekommene Abgeordnetenhaus als die Vertretung der Bourgeoisie und des Geldsacks abgelehnt wurde, und ihnen diese "Aristokratie des Geldbeutels" als ein sichtbarer Ausdruck der Machtstellung des Kapitals in Preußen erschien,41 machten sie andererseits selbst den Besitz zur Grundlage für das Stimmrecht. Die Bedingung für die Beteiligung am politischen Leben ist der "unabhängige, auf produktive Arbeit begründete und in dieser Arbeit lebende Besitz". Der besitzlose Arbeiter, der Proletarier, der nichts als seine Arbeitskraft besitzt, kam auch jetzt noch nicht für eine ernsthafte politische Erörterung in Frage. Wenn das Zensuswahlrecht abgelehnt wurde, so geschah es deshalb, um dem konservativ gesinnten Handwerker. aber nicht dem Arbeiter gegenüber dem liberal eingestellten Großbürgertum einen stärkeren Einfluß zu sichern. An dieser Stelle nündete der Kampf um die Neugestaltung des Handwerks wieder

unmittelbar in den politischen Kampf um die preußische Ver-

fassung ein.

Nun erfahren wir auch den tiefsten Grund, der Wagener und seine Freunde so eifrig für die Wiederherstellung der zünftlerischen Verfassung eintreten ließ. Eine plötzliche Verfassungsänderung ohne gründliche Vorbereitung, wie es 1848 und 1850 geschehen war, lehnte er entschieden ab.42 Sein realpolitisch geschulter Verstand sagte ihm, daß ein derartiger Schritt, der einseitig von "oben" her geschah, eine bloße Maßnahme der Regierung bleiben würde, ohne dauernden Wert. Auf wirklichen Erfolg konnte nur dann gerechnet werden, wenn im Volk selbst durch eine organische Gliederung der Stände die notwendigen Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Vorbedingung jeder durchgreifenden Umgestaltung der bestehenden preußischen Verfassung war an eine Neuorganisation des gesamten Volkskörpers gebunden. Von unten, von der breiten Masse der Bevölkerung nach oben aufsteigend, erscheint in dem Prozeß der Neubildung des Staates die Ausarbeitung einer neuen Verfassung nur als die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit schon da ist, nicht aber als ein Idealgebilde, nach dem die Wirklichkeit erst geformt wird. Die Aufgabe war schon früher erkannt, aber erst jetzt machten sie sich an eine Lösung, seitdem sie die Handwerkerfrage beschäftigte. Der Stand als die Gemeinschaft der durch gleiche Arbeits- und Berufsbedingungen Verbundenen übernimmt die eigentliche staatsbürgerliche Vertretung seiner Glieder. Zwischen dem absoluten Staat und dem demokratischen des allgemeinen Stimmrechts steht der ständische, der dem Einzelnen seine Freiheit innerhalb des Standes garantiert, ihn aber gleichzeitig als Glied seines Standes dem Staat unterstellt. Die Ausdrucksform dieses ständischen Bewußtseins ist die auf die Stände aufgebaute Volksvertretung.43 Unzweifelhaft lag in diesem Staatsaufbau ein gewisses Zugeständnis an den demokratischen Geist der Zeit. Diese Organisation "von unten" enthielt in sich stark demokratische Elemente. Aber durch die Einschaltung der Korporation wurde das formaldemokratische Prinzip zunichte gemacht und durch ein fein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Autorität und Freiheit kompensiert. Aber trotzdem stand dieser ständische Staat, dessen Hauptstützen der Grundbesitz, der Handwerker und der Bauer bildeten,44 in dem die Arbeiter aber und der Unternehmer zurückgesetzt oder gar ausgeschaltet

waren, und dessen einer Faktor das Handwerk bereits auf allen Seiten bedroht war und seine Position nur mühsam behauptete, auf schwachen Füßen. Es genügte nicht, diese drei Stände in den Vordergrund zu stellen, wenn man einen wirklichen ständischen Staat schaffen wollte. Wir werden sehen, daß Wagener und seine Freunde nicht starrköpfig und reaktionär bei einer vorgefaßten Meinung verharrten, sondern daß sie selbst diese Folgerungen zogen und sich bemühten, die Basis zu erweitern und auch den Arbeiter in ihr System einbeziehen. Dadurch ergab sich aber eine immer stärkere Spannung zu den altkonservativen Kreisen, die viel lieber den Unternehmern entgegenkamen, als dem Arbeiter Rechte gewährten. Nur im Staatslexikon in den Bänden ab 1861 wurde der Behandlung der Arbeiterfrage ein etwas größerer Raum eingeräumt. Hier wurden eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen gefordert, die sich von nun an immer wiederholten (Schutz der Kinderarbeit, hygienische Arbeitsräume, Fabrikaufseher). Das Staatslexikon gab ehrlich zu, daß es ihm "bei der Neuheit der Erscheinung" nicht möglich war, wirklich ausreichende Mittel anzugeben, daß es noch im Dunkeln tappte und sich erst allmählich ein sicherer Weg herausstellen würde. Aber der Fabrikarbeiter wurde auch hier noch nicht für voll genommen und unter besondere obrigkeitliche Aufsicht gestellt.45

Die antikapitalistische Einstellung wurde nicht von allen Konservativen geteilt. An dem entgegengesetzten Ende standen die Gebrüder Gerlach. Schon bei der Debatte über die vorübergehende Aufhebung der Wuchergesetze hatten wir Gelegenheit, die Meinung des Präsidenten kennen zu lernen. Er sah den Kapitalismus viel nüchterner und unvoreingenommener an und teilte die schlimmen Befürchtungen Wageners und Blanckenburgs nicht. Ganz ähnlich lagen die Dinge bei seinem Bruder. In seinen Aufzeichnungen gibt es eine interessante Notiz, 46 in der er eine Klassifikation des Volkes unternimmt. Auf Grund des Besitzes unterscheidet er drei Klassen, diejenigen mit großem Besitz, die etwas haben und die ganz besitzlosen. Die erste umfaßt auch die Grundbesitzer. In ihnen und den Geldleuten sah er nur zwei verschiedene Formen des Besitzes. "Wer ist also Kapitalist? Nicht etwa nur die Geldleute; es sind vorzugsweise die Grundbesitzer, die den Grund und Boden innehaben, aber es sind auch die Besitzer der Fabriken, Eisenhämmer usw. . . . "

Diese drei Klassen müssen ständisch organisiert und fixiert werden. Als unabhängige Leute sind vornehmlich die Mitglieder des ersten Standes berufen, die Landesgeschäfte zu führen. Hier wurde die Entwicklung auf den kapitalistischen Staat hin bejaht und eine Neuordnung von vornherein unter dem Zeichen des Kapitals vollzogen. Das Bündnis von Grundbesitzer und Fabrikanten war ihm naturgegeben, im Gegensatz zu dem von Wagener propagierten mit dem Handwerk, d. h. mit der "bedrückten Klasse". Sein zweiter Satz war der, daß das Volk einer Obrigkeit bedarf, die es vertritt und "in Zucht hält", aber auch für es sorgt. Das kapitalistische Denken ging hier eine eigenartige Vermischung mit patriarchalischen Begriffen ein, die sich in einer kapitalistisch gestimmten Welt recht merkwürdig ausmachten. Praktisch liet es darauf hinaus, den Kapitalisten als der ersten Klasse diese obrigkeitlichen Rechte zu übertragen.

Zwischen diesen beiden Auffassungen stand die Kreuzzeitung. Sie gehörte nicht zu den Freunden des beweglichen Kapitals. Eine solche Gleichsetzung, wie sie Leopold Gerlach vornahm, wäre für sie unmöglich. Sie sympatisierte in dieser Beziehung mehr mit Wagener als den Gerlachs.47 Es kam ihr weniger auf den einzelnen sozialpolitischen Standpunkt an. Sie vertrat den bewährten Stahlschen Standpunkt und kehrte vor allen Dingen die Prinzipienfrage heraus. Alle sozialen Nöte und auch alle Hilfsmittel reduzieren sich letzten Endes auf ein und dasselbe: Die soziale Not ist eine sittliche Not. Beheben wir diese, so haben wir damit auch das soziale Elend aus der Welt geschafft. Solange wir nicht das Übel an dieser seiner Wurzel gepackt haben, bleiben alle unsere Versuche nur augenblickliche Auskunftsmittel, denen kein dauernder Erfolg beschieden ist. 48 Die Kreuzzeitung berührte sich in dieser Absicht mit den Gerlachs und Kleist-Retzow. Ludwig Gerlach, sowohl wie er waren Mitglieder des preußischen Volksvereins. Der Präsident Gerlach trat nur sehr wenig hervor, obwohl er zu den repräsentativsten Mitgliedern der Partei gehörte. Und Kleist-Retzow vermied es nach Möglichkeit auf sozialpolitische Fragen einzugehen, sondern stimmte seine Reden meist auf allgemeine und weltanschauliche Fragen ab.49 Wageners Reden enthielten immer eine Fülle sozialpolitischer Anregungen und Erwägungen, die von Kleist sind im Verhältnis dazu als blaß und farblos zu bezeichnen.

Noch war dieser Gegensatz ein latenter. Das Überwiegen der großen politischen Fragen verhinderte den offenen Ausbruch der Gegensätzlichkeiten. Immerhin müssen damals auch schon in der Öffentlichkeit diese Verhältnisse bekannt gewesen sein. Auf dem Preußischen Landeshandwerkertage hatten sie eine Rolle gespielt. Hier hatte man versucht, das Preußische Volksblatt gegen die reaktionäre Haltung der Kreuzzeitung auszuspielen. Die Kreuzzeitung vertrete die Reaktion und allein das Volksblatt sei imstande, die Interessen des Handwerks wahrzunehmen. Von dem Abgeordneten Dunker wurden ein Jahr später diese Äußerungen aufgegriffen,50 den Konservativen bei der Debatte über die Wuchergesetze vorgehalten und von ihnen widerspruchslos hingenommen. Die Gründung des Preußischen Volksvereins dagegen ist ein Beweis, daß die Spannung noch durchaus zu überwinden war, da nach dem ausdrücklichen Zeugnis<sup>51</sup> der Kreuzzeitung alle "Nuancen" der konservativen Partei sich geeinigt hatten. Aber die Front hatte sich gebildet. Die beiden entgegengesetzten Strömungen hoben sich deutlich voneinander ab. In Zukunft wurden sie sich nicht nähergebracht, sondern sie entfernten sich immer weiter voneinander.

## B. Die soziale Frage als Arbeiterfrage.

Der Verfassungskonflikt gab dem sozialpolitischen Flügel neuen Aufschwung und neue Betätigungsmöglichkeiten. Er wurde vor ganz neue Aufgaben und Probleme auf dem sozialen Gebiete gestellt. Im Zusammenhang mit dem Verfassungskonflikt wurde ihnen die Stellung der Masse im modernen Staate klar, und ging ihnen die Bedeutung auf, die die Bewegung dieser Masse für die Politik gewinnen kann. Wageners Hauptsorge war, daß aus dem Konflikt ein dauernder Gegensatz zwischen der Monarchie und dem Volk entstand. Das mußte um jeden Preis verhindert, die breiten Volksschichten viel mehr für den Staat gewonnen werden, indem er ihre wahren Bedürfnisse durch eine zureichende Sozialpolitik befriedigte. Dann würden sie sich sogar mit Leichtigkeit gegen den Fortschritt und die Demokratie ausspielen lassen.

Das zweite folgenreiche Ereignis war das Auftreten Ferdinand Lassalles. In diesem Manne war den Arbeitern der erste Führer erstanden, der sie zum Bewußtsein ihrer politischen Bedeutung brachte und die deutsche Arbeiterbewegung ins Leben rief. Er

baute eine politische Organisation auf, die die Massen des Proletariats sammeln und in den Kampf für den sozialistischen Staat führen sollte. Die Tatsache, daß hier eine Bewegung des vierten Standes entstand, die aus eigener Kraft sich die Macht im Staate erringen wollte, wirkte eindrucksvoll auf die konservativen Kreise, die sich mit Sozialpolitik beschäftigt hatten. Sie wurden dadurch auf die besondere Bedeutung der sozialen Probleme des Arbeiterstandes aufmerksam gemacht. Bisher hatten diese nur eine untergeordnete Rolle in ihren Erwägungen gespielt, aber seitdem Lassalle auf der Bildfläche erschienen war, beherrschte die Arbeiterfrage ihr Interesse, während die Handwerkerfrage in ihrer bisherigen Form entschieden zurücktrat. Wagener gestand im Abgeordnetenhaus, daß seit der Wirksamkeit Lassalles mit den alten liberalen Mitteln der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit es endgüftig zu Ende sei, daß man der durch ihn geschaffenen selbstbewußten Arbeiterbewegung gegenüber sich auch nicht mit den alten konservativen Mitteln behaupte, sondern sich zu eingreifenden Maßnahmen entschließen müsse.1 Nichts ist kennzeichnender, als wenn Wagener bei dieser Gelegenheit von dem "Massenschritt der Arbeiterbataillone" sprach. In diesem einen Ausdruck liegt der Wandel der Zeit und Anschauung enthalten.

Die anwachsenden Massen des städtischen Proletariats, die Notlage des sterbenden Handwerkertums andererseits, auf welche die Deputation der schlesischen Weber aus Wüstegiersdorf 1864 ein grelles Licht warf, zeigten, daß die Zeiten des Handwerks vorüber waren. Es mußten andere Mittel angewandt werden, um dem aufsteigenden vierten Stande Gleichberechtigung und wirtschaftliche Sicherung zu verschaffen. Bisher hatte der Blick der Konservativen oft genug rückwärts gewandt in der Vergangenheit geweilt. Wenn sie von der Stärkung des Autoritätsgefühls gesprochen hatten, hatten sie die Rückkehr zum Patriarchalismus gemeint. Jetzt erklärte Wagener, daß die Zeit des patriarchalischen Königtums vorbei sei. daß es eine Angelegenheit der Geschichte geworden sei, aber keine gegenwartsgestaltende Kraft mehr besitze. Die Gegenwart verlange die Lösung durch die Mittel der Gegenwart. "Regieren heißt die Zeit geistig beherrschen und dirigieren."<sup>2</sup> Er verlangte eine aktive Haltung, die nicht abwehrend negativ in der Defensive verharrte. sondern die den brennenden Zeitfragen tapfer zu Leibe ging. An die

Stelle des patriarchalischen Königtums setzte er das soziale. Mit der warmen Teilnahme des Herzens für das Schicksal der Arbeiterklasse, die aus dem christlichen und menschlichen Empfinden stammte, verband sich die Einsicht des Politikers, daß die Reform eine Notwendigkeit für die Möglichkeit des Fortbestandes der Monarchie geworden war. Aus beiden Motiven entspringt das, was wir fortan als konservative Sozialpolitik bezeichnen. Da sich die Konservativen dieser Politik nicht versagten, sondern in der gefährlichen Lage, die durch den Konflikt geschaffen war und, weil andererseits die sozialen Forderungen Wageners und seiner Gruppe noch nicht so bestimmt lauteten, sich beteiligten, konnte in dem Preußischen Volksverein eine Organisation aufgebaut werden, die diesen Zwecken zu einem guten Teil diente, wenn auch nicht ganz so, wie es Wagener erwartet haben mochte. Durch staatliche Sozialpolitik sollte den Liberalen, wie Lassalle der Wind aus den Segeln genommen und die niederen arbeitenden Klassen für die Monarchie und zugleich auch für die Konservativen gewonnen werden. Eindringlich betonte Wagener, daß nur durch "handgreifliche Taten" das Königtum sich als "Schirmherr und der beste Vertreter dieser zahlreichen Bevölkerung legitimieren kann".3 Damit war das Wort ausgesprochen, das seiner künftigen sozialpolitischen Tätigkeit die Richtung gab.

Die Arbeiterfrage wurde als selbständig bestehend neben der der Handwerker anerkannt. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß mit der Handwerkerfrage die soziale nicht erschöpft ist, sondern daß sie nur einen Teil derselben bildet. Der Begriff des Arbeiters wurde näher dahin bestimmt, daß es sich nicht um die gelernten, sondern um die ungelernten Leute, die Tagelöhner und Fabrikarbeiter handelt.4 Mit der Anerkennung eines neu aufkommenden Standes, der in das bisherige Bild des konservativen Staates nicht hineinpaßte, war notwendigerweise eine Umformung der konservativen Anschauungen verbunden. Bis die Erkenntnis von der Unmöglichkeit des altständischen Staates allen klar wurde und die sich daraus ergebenden Folgerungen gezogen wurden, verging noch einige Zeit. Zunächst versuchten sie, den Arbeiter in die alten Formen einzufügen. Es war vorläufig ein unsicheres Tasten und Experimentieren, das die überaus große Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg zeigte. Das mühselige, aber ehrliche Ringen dauerte ein Jahrzehnt und kam erst in den ersten Jahren des Neuen Reiches zu einem Abschluß.

Von Anfang an wurde die Arbeiterfrage in ihrer ganzen Schwere erkannt. In Übereinstimmung mit den Sozialisten glaubten sie, daß sich alles zu einer Auseinandersetzung nicht mehr zwischen den einzelnen Ständen, sondern zwischen der Arbeit ohne und der Arbeit mit Kapital zuspitze, d. h. mit einem Wort zwischen Kapital und Arbeit,<sup>5</sup> wenn nicht vorbeugend eingegriffen werde. Sie gaben ehrlich und offen zu, daß Lassalle ihnen die Augen geöffnet hatte.<sup>6</sup> Nicht als ob sie selbst etwa diese Entwicklung begrüßten, sondern sie wollten gerade verhindern, daß es wirklich so kam. Wollte Schultze die Herrschaft des dritten Standes und Lassalle die des vierten, so war die Gleichberechtigung aller Stände das konservative sozialpolitische Prinzip und Ziel.<sup>7</sup> Wagener wußte, daß hier die entscheidende Frage der Zukunft lag, und daß sie immer mehr zu einer gewaltsamen Lösung drängte, wenn keine vorbeugenden Schritte unternommen wurden.

"Die Führer der Bewegung haben ihre Stellung genommen, und es empfiehlt sich wohl, nun das Schlachtfeld zu überblicken, um daraus zu entnehmen, was die konservative Partei bei dem bevorstehenden Kampfe zu hoffen oder zu fürchten und was sie noch zu tun hat."8 Mit diesem Wort der Revue wollen wir selber an die Prüfung der konservativen Ansichten gehen. Sie dachten nicht daran, das Rad der Zeit zurückdrehen zu wollen, sondern Wagener stellte sich auf den Boden der Tatsachen und bejahte die industrielle Entwicklung; er nahm sie, wie es gar nicht anders möglich war, als eine wirtschaftliche Notwendigkeit hin, und seine Vorschläge setzten sie als selbstverständlich voraus. Er strebte nur danach, die Unzuträglichkeiten abzustellen, die aus der unbeschränkten Ausübung der industriellen Herrschergewalt erwuchsen.9 Im Gegenteil gebärdete er sich noch fortschrittlicher als die Liberalen und warf den Anhängern der Selbsthilfe vor, in ihren Methoden und Mitteln veraltet und nicht zeitgemäß zu sein, und daß sie in dem Zeitalter der Industrie und des Kapitalismus keinen Bestand haben würden.

Zunächst suchten sie das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern festzustellen. Dem Kapital schoben sie die Schuld an der Entstehung der Arbeiterbewegung zu. Sie waren nicht gegen das Kapital als solches. Es ist ein notwendiges Mittel der Gesellschaft. Aber gegen seine Herrschaft<sup>10</sup> gingen sie an; es ist auf das rechte Maß zurückzuführen. Nicht dem gesunden Kapitalismus,

sondern dem rücksichtslosen Streben nach Gewinn galt ihr Kampf. Es hat jetzt eine fast schrankenlose Macht über die Arbeit und das Grundkapital.<sup>11</sup> Sie sprachen in agitatorisch vergröbernder Weise von dem "finanziellen Feudalismus", von den "Geldbaronen", die eine Lösung der sozialen Frage nicht wollen, sondern denen es nur auf die Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter ankommt. 12 Dieser Ausnutzung sind die Arbeiter fast schutzlos preisgegeben. Alt und gebrechlich fallen sie der öffentlichen Wohlfahrt zur Last. So bereichert sich der Kapitalist auf Kosten des Staates und der Öffentlichkeit. Ihr Bemühen war, den Kapitalismus als eine verderbliche Macht hinzustellen. Mit ehrlicher Offenheit entwarfen sie ein ungeschminktes Bild von den mißlichen Verhältnissen der Arbeiter. Ihr Lohn ist kaum ausreichend, die nötigsten Bedürfnisse zu decken, geschweige denn einen Notgroschen für Zeiten der Krankheit oder der Arbeitslosigkeit zurückzulegen.<sup>13</sup> Häufig kann er nicht einmal die Kosten für seine Lebensführung aufbringen, sondern muß bei schwerer Arbeit mit seiner Familie darben.14 Glaser führte diese Erscheinung darauf zurück, daß das Angebot an Arbeitskräften größer ist als die Nachfrage, daher die Löhne gedrückt werden und infolgedessen, solange sich die Bevölkerung so rapide vermehrt, unter dem Kostenpunkt der Arbeit liegen, 15 und daß daran nichts zu ändern ist. Damit war das eherne Lohngesetz weitgehend anerkannt, wenn sie ihm auch nicht in seiner ganzen Konsequenz zustimmten. Damit stand in engstem Zusammenhang, wenn Glaser die völlige Existenzunsicherheit der Arbeiter zu dem wichtigsten Kriterium ihrer Klasse machte. Dieser Zustand des Proletariertums ist nun nicht auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung beschränkt, sondern der Prozeß der Proletarisierung schreitet unaufhörlich weiter. Die Zahl der Besitzlosen und Enterbten wird immer größer werden, während andererseits die Vermögen sich in den Händen Weniger sammeln.<sup>16</sup> Sie unterschieden sich hier kaum noch von der Verelendungstheorie des kommunistischen Manifestes. Während die Lage der Industriearbeiter ungünstig dargestellt wurde, nahmen sie den Landarbeiter davon ausdrücklich aus. Seine Verhältnisse rückten sie in ein günstiges Licht und zogen ihn in die Behandlung der eigentlichen Arbeiterfrage nicht mit ein.17 Auf dem Lande herrschte nach ihrer Meinung noch das alte patriarchalische Verhältnis, und sorgte der Gutsherr für seine Leute, so daß sie keine Not zu spüren brauchten, und es infolgedessen keine Klassengegen-

sätze gab.

Das Proletariat hatten sie in seiner Eigenart als Proletariat und seinen damit verbundenen spezifischen Problemen wirklich erkannt. Aus diesem "Sklaventum der Arbeit" müssen die Industriearbeiter befreit werden. Die Aufgabe der konservativen Sozialpolitik besteht darin, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern.18 Eine Änderung der bestehenden Zustände ist notwendig. Daß ihnen nicht mit einem Almosen gedient war, sprach Glaser ehrlich aus. Es kommt nicht auf Barmherzigkeit an, sondern es handelt sich darum, eine Krankheit im Gesellschaftskörper, deren Heilung im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen muß, aus der Welt zu schaffen. Es ist ein Übel, dessen Abschaffung eine Aufgabe von höchster staatlicher, europäischer, ja weltgeschichtlicher Bedeutung ist.19 Wenn Staatshilfe geleistet wird, so soll sie nicht den Stempel der Wohltätigkeit tragen, sondern vor allen Dingen eine Rechtshilfe für den Arbeiter sein. Damit war die Arbeiterfrage auf eine Höhe gebracht, die sie aller christlichen Wohltätigkeit entzog und sie unter die großen Fragen der Politik und Staatsführung einreihte. Als eine solche galt sie in der Folgezeit immer mehr den sozial eingestellten Konservativen. Die Forderungen der Arbeiter sind nicht Ausgeburten sündhafter Begehrlichkeit und Unzufriedenheit, sondern sie sind sittlich berechtigt. Der ehrlichen Arbeit muß ihr Ertrag gesichert werden, und sie soll nicht ausschließlich für andere arbeiten. Es darf bei der Festsetzung des Lohnes nicht allein der Unternehmerstandpunkt maßgeblich sein. Der Arbeit muß ihr Recht werden. Der Staat als Hüter des Rechtes hat nicht bloß die Berechtigung, sondern die Pflicht einzugreifen, es nicht der Selbsthilfe zu überlassen und der Willkür und dem Zufall anheimzustellen, ob die gerechten Ansprüche sich durchsetzen. Der Staat muß der Arbeit helfen. Daher konnte der preußische Volksverein mit gutem Gewissen dafür eintreten, daß der Lohn erhöht und ein Minimallohn festgesetzt wird.20 Rein wirtschaftlich gesehen, erwartete Wagener von einer Lohnerhöhung eine Kräftigung der Kaufkraft und damit eine Belebung der Produktion und der Wirtschaft, wobei ihm feststand, daß diese nicht ungemessen, sondern in den Grenzen des wirtschaftlich Tragbaren bleiben mußte.21 Hinzu kamen noch eine Reihe von anderen Vorschlägen, Verbot der Sonntagsarbeit, eine bessere Regelung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder und die Schaffung besonderer Stellen in der Zentralverwaltung zur Bearbeitung der Arbeiterfragen. Die soziale Frage wurde als eine Rechtsfrage betrachtet, derzufolge den Arbeitern die ihnen zustehenden Rechte gesichert werden müssen. Damit taten sie den entscheidenden Schritt über die bisherige landläufige konservative Ansicht hinaus, für die die Arbeiterbewegung Auflehnung gegen "Autorität und Obrigkeit" war. Das gab der Sozialpolitik eine feste Grundlage.

In der Durchführung ihrer sozialen Vorschläge hielten sie sich von allem Sozialismus fern. Nicht der Besitz überhaupt sollte abgeschafft, sondern den Arbeitern ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zurückgegeben werden, indem man sie wieder zu Besitzern machte. So wie zu dem ritterschaftlichen Grundbesitz der bürgerliche hinzugetreten ist, muß nun als weiteres Ziel der Entwicklung der Arbeiter als Besitzer hinzutreten; das Privateigentum wird nicht aufgehoben, sondern der Kreis der Besitzer muß erweitert, der Arbeiter unabhängig gemacht und ihm die Mittel zur selbständigen Produktion in die Hand gegeben werden.<sup>23</sup> Der Irrtum des Sozialismus besteht darin, daß er glaubt, die Herrschaft der einen Klasse werde durch die der anderen abgelöst. Es ist vielmehr so, daß neben die bestehenden eine neue tritt, neben dem Grundbesitz und dem Bürgertum erscheint als gleichberechtigter Stand der Arbeiter. Letzten Endes schwebte ihnen bei dieser Konzeption dasselbe Ziel vor, das sie für den Handwerker erstrebt hatten. Durch alle ihre Bemühungen klang es hindurch: der Arbeiter muß lernen, sich wieder als Stand zu fühlen. Dies war das Leitmotiv ihrer sozialen Bestrebungen. Es war die Wiederaufnahme des ständischen Gedankens in einer den Zeitbedürfnissen angepaßten Form. Als Stand sollte er sich als ein wichtiges und lebensnotwendiges Glied fühlen und nicht mehr als der aus der Gesellschaft Ausgeschlossene.

So paradox es klingen mag, die erste Stufe dazu war ihnen die Einführung der Koalitionsfreiheit.<sup>24</sup> Die Gewerbeordnung von 1845 hatte in den §§ 181—184 Vereinigungen der Arbeitnehmer zum Zweck einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen verboten. Obwohl für die Arbeitgeber dasselbe galt, so wurden die Arbeitnehmer von dieser Bestimmung vielmehr betroffen, da Verabredungen der Fabrikanten sich nicht kontrollieren lassen. Seit 1862

bemühten sich die Liberalen vergeblich um eine Änderung der Titel II—X der Gewerbeordnung, bei der auch diese Paragraphen wegfallen sollten. 1865 stellte Schultze-Delitzsch den Antrag auf Aufhebung der §§ 181—184.

Bisher hatten die Konservativen dem Widerstand entgegengesetzt. 1854 war das Koalitionsverbot sogar auf das Gesinde, Schifferknechte und Landarbeiter ausgedehnt worden. Auch hier war es Wagener, der bahnbrechend wirkte. Seit 1864 trat er für die Vereinigungsfreiheit der Arbeiter ein. Nach zwei Richtungen hin begründete er diese Stellungnahme, einmal als den notwendigen Ausfluß der Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Den Arbeitern mußte die Möglichkeit gegeben werden, selbstverantwortlich ihr Geschick zu bestimmen. Damit erfüllte man zugleich den einen berechtigten Teil ihrer Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, das ohne solche Konzession in seiner "rohesten Form" zu erwarten war. Die Beseitigung des Koalitionsverbotes sei die Aufhebung einer "älteren Form der Herrschaft des Unternehmers über den Arbeiter".25 Die Koalitionsfreiheit sei das einzige Mittel, das der Arbeiter im wirtschaftlichen Existenzkampf habe. Nur durch eine gemeinsame Vertretung sei es möglich, diese wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Nur wenn dem Arbeiter Organisationen gestattet würden, sei es ihm möglich, wirksam zu Worte zu kommen. Aber — und dies ist die andere Seite — Wagener wollte nicht eine zügellose Freiheit. Dieses Koalitionsrecht sollte nicht nur zur Organisation von Streiks dienen, sondern dem liberalen Prinzip sollte die Spitze abgebrochen werden. Er suchte es in konservative Bahnen zu lenken. Wohl trug Wagener keine Bedenken, den Arbeitern und Unternehmern zu überlassen, sich selbst zu einigen. Er fürchtete bei der wirtschaftlichen Überlegenheit des Unternehmers nicht, daß die Arbeiter die Waffe des Streiks zu oft anwenden können. Deshalb sollte der Staat erst dann eingreifen, wenn wirklich lebenswichtige Interessen der Allgemeinheit in diesem wirtschaftlichen Kampfe getroffen wurden.26 Das Streben der Arbeiter nach Vereinigung sei der natürliche und gesunde Drang nach ständischer Gemeinschaft. Die Arbeiterkoalitionen seien der erste Schritt zur ständischen Korporation. Wagener konnte sich unbesorgt dafür aussprechen, weil er mit Recht hier einen Ansatzpunkt zu einer organischen Neugliederung des Volkes sah. Die Pflicht und Aufgabe der Regierung sei es, diese Entwicklung zu unterstützen und zu beschleunigen.<sup>27</sup>

Die Korporation faßten sie zunächst noch in demselben Sinn wie in den letzten Jahren auf. Die verschiedenen Volksgruppen sollten dadurch zusammengefaßt werden. Wir halten konsequent an dem Prinzip der örtlichen und ständischen Korporation fest. Ende 1864 war diese Ansicht allerdings von Wagener überwunden. Die örtlich begrenzte Korporation gab er auf und wollte auch sonst die Innungen nicht in der alten Form weiterbestehen lassen, sondern den modernen Verhältnissen anpassen. Durch die Korporation sollte verhindert werden, daß der Arbeiter wurzellos in der Masse der Großstadt untergeht, sondern überall, wo er hinkommt, wird ihm in der Korporation der Berufsgenossen eine Art Heimat geschaffen, in der er sich überall als ein Glied dieser Gemeinschaft fühlen kann.

Der Korporation wurden ganz neue Aufgaben zugewiesen, wie sie die Zunft als Organisation des Handwerks nicht zu erfüllen brauchte, sondern die den Bedürfnissen der Arbeit angepaßt waren. Die Korporation erhielt dadurch ein Aussehen, das dem der vorhergehenden Zeit nicht zu vergleichen ist. Der handwerksmäßige Charakter war aufgegeben, und die auf genossenschaftlich wirtschaftliche Selbsthilfe abgestellte Seite verschwand. Hier wurde entschieden mit den bisherigen Anschauungen gebrochen. Sie spielten keine Rolle mehr. Da sie aber den Handwerker nicht im Stich lassen wollten, setzten sie an die Stelle der Kreditgenossenschaften kleine Banken. Das Betriebskapital wurde von vermögenden Parteigenossen gegeben und in kleinen Summen und zu günstigen Bedingungen an die konservativen Handwerker ausgeliehen. Die wichtigste von ihnen war die Gewerbebank von H. Schuster und Cie., an der die prominentesten konservativen Führer beteiligt waren.31

Die Aufgabe der Korporation wird darin bestehen, die Arbeiterbelange gegenüber den Unternehmern zu vertreten, indem sie für ihre Glieder den Arbeitskontrakt abschließt, den Lohn feststellt und den Arbeitsgewinn unter ihre Mitglieder verteilt. Der Arbeiter schließt in Zukunft nicht mehr als Individuum den Arbeitsvertrag, sondern an seine Stelle tritt für ihn die Berufsgenossenschaft. Dadurch wird der Unternehmer verhindert, die einzelne Arbeitskraft nach seinem Belieben auszubeuten, weil die Korporation seinen Rechts-

schutz übernimmt,32 und zugleich ein Unterbieten des Lohnes durch die konkurrierenden Bewerber ausgeschaltet wird. Ebenso tritt die Korporation in Zeiten der Arbeitslosigkeit ein, indem sie verpflichtet ist, für ihn zu sorgen. Überhaupt sollte sie alle Einrichtungen übernehmen, die zur Wohlfahrt der Arbeiter geschaffen sind. So sollte der Arbeiterstand dem "finanziellen Feudalismus" als Macht ebenbürtig gegenübergestellt werden. Eine "Emanzipation" des Arbeitskapitals von der Geldaristokratie ist nur möglich auf dem Wege über die Korporation.<sup>33</sup> Diese Vereinigungen sind mit Selbstverwaltung auszustatten. Die Regierung hat ihre sofortige Bildung durch die Ausarbeitung eines Normalstatuts in die Hand zu nehmen. Besondere Wirkung verliehen sie ihnen dadurch, daß sie ein besonderes Arbeitsrecht schaffen wollten, in dem den Berufskörperschaften eine hervorragende Stelle zugedacht war. Es war dabei an das Vorbild des Handelsrechtes, wie es bereits bestand, gedacht.34 Es verbindet sich der wirtschaftlich-soziale mit dem ethisch-staatspolitischen, außerordentlich wichtigen Gedanken, die Arbeiter durch Selbstverwaltung und Organisation zur Selbstverantwortung zu erziehen. Nicht nur an wirtschaftliche Selbständigkeit war gedacht, sondern sie sollten auch zu standesbewußten, sich verantwortlich fühlenden Persönlichkeiten erzogen werden. Die Sache des Staates bleibt es, diese Organisation an der rechten Stelle in das Staatsgebäude einzufügen. So blieb die Autorität des Staates gewahrt, und andererseits wurde doch die persönliche Selbstverantwortung der Arbeiter gestärkt. Es ist nicht das unmittelbare Eingreifen des Staates, Wagener lehnte im Gegenteil die Bevormundung ab, sondern der Korporation wird große Selbständigkeit zugestanden, andererseits behauptet der Staat ein gewisses Aufsichtsrecht und behält sich ein Eingreifen und Einfluß vor. 35 Nicht als Einzelner tritt das Individuum dem Staat und dem Unternehmer gegenüber, sondern als Glied einer Gemeinschaft, deren verantwortlicher Teil es ist.

Indem die Regierung diese Organisation schafft, nimmt sie den liberalen und sozialistischen Agitatoren die Bewegung aus den Händen, gewährt den Arbeitern ihre Rechte und setzt zugleich den konservativen ständischen Gedanken in die Wirklichkeit um. Wir dürfen diese Dinge nicht einfach als sozialpolitische Maßnahmen hinnehmen, sondern müssen stets ihren politischen Hintergrund im Auge behalten. Ihre Sozialpolitik war staatspolitisch orientiert,

nicht um des Arbeiterstandes allein willen unternommen. Die Korporation war als ein Hort staatserhaltender Anschauungen gedacht. Durch den festen Zusammenschluß sollte das Eindringen der zersetzenden liberalen und sozialistischen Ideen verhindert werden. Die enge Gemeinschaft der Korporation hatte das einzelne Mitglied nicht nur wirtschaftlich zu sichern, sondern auch in konservativer Weltanschauung und Staatsauffassung zu festigen.

Von diesem Begriff der Korporation aus gewinnen wir erst das rechte Verständnis für Wageners Ansichten über das Wahlrecht. Bisher hatte er sich schon immer gegen das Zensuswahlrecht. welches nicht den Willen des Volkes, sondern nur einer kapitalkräftigen Minderheit ausdrückt, gewandt, aber genau so gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Infolge der Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustand, der den Liberalen die Mehrheit sicherte und die Konservativen an die Wand drückte, befreundete er sich mit einer Erweiterung des Wahlrechtes. Die Lektüre von Mills "Betrachtungen der Repräsentativverfassung" bestärkte ihn in diesem Entschluß.36 Dieser wandte sich gegen das Übergewicht irgend einer Klasse, der Besitzenden wie der Proletarier, sondern wollte beide gleichstellen.<sup>37</sup> Er trat<sup>38</sup> für weitestgehendes Wahlrecht sogar der Frauen ein, sorgte aber für Sicherungen, die die schlimmsten Folgen dieses Wahlrechtes verhüten und auch der unterlegenen Minderheit durch eine Art Listenwahlsystem eine angemessene Vertretung schaffen sollten. Mit Hilfe einer ähnlicher Methode hoffte Wagener dem Liberalismus zu Leibe gehen zu können. Die Erwägungen Mills hatten seinen grundsätzlichen Einspruch gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ernsthaft erschüttert. Seine Arbeit sei ein Versuch, das allgemeine Stimmrecht auf germanische Weise und mit Hilfe der germanischen Volkselemente zu organisieren.39 Im September schlug er in einer Unterredung mit August Reichensperger eine gründliche Reform der zweiten Kammer vor und wünschte mit Berufung auf Mill Wahlen auf breitester Basis.40 Einen Monat später trat er im Volksverein öffentlich für ein allgemeines gleiches und direktes Stimmrecht ein.41 Die Beweisführung in seiner Rede erinnert stark an die Ausführungen Mills. Wenn Wagener das allgemeine gleiche Stimmrecht für den Arbeiter als "Korrelat für den Blutzoll" der allgemeinen Wehrpflicht forderte, so schimmerte hier deutlich seine Vorlage durch.42 In Wirklichkeit lag aber das

Schwergewicht auf den "nach Ständen geordneten Wahlen".43 Wagener wollte nämlich etwas ganz anderes als die Demokraten. Genau so wenig wie er in der Durchführung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter ein liberales Prinzip zur Geltung brachte, wollte er auf die demokratische Forderung eines allgemeinen, gleichen, unbeschränkten Wahlrechtes eingehen, sondern dieses Wahlrecht sollte an den Stand gebunden werden. Es sollte nach Ständen geordnet sein. Wir haben gesehen, daß der Arbeiter wieder Stand werden sollte, und daß die Korporation das Mittel war, seine wirtschaftliche Existenz zu sichern. Jetzt verlieh er dem Stand die ihm bisher fehlende politische Bedeutung. Er wurde der zentrale Begriff für seinen ganzen Staatsaufbau, maßgebend für die gesamte Gestaltung des öffentlichen Lebens in den mannigfaltigsten Formen. Die Standeskorporation war als die Grundlage einer ständisch aufgebauten Volksvertretung gedacht. Über das altständische Ideal, das an den Geburtsständen festhält, war er jetzt hinaus. An ihre Stelle trat der Berufsstand. Wenn man die Arbeiter auf berufsständischer Grundlage organisierte, konnte man sie damit zugleich politisch in den Staat eingliedern.44 Die Selbstverwaltung, die für die Korporation eingeführt werden sollte, sollte im gleichen Maße auf den ganzen Staat ausgedehnt werden.

Mit einer solchen ständischen Neuordnung des Staates überwandt man die Gefahren des demokratischen Parlamentarismus. andererseits ließen sich die bisher zurückgesetzten Schichten zur Mitarbeit am Staat heranziehen, ohne befürchten zu brauchen, dadurch den Bestand des augenblicklichen Staates zu sprengen. Wenn die Arbeiterschaft ständisch organisiert war, dann ließ sich das konservative Staatsideal am ehesten verwirklichen. Es wird uns leider das Bild eines solchen Staates nicht durchgeführt, sondern es bleibt bei diesen Andeutungen. Wir erfahren nicht, wie etwa die Unternehmer, wie der Handel und die Kaufmannschaft als Stand erfaßt und in den Staat eingegliedert werden. Die Einführung des berufsständischen Gedankens in die konservativen Ideen war ein entscheidender Fortschritt, aber es fehlte die praktische Anleitung, wie er in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte. Daher ist es nicht verwunderlich, daß er damals ohne Wirkung blieb. Der Gedanke einer Vertretung nach Berufsständen ist aber lebendig geblieben, um in unseren Tagen endlich Verwirklichung zu finden.

Je länger der Verfassungskonflikt dauerte, desto stärker wurden die Zweifel daran, ob das Verfassungsleben in der bisherigen Form weitergeführt werden konnte. Die Berliner Revue wie Wagener<sup>45</sup> gingen in ihren Anschauungen über Innenpolitik häufig über das hinaus, was die Kreuzzeitung und die übrige Partei für möglich hielt. Die besonnenen Konservativen waren im Jahre 1864 für kluge Zurückhaltung und Mäßigung. Wohl hielten sie unbedingt an der Regierungspolitik fest, aber sie verlangten Zurückhaltung im Innern. Die Lage sollte nicht durch radikale Anträge auf Verfassungsänderungen im konservativen Interesse unnötig verschärft werden. Durch extreme Vorlagen würden die Freunde der Regierung als händelsüchtige und agitatorisch unbequeme Leute verschrien, und es werde nicht gelingen, die politisch Neutralen zu gewinnen. Die Regierung zur Oktrovierung einer neuen Verfassung zu drängen, sei "entschieden bedenklich".46 Die Berliner Revue schlug im Gegensatz dazu einen Ton an, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Neigung, den Verfassungskonflikt auf gewaltsamen Wege zu beendigen, war im Wachsen. Wagener sprach wiederholt von der Notwendigkeit eines Staatsstreiches. Seinen Parteigenossen gegenüber erörterte er in einer Denkschrift<sup>47</sup> vom März 1864 genau seine Möglichkeiten. Die Berliner Revue lieferte den Kommentar, in dem sie die rechtlichen Voraussetzungen besprach und den Nachweis erbrachte, daß das Abgeordnetenhaus längst die Verfassung gebrochen, die Regierung nur vollzogene Tatsachen festzustellen habe und die notwendigen Folgerungen daraus ziehen müsse. Ihr Ton wurde immer fordernder und dringender: "Nach Taten des Ministeriums dürstet das königstreue Volk".48 Sie verglich die Lage mit ähnlichen Situationen aus der preußischen Geschichte und zog daraus vielsagende Schlüsse für die Gegenwart. Mit einem deutlichen Blick auf ihre eigene Zeit sprach sie von der "rettenden Tat Friedrich Wilhelms IV.", als er durch das Ministerium Brandenburg die preußische Nationalversammlung auseinanderjagen ließ.49 Im Mai 1866, als die Entscheidung eigentlich schon gefallen war, erhob sie noch einmal die Forderung nach einem Staatsstreich und wünschte sich ein Königtum, "unabhängig von den Menschen, abhängig von Gott", das als patriarchalisches Königtum im Gefühl seiner religiösen Verpflichtung ein weises und gerechtes Regiment führt.50

Es handelte sich dabei nicht um einen Versuch den Absolutismus wiederherzustellen, obwohl es nach der letzten Äußerung so scheinen möchte, sondern wir müssen diese Pläne im Rahmen der gesamten Staatsauffassung Wageners betrachten. Er verlangte, daß erst im Volk, in der Masse der Bevölkerung die notwendigen Grundlagen geschaffen werden. Daher muß die Oktrovierung auf dem Gebiete der Sozialpolitik beginnen. Wenn einem Volke materielle Wohltaten zugeführt werden, hat man eine Kritik der betreffenden Mittel und Wege dazu nicht zu fürchten. Hinzukommen muß der Wille des Volkes, der die Verfassung bejaht. Denn nur eine Verfassung, die wirklich vom Volke getragen wird, hat die Aussicht auf dauernden Bestand. Solange nicht im Volke der Wille zu einer solchen Neuordnung vorhanden ist, oder diese unmöglich erscheint, ist eine königliche Diktatur der einzige Weg, der den Staat vor dem Chaos bewahren kann. Den Beruf des Königtums sah er darin, nicht gegen die Zeit zu kämpfen, sondern im Einklang mit den bewegenden Ideen zu bleiben und aus dem gegebenen Stoff der Gegenwart das Staatsgebäude aufzuführen. Nur vorübergehend sollte die Volksvertretung ausgeschaltet werden, um inzwischen dem Staat eine neue Organisation zu geben. Ihn erfüllten nicht rechtliche Bedenken gegen die Einführung einer neuen Verfassung, sondern die Überzeugung, daß damit allein dem Übel nicht abzuhelfen ist. Eine Änderung des Wahlrechts ist am dringlichsten. Die Berufsstände sind, wie wir gesehen haben, der Boden, auf dem sich das neue Staatsgebäude erheben wird. Neben dem Abgeordnetenhause sollte daher eine Versammlung der verschiedenen Stände einberufen werden nach dem Prinzip des "Vereinigten Landtages" unter Hinzufügung einer angemessenen Vertretung der Industrie und des kleinen Gewerbes. Sie sollte über die Einführung des neuen Wahlrechts beschließen.51

Wenn oft eine aufreizende und reaktionäre Sprache in der Berliner Revue geführt wurde, so dürfen wir nicht vergessen, daß solche Pläne im Hintergrund standen. Als Verbündete der Regierung hofften Wagener und seine Gesinnungsfreunde durch die Krisis des preußischen Verfassungslebens zu einem organischen Neubau zu kommen. Im engsten Anschluß an die Regierung erwarteten sie die Durchführung ihres Programms. Die Überwindung der inneren

Schwierigkeiten und die Lösung der sozialen Frage ging für sie in eins über.

Bei dem Neuaufbau der Stände wollten sie an die Provinzialstände anknüpfen, die 1823 durch Friedrich Wilhelm III. ins Leben gerufen waren. Die Regeneration der Provinzialstände und eine aus ihnen hervorgehende Gesamtvertretung sahen sie als die nächste Aufgabe an.<sup>52</sup> Nur in sorgfältiger und gewissenhafter Aufbauarbeit ist es möglich, die Masse zu politischer Tätigkeit zu erziehen. "Von unten" muß angefangen werden. In den engsten Kreisen des Gemeinschaftslebens, in der Gemeinde und von dort aufsteigend zu den größeren Einheiten der Verwaltung ist das System der ständischen Vertretung durchzuführen. Durch ein gründliche Durchorganisation der Bevölkerung erhoffte Wagener einen Wandel, indem Schritt für Schritt dem fortschrittlichen Liberalismus der Boden unter den Füßen fortgezogen wurde.53 In gleicher Weise war sein Vorschlag gegen die Souveränität des Volkes, wie gegen das einseitige Autoritätsprinzip und den Absolutismus gerichtet.<sup>54</sup> Tief im konservativen Gedanken wurzelnd versuchte Wagener dadurch altes mit neuem zu verbinden, daß er an die Stelle der Geburtsstände die des Berufes setzte, eine gleichmäßige Vertretung aller Schichten erstrebte und nicht einige privilegierte Stände bevorzugte. Die alte Abneigung gegen die Bürokratie kleidete sich in ein neues, zeitbedingtes Gewand, zugleich verband sich damit noch ein neuer Grund. Gerade in bestimmten Kreisen des Beamtentums fand der Liberalismus einen starken Rückhalt. Nach den Wagenerschen Vorschlägen sollte das Beamtentum stark eingeschränkt werden. Von den ständischen Körperschaften, die sich selbst verwalten, erwartete er eine wesentliche Stärkung des konservativen Elementes in der Verwaltung.

Wenn die Konservativen so stark die soziale Verpflichtung des Staates hervorhoben, lag es nahe zu fragen, wie weit sie direkten Einfluß auf die maßgebenden Regierungskreise ausüben konnten. In etwas renommierendem Tone erzählt uns Hermann Wagener in seinen Erinnerungen, daß er der erste gewesen sei, der mit Bismarck nach seiner Berufung zu zweien dinierte und ihm wiederholt über die Lage Vortrag gehalten habe. Mag hier auch übertrieben sein, sicher stand Wagener Bismarck damals recht nahe; denn zweifellos fand Bismarck an der wachsenden realpolitischen Einsicht Wageners Gefallen und ließ sich gern von ihm über soziale Fragen unterrichten.

Soweit der Ministerpräsident sich mit sozialen Dingen beschäftigte, tat er es unter dem Einfluß von Ferdinand Lassalle und Hermann Wagener. Wenn er geneigt war, konservative Sozialpolitik zu treiben, so war dabei für ihn der Gedanke maßgebend, die Arbeiterschaft durch staatliche Unterstützung für die Regierung zu gewinnen und sie dem Einfluß der Fortschrittspartei zu entziehen. Damit traf er gerade das, was Wagener als Ziel vorschwebte. Das Bündnis war gegeben. Das Primäre für Bismarck war das staatspolitische Moment. Der Arbeiter sollte nicht dem Staat entfremdet werden. Dem Handelsministerium begründete Bismarck 1863 seine reformerischen Pläne ausdrücklich damit, daß politische Motive für ihn maßgebend sind. 56 Er lehnte es entschieden ab, oppositionelle Abgeordnete gemeint war namentlich Schultze-Delitzsch — die nur aus agitatorischen Gründen auf die Arbeiterschaft und das Handwerk Einfluß gewinnen wollen, denen es aber im Grunde nicht um die Sozialpolitik, sondern um eine Verstärkung der Fortschrittspartei geht, in eine Kommission zur Beratung der Arbeiterfrage zu berufen. Er wollte sich auf die konservativen Sozialpolitiker stützen. Neben Wagener machte er den Präsidenten der Kommission auf Professor Glaser aufmerksam.<sup>57</sup> Er wünschte also die Beteiligung der beiden konservativen Männer, die damals auf sozialpolitischem Gebiete in der Partei führend waren. Aus politischen Gründen befürwortete er die Unterstützung der "patriotischen Berliner Stuhlarbeiterassoziation", die ursprünglich von Schultze-Gelitzsch beeinflußt, sich jetzt gegen ihn erklärt hatte.58 Gleichzeitig zeigte er großes Interesse für konservative Einrichtungen, wie die Schustersche Gewerbebank. 59 Es war nicht bloß ein taktisches Eingreifen, um die Konservativen gegen die Liberalen zu stützen, sondern die grundsätzliche Bereitschaft, zu Gunsten der Arbeiter helfend einzugreifen. Nachdem sich Bismarck 1864 sehr entschieden für die Waldenburger Weber eingesetzt und gegen den Landrat, der sich parteiisch auf die Seite der Fabrikanten gestellt hatte, eingeschritten war, diente dieser Einzelfall zu einem 57 Seiten langen Bericht des Staatsministeriums an den König über die soziale Frage. 60 Bismarck warf dem Staatsministerium in seinen Randbemerkungen wiederum parteiische Stellungnahme für die Unternehmer vor. Er selbst sprach sich hier grundsätzlich für ein Eingreifen des Staates aus. "Daß der Staat niemand helfen soll. weil er nicht allen Ansprüchen genügen kann, scheint mir eine nicht zutreffende Schlußfolgerung." Mit diesem Argument schnitt er jede weitere Erörterung ab.<sup>61</sup>

Bismarck dachte an die Einrichtung von Altersversorgungsanstalten, Einschränkung der Kinderarbeit und die Unterstützung von Produktionsgenossenschaften.62 Schon Ende 1864 war er bereit, die Lassallesche Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu erfüllen.68 Wenn sich besonders in diesem Punkt der Einfluß des großen Arbeiterführers bemerkbar machte, so überwog im allgemeinen die konservative Richtung. Bismarck sah das unbeschränkte allgemeine gleiche Wahlrecht nicht als endgültige Form an, sondern nur als einen Übergang. Es sollte zu einem ständischen Wahlrecht weitergebildet werden, wie es Wagener forderte. Bismarck betonte die Notwendigkeit neuer korporativer Bildungen, die zu Ständen ausgebaut werden sollten, auf denen später die politischen Rechte zu basieren sind. In einer Denkschrift vom 24. Mai 1866 brachte er das sehr klar zum Ausdruck: "Die Bildung neuer zeitgemäßer Gesellschaftsgruppen muß bewußt gefordert werden, neue organische und soziale wie politische Bildungen müssen geschaffen werden."64 Bismarck hat an diesem Gedanken stets festgehalten. Als er mit der Ausarbeitung seiner großen sozialpolitischen Reformen im Anfang der achtziger Jahre beschäftigt war, spielte dieser Plan, durch die Sozialreform organische Gliederung der Stände zu schaffen, eine große Rolle.65 Der konservative Einschlag kam ferner in den Verhandlungen um die Einführung der Koalitionsfreiheit zum Ausdruck. Seit Ende 1863 war Bismarck entschlossen, sie zu verwirklichen. Am 21. Januar 1865 faßte er Itzenplitz gegenüber seinen Standpunkt in einer längeren Ausführung zusammen.66 Hier bediente er sich fast der gleichen Motive, die 14 Tage später von Herman Magener geltend gemacht wurden. Zwischen ihnen ist in diesem Punkte völlige Übereinstimmung festzustellen, so daß man fast ein abgekartetes Spiel zwischen ihnen annehmen möchte. Auf der gleichen Linie lag die Denkschrift Wageners vom 14. Juni 1866. Wie Poschinger berichtet, stammte sie zwar von dem Nationalökonomen Dühring, wurde aber von Wagener mit der ausdrücklichen Genehmigung Bismarcks veröffentlicht. Wenn wir darin auch keinesfalls eine Festlegung Bismarcks auf den dort geäußerten sozialpolitischen Standpunkt sehen dürfen,

so zeigt sie doch das große Interesse, das Bismarck der sozialen Reform entgegenbrachte.

Auch an Roon versuchten sich die Sozialkonservativen heranzumachen. Moritz Blanckenburg machte ihn auf die Arbeiterfrage aufmerksam, aber Roon reagierte nicht darauf. Die Arbeiten seines eigenen Gebietes beschäftigten ihn so stark, daß er dafür keine Zeit übrig behielt.67 Diese ablehnende Haltung beweist, daß er diese Frage nicht für sehr erheblich hielt. Bismarck dagegen hatte die Wichtigkeit der Arbeiterfrage erkannt und suchte regelnd einzu-

greifen.

Der Hauptwiderstand gegen seine Pläne ist ihm im Staatsministerium selbst erwachsen. Da er hier kein Entgegenkommen und keine Unterstützung fand, andererseits der Konflikt sich durch die Erfolge in der Außenpolitik in Güte lösen ließ, und gleichzeitig aus anderen Gründen eine Annäherung Bismarcks an den Liberalismus erfolgte, verlor er das Interesse für die Behandlung dieser Dinge. Die Leitung der wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten überließ er Delbrück, der sie im Sinne des wirtschaftlichen Liberalismus zu erledigen trachtete. Es ist bezeichnend, daß sich Bismarck erst dann wieder intensiver damit beschäftigte, als eine neue innenpolitische Krise heraufzog. Mit dem Beginn des Kulturkampfes können wir wieder eine wachsende Teilnahme feststellen; während in den Ministerien noch ein liberaler Wind wehte, bahnte sich bei dem Kanzler schon der Umschwung an. Der Kreis der Sozialkonservativen war in dieser kritischen Zeit unermüdlich bestrebt, sein soziales Gewissen zu schärfen.

Nicht so erfreulich war ihr Verhältnis zu den übrigen Konservativen. Die Zusammenarbeit zwischen der Berliner Revue. Wagener und der Kreuzzeitung ging zwar reibungslos vor sich. Das Verhältnis nahm sogar freundschaftliche Formen an. Die Kreuzzeitung machte auf die Revue aufmerksam, sorgte für ihre Verbreitung und übernahm ihre Artikel.68 Ende 1863 bezeichnete sie Wagener als den unbestrittenen Führer der Partei.69 Aber diese enge Gemeinschaft war mehr ein Gebot der Stunde als eine wirkliche innere Zusammengehörigkeit. Einer klaren, eindeutigen Stellungnahme zur sozialen Frage, die für Wagener immer mehr zum Prüfstein politischen Verständnisses wurde, wich die Kreuzzeitung aus. Neben den sozialpolitischen Äußerungen Wageners ließ sie auch die anderen Richtungen zu Worte kommen, z. B. den Bestrebungen auf Sonntagsheiligung, die weniger aus sozialen als religiösen Beweggründen entsprangen, deren sozialpolitische Anstrengungen vielmehr den Stempel des Dilettantismus trugen. Es fehlten auch die Stimmen nicht, die eine völlig ablehnende Stellung einnahmen, die im Gegensatz zu seinen Bemühungen, den Arbeitern zu einer rechtlich anerkannten Stellung zu verhelfen, bei der alten Ansicht verharrten, daß die Geburtsstände und das Ständetum noch Berechtigung besitzen, und die deshalb eine Vertretung nach Berufsständen ablehnten.<sup>70</sup>

Der Hauptvertreter dieser Richtung, die eine Sozialreform ablehnten, war der Präsident Ludwig von Gerlach. Seine Stellungnahme ist umso wichtiger, als er aus ideellen Beweggründen handelte, und nicht, wie viele andere, eine ausgesprochene Interessenpolitik trieb. Er wollte mit Wagener nichts zu tun haben. Nach der großen sozialpolitischen Debatte im Abgeordnetenhaus im Februar 1865 schüttete er seinem Freunde Thadden sein Herz aus: über "Wageners Irrfahrt und Schwindeleien", denen auch sein Moritz Blanckenburg gefolgt ist. In einem Kreuzzeitungsartikel wollte er sich öffentlich von ihm lossagen.<sup>71</sup> Aber erst am 8. September 1865 erschien dieser Aufsatz, der die endgültige Trennung zwischen Wagener und ihm vollzog.

Da es für Gerlach nur den einen Gegensatz zwischen dem positiven Christentum und dem Liberalismus gab, und da er alle Dinge unter dieser weltanschaulichen Perspektive sah, lehnte er eine Fragestellung wie die, Herrschaft der Bourgeoisie oder der Feudalen oder der Arbeiter, ab: Entweder herrsche Christus als das weltbewegende Prinzip, dem sich alles unterzuordnen hat, oder die Gottlosigkeit. Eine Front gegen die Bourgeoisie ist absolut falsch gerichtet, weil die weltanschaulichen Gegensätze als das Primäre quer durch alle Klassen hindurchgehen. Die Klassengegensätze müssen ihnen als etwas unwesentliches untergeordnet werden. glaubte nicht, daß von der Lösung der Arbeiterfrage die Zukunft des Jahrhunderts abhängt. Denn erstens seien die Arbeiter zahlenmäßig gar nicht so mächtig, und andererseits könnten sie niemals Stand werden, weil ihnen dazu alle Voraussetzungen materieller und geistiger Art fehlten. Viel weitgehender als Wagener bejahte er die industrielle Entwicklung und das Eindringen kapitalistischer Wirtschaftsformen in den landwirtschaftlichen Betrieb.72 Mit anerkennenswerter Deutlichkeit, die in einem merkwürdigen Gegensatz zu seiner sonstigen Befangenheit in theoretischen Sätzen steht, stellte er sich auf den Boden dieser Gegebenheiten, während er sonst nicht gewillt war, in der sozialen Frage den arbeitenden Klassen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Da er in den Begriffen Autorität, Gehorsam, Obrigkeit, die von Gott eingesetzte Ordnung verkörpert und verankert sah, so war für ihn die Auflehnung der Arbeiter gegen das Kapital und den Fabrikherrn genau so verwerflich, wie die gegen den König und den Staat. Sie ist schlechthin unsittlich und unchristlich. Die Abhängigkeit der Arbeiter darf aus religiösen Gründen nicht aufgehoben werden. Da zwischen Unternehmer und Arbeiter ein natürliches Gemeinschaftsverhältnis bestehen soll, lehnte er Arbeitsämter und Ministerium ab, und glaubte, daß der Staatssozialismus geradewegs in die Demokratie hineinführt. Er warnte ernsthaft davor, sich mit den Sozialisten einzulassen. Mochte er auch in manchem Einzelvorschlag sich der Wagenerschen Richtung nähern, so erhob sich hier eine Schranke grundsätzlicher Art, die keine Vermittlung der gegenseitigen Ansichten mehr gestattete. Gerlach wollte in die Zeiten einer autoritäten und patriarchalischen Herrschaft zurück, wollte Wagener in die Anschauungen, von denen er sich mit Mühe freigemacht hatte, zurückziehen. Er fühlte sich so sicher in seinen Anschauungen, daß er den "Marschschritt der Arbeiterbataillone" — auf eine Äußerung Wageners anspielend — und Blut und Aufstand nicht fürchtete, weil er die bestehende Rechtsordnung für unverbrüchlich hielt und jede Auflehnung gegen sie eine solche gegen den "lebendigen Gott" ist. Von seiner innersten Grundlage her war ihm daher jede Möglichkeit genommen, zu einem Verständnis der Arbeiterfrage zu kommen.

Hier standen sich zwei Welten gegenüber, die eine, im Grunde durchaus ideal gestimmt, wollte die Abhängigkeit der Arbeiter aufrechterhalten, weil es ihre Theorie so verlangte, die andere, aus praktischer Lebenserfahrung und einer guten Kenntnis der Arbeiterbewegung erwachsen, sah es als ein Gebot der Stunde an, eine Reform der Gesellschaftsordnung durchzuführen. Gerlach verneinte die Möglichkeit, daß die Arbeiter Stand werden können, und Wagener hoffte gerade auf der von Gerlach abgelehnten Weise zu einer Neuordnung zu gelangen. Gerlachs oberstes Prinzip war tatsächlich, wie es Hesse sehr gut herausgestellt hat, deo servire

libertas.<sup>73</sup> Unverändert behauptete er denselben Standpunkt, den er 1848 auch schon eingenommen hatte. Alle Veränderungen der sozialen Struktur, soweit sie den Arbeitnehmer betrafen, waren spurlos an ihm vorübergegangen;<sup>74</sup> denn Gottes Weltordnung ist dieselbe 1848 wie 1865. Der Mensch hat nicht das Recht sie zu verändern.

Das Verhältnis zu dem Sozialpolitiker Huber läßt sich nur dann richtig verstehen, wenn wir es im Zusammenhang mit der Stellung der Konservativen zu Schultze-Delitzsch betrachten. Der offizielle Bruch zwischen Huber und der Partei war schon 1848 erfolgt. Er hat der Partei nie verzeihen können, daß sie ihren Frieden mit dem Konstitutionalismus gemacht hatte.<sup>75</sup> In den Jahren 1862/1863 gab es noch einmal eine Auseinandersetzung auf sozialpolitischem Gebiet. Der Anlaß dazu ging von Huber aus. Dies ist jedoch unwesentlich, weil bei der Verschiedenheif der Ansichten ein solcher Zusammenstoß in der Luft lag. Die Konservativen sahen in Huber letzten Endes nur den Parteigänger Schultzes. Im Verlauf dieser Polemik wurde ihm der Vorwurf gemacht, nichts als sein Wegbereiter zu sein.<sup>76</sup> Alles, was sie gegen diesen einzuwenden hatten, machten sie gegen Huber geltend. Bei ihrer Betonung des autoritativen Staates galt ihnen das Mittel der Selbsthilfe jetzt als typisch liberal und auf die Untergrabung der staatlichen Autorität gerichtet, an deren Stelle das autonome Individuum gesetzt ist. Es erübrigt sich, auf die Polemik im Einzelnen einzugehen, da es nur auf eine Wiederholung des über Schultze zu sagenden hinausläuft. Wegfällt natürlich das, was über die parteipolitische Betätigung Schultzes zu sagen ist, weil Huber sich parteipolitisch ganz zurückhielt. Die Auseinandersetzung blieb leider nicht in den Grenzen des sachlich Gegebenen. sondern artete in hitzige Ausfälle aus, die über das Erträgliche weit hinausgehen.77

Die Sozialkonservativen waren im Recht, wenn sie sagten, daß mit der Selbsthilfe allein nicht auszukommen ist, daß das Eingreifen des Staates in irgendeiner Form nötig wird. Aber sie taten ihm darin unrecht, daß sie nicht das Gute der Huberschen Gedanken anerkennen wollten. Eine unbefangene Prüfung hätte sie zu einem anderen Ergebnis führen müssen. Denn er erkannte die Gefahren, die in der einseitigen Staatshilfe enthalten sind. Als Gegengewicht gegen dieselbe, die den Unterstützten zum passiven Objekt macht, zog er die Selbsthilfe heran, die das Selbstbewußtsein und Verant-

wortungsgefühl stärken sollte. Durch seinen Bruch mit der Partei und seine nicht immer glückliche Kritik an dem Verhalten der Konservativen hatte er sich selbst zu einem guten Teil den Weg zu den konservativen Sozialreformern verbaut und wurde in die Nähe von

Schultze gedrängt.

Immerhin fehlte es nicht ganz an einer Verbindungslinie zu ihm hinüber. Julius Glaser, neben Wagener in dieser Zeit auf sozialem Gebiet in der Partei führend, stand zwischen ihnen beiden. Er arbeitete mit an der Revue, teilte die grundsätzliche Auffassung des Wagenerschen Kreises, ging aber auf den Gedanken der Genossenschaft ein. Hier neigte er den Ansichten Hubers zu, während er im Gegensatz zu diesem wiederum ein Eingreifen des Staates für gleichzeitig erforderlich hielt. In der Ablehnung der Selbsthilfe als des allein seligmachenden Rezeptes wandte er sich gegen Schultze.

Glaser erkannte das Wirken der Selbsthilfe-Organisationen voll und ganz an. Allerdings schob er ihnen einen anderen Sinn unter als Schultze. Er hat den Standpunkt festgehalten, den die Berliner Revue kurz zuvor selber vertreten hatte, daß nämlich die Genossenschaften Ansatzpunkte zur Gemeinschaftsbildung seien.80 Die Genossenschaft dient dazu, das liberale Prinzip des Individualismus zu überwinden und hebt zugleich das freie Spiel der Kräfte innerhalb der Genossenschaft auf. Mit Konsumgenossenschaften verbindet er Produktionsgenossenschaften. Die Konsumvereine sollen nicht bloß die Aufgabe haben, billigen und wohlfeilen Einkauf zu ermöglichen, sondern sie sind dazu bestimmt, den gesamten Verbrauch zu regeln.81 Die Arbeiterschaft ist der größte Konsument. Durch den Zusammenschluß zu Konsumgenossenschaften kann sie einen Druck auf die Produktion ausüben und dem Produzenten ihre Bedingungen vorschreiben. Sie ist der Preisgestaltung nicht mehr machtlos ausgeliefert und kann in vielen Dingen auch eine Überproduktion verhindern. Andererseits - und darauf legte er den Hauptwert — können auf der Grundlage der Verbrauchsgenossenschaften, die einen bestimmten Absatz garantieren, Produktionsgenossenschaften errichtet werden. Dadurch wird den Arbeitern die wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit gesichert. Ihr Betrieb soll in erster Linie Dinge des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, Kleidung und Wohnung umfassen. Ergänzt werden diese beiden Typen der Genossenschaft durch die Kreditgenossenschaften, die die vorhandenen Barmittel der Arbeiter diesen Betrieben zuleiten sollen.

Zur Durchführung eines solchen Programms ist aber staatliche Hilfe nicht zu entbehren.82 Diese erfolgt vor allem durch eine genossenschaftliche Gesetzgebung und durch Erleichterungen in der Kapitalbeschaffung. Zunächst soll der Staat einmal eine Summe für Versuche zur Verfügung stellen und einzelne Vereine unterstützen. Das Hauptkapital ist aus den Sparkassen zu entnehmen, weil der größte Teil der Einlagen aus Arbeitergeldern besteht.824 Zu diesem Zweck hat der Staat die Sparkassen unter seine Leitung zu nehmen. Hinzukommen die Kapitalien, die in Kranken- und Unterstützungskassen vorhanden sind, und für die in den Produktionsgenossenschaften eine gute Kapitalsanlage gegeben ist. Wenn sich das Unternehmen bewährt, dann hat schließlich der Staat aus den öffentlichen Mitteln größere Kredite zu gewähren. Zweierlei muß zusammen kommen, der Wille der Arbeiter, ihre Sache in die Hand zu nehmen, und die Hilfe des Staates, der die Errichtung der Genossenschaften begünstigt.

Die Wagenersche Korporation ist nicht zeitgemäß und ein Versuch, ein Stück Mittelalter in der Gegenwart zu konservieren. 63 Dabei übersah er, daß Wagener seinen Korporationen einen modernen Charakter geben wollte und sie auf die Verhältnisse der Fabrikarbeiter zugeschnitten hatte. Von einer Monopolstellung im Sinne der mittelalterlichen Zünfte war bei Wagener längst nicht mehr die Rede. Bismarck hat zeitweise den Glaserschen Gedanken nicht fern gestanden. Wurden doch durch ihn für derartige Versuche bereits Geldmittel zur Verfügung gestellt. Glasers Schlußworte: "Die Könige von Preußen haben es stets für ihren Beruf gehalten, die bedrückten Klassen des Volkes zu heben, und wir dürfen uns daher der Hoffnung hingeben, daß sie diesen ihren Beruf auch an dem Arbeiterstande bestätigen werden",84 waren eine Anknüpfung an Bismarcks Rede im Abgeordnetenhause im Februar 1865,85 in der er die soziale Frage behandelt und mit ähnlich lautenden Worten geschlossen hatte.

Bismarck war 1864 auf Glaser aufmerksam geworden und hatte dem Handelsministerium seinen Rat in sozialpolitischen Fragen empfohlen. Gleichzeitig unterstützte er Glaser, der Professor in Königsberg war, in seinen Bemühungen um einen Lehrstuhl in Berlin. Bismarck wünschte, daß Glasers sozialpolitische Anschauungen an der Universität vertreten würden. Gemeinsam mit dem Innenminister Eulenburg kämpfte er jahrelang gegen den Kultusminister Mühler, der sich einer Berufung energisch widersetzte. Um die Freiheit der Universität zu wahren, lehnte es dieser ab, Berufungen nach politischen Gesichtspunkten vorzunehmen, abgesehen davon, daß nach seiner Meinung Glaser nicht den wissenschaftlichen Ruf besaß, ein solch ungewöhnliches Vorgehen zu rechtfertigen. Erst im März 1868 wurde der Kampf dadurch beendet, daß Glaser von Königsberg nach Marburg versetzt wurde.88

In Übereinstimmung mit der Kreuzzeitung richtete sich die Feindschaft der Berliner Revue vornehmlich gegen die Bestrebungen Schultze-Delitzsch'. Da war keine Spur mehr von der früher einmal gezeigten Sympathie. Die Konservativen wandten sich aus volkswirtschaftlichen Gründen gegen seine Genossenschaften. Mit ihnen wird nicht den Arbeitern geholfen, sondern nur den kleinen Gewerbetreibenden; denn die Selbsthilfe setzt immer ein kleines Eigenkapital voraus, über das der Arbeiter nicht verfügt.87 Auch die Konsumvereine bilden nur eine scheinbare Ausnahme, da sie den Arbeitern kein größeres Einkommen verschaffen, die sozialen Mißstände nicht dauernd beseitigen, sondern nur eine bessere Verwertung und Ausnutzung der vorhandenen Einkünfte ermöglichen. Sie dienen im Gegenteil meist nur dazu, die Löhne künstlich niedrig zu halten. 88 Abgesehen davon ist die Selbsthilfe selbst für den kleinen Mittelstand nicht ausreichend, weil die Besitzenden die herrschende Klasse bilden und mit Sparsamkeit gegenüber der Großmacht Kapital nicht aufzukommen ist.89 Besonders verhängnisvoll ist die Bindung des Genossen durch die unbeschränkte Solidarhaft, die ihn von den kreditgebenden Kapitalisten ganz abhängig macht, und die in Finanzkrisen - bei der herrschenden Wirtschaftsordnung eine selbstverständliche Erscheinung - den haftenden Arbeiter oder Handwerker in "unsagbares Elend" versetzen muß.90 In der Berliner Revue wurde als Kronzeuge für diese Auffassung Lassalles Kampfschrift gegen Schultze angeführt.91

Der eigentliche Sinn der Genossenschaft liegt aber ihrer Ansicht nach darin, daß in ihr moderne liberale Ideen verbreitet werden im Sinne der Souveränität des Individuums und des Industrialismus. In

ihrer ganzen Polemik ist es sehr deutlich, daß sie sich nicht von sozialpolitischen Erwägungen leiten ließen, sondern daß es ein Kampf um politische Fragen war. Denn anfangs hatten sie gerade um der sozialpolitischen Seite willen den Genossenschaften eine gewisse Sympathie entgegengebracht. Erst unter dem Eindruck der politischen Entwicklung waren sie zu einer definitiven Ablehnung gelangt, besonders als sich die Verbindung des genossenschaftlichen und des korporativen Gedankens nicht verwirklichen ließ. Jetzt wollten sie in Schultze-Delitzsch vor allem den Vorkämpfer des Fortschritts treffen. Wir müssen uns die ganze Erbitterung des Verfassungskonfliktes vorstellen, der mit den Preßordonnanzen seinen Höhepunkt erreicht hatte, um die Haltung der Konservativen zu dieser Zeit recht zu verstehen. Das Verständnis der Genossenschaftsbewegung war ihnen durch die politischen Verhältnisse einfach verbaut. Sie waren so fest in den Kampf mit dem Liberalismus verbissen, daß sie zu einer sachlichen Würdigung nicht gelangen konnten, sondern den Versuch, in der Form der Assoziation wirtschaftliche Selbsthilfe zu treiben, nur als politisches Kampfmittel bewerteten. In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse behaupteten sie, daß es ihm nicht um das Wohl des Arbeiters ginge, sondern daß der Arbeiter nur als Vorspann für die Ziele der Demokratie ausgenutzt würde und die Kastanien für sie aus dem Feuer holen solle.92 Sie warfen ihm vor, daß er die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter ausnutze, um dadurch seine politischen Ziele zu erreichen. Treffender und sachlich berechtigter von ihrem konservativen Standpunkt aus waren die Vorwürfe, daß in den Assoziationen die heterogensten Elemente zusammengebracht und jede organische Grundlage zerstört werde. Zwischen Königtum und Massen werde durch die fortschrittliche Arbeiterbewegung eine unüberbrückbare Kluft aufgerichtet, und es solle dadurch zum Nachgeben gezwungen werden.93 In der Hitze des Kampfes unterlief der Berliner Revue sogar einmal die Behauptung, die ganze Arbeiterbewegung sei künstlich von den Herren vom Nationalverein und der damit identischen Fortschrittspartei hervorgerufen, um die eigenen Reihen aufzufüllen.94 Daß sie dann allerdings die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden konnten, habe nicht in ihrem Programm gelegen. Sie beschuldigten Schultze, im Auftrag der Bourgeoisie

verwirre er geradezu die soziale Frage, und seine liberalen Prinzipien führten geradeweg zur blutigen Revolution.<sup>95</sup>

Der eigentliche Nutznießer dieser Arbeit sei Lassalle.96 Dieser habe es verstanden, sich in dem richtigen Augenblicke einzuschalten. Der Fortschritt habe die Arbeiterbewegung großgezogen. Lassalle werde ihnen die Massen abspenstig machen und die Arbeitermassen nicht mehr für fortschrittliche Zwecke ausnutzen lassen, sondern werde den Sozialismus erkämpfen. Die Berliner Revue gestand zu, daß Lassalle es ehrlich mit den Arbeitern meinte, sie betonte, daß er ihr menschlich näherstehe als die Fortschrittsmänner mit Schultze an der Spitze, der sich auch als Arbeiterführer gebärdete, dem sie aber die Qualifikation dazu abgesprochen hatte.97 Wenn sie auch den Zwist der liberalen Brüder untereinander mit großer Freude sah, so hütete sie sich doch vor allzu großer Freundschaft mit ihm. Sie wußte genau, was sie von ihm trennte. Es war nicht wie in späteren Jahren, in denen sich der frische Eindruck seiner Agitation verwischt hatte, daß sie die eigentlichen Absichten seiner Tätigkeit übersahen, sondern sie erblickten in ihm den schärfsten Feind der bestehenden Gesellschaft, den radikalen Revolutionär. Seine Lehre bagatellisierten sie zwar als "geniale idealistische Schwärmerei", aber sie waren sich dabei im Grunde ihrer Seele der Tragweite der Lassalleschen Gedanken durchaus bewußt und spürten, daß er auf das Ganze ging, und am Ende seiner Agitation die sozialistische Republik stand. Er wolle den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung mit der Herrschaft der Arbeiter über die anderen Klassen, und der sozialistische Staat warte auf seine Verwirklichung. Bourgeoisie wie Reaktion könne er als Mittel benutzen, um sich mit ihrer Hilfe emporzuarbeiten, aber schließlich werde er über beide hinwegschreiten.98 Sie gaben sich keiner Täuschung darüber hin, daß es mit ihm einen Kampf auf Tod und Leben galt.

Erst nach seinem Ende wurde ihr Ton etwas freundlicher. Die revolutionäre Seite kehrten sie jetzt weniger hervor, dafür wurde seine Ehrlichkeit und Selbständigkeit im Denken gelobt und zur Agitation gegen den Liberalismus ausgenutzt. Seine Kritik an der Bourgeoisie und der Fortschrittspartei machten sie sich jetzt zu eigen. Allmählich vollzog sich der Wandel, bis sie schließlich Lassalle beinahe als einen der ihren beanspruchten und der Sozialdemokratie vorwarfen, daß sie die Fahne ihres Gründers verlassen

habe. So stark lebten sie sich in die Rolle hinein, die wahren Erben Lassalles zu sein. In der Zwischenzeit wurde er ihr Lehrmeister in der sozialen Frage. Sein Einfluß auf die Gruppe der Sozialkonservativen kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Schon jetzt kann man beobachten, daß sie die Schriften Lassalles eifrig studierten, und manches gewichtige Argument gegen den Fortschritt und den Liberalismus holten sie aus seiner Rüstkammer. Sie erkannten seine Bedeutung, die nicht sowohl in dem Kampf gegen den Fortschritt besteht, sondern sie ahnten, welche Bewegung seine Agitation unter den Arbeitern in Gang gebracht hatte. Sie werteten ihn in erster Linie als den sozialistischen Arbeiterführer.

Es lohnt die Mühe mit ihrer Auffassung die der Kreuzzeitung zu vergleichen. Sie verfolgte nicht weniger aufmerksam als die Revue das Auftreten des Agitators. Aber sie sah ihn in einem anderen Lichte. Sorgfältig berichtete sie über den Gang seiner Tätigkeit, so daß wir aus ihren Notizen über alle Phasen seiner Agitation unterrichtet werden. Unverhüllt drückte sie ihre Freude darüber aus, weil sie vor allen Dingen darin den Streit und die Veruneinigung in dem oppositionellen Lager, den Zwist unter den feindlichen Brüdern erblickte. Mit Vorbedacht suchte sie zu ihrem Teil diesen Streit zu schüren. Mit Vergnügen stellte man ihm die Kreuzzeitung zu Erwiderungen und Erklärungen zur Verfügung mit dem boshaften Bemerken, daß die ganze liberale Presse sich ihm verweigert habe. Daher gaben sie auch, im Vergleich zu ihrer Berichterstattung über den Liberalismus, über ihn recht sachliche Berichte und Nachrichten. 100 Mit Eifer wurden gerade die Stellen aus seinen Reden nachgedruckt, die seine beißende Kritik am Liberalismus enthalten. Lassalle betrachteten sie als den stillen Bundesgenossen, der ihre Geschäfte besorgte, weil er gleich ihnen dem verhaßten Liberalismus den Garaus machen wollte.101 Nach der alten römischen Maxime Divide et Impera suchten sie indes zu handeln. Bei einer Begünstigung Lassalles sollte der Vorteil schließlich auf ihrer Seite herausspringen. Indem sich der Liberalismus und die junge aufstrebende Arbeiterbewegung in die Haare gerieten, hofften sie beide zu beherrschen. Daher stellten sie sich z. B. in einem Zeitungskrieg zwischen ihm und der "Volkszeitung" auf seine Seite. 102

Bei dem großen Interesse, das sie für Lassalle hatte, nimmt es

nicht weiter wunder, daß sie seinen Bastiat-Schultze von Delitzsch aufmerksam besprechen ließ. Der Verfasser dieser Besprechung war wahrscheinlich Hermann Wagener. Sie schloß mit der Aufforderung an Lassalle, sich offen und unumwunden darüber auszusprechen, ob und in welcher Weise er die Absicht habe und sich getraue, seine Vorschläge innerhalb der bestehenden christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. (Nr. 123.) Von vornherein wurde ihm Fehde angesagt, wenn er die Fundamente der bestehenden Gesellschaft angreife. Im ganzen läßt sich aber nicht verkennen, daß diese Kritik mit einem erheblichen Maße von Sympathie geschrieben, und daß diese öffentliche Anfrage nicht nur eine Phrase war, sondern eine ehrliche Aufforderung an ihn zu einer Auseinandersetzung. Zwischen den Zeilen stand zu lesen, daß man in dem Fall einer günstigen Antwort nicht abgeneigt war, die Unterhaltung mit ihm fortzusetzen.

Lassalle fing den Ball auf, der ihm zugespielt wurde. Er nahm die Aufforderung wörtlich und schickte der Kreuzzeitung eine längere Erwiderung, die auch richtig in der Zeitung ihren Platz fand. Nach seiner festen Überzeugung seien die politischen und die sozialen Forderungen seines Programms nicht getrennt durchführbar, sondern die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sei die Voraussetzung. Er warnte davor, ohne diese Maßregel mit Produktionsassoziationen zu experimentieren. Man hat den Eindruck, als wäre diese Warnung an Bismarck gerichtet, der damals sich mit solchen Plänen trug.

Im übrigen verwies er auf seine Verteidigungsschrift: "Die indirekten Steuern" . . . und seine "Rondsdorfer Rede", in denen er eine opportunistische Haltung eingenommen hatte, so daß Hermann Oncken von der "neuen Taktik"<sup>105</sup> sprechen kann, die Lassalle eingeschlagen hatte, und in der er eine Annäherung an die Regierung versuchte. Die Erwiderung schließt damit, daß durch Einführung des geforderten Wahlrechts und durch "hierzu bereite Träger der Staatsgewalt" seine soziale Umgestaltung auf friedlichem Wege erreicht werden könne, und daß eine organische Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung das Ziel seiner Arbeit sei. Wer die Zusammenhänge der Lassalleschen Politik zu dieser Zeit kennt, wird hier allerdings weniger eine Erwiderung, geschrieben für das Kreuzzeitungspublikum, sehen, sondern eine Fortsetzung seiner

Versuche, auf Bismarck Einfluß zu gewinnen. Auf beiden Seiten, bei einem Teil der Konservativen wie bei Lassalle ist damals der Wunsch nach einer Klärung der gegenseitigen Stellung wach und rege gewesen. Selbst wenn die Art, in der sich Lassalle ausdrückte. dem konservativen Denken angepaßt war, so ersparte er ihnen nichts. Es war der Höhepunkt in den Beziehungen zwischen Lassalle und den Konservativen. Hatten sie sich einst nur als Bundesgenossen im Kampf gegen den Fortschritt gegrüßt, so waren sie jetzt zu einer, wenn auch vorübergehenden Auseinandersetzung, über die Grundlehren Lassalles fortgeschritten. Man stand sich mißtrauisch gegenüber, aber keiner wollte die Brücke zum andern abbrechen, sondern wartete, daß der andere sich zu irgend einem Schritt entschloß. Aber nicht alle Konservativen machten diese Politik mit. Es blieb in der Hauptsache eine Angelegenheit des um Hermann Wagener gesammelten Kreises, in dem das realpolitische Element immer deutlicher zum Durchbruch gelangte.

## § 3. Der Einfluß auf die allgemeine Politik.

Die Berliner Revue hatte seit ihrer Gründung an den Voraussetzungen einer wirklichen Realpolitik gearbeitet. Die Politik Bismarcks, die auf die Realitäten des Lebens abgestellt war, schaftte diesen Gedanken die praktische Verwirklichung. Was dort auf spekulativem Wege erarbeitet worden war, wurde durch sein staatsmännisches Handeln bestätigt, das sich einzig und allein durch die Interessen des Staates bestimmen ließ und auf alle außer diesem Interesse liegenden Beweggründe verzichtete.

Das schicksalsschwere Jahr 1866 brachte innerhalb der konservativen Partei dieser realpolitischen Richtung die Anerkennung. Bismarcks Vorgehen in der deutschen Frage wurde nicht von allen Konservativen gebilligt. Der Krieg gegen Österreich war in ihren Augen ein Bruch mit der bisher befolgten preußischen Politik und die Anwendung revolutionärer Grundsätze. Unter der Führung Ludwig Gerlachs bildete sich eine Gruppe, die die Politik Bismarcks auf das schärfste bekämpfte. Sie hielten an der bewährten Politik der fünfziger Jahre fest und wollten die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Österreich um keinen Preis der Welt aufgeben. Es kam zu einer schweren Auseinandersetzung innerhalb der Partei, die ihren Bestand

schwer erschütterte. Aber bereits einen Monat vor dem Tage von Königgrätz war der Sieg der Anhänger Bismarcks entschieden.

Gerlach war unterlegen.

Die Vertreter der Realpolitik hatten sich als die stärkeren erwiesen. Diese Wendung war mit drei Namen eng verknüpft: Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode, Moritz von Blanckenburg und Hermann Wagener. In der konservativen Versammlung vom 2. Juni, in der das Verhältnis Gerlachs zur Kreuzzeitung neu geregelt wurde, führte Stolberg den Vorsitz und hielten Blanckenburg und Wagener die Hauptreferate.¹ Und der Wahlaufruf der konservativen Partei zu den bevorstehenden Landtagswahlen, der zur Unterstützung der Regierung und ihrer auswärtigen Politik aufforderte, trug ihre Namen an erster Stelle.²

Dieser Wandel wurde durch einen Wechsel der Generationen gefördert. Die alten Kämpfer aus dem Jahre 1848 machten einem jüngeren Geschlecht Platz, bei dem die Erinnerungen an diese Zeit nicht mehr so lebendig war, das vielmehr schon stark unter den Eindrücken der Bismarckschen Staatskunst stand. Wageners klarer Blick hatte dies wieder einmal erkannt. Er wies darauf hin, daß dem heranwachsenden Geschlecht die alten konservativen Gedanken nicht mehr genügten, weil für die Jüngeren die Voraussetzungen von 1848 nicht mehr existierten. Um sich vor Überalterung zu schützen, sei eine Neuorientierung der konservativen Partei von Nöten.<sup>3</sup>

Gerlach hielt an den alten Prinzipien der Partei fest. In einigen Artikeln der Kreuzzeitung im Mai 1866, geschrieben zu der Zeit, als die innere Auseinandersetzung im konservativen Lager tobte, lehnte er den "patriotischen Egoismus" ab und wollte Privatmann und Staat in gleicher Weise unter das Gesetz einer persönlich bindenden Moral stellen, so wie sie in der Bergpredigt Jesu enthalten ist. Später einmal bekannte er von sich selbst, daß die Dogmatik in der Politik sein Standpunkt sei, und erklärte, daß er sich in die Politik vertieft habe, weil er immer mehr eingesehen habe, daß die politischen Krisen wesentlich kirchliche Krisen seien. Er ist dann auch später, konsequenter Denker, der er war, richtig im Lager der Ultramontanen gelandet.4

Gegen jene Maiartikel erschien an gleicher Stelle eine Entgegnung, die sich sehr entschieden gegen Gerlachs Ausführungen verwahrte.<sup>5</sup> Politik dürfe nicht unter dem Gesichtspunkt der Privat-

moral betrachtet werden, wie sie einem "christlichen Privatier" zukomme. Der preußische Staat habe zu handeln wie ein christlicher Vormund, der über die Interessen und Rechte seiner Pflegebefohlenen in jeder Weise zu wachen hat.

Diese Auseinandersetzung ist typisch für die geistige Haltung der konservativen Partei. In ihr stellten sich die beiden verschiedenen Richtungen dar. Der Angriff richtete sich gegen den Begriff des "göttlichen Rechtes". Dieses Schlagwort: Kampf gegen das göttliche Recht war der Mittelpunkt, um den sich alle Bestrebungen sammeln, die gegen die bisher herrschende Parteidoktrin Sturm liefen. Unter diesem Begriff haben wir die unmittelbar von Gott eingesetzte Rechtsordnung zu verstehen, die mit der empirisch gegebenen im gegenwärtigen Staat identisch ist, und die infolge ihrer unmittelbaren göttlichen Einsetzung nicht umgestoßen werden darf. Revolution muß alles werden, was eine Veränderung dieser Ordnung erstrebt. Die Anschauung vom Gottesgnadentum, die das "Königtum von Gottes Gnaden" ohne weiteres gleichsetzt mit dem andern Begriff "Königtum und Dynastie von Gottes Gnaden" wurde als ein "unheilvoller Irrtum" abgelehnt. Dabei berief man sich bezeichnenderweise auf Konstantin Frantz.6 Was für göttliches Recht erklärt wird, ist nichts weiter als das "geschichtliche" Recht. Wohl ist "Religiosität" die einzig mögliche Grundlage der Politik, aber man muß sich davor hüten, Politik und Religion gleichzusetzen.7 Es ist möglich, in der Politik ewige allgemeingültige sittliche Gesetze anzuerkennen, wie z. B. die Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse, aber es ist nicht angängig, einzelne historische Begebenheiten als unmittelbar dem göttlichen Walten entstammend zu behandeln. Mit gutem Recht berief man sich darauf, daß Stahl in diesem Sinne niemals das göttliche Recht gefaßt hatte, sondern nur das Abhängigkeitsverhältnis alles historischen Geschehens und des Königtums von dem "Könige aller Könige" hatte ausdrücken wollen. Jedes unmittelbare Eingreifen Gottes in die Geschichte habe er abgelehnt.8

Das wahre Gottesgnadentum besteht wohl in der Verpflichtung des Herrschers, die gottgegebene sittliche Ordnung zu verwirklichen,<sup>9</sup> aber in der Geschichte allein liegen die Gesetze Gottes enthalten und werden da vollzogen. Die Geschichte selbst wird zur Tat Gottes. Die unmittelbare religiöse Begründung des Legitimitätsprinzips wurde aufgelöst in eine rein historische Betrachtungsweise.

Wie sollte etwa sonst der "revolutionäre" Reichsdeputationshauptschluß, die Mediatisierung und das Dasein der von dort stammenden Dynastien gerechtfertigt werden?¹¹ Das Legitimitätsprinzip habe oft genug nur dazu gedient, den nackten dynastischen Egoismus zu verhüllen und einer selbstischen Standespolitik eine bequeme Handhabe zu bieten.¹¹ Mit naiver Offenherzigkeit wurde jetzt gesagt, daß dieser Begriff die Annexion von ganz Sachsen durch Preußen auf dem Wiener Kongreß verhindert habe.¹² Mit solchen Erörterungen wurde Gerlach abgefertigt, für den die geschichtsphilosophische Anschauung, welche das Wirken Gottes als in der Geschichte immanent ansieht, schlechthin Pantheismus war, mit dem er sich in seinen Tagebüchern und seinem Briefwechsel unermüdlich herumschlägt, und gegen den sich sein ganzes Denken hartnäckig sträubte.

Hier steckte in der Tat eine der größten Schwierigkeiten für das konservative Denken. Wo liegen die Grenzen zwischen den Geboten des christlichen Glaubens und der Politik, und wie weit hat sie sich nach ihnen zu richten? Von den Konservativen neuer Richtung wurden zwischen beiden die Grenzen bewußt sehr streng gezogen. Selbst das pietistische Volksblatt für Stadt und Land mußte die Berechtigung dieses Standpunktes zugestehen. "Der plötzliche ungeahnte Umschwung mag uns von neuem berichtigen und erinnern, daß die Politik nicht das Reich Gottes ist."<sup>13</sup>

Das geschichtliche Recht war an die Stelle des göttlichen getreten. Damit verschwand der "unklare, verzerrte, lügenhafte" Begriff der Legitimität. Durch eine erfolgreiche Außenpolitik hatte Bismarck den preußischen Konservativen das Wesen der Macht so eindeutig vor Augen geführt, daß sie sich ihr auf keinen Fall entziehen konnten, daß ihre politische Ideologie zusammenbrach, und fortan ihr Denken von der Staatsraison bestimmt wurde. "Der ganze Schwindel des göttlichen Rechtes, das vor den Tatsachen der Geschichte zusammensinkt wie ein Kartenhaus vor dem Atem des spielenden Kindes",14 so mußten sie gestehen. Das Prinzip des echten Konservatismus sahen sie vielmehr darin, die "lebendigen Realitäten anzuerkennen, und die wirklichen Verhältnisse und Mächte in Rechnung zu stellen". 15 Hermann Wagener stellte den Grundsatz auf, daß es die Aufgabe der konservativen Partei sei, nicht theoretisch zu diskutieren, "sondern mit den vorhandenen Elementen das Realisierbare herzustellen, und die Bedürfnisse der Zeit mit den Mitteln der Zeit zu befriedigen, nicht Ruinenwärter, sondern Baumeister mit lebendigen Steinen zu sein".¹6 Die geniale Politik Bismarcks zwang alle Parteien, auch die widerwilligsten, in das System seiner Pläne hinein, und "je mehr sie sich sträubten, desto williger drehen sie jetzt am Rade". Alles, was vor dem Prüfstein der Geschichte nicht Stand hält, wird wie in einem Läuterungsfeuer durch seine Politik ausgeschmolzen. Eine Partei ist nicht eine "Gemeinschaft von Heiligen", sondern sie muß nach der Realisierung ihrer Auffassung vom Staat mit allen von ihr für richtig erkannten Mitteln streben.¹7 Sie ist eine politische Organisation und muß sich darum auch der Mittel der Politik bedienen. Die konservative Partei muß nicht bloß die politische Entwicklung der letzten Jahre als eine unvermeidliche hinnehmen und sich recht und schlecht damit abfinden, sondern sich innerlich zu ihr bekennen.¹8

Man darf nicht unter dem Gesichtspunkt der Prinzipien an die Beurteilung der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen herangehen. Sie war eine geschichtliche Notwendigkeit, die im Laufe der Zeit eintreten mußte. Bismarcks Werk ist "die Ordnung der realen Mächte, wie sie im Laufe der Jahrhunderte sich gebildet und befestigt hatte". Daher hatte er das Recht und sogar die Pflicht, alte Verträge umzustoßen und das Recht mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Hier war keine Spur mehr von einer moralisierenden Politik, die die 10 Gebote auch für das politische Leben verpflichtend macht. Weil die konservativen Ideen, so führten sie weiter aus, nicht ausreichten, um eine Politik wie die Bismarcks zu führen, so mußte er sich den Gedanken der Revolution anschließen und sie sich dienstbar machen.

Aber nicht alle Konservativen waren bereit, so rückhaltlos die Unzulänglichkeit ihrer Grundsätze einzugestehen, und sich zu einer energischen Machtpolitik zu bekennen. In dieser Haltung mußten sie nur bestärkt werden, wenn sie Sätze lesen konnten, wie diese: "an die Stelle der Poesie tritt die Wertschätzung der materiellen Güter, an die Stelle philosophischer Spekulation die strenge Rechnung mit mathematischen Größen".<sup>21</sup> Was war da noch übrig geblieben von den alten Prinzipien? Sie waren hier einer völligen Auflösung verfallen. Deutlicher konnte der Geist einer neuen, realistischer gesinnten Zeit nicht ausgedrückt werden.

Sehr viele Anhänger der Partei haben einer so radikalen

Stellungnahme keinen Beifall gezeugt. Sie steckten noch zu fest in den gewohnten Bahnen ihres Denkens und ihrer Überlieferung. Viel bezeichnender für diese Leute ist der Standpunkt, den der Professor Hengstenberg einnahm, als er sich Anfang 1867 von seinem alten Genossen Gerlach lossagte.22 Er hielt grundsätzlich an den alten Prinzipien fest. Ohne etwas von seinen bisherigen Anschauungen aufzugeben, glaubte er doch Bismarck folgen zu können. Er lehnte nach wie vor den "Egoismus als politisches Prinzip" ab und stellte den Staat unter eine kleinlich moralisierende Beurteilung wie jeden einzelnen. Er rechtfertigte aber das Vorgehen Preußens damit, das seine Mission für Deutschland ein ihm von Gott übertragenes Amt gewesen ist, da Österreich "morsch und der Süden uneinig, sorglos und schlaff" gewesen ist. Deshalb hat Preußen einen vor Gott gerechten Krieg geführt. Aber unter dem Einfluß der gigantischen Persönlichkeit Bismarcks wurde ihm die Politik ein unheimliches Gebiet, und mit einer deutlichen Spitze gegen Gerlach, mahnte er die Kirche, die Grenze zur Politik sorgfältig zu achten und sich nicht auf Dinge einzulassen, für die sie nicht zuständig ist. Die Folgerichtigkeit des Denkens lag auf der Seite des Präsidenten. Wenn man schon an den alten Grundsätzen festhielt, war es nur mit verzweifelten Seitensprüngen möglich, wie Hengstenberg es versuchte, die Politik Bismarck moralisch zu rechtfertigen. Ohne gewaltsame Konstruktionen ging es dabei nicht ab, und schließlich wurde diese Richtung trotz allen Widerstrebens doch gezwungen, den Bankrott der alten Prinzipien einzugestehen.

Einen anderen Versuch, sich in den neuen Verhältnissen zurecht zu finden, machte Heinrich Leo. Eine so vermittelnde Stellungnahme, wie die Hengstenbergsche, kam bei seinem Temperament nicht in Frage. Für ihn war das Problem nicht erst durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit aufgeworfen, sondern schon lange vorher begannen seine Zweifel an der Richtigkeit der konservativen Theorie. Das Jahr 1866 war nur der letzte Abschnitt eines langen inneren Ringens um eine Neuformung seines konservativen Gedankens.

Seit etwa 1857 suchte er sich neu zu orientieren. Damals stiegen ihm die ersten Bedenken auf.<sup>22\*</sup> 4 Jahre später beobachten wir ihn bei einem ausführlichen Briefwechsel mit Ludwig v. Gerlach über die Anwendung der scholastischen Begriffe des Nominalismus und Realismus auf das konservative Denken. Schon jetzt war er ein

Verteidiger des Nominalismus: "Es ist . . . auch unser Kampf . . . . ein nominalistischer Kampf für die Realitäten des Lebens und Denkens gegen den zuletzt das ganze Leben beherrschenden romanischen, ursprünglich keltischen Despotismus abstrakter Begriffe. gegen den Realismus."23 Seine Überzeugung von der Richtigkeit dieser Erkenntnis festigte sich in ihm. Es wurde ihm klar, daß Gottes Eingreifen nicht unmittelbar in jede menschliche Handlung zu erwarten ist, sondern daß in dem geschichtlichen Geschehen selbst Gottes Ordnung und Gottes Gericht liegt.24 Aus der Betrachtung der Geschichte und der politischen Ereignisse in Frankreich, dem Emporkommen Napoleons III., war ihm diese Erkenntnis erwachsen. Hier bricht leider der Briefwechsel ab und setzt erst wieder nach den Ereignissen von 1866 ein. Mit dem Bekenntnis zur "lebendigen Realität", die er als Maßstab an die Prinzipien legt, um ihre Richtigkeit zu prüfen, trennte er sich von Gerlach, der den umgekehrten Weg für richtig hielt.<sup>25</sup> Jetzt wandte er sich auch von Stahl ab, der nach seiner Meinung "in der platonischen Atmosphäre ertrunken war. Das war gut für eine Zeit, die auf abstrakten Pferden ritt". 26 An die Stelle der abstrakten Theoreme setzte er nun die "mystische Gewalt der Persönlichkeit".27 Er verzichtete auf jegliche Prinzipien und vertraute sich der Führung Bismarcks an, nachdem er dessen staatsmännisches Genie erkannt hatte. In seiner überschwenglichen, schwungvollen Sprache suchte er Gerlach seinen neuen Standpunkt klar zu machen. Der Leser dieser Briefe spürt, wie auf sein Grübeln und Spekulieren in den verflossenen Jahren das Werk Bismarcks mit erlösender Kraft gewirkt und ihn aus der Unfruchtbarkeit seiner philosophischen Betrachtung zur unmittelbaren Anschauung des Lebens geführt hat. Erleichert warf er alle Theorie über Bord und gab sich dem Zauber der genialen Persönlichkeit hin, die für ihn eine "lebendige Theorie" ist. Seine mitreißende Begeisterung steht in vielsagendem Gegensatz zu den eifernden und klagenden Briefen Gerlachs. Nach der Auffassung Leos ist das Jahr 1866 wie ein Naturereignis über uns gekommen, dem man sich einfach hinzugeben hat, das man als eine Fügung Gottes ansehen muß, und wo eine moralisierende Betrachtung ganz und gar nicht am Platze ist. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß sich diese Ansicht Leos nur auf die Außenpolitik bezog, daß er, wie eine Aufsatzreihe im Volksblatt für Stadt und Land zeigt,28 innenpolitisch in seiner reaktionären Haltung noch bestärkt wurde und gegenüber Stahl wieder auf den Standpunkt Hallers zurückkehrte. Aber infolge seiner hohen Einschätzung der Wirklichkeit kam er in seiner Gesamtauffassung doch der Politik Bismarcks sehr nahe.

Allein mit der Ablehnung des Legitimitätsbegriffes war die Machtpolitik gegenüber den Altkonservativen nicht ausreichend gerechtfertigt. Ihre positive Berechtigung leiteten die Anhänger Bismarcks aus dem Rechte des Siegers her. Im Bewußtsein der glänzenden Erfolge der preußischen Waffen setzten sie an die Stelle der Legitimität das Recht der Eroberung, den "titulus occupationis bellicae", "der ebenso alt ist und älter als das Prinzip der legitimen Erbfolge".29 Der Zuwachs an Territorium ist keine willkürliche Annexion, sondern Eroberung. Dies ist einer der ältesten völkerrechtlichen Erwerbstitel und gehört durchaus dem positiven Recht an.30 Es handelte sich also nicht um einen willkürlichen brutalen Rechtsbruch, wie der Rundschauer meinte, sondern um eine durchaus berechtigte Handlung. Auf den böhmischen Schlachtfeldern erkaufte Preußen mit seinem Blut das Recht zur Neuordnung Deutschlands. Gerade darin sahen sie die überragende und unvergleichliche Staatskunst Bismarcks, daß er diesen Rechtsanspruch geschaffen hatte.31 Der Erfolg gibt Preußen das Recht, mit seinen Ansprüchen hervorzutreten. Für die unsichere Haltung der Kreuzzeitung war es bezeichnend, daß sie wieder nach einem religiösen Grunde suchte, um ihre Stellung zu rechtfertigen. Einfach das Recht des Stärkeren zu proklamieren, widerstrebte ihr. Bei der Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Völkern gibt es keine richterliche Instanz, an die die Parteien appellieren können, und deren Entscheidung für sie verbindlich ist, sondern die Schärfe des Schwertes ist der Richter. Der Sieg, der auf dem Schlachtfeld errungen ist, ist zugleich der Urteilsspruch Gottes; denn im Kriege entscheidet Gott über das Schicksal der Fürsten und Völker. Die Pflicht des Landesherrn ist es, den gottgewollten Sieg zum Wohl und Nutzen seines Landes auszunutzen.32 Aus der Tiefe ihres religiösen Gefühles heraus rechtfertigte sie ihr politisches Urteil: "Gott der Herr ist es, der die Fürsten einsetzt und absetzt; nur seine Gerichte werden vollzogen durch politische Erfolge und Waffenglück".33 In einem höheren Sinne blieb für das konservative Denken die Vorstellung vom Gottesgnadentum aufrechterhalten, die nur ihres starren formalistischen Charakters entkleidet wurde und eine Verinnerlichung und Vertiefung erfuhr. Die neue Vorstellung sah das Machtstreben des Staates als ebenso legitim und gottgewollt an, als es der von Tayllerand — wie sie jetzt herabsetzend sagten — geprägte Legitimitätsbegriff für sich beanspruchte.

Parallel dieser Auseinandersetzung um das Wesen und die Prinzipien konservativer Politik ging die Entscheidung einer nicht minder wichtigen Frage, der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes. Durch den Antrag auf Bundesreform, den Bismarck am 9. April 1866 in Frankfurt stellen ließ, wurden die Dinge in Fluß gebracht. Als ein großzügiger Schachzug in dem Spiel seiner deutschen Politik gedacht, durch den er den preußischen und außerpreußischen Liberalen den Wind aus den Segeln nehmen wollte, wurde das allgemeine Wahlrecht zu einer wichtigen innerpolitischen Angelegenheit.

Der Antrag kam den preußischen Konservativen ganz unerwartet und völlig überraschend. Die gesamte konservative Presse war auf das peinlichste berührt. Da sie aber fest auf die konservativen Gesinnungen Bismarcks vertraute und ihr die politischen Hintergründe seiner Handlungsweise unbekannt waren, wartete sie vorsichtig auf weitere Äußerungen der Regierung. Nur das Volksblatt für Stadt und Land lehnte den Parlamentarismus glatt ab, er sei der erste Schritt zur Republikanisierung der Monarchie.<sup>34</sup> Die Kreuzzeitung versteckte ihre eigene Verstimmung hinter der Mitteilung von der ungünstigen Wirkung des Antrages in weiten konservativen Kreisen. Mit großer Besorgnis vernahmen die Anhänger draußen im Lande davon.<sup>35</sup> Das Vorgehen Bismarcks wirkte ernüchternd und verstärkte nicht gerade die Bereitschaft, seine Regierung auch in Zukunft zu unterstützen.<sup>36</sup>

Erst das Eingreifen Bismarcks schaffte die notwendige Klärung. In mehreren von ihm inspirierten Artikeln, die in der Kreuzzeitung und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung fast gleichzeitig erschienen, wurde die Politik der Regierung verteidigt und nachgewiesen, daß der Antrag einen eminent konservativen Charakter zeigte (Norddeutsche Allgemeine Zeitung 15. 4. 1866). Es wurden die uns bekannten Argumente gegen das Dreiklassenwahlrecht aufgezählt und das allgemeine gleiche Wahlrecht als eine treffliche Waffe gegen den Liberalismus angepriesen.<sup>37</sup>

Obwohl darauf bei der Kreuzzeitung eine Menge zustimmender Erklärungen eingingen, konnte doch noch Gerlach in ihr die aufsehenerregenden Mai-Artikel abdrucken lassen. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß die wirkliche Meinung des Blattes nicht unbedingt mit diesen regierungsfreundlichen Artikeln übereinstimmte. Beutner mußte sich erst allmählich in die neugeschaffene Lage hineinfinden.

Nicht in dem großen repräsentativen Blatt der Partei steckten die vorwärtstreibenden Kräfte, sondern es folgte mehr notgedrungen einer unaufhaltsamen Entwicklung. Viel sicherer und zielbewußter war die Haltung des "Neuen Allgemeinen Volksblattes", der Fortsetzung des Preußischen Volksblattes, das das Organ des preußischen Volksvereins war. Diese Zeitung zeigte eine feste Linie, die sie unbeirrt innehielt, und durch die sie sich in vorteilhafter Weise von der Kreuzzeitung unterschied. Hier wurde der Reformantrag von vornherein tapfer verteidigt. Er sei von Preußen durchaus ehrlich gemeint und schon seit dem Frankfurter Fürstentage vor 3 Jahren geplant worden. Es handele sich also um einen wohlüberlegten Plan, ganz und gar nicht um ein augenblickliches taktisches Vorgehen der Regierung. Ohne Parlament sei die deutsche Frage nicht zu lösen.38 So radikal und entschieden drückte sich kein anderes der konservativen Blätter aus. Ganz unverhohlen drohte sie den deutschen Fürsten mit der Wiederaufnahme der Kaiserverfassung aus der Paulskirche, wenn sie sich nicht dem preußischen Antrage fügten. Preußen werde auf jeden Fall das Ziel erreichen, das es sich gesteckt hatte.39 Aus diesen Zeilen sprach der Geist Wageners, ein fester politischer Wille, der alte konservative Prinzipien beiseite schob und sich nicht scheute, selbst das viel geschmähte Werk der Paulskirche der eigenen Politik dienstbar zu machen.

Mit Ausnahme weniger, ganz hartnäckiger Köpfe kamen auch die anderen Konservativen nicht herum, ihre Zustimmung zu geben. Sie rechtfertigten ihre Stellung damit, daß sie es als ein Gebot der Regierungstreue ansähen, das zu tun, was die Regierung vorschlägt. Sie werde schon keine unüberlegte Handlung begehen, sondern an der konservativen Gesinnung festhalten, die sie in der Konfliktszeit gezeigt hat. Mit einer solchen Begründung suchte die Fraktion des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung zur Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes im Norddeutschen Bund zu decken. 40

Erkauft war dieser Entschluß mit dem Verzicht auf eine eigene politische Meinung. Die Konfliktszeit hatte die konservative Partei in so enge Verbindung mit der Regierung gebracht, daß ihr jetzt in einem so wichtigen Augenblicke, wo sie offenbar im Gegensatz zur Regierung stehen mußte, die Kraft fehlte, ihren eigenen politischen Willen auszudrücken. Auch das Volksblatt für Stadt und Land fügte sich41 trotz des mutigen Anlaufs, den es im April unternommen hatte. Mit Bewußtsein verstieß die Partei gegen ihre eigenen Grundsätze. Es war ein Scheitern der eigenen politischen Ideen. Die Konservativen mußten zugeben, daß sie der Regierung keinen besseren Vorschlag unterbreiten konnten. 42 Selbst Kleist-Retzow, der im Herrenhaus die schärfste Kritik an dem allgemeinen Stimmrecht übte, mußte dies zugeben und konnte letzten Endes dem geplanten Wahlmodus nicht widersprechen. 43 Mit einem wehmütigen Blick in die Vergangenheit stellten sie sich auf den Boden der Gegenwart. Wenn es auch nur ein widerwilliges Eingeständnis der Unzulänglichkeit der konservativen Idee war und kein begeistertes Bekenntnis zu dem Neuen, so blieb das Entscheidende, daß unter dem Eindruck der übermächtigen Gegenwart von ihnen wieder ein Stück ihrer alten Anschauung geopfert wurde. Es war ein neuer Sieg der realpolitischen Mächte über die Ideologien. Aus der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit ihrer eigenen Grundsätze erwuchs zunehmendes Verständnis für die Aufgaben staatlicher Machtpolitik.

Allerdings mußten sie es sich gefallen lassen, daß sie für ihren "Umfall" von liberaler Seite verspottet wurden. Nicht unrichtig setzte der fortschrittliche Virchow über die Rede des konservativen Abgeordneten Strosser das Motto: Ich stimme für die Vorlage, die eigentlich ganz und gar gegen meine Grundsätze geht.<sup>44</sup> Zögernd und mißttrauisch folgten sie der Regierung auf einem Wege, von dem sie noch nicht wußten, wohin er sie führen werde. Der altliberale Graf Dhyrn hat im Herrenhause die Einstellung der Konservativen sehr richtig charakterisiert, wenn es mißbilligend von dem "Hauch des Mißtrauens, das überhaupt gegen die neue Schöpfung sich geltend macht", sprach.<sup>45</sup>

Die Politik Bismarcks wurde den Lesern der Kreuzzeitung mundgerecht gemacht durch die Formel: Überwindung des Liberalismus durch den Liberalismus, der Revolution durch die Revolution. Mit einer kühnen, der Kreuzzeitung bisher unbekannten Dialektik, als deren geistigen Vater wir Wagener annehmen dürfen, rechtfertigte sie die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes. Die Konservativen wurden darüber belehrt, daß es als eine Waffe wider die Demokratie zu gebrauchen ist, und daß dadurch die Masse gegen die durch das Klassenwahlrecht privilegierten Schichten mobilisiert wird. Gerade dieses Argument zeigt, wie weit schon die alten Prinzipien von dem Geist der Realpolitik zersetzt waren. Die Masse war auf einmal nicht mehr jene atomisierte Gesellschaft, der Urbrei, in dem alle Unterschiede aufgehoben sind, sie sprachen nicht mehr von den Masseninstinkten, die aufzurufen gefährlich ist, sondern das Volk sollte jetzt dem konservativen Gedanken dem Liberalismus gegenüber zum Siege verhelfen. 46

Es handelte sich nicht nur um eine Überlegung, mit der die Konservativen vor sich selbst ihre Handlungsweise rechtfertigen wollten, sondern dahinter steckte teilweise eine kühle politische Berechnung. Der revolutionären Bewegung werde der Boden entzogen und die Revolution durch das Vorgehen Bismarcks in konservative Bahnen gezwungen werden.<sup>47</sup> Diese Rechnung war richtig. Im Lager des Fortschritts war alles in Angst und Sorge vor den endgültigen Beschlüssen Bismarcks. Ein hübsches Beispiel dafür, das zugleich ein treffendes Schlaglicht auf die Vertreter des Parlamentarismus wirft, ist der Brief Franz Zieglers vom 30. Juni 1886 an Rodbertus: "Vor nichts haben wir Männer der Fortschrittspartei mehr Furcht als vor dem gleichen allgemeinen direkten Wahlrecht, weil dasselbe ungeheuer unter uns aufräumen würde. .... Käme v. Bismarck, was Gott nicht wollen wird, zuerst mit dem Wahlgesetz als Konzession und noch ein paar Lappalien vor der Bewilligung, so wären wir verloren, alle Welt zittert für seine Sitze."48

Nachdem man in Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht so schlechte Erfahrungen gemacht hatte, schien ein Versuch mit einem anderen Wahlmodus nicht unangebracht. Die bisherigen Wahlen nach den drei Klassen hatten ein der Regierung und den Konservativen ungünstiges Ergebnis gehabt. Es bestand die Wahrscheinlichkeit, daß sich durch das allgemeine gleiche Wahlrecht bessere Wahlen erzielen ließen; denn das gesunde monarchische Gefühl der niederen Volksschichten würde sich eher durchsetzen können, als bei einem Klassenwahlsystem.<sup>49</sup> In Berlin habe sich z. B. ergeben, daß die erste und zweite Klasse fortschrittlich, die dritte aber konservativ

gewählt hat. Das Neue Volksblatt lehnte es geradezu ab, sich über den Wahlmodus in einen Prinzipienstreit einzulassen, sondern fragte einfach, ob dadurch konservative Wahlen erzielt werden. Je breiter die Grundlage für die Wahlen ist, umso mehr muß sich der Einfluß der einzelnen Parteien ausgleichen und wird der Regierung Gelegenheit gegeben, sich geltend zu machen. Durch den Appell an die Masse wurde das konservative Prinzip, das bisher nichts von der Menge erwartet hatte, von neuem durchbrochen. Alles, was von unten kommt, galt bisher für gefährlich oder zum mindesten für verdächtig. Daß der demokratische Gedanke hier gepredigt wurde, war aus dem altkonservativen Dogma heraus nicht zu verstehen oder zu rechtfertigen.

Aber man darf sich durch die zustimmenden Äußerungen nicht über die wahre Meinung der Konservativen täuschen. Vielfach nahm man den Vorschlag Bismarcks nicht recht ernst, indem man ihn nur für ein vorübergehendes Provisorium hielt. Gerade deshalb waren viele bereit zuzustimmen, weil sie nicht an den endgültigen Charakter der Maßregel glaubten. Es war besonders das Herrenhaus, das sich mit dieser Hoffnung tröstete, die es ihm zugleich erleicherte, der Regierungsvorlage ihre Zustimmung zu geben. Es sollte nur für die verfassungsgebende Versammlung gelten, aber nicht als die endgültige Form des Wahlrechts für das Bundesparlament.<sup>51</sup> Man fragt sich allerdings, ob es damit den Mitgliedern des Herrenhauses ernst war oder nur ein schwächlicher Versuch, einer Opposition gegen die Regierung auszuweichen und die eigentliche Entscheidung und die Verantwortung für den Beschluß des Hauses hinauszuschieben. Sicherlich sprach v. Waldaw-Steinhöfel nach dem Herzen vieler, wenn er erklärte, es wäre ihm das Liebste gewesen, wenn die Regierung diktatorisch die Wahlreform verfügt hätte.52 Offenherziger konnte die Scheu, die Verantwortung für diesen unvermeidlichen Schritt zu übernehmen, nicht ausgedrückt werden. Für die Mehrzahl der Konservativen traf es zu, daß sie mit dem allgemeinen und gleichen Stimmrecht nichts anzufangen wußten, daß sie es nur aus Loyalität der Regierung gegenüber unterstützten.<sup>53</sup> Selbst nach den günstigen Ergebnissen der ersten Wahlen zum Norddeutschen Reichstag wagte es die Kreuzzeitung nicht, ein endgültiges Urteil abzugeben.54 Ebenso wies der Konservative v. Gottberg im Norddeutschen Reichstage darauf hin, daß der wider Erwarten seiner politischen Freunde günstige Ausgang der Wahl nur auf die Gunst der Umstände zurückzuführen sei. Er glaubte, daß das Ergebnis kein feststehender Beweis seiner Brauchbarkeit für die Konservativen sei, sondern daß es sich später einmal verhängnisvoll gegen die konservative Partei auswirken könne. Die Altkonservativen haben sich auch später nie mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht befreunden können, sondern sind seine grundsätzlichen Gegner geblieben. Deshalb haben sie seine Einführung in Preußen stets verhindert.

Zur Beurteilung der ganzen Frage darf das soziale Element nicht außer acht gelassen werden. Die Einstellung zu den sozialen Verhältnissen spielte eine große Rolle bei der Stellungnahme der einzelnen konservativen Kreise zu der Wahlreform. Es ist nicht verwunderlich, daß gerade der sozial denkende Teil aus innerer Überzeugung für ein anderes Wahlrecht eintrat. Ihre Abneigung gegen die liberale Bourgeoisie, die die Herrschaft des Kapitals verkörpert, stimmte sie einer Reform günstig. Denn sie schloß den Sturz der "Bourgeoisieherrschaft" in sich. Moritz Blanckenburg und Hermann Wagener<sup>56</sup> konnten sich deshalb für ihre Person — sie lehnten es aber ausdrücklich ab, für ihre politischen Freunde zu sprechen — ehrlich für das allgemeine gleiche Wahlrecht einsetzen. Sie sahen darin die Erfüllung eines gerechten Anspruches der breiten Masse. Als "Korrelat zur allgemeinen Wehrpflicht" — hiergegen wandte sich ausdrücklich Kleist-Retzow — ist dieser Wahlmodus geworden. Im gleichen Sinne setzte auch Glaser beide Einrichtungen in engste Wechselbeziehungen. Ihre Standes- und Parteigenossen waren bedenklicher, weil sie deutlich sahen, daß eine Verleihung des demokratischen Wahlrechtes die Begehrlichkeit der Masse steigern würde, daß dann die Forderungen des Proletariats erst recht laut würden. Auch die Sozialkonservativen verkannten nicht die Gefahren, die in diesem Wahlrecht liegen. Eben deshalb muß zu dieser Wahlreform eine solche auf sozialem Gebiete treten. Ohne diese ist jene auch in ihren Augen gefährlich. Wagener forderte die Partei auf, auf diesem Gebiet die Initiative an sich zu reißen, und durch verständnisvolles Eingehen auf die berechtigten Forderungen der unteren Klassen diese für den konservativen Gedanken zu gewinnen, und dadurch das allgemeine Stimmrecht zu einer konservativen Angelegenheit zu machen. Im Norddeutschen Reichstag bezeichnete er die soziale Frage geradezu als eine Magenfrage. Nachdem man das allgemeine Wahlrecht bewilligt habe, müsse man sich auf die neue Zeit umstellen, wenn man nicht von der Masse der Bevölkerung überrannt werden wolle. Hinter Wagener standen Teile des preußischen Volksvereins, der sich aus Handwerkern zusammensetzte, und bei dem schon immer das regste Interesse für die soziale Frage geherrscht hatte. Diese Gruppen hatten von einer veränderten Wahl nur Gutes zu erhoffen; denn bei dem Zensuswahlrecht konnte ihr Einfluß nicht zur Geltung kommen. Daher setzte sich auch ihr Blatt, das Neue Allgemeine Volksblatt, entschieden für die Reform ein.<sup>57</sup>

Seit 1863 hatte Bismarck mit Lassalle über die Wahlreform verhandelt. Schon bei dem ersten Zusammentreffen konnte sich bei dem Arbeiterführer der Eindruck festsetzen, daß Bismarck seinen sozialen Plänen nicht abgeneigt war. Der Weg zur Wilhelmstraße stand dem Arbeiterführer offen, sobald er den Entschluß faßte, sich dieser Regierung zu nähern. 58 Lassalle starb, und an Bismarck traten die großen außenpolitischen Fragen heran. Als er 1866 auf das Wahlrecht zurückgriff, nahm er die alten Gedanken wieder auf. Es war jetzt weniger Lassalle als Wagener, der ihn beeinflußte. Die Denkschrift vom 25. Mai 1866 ist der beste Beleg dafür. Bismarck verkannte nicht die Gefahren, die das allgemeine gleiche Wahlrecht mit sich bringt. Er wußte, daß auf die Dauer auch das monarchische Gefühl der Masse nicht gerechnet werden konnte, sondern daß neue. organische, soziale und politische Bildungen daraus hervorgehen mußten. Das war dasselbe, was die Sozialkonservativen forderten. Die Wahlreform mußte durch Maßnahmen auf dem sozialpolitischen Gebiete ergänzt werden. 59 Deutlich zeigt sich, daß der Einfluß Wageners am Werk war, daß er den Ministerpräsidenten in diesem Sinn bestärkte. Bismarck hatte sich durchaus noch nicht den Liberalen verschrieben, wenn er auch ihr Wahlrecht anerkannte. In Wahrheit stand er auf konservativem Boden. Aber schon zeigten sich im Schoße des konservativen Ministeriums selbst die ersten Uneinigkeiten. Bodelschwingh gab am 26. Mai ein ablehnendes Votum zu dieser Denkschrift. Mit Gerlach ging er in die Opposition. Roon dagegen folgte, wenn auch mit Bedenken, Bismarck.60 Wären damals die Konservativen Wagener und Blanckenburg auf dem sozialen Gebiet gefolgt, der Ministerpräsident hätte sich einer arbeiterfreundlichen Politik wahrscheinlich nicht versagt.

Aus der Furcht vor dem vierten Stande erklärt sich die Zurückhaltung der Kreuzzeitung und das Mißtrauen des Herrenhauses. Als Vertreter des Großgrundbesitzes befürchteten sie eine Einbuße an Einfluß und Macht und eine Beschneidung der ihnen verbliebenen Stellung. Mit der Ablehnung der Wahlreform sollten zugleich die sozialen Ansprüche der Arbeiterschaft zurückgewiesen werden. Die Erklärung von Kleist-Retzow<sup>61</sup> dürfen wir als typisch für die Haltung des konservativen Grundbesitzers bezeichnen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ignoriere Einsicht, Bildung, Vermögen, Grundbesitz, Einfluß, und schließlich bleibe nur die Demokratie übrig, und der geheimen Abstimmung warf er vor, daß durch sie der "berechtigte Einfluß" der Gutsbesitzer, der Fabrikherrn und Pastoren zerstört werde. Von den gleichen Befürchtungen war auch Ludwig von Gerlach erfüllt.62 Ihm ging es wider alle seine herkömmlichen Begriffe, daß der Besitzer einer Quadratrute ebensoviel Rechte haben sollte wie der, der eine Quadratmeile besitzt. Hinter der "natürlichen Autorität", d. h. dem Einfluß auf die unselbständigen Wähler, der unbedingt erhalten bleiben muß, steckte das wohlverstandene Interesse des Grundbesitzes, der die Ansprüche der Besitzlosen fürchtete. Bei aller Anerkennung der staatsphilosophischen idealen Beweggründe, die die alten Kämpfer des Konservatismus erfüllte, muß gesagt werden, daß ihr Widerstand gegen die Wahlreform nicht rein ideelle Gründe hatte, sondern daß sie kämpften, weil sie eine Beeinträchtigung des Grundbesitzes und des Besitzes überhaupt witterten. Eine Mischung von idealer Gesinnung und materieller Interessenvertretung machte sie zu Verteidigern des Zensuswahlrechts. So zollten bewußt oder unbewußt selbst die Vertreter eines ideal gerichteten Konservatismus ihren Tribut an den Zeitgeist. Es nimmt nicht Wunder, wenn Kleist eine "Interessenvertretung" (ob auch sie nicht sein Ideal war) für zweckmäßiger hielt als ein Parlament, das auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechtes zustande gekommen ist. Heinrich Leo kam vom rein Gedanklichen63 her zu dem gleichen Ergebnis. Wichtig ist, daß er das Moment des "Interesses" ausdrücklich als das hervorhob, was die Menschen zusammenhält.

Damit waren sie alle noch weit entfernt von einer agrarischen Partei, die innerhalb des parlamentarischen Betriebes für die land-

wirtschaftlichen Interessen eintritt. Ihr Vorschlag zielte sicher auf eine berufsständische Vertretung hin, die nach Ständen und nicht nach "Köpfen" entscheidet. Aber nachdem in den entscheidenden Kämpfen von hervorragenden Vertretern des Konservatismus der Interessenstandpunkt so eindeutig hervorgekehrt worden war, lag der Versuch nahe, es in dem auf Grund der allgemeinen Gleichheit aufgebauten Parlament mit einer ausgesprochenen Interessenvertretung zu versuchen. Der allgemeine Charakter der Politik Bismarcks drängte sie in dieser Richtung weiter. Von der Erkenntnis der Politik, deren Wesen in der Macht besteht, und der realen, den Staat erfüllenden Kräfte war der Weg zur Interessenpolitik nun nicht mehr sehr weit. An Bismarcks auswärtiger Politik geschult, sahen sie die Aufgaben der Innenpolitik nun mit anderen Augen an. Sobald die wirtschaftliche Lage sich entsprechend gestaltete, waren alle Vorbedingungen gegeben, um eine Agrarpartei ins Leben rufen zu können. Noch war es aber nicht so weit!

In dem Programm vom 24. Oktober 186764 fanden diese Kämpfe und Entwickelungen einen vorläufigen Abschluß. Die Partei stellte sich auf den Boden der nun einmal gegebenen Tatsachen. Sie legte ein rundes Bekenntnis zu den nationalen Gedanken ab: "National in der hingebenden Unterstützung derjenigen Politik, welche die zerflossenen und abhandengekommenen Buchstaben des Begriffes Deutschland wieder zusammenfand . . . . so daß das deutsche Volk sein erstes Grundrecht wiedergewonnen: zu existieren und mit eigener Hand und nach eigenem Ermessen seine Angelegenheiten zu ordnen." Der neugewonnene Standpunkt wird am besten durch folgenden Satz ausgedrückt: "Das Regiment fortschreitend, die Völker aber konservativ". Damit erklärte sich die Partei bereit, sich mit den Verhältnissen abzufinden und an dem neuen Staat mitzuarbeiten. Bis 1918 hat die Partei an den Grundzügen dieses Programms festgehalten und es unter ihren offiziellen Erklärungen geführt.65 Bemerkenswert ist für unseren Zusammenhang der soziale Einschlag des Programms. Hier haben wir den Einfluß Wageners anzunehmen, wenn sein Name auch bei den Unterzeichnern fehlte. Zwar wurde die Fürsorge für den Mittelstand über die für den Arbeiter gestellt, aber im Verhältnis zu späteren Äußerungen ist ein starker, arbeiterfreundlicher Einschlag nicht zu verkennen. Es war für ein Jahrzehnt das letzte Mal, daß die konservative Partei geschlossen und einmütig vor die Öffentlichkeit trat.

## Drittes Kapitel.

## Neue Aufgaben. 1867—1875.

## § 1. Die Agrarpolitik.

Seit 1866 war das Verhältnis der konservativen Partei zu Bismarck nicht mehr das alte. Das erste Mißtrauen erweckte die Wahlreform, die für den Norddeutschen Reichstag vorgesehen war. Dazu gesellte sich die Indemnitätsvorlage, die sie auch nicht richtig verstehen konnten. Die sozialkonservative Gruppe zeigte sich bei diesen Gelegenheiten als treuer Regierungsanhänger. Den ersten ernsthaften Zusammenstoß gab es bei den Beratungen über den hannoverschen Provinzialfonds. Es war nicht so sehr der Gegenstand, der zu diesem Konflikt führte, als der Wunsch, es auf eine Machtprobe mit dem Kanzler ankommen zu lassen. Da er nicht immer ihre Wege gehen wollte, sondern häufig mit den Liberalen paktierte, wollten sie ihn einmal ihre Macht fühlen lassen.

Obwohl es schließlich wieder zu einer äußerlichen Versöhnung mit dem Kanzler kam, war es offenbar geworden, daß die Partei nicht unbedingt hinter Bismarck stand. Der Keim zu einer inneren Spaltung der Partei war gelegt und das alte Vertrauen zum Kanzler erschüttert.<sup>2</sup> Die alten Führer waren ausgeschieden. Gerlach stand grollend abseits, Kleist-Retzow hatte sich in die Stille des ländlichen Lebens zurückgezogen und widmete sich kirchlichen Verhältnissen, seitdem Wagener in das Ministerium eingetreten war, fehlte eine feste Hand, die den Volksverein sicher durch die Auseinandersetzungen geleitete. Bei den Wahlen von 1866 trat er zum letzten Male öffentlich in Erscheinung. Seitdem befand er sich in unaufhaltsamem Niedergange.<sup>3</sup> Schritt für Schritt erfolgte der Zerfall der Partei. Noch 1866 sonderten sich die Freikonservativen ab, die nicht geneigt waren, die Opposition der Altkonservativen mitzumachen,

sondern der Regierungspolitik zustimmten. Auch die Sozialkonservativen unterstützten den Kurs der Regierung, hatten aber keine inneren Beziehungen zu den Freikonservativen, weil diese ihren sozialpolitischen Bestrebungen fern standen. Deshalb verfolgten sie unter Wageners Führung ihre eigenen Ziele. Dieser arbeitete in "boshaftester Weise" gegen die oppositionellen Parteihäupter und trug sich mit dem Gedanken, eine neue Partei zu gründen. Vorübergehend trat er sogar schon aus der Partei aus.4 Die Berliner Revue stand ihm hilfreich zur Seite. Sie zog über die "törichte Opposition" her und forderte zur Schaffung einer neuen Organisation auf. die den "Intentionen des Grafen Bismarck, die nur konservativ sein können, unbedingt nachlebt".5 Der Name Kreuzzeitungspartei sei gar nicht mehr berechtigt. Die Zeitung selber sei nicht mehr führendes Parteiorgan, weil die verschiedenen Richtungen sich darin bekämpften, und sie es selber zu keiner festen Stellung gebracht habe. Deshalb solle man den alten Namen fallen lassen.6

Die erfrischende wirklichkeitsnahe Persönlichkeit Bismarcks und seine Politik hatte die alte konservative Parteidoktrin über den Haufen gerannt.7 Mit diesem Bekenntnis stellte sich die Revue sagen wir richtiger Wagener — vor die neuen Aufgaben. Dieser stand nun nicht etwa ganz einsam da. Für den Provinzialfonds traten auch einige andere Konservative unter der Führung des Abgeordneten v. Berg ein. Die Mehrheit der Partei gehörte für sie unter die Rubrik "der biedere Junker", der gedankenlos den Wortführern folgte, ohne selbst zu wissen, was er wollte, und um was es sich eigentlich handelte. So entschieden wie Wagener stellte sich Moritz v. Blanckenburg nicht hinter die Politik Bismarcks. Er konnte ihn nicht von jeder Schuld freisprechen: So klagte er zu Roon über Bismarcks Herrschsucht und meinte, er habe die Konservativen durch sein Kokettieren mit den Nationalliberalen verletzt. Aber im Grunde billigte er die Haltung Bismarcks, wenn er sich auch dem Plan einer Parteigründung gegenüber skeptisch verhielt. Dagegen stellte sich Roon ohne Vorbehalt auf die Seite Bismarcks, weil er die Arbeit Bismarcks am besten würdigen konnte, und schob alle Schuld den Konservativen zu, die auf die gewaltigen Leistungen Bismarcks Rücksicht nehmen müßten.8 Er erwartete vor allem eine Änderung in den Verhältnissen der Partei. Die neuen Zustände, meinte er, in demselben Sinne wie Wagener, verlangten eine neue Partei. Da sich

seit der Konfliktszeit alle Voraussetzungen geändert hätten, seien alle alten Parteien in der Auflösung begriffen. Mit den neuen politischen Aufgaben müßten auch die Parteien mitgehen und sich nicht auf überholte Programmpunkte versteifen. Sie hätten sich Ziele zu setzen, die der Zeit entsprechen. Die konservative Partei müsse eine Partei des "konservativen Fortschrittes" werden und die "Rolle des Hemmschuhs" aufgeben. Man müsse versuchen, die alten Konservativen möglichst geschlossen in das Lager der Regierungspartei hinüberzuziehen.9 Nachdem der Streit um den Provinzialfonds beigelegt war, empfand es Blanckenburg, daß eine aufrichtige Versöhnung nicht stattgefunden hatte, und bei anderer Gelegenheit sich der Konflikt erneuern würde. 10 Die Brüchigkeit der alten Partei hatte sich deutlich erwiesen. Großen Kraftproben und Anspannungen wat sie in Zukunft schwerlich noch gewachsen. Sie hatte die alte Prinzipienpolitik Bismarck zu Liebe aufgegeben. Wie sich jetzt zeigte, hatte sie sich damit selbst den Boden unter den Füßen weggezogen, weil sie an ihre Stelle vorläufig nichts Besseres zu setzen hatte. Wohl hatte sie der Politik Bismarcks ihre Zustimmung erteilt, aber sie selbst war dabei nicht zu eigenen neuen schöpferischen Ideen gekommen. Infolgedessen folgten ihr jetzt viele nicht, als sie sich in Oppositionsstellung begab. Roon, Blanckenburg, Wagener und die anderen sahen in dieser Politik keinen Sinn, sondern nur den unverantwortlichen Versuch, die erfolgreiche Politik Bismarcks zu hintertreiben.

Die Beratung der Gewerbeordnung im April 1869 förderte die Zersetzung. Zu den politischen Meinungsverschiedenheiten trat der offene Gegensatz in der Behandlung der sozialen Frage. Wagener konnte es nicht mehr wagen, seine Ausführungen im Namen der Partei zu machen, sondern betonte ausdrücklich, daß er nur seine eigene Meinung verträte.<sup>11</sup> Wieder einmal erleben wir das unerquickliche Schauspiel, daß seine eigenen Fraktionsgenossen aufstanden und in einer Weise von ihm abrückten, die über das Maß dessen hinausging, was unter Parteifreunden möglich ist. Der konservative Abgeordnete v. Wedemeyer war ganz ohne Verständnis. Er hielt die Sozialkonservativen für hoffnungslose Idealisten, Utopisten und Phantasten, die von der Wirklichkeit keine Ahnung haben. In höchst oberflächlichen Worten versuchte er eine Kritik, indem er ihre Bemühungen bagatellisierte und ins Lächerliche zog.

Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zeigte, wie wenig Bedeutung der sozialen Frage durch die Mehrheit des Hauses beigemessen wurde. Der stenographische Bericht zerzeichnet wiederholt große Heiterkeit.<sup>12</sup>

Nachdem die Gegensätze vor aller Öffentlichkeit kundgeworden waren, blieb herzlich wenig, was die alten Parteimitglieder noch zusammenhielt. Alles spitzte sich auf einen Bruch zu. Die Verhältnisse waren für die Sozialkonservativen nicht ungünstig. Blanckenburg war noch immer ein einflußreicher und angesehener Führer in der konservativen Partei. Wagener stand in enger Verbindung mit Bismarck und war nicht ohne Einfluß auf ihn. Roon begünstigte sie, der Präsident des Herrenhauses, Graf Eberhard Stolberg, ein alter Konservativer, hegte große Sympathien für sie, und der preußische Volksverein — obwohl er kaum noch Bedeutung hatte — mußte zu ihnen gerechnet werden. In der Berliner Revue und in Glasers lahrbüchern verfügten sie über zwei Organe, die publizistisch für ihre Gedanken eintraten. Selbst die Neue Preußische Zeitung war ihnen noch nicht verschlossen, sondern druckte neben den Auslassungen der andern Richtungen auch ihre Äußerungen ab. Das Neue Allgemeine Volksblatt hielt sich zu ihnen, so daß sie einen erheblichen Teil des Parteiapparates beherrschten. In den konservativen Vereinen, wie sie überall im Lande bestanden, wurde von ihnen eine eifrige und erfolgreiche Werbearbeit getrieben.13 Der Kampf um die Partei brauchte also nicht von vornherein als aussichtslos bezeichnet zu werden. Eine beachtliche Minderheit stand hinter ihnen, die außerdem über die geistig und politisch regsamsten Köpfe der Partei verfügte.

Ende 1869 war Wagener zu der festen Überzeugung durchgedrungen, daß es mit der alten konservativen Partei zu Ende war. Sie hatte den Weg in die Neue Zeit nicht gefunden. Politisch wie sozial hatte sie versagt. "Die Partei hat abgedankt."<sup>14</sup> Man versuchte vieles zu konservieren, was unhaltbar geworden war. Aber sie war nur eine Ruine ohne eigenes Leben. Er erörterte jetzt die Möglichkeiten, die sich zu einer Parteibildung boten. Eine Mittelpartei, wie sie Viktor Aimé Huber vor einem Jahr vorgeschlagen hatte, und wie sie die Freikonservativen zusammen mit den Nationalliberalen planten, lehnte er als ungeeignet ab. Wohl lag der Gedanke nahe, eine große einheitliche Regierungspartei herzustellen, aber "man

zieht ihn nicht mit den Händen unfertiger und schwankender Parteien, deren Ursprung und Wesen aus dem Bruch mit äußersten Parteien kommt, zur Erde herunter. Soll er zünden, so muß er aus einem Stück gegossen zur Welt kommen."15 Als eine Art Versuchsballon ließ er unter dem verheißungsvollen Titel: "Die Zukunftspartei" eine anonyme Broschüre erscheinen.16 In ihr war das Programm zu einer neuen Partei enthalten, die er wünschte. Es umfaßte drei Dinge: Unterstützung der Regierung, Sozialreform und Regelung der kirchlichen Frage. Es ist hier schon der ganze Plan skizziert, nach dem in den folgenden Jahren die Sozialkonservativen arbeiteten. Gerade diese Broschüre beweist eindrücklich, wie groß auch in der späteren Zeit der Anteil Wageners an der sozialkonservativen Bewegung war, wenn er sich auch sehr im Hintergrund hielt. In Rudolf Meyer fand er einen Menschen, dessen gewandte Feder ihm die besten Dienste leistete. Denn seine Stellung als Beamter erlaubte es ihm nicht mehr, sich sozialpolitisch zu sehr bloßzustellen.

Die Berliner Revue schlug in dieselbe Kerbe. Die konservative Partei ist ohne Führer und Redner, es fehlt ihr ein festes Programm. Sie muß die Kraft zur Umwandlung in eine soziale Reformpartei finden, wenn sie nicht überhaupt vom Schauplatz abtreten will.\(^{17}\) Die "Zukunftspartei" wurde ausführlich und gründlich behandelt. In allen wesentlichen Punkten wurde die Übereinstimmung mit ihr festgestellt. Die Entwicklung dränge entschieden zum sozialen Staat. Kühner als das Heft es getan hatte, erklärte sie, daß der Lauf der Geschehnisse über die Dynastie der Hohenzollern hinweggehen werde, wenn diese sich ihrer sozialen Aufgabe nicht bewußt werde.\(^{18}\) Rodbertus war von der Broschüre ganz begeistert. Er schickte sie seinem Freunde Schumacher und dem Nationalökonomen Schönberg. In der Öffentlichkeit ging das Gerücht um, daß Bismarck die Abfassung inspiriert hatte, und man schwankte, ob man Bucher oder Wagener als Verfasser ansehen sollte.\(^{19}\)

Aber ehe es zu einer öffentlichen Trennung kam, bot sich Wagener und Blanckenburg noch einmal Gelegenheit, den alten Einfluß in der Partei geltend zu machen. Auf ihrer Initiative beruhte der Versuch, 1870 eine ganz Deutschland umfassende große konservative Partei ins Leben zu rufen. Im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen erschien es ihnen aussichtsreich, eine Reorgani-

sation durchzuführen. Aber diese Versuche kamen kaum über die allerersten Anfänge hinaus. Leider ist nicht festzustellen, ob Bismarck hinter diesen Bemühungen steckte. Aus seinem Verhalten 1872 und 1876 kann man den Schluß ziehen, daß er versucht hat, diese Einigungsbestrebungen von seiner Seite aus zu fördern.<sup>20</sup> So wurden durch die kriegerischen und die damit verbundenen politischen Ereignisse die Auseinandersetzungen eine Weile hinausgeschoben, aber nicht aus der Welt geschafft.

Zur selben Zeit, in der Wagener und Blanckenburg diese Pläne erwogen, regte sich die Unzufriedenheit bei den Landwirten. Sie wollten sich zur Vertretung ihrer besonderen wirtschaftlichen Belange zusammenschließen, weil sie meinten, bei den bestehenden Verhältnissen zu kurz zu kommen. Ihre Bestrebungen schnitten und berührten sich mit den Wagenerschen vielfach. Zeitweise arbeitete man auch Hand in Hand. Wagener glaubte, landwirtschaftliche Interessenpolitik und soziale Reform vereinigen zu können. Er meinte es ehrlich und wollte beiden Teilen, den Landwirten wie den Arbeitern, zu ihrem Recht verhelfen. Darum scheiterte dieser Versuch; denn beide stellten ihre eigenen Interessen in den Vordergrund und waren nicht gewillt, sich um der Volksgemeinschaft willen Beschränkungen aufzuerlegen. Erst dem Nationalsozialismus sollte es gelingen, 60 Jahre später diesen Gedanken in die Tat umzusetzen.

Die Sozialkonservativen haben immer ein Bündnis zwischen Landwirten, Handwerkern und Arbeitern gegen das Kapital als ihr Ideal angesehen. Alle drei Stände waren nach ihrer Ansicht in gleicher Weise von dem Kapitalismus bedroht. Deshalb war das Zusammengehen von ihnen eine naturgegebene Sache. Sie sollten zu gegenseitigem Schutz und Trutz eine gemeinsame Front bilden.<sup>21</sup> Die Möglichkeit dazu war gegeben. Die Arbeiterbewegung war im Wachsen, und die Anfänge einer agrarischen Interessenpolitik, die sich nicht mit ständischen Ideen belastete, sondern nur eine Interessenvertretung sein wollte, entstanden in dieser Zeit. Alte Traditionen aufnehmend, stellten sich die Sozialkonservativen in diese Agrarpolitik hinein und suchten sie in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Bisher hatte sich die landwirtschaftliche Organisation auf fachwissenschaftliche Bestrebungen beschränkt und nicht daran gedacht, die Vertretung wirtschaftlicher Belange zu übernehmen. Die Lage der Landwirte war nicht als schlecht zu bezeichnen. Der Ertrag der

einzelnen Betriebe war beträchtlich gestiegen. Die Zunahme der Löhne wurde mit Leichtigkeit von dem Geldreinertrage getragen.<sup>22</sup> Ebenso wenig wirkten sich die öffentlichen Lasten ungünstig aus. Es war eine Zeit, einer "ganz ungewöhnlich starken Steigerung des Geldreinertrages", wie der Historiker der deutschen Landwirtschaft feststellt. "Jene Periode war die glücklichste, welche die Landwirtschaft zu irgend einer Zeit erlebt hat."<sup>23</sup>

Da fragt man unwillkürlich, was dann den Landwirt bewogen hat, seine Lage als so schlecht anzusehen? Die Entwicklung, die sich in dem verflossenen Jahrzehnt anbahnte, verstärkte sich immer mehr. Die Verschuldung nämlich stieg in erschreckendem Maße, weil man glaubte, daß auf Grund der günstigen Konjunktur der Boden eine hohe Verschuldung mit Leichtigkeit tragen könne. Selbst die Banken teilten diesen Glauben, so daß häufig eine Verschuldung bis auf die volle Höhe des Ertrages stattfand.<sup>24</sup> Infolgedessen fühlte sich der Grundbesitzer von dem Kapital abhängig. Der landwirtschaftliche Betrieb war jetzt von der Kapitalisierung ergriffen, während andererseits der Landwirt selber von dem allgemeinen Gewinnstreben erfaßt wurde, und dieses in einer bis dahin unbekannten Weise auf sein Denken Einfluß gewann. Die Landwirtschaft wollte von dem allgemeinen Steigen der Einkünfte auch ihr Teil haben.

Im Sommer 1867 ging vom Klub der Landwirte in Berlin die Anregung zu einer überparteilichen Versammlung der Landwirte des Norddeutschen Bundesgebietes aus, um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu besprechen und um über Maßregeln zu ihrer Sicherung zu beraten. "Wir wollen .... dasselbe erreichen, was vor uns Handel und Industrie erreicht haben."<sup>25</sup> Die erste Zusammenkunft fand vom 17. bis 23. Februar 1868 in Berlin statt und wurde vorzugsweise von den großen Besitzern des Ostens besucht.<sup>26</sup>

Den Hauptteil der Verhandlungen machten rein wirtschaftliche Angelegenheiten aus, wie Kreditbeschaffung, Wegebauordnung usw. Bei der Besprechung über das Vereinswesen fiel zum ersten Mal das Wort von einer ländlichen Interessenvertretung in Form einer Grundbesitzerpartei. "Wenn wir auf dem Kongreß noch so schöne Reden halten, und wir haben Volksvertretungen, die ins Frühstückszimmer gehen oder gähnen, wenn von Landwirtschaft die Rede ist, dann . . . wird es nie eine Vertretung der Landwirtschaft geben. Nicht Reden, sondern Abstimmungen entscheiden über die Gesetze."<sup>27</sup> "Eine Ver-

tretung können wir nur erreichen, wenn wir dem gesamten Grundbesitz vom Quadratrutenbesitzer bis zum Quadratmeilenbesitzer das Gefühl der Zusammengehörigkeit verleihen. . . . . Ein und dasselbe materielle Interesse verbindet uns alle",28 rief Wedemeyer den anwesenden Landwirten zu. Sie gaben es jetzt offen zu, daß es ihnen nur auf die Wahrung ihres eigenen Vorteils ankam. "Unsere Landwirtschaft muß aufhören, etwas anderes zu sein als ein Geschäft."29

Sie gingen von der hohen Steuerlast aus, die auf dem Landwirt Wedell-Vehlingsdorf nannte als Definition für den Begriff Landwirt höchst naiv: Landwirt ist derjenige, welcher dreimal so viel Steuern bezahlt wie jeder andere. 30 Dieses System, das alle Lasten des Staates auf die Schultern des Landwirtes legen möchte, muß bekämpft werden. Die alte Politik nach Prinzipien und nicht nach Interessen hat zu einer Vernachlässigung der materiellen Existenzfragen geführt. Die politischen Parteirücksichten haben die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Lebensfragen des Landwirtes abgelenkt. Das konstitutionelle Prinzip bringt es mit sich, daß sich neben der politischen Idee auch das wirtschaftliche Interesse geltend macht und Einfluß auf die Staatsführung zu gewinnen sucht. Die Wortführer solcher Gedanken waren besonders von Wedell-Vehlingsdorf und v. Wedemeyer. Es wurde Grundsatz zu sagen: "Alle Politik fängt beim Magen an". 31 Im Gegensatz zur romanischen Staatsidee, die sich bei der Bildung ihrer Volksvertretungen von abstrakten Begriffen leiten läßt, sah Elsner v. Gronow das Wesen der germanischen darin, daß ihre Tätigkeit vom praktischen Bedürfnis bestimmt ist.32 Daraus leitete er die Berechtigung her, die Bildung einer Grundbesitzerpartei als im Einklang mit dem germanischen Denken zu rechtfertigen und aus dem Nationalgeist abzuleiten. Die alte ideengebundene Partei, wie sie bisher in Deutschland geherrscht hatte, wurde hier aufgegeben. Statt dessen machte sich ein ausgesprochener Materialismus breit. Es war dieselbe Erscheinung, die auf dem entgegengesetzten Flügel das Entstehen der Sozialdemokratie begünstigte. Das Wort von der Politik als Magenfrage könnte ebenso gut aus dem Munde eines sozialistischen Arbeiterführers gekommen sein, wie aus dem eines angesehenen Grundbesitzers. Beide politische Bewegungen waren nur verschiedene Äußerungen desselben Grundprinzips.

Diesmal wurde der Antrag, der eine geeignete Vertretung in den

Abgeordnetenhäusern verlangte, noch heftig bekämpft und abgelehnt.<sup>33</sup> Aber einmal ausgesprochen, finden diese Gedanken eine wachsende Anhängerschaft. Die Frage nach einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung kam nun nicht mehr zur Ruhe. Das Landwirtschaftliche Centralblatt griff die Forderung auf und sah es als die zeitgemäße Aufgabe des zweiten Kongresses an, eine Vertretung der Landwirtschaft bei dem Norddeutschen Bunde herbeizuführen.<sup>34</sup>

Die Strömung wurde so unwiderstehlich, daß sich der zweite Kongreß im Jahre 1869 ernsthaft mit ihr beschäftigen mußte. Es wurde beschlossen, daß der Ausschuß des Kongresses einen Entwurf über eine Interessenvertretung ausarbeiten sollte. Die Gründung einer eigenen Partei oder die direkte Einwirkung auf die Volksvertretungen wurde noch nicht in Erwägung gezogen, sondern entsprechend den Einrichtungen der Handelskammern dachte man an Landwirtschaftskammern.

Am deutlichsten im Sinne einer rücksichtslosen Interessenvertretung äußerte sich diesmal Niendorf. Er konnte seine liberale Herkunft nicht leugnen, wenn er erklärte, "schießen wir über unsere Kompetenz hinaus, so sind andere Gewalten da, die uns Zügel anlegen werden".36 Damit proklamierte er unverhüllt den zügellosen Konkurrenzkampf mit den anderen Erwerbszweigen, der nur durch die gegenseitige Machtposition in Schranken gehalten wird.

Jetzt half die Berliner Revue die Dinge weitertreiben. In ihrem Bericht über den zweiten Kongreß meinte sie, daß hier die Gelegenheit wäre, eine geschlossene Partei der Grundbesitzer ins Leben zu rufen, die sich heute leider noch mehr von politischen als von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten ließen. There die bestehenden Parteischranken hinweg müßten sie sich zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenschließen. Sie hoffte, daß sich die Mitglieder des Kongresses zu einer politischen Partei, zu der Partei der Grundbesitzer, zusammenschließen würden. Die Organisation des Kongresses müsse entschlossen in diesem Sinne ausgebaut werden. Wenn man es jetzt nicht tue, werde der Selbsterhaltungstrieb die Landwirte zu einem solchen Schritt zwingen. Zunächst soll sich die Agrarpartei im Gebiet des Norddeutschen Bundes bilden. Die landwirtschaftlichen Vereine geben die Grundlage für die notwendige Parteiorganisation, und dem Präsidium des Kongresses wird die Auf-

gabe gestellt, die im Reichstag bereits vorhandenen Standesgenossen zu verständigen und zu sammeln. Damit war der erste Plan zu einer neuen Partei entworfen. Es kam nun darauf an, wie sich die Landwirte dazu stellen würden.

In der Norddeutschen Landwirtschaftlichen Zeitung wurden diese Anregungen begeistert aufgegriffen. Als den nächsten geeigneten Termin, zu dem man die Angelegenheit weiterbetreiben konnte, nannte sie die 26. Wanderversammlung deutscher Land- und Forstleute in Breslau, zugleich legte sie einen Organisationsentwurf vor, in dem die Gründung eines Wahlvereins vorgeschlagen wurde. Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit müssen unabhängige Persönlichkeiten in die Parlamente gebracht werden, die sich verpflichten, für die Landwirtschaft einzutreten.38 Im Mai folgte dann ein programmatischer Aufruf von Elsner v. Gronow und M. A. Niendorf, der den Beratungen in Breslau zu Grunde gelegt werden sollte, und der später als "Breslauer Programm" erschien.<sup>39</sup> An den Beratungen in Breslau nahmen hauptsächlich schlesische Landwirte teil, an Märkern v. Holtz-Altmarien, v. Wedell-Vehlingsdorf, Schultz-Heinersdorf und v. Knesebeck-lünsdorf. Schriftführer war M. A. Niendorf. Vorsitzender in den Verhandlungen Elsner v. Gronow.40

Politische Forderungen wurden von den Landwirten nicht erhoben, sondern sie beschränkten sich auf solche wirtschaftlicher Art. Im Verhältnis zum beweglichen Kapital sei der Landwirt mit Steuern überlastet. Ihre erste und wichtigste Forderung war eine gleichmäßigere Verteilung der Steuern als bisher, um den "überbürdeten Grundbesitz" zu entlasten. Die Klage über steuerliche Benachteiligung dem beweglichen Kapital gegenüber blieb in den folgenden Jahren eins der Hauptschlagworte der Agrarier. Vor allem fühlten sie sich durch die indirekten Steuern und die Zölle belastet, die allmählich abgebaut werden soften. Für die Landwirtschaft unentbehrliche und notwendige Artikel, wie Eisen und Bekleidungsstücke, unterliegen einem Schutzzoll, während die landwirtschaftlichen Produkte zollfrei sind. Auf diese Weise "wird ein völlig ungerechtfertigter Tribut von der Landbevölkerung erhoben". Weiter verlangten sie die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer, durch die vorzugsweise die ärmeren Klassen in den Städten und die Landwirte getroffen wurden. Steuerreform und Einführung des Freihandels

waren die beiden Punkte, auf die sich die ganze Bewegung konzentrierte. Das Programm wurde als eine "freihändlerische monumentale Konturschrift" bezeichnet. Das Ziel war eine freihändlerische Reformpartei. Nach allen Richtungen hin wurde das Dogma vom allein seligmachenden Freihandel untersucht und erörtert. Alle wirtschaftlichen Krisen lassen sich aus dem ungesunden Prinzip der Schutzzöllnerei erklären.<sup>41</sup>

Viel weniger klar war man sich über die Art, wie man das bewegliche Kapital heranziehen kann. Eine Börsenumsatzsteuer, wie sie die konservative Revue verlangte, wurde von den Freunden des Breslauer Programms als unverträglich mit den Gedanken des wirtschaftlichen Liberalismus abgelehnt.<sup>42</sup> Sie befürworteten die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer, die allein eine gerechte Verteilung aller Lasten gewährleiste. Ein Existenzminimum sollte dabei steuerfrei bleiben, die Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer dafür aufgehoben werden. Zur Deckung des Ausfalls an Einnahmen ist der Prozentsatz der Einkommensteuer zu erhöhen.<sup>43</sup>

Als typisch liberal zeigte sich das Programm in dem Grundsatz, daß die Bevormundung des Staates in jeder Beziehung aufhören sollte. Er hatte bei ihnen nur noch die eine Aufgabe, den Schutz von Person und Eigentum zu übernehmen. Damit standen sie noch auf dem Standpunkt, auf dem der Staat als Nachtwächter erscheint, wie Lassalle diese Anschauung verspottet hatte.

Sehr bezeichnend ist es, wie man sich gegen den Vorwurf verteidigte, durch diese Interessenpolitik "praktischen Lassalleanismus" zu treiben, da eine einseitige Interessenvertretung zur Verschärfung der Klassengegensätze führen muß. Niendorf wandte das alte liberale Argument ein, daß das freie Spiel der Kräfte von selbst zur wirtschaftlichen Harmonie führt. Denn "die übermäßigen Forderungen des einen werden an den berechtigten Ansprüchen der anderen ihre Schranke finden". Er schloß daraus, daß sich alle aus wohlverstandenem Interesse zum allgemeinen Fortschritt zusammenfinden werden. Es war notwendig, diese Gedanken zu verfolgen, um zu beweisen, wie stark durch die entstehende Agrarbewegung ein Einbruch liberaler. Grundsätze in den konservativen Gedankenkreis erfolgte. In seiner ganzen Schroffheit und Schärfe wurde die Idee der Interessenpartei nämlich bei den aus dem liberalen Lager stammenden Politikern ausgebildet.

Die Veröffentlichung des Breslauer Programms veranlaßte in der landwirtschaftlichen Fachpresse eine eingehende Besprechung über den Nutzen und den Schaden einer Agrarpartei. Von den Gegnern, an deren Spitze sich von Sänger, einer der Väter des Kongreßgedankens, stellte, wurde geltend gemacht, daß eine Überwindung der parteipolitischen Standpunkte nicht so schnell zu erreichen ist, wie die Anhänger des Parteigedankens meinten. Denn jede Partei hat ein anderes, aus ihrer Gesamtanschauung fließendes Agrarprogramm. Nur sehr allmählich wird eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte möglich sein, und eine stärkere Interessenvertretung in den Parlamenten hat noch gute Weile. Inzwischen ist es besser, auf den Ausbau des Landwirtschaftsministeriums zu dringen und eine Vertretung beim Norddeutschen Bunde zu schaffen. V

Durch solchen Widerspruch ließ man sich aber nicht beirren, sondern arbeitete tatkräftig an der Weiterführung seines Planes. Zunächst schritt man zur Gründung eines eigenen Organes, der Niendorfschen Zeitung für Grundbesitzer und Landwirte, die ab 1. Januar 1870 zweimal in der Woche erschien. Ihre Aufgabe war es, ausschließlich landwirtschaftliche Interessen zu vertreten. "Kein Sonderinteresse für uns, aber schneidend und scharf gegen Sonderinteressen jedes anderen Geschäftszweiges, wenn sie die Landwirtschaft benachteiligen", heißt es in dem Programm.48 Politisch legte sich das Blatt in keiner Weise fest. Es verlangte nur die Erfüllung des Breslauer Programms, zu dem sich der konservativste wie der liberalste Abgeordnete bekennen könne. Als Vertreterin einer Interessengruppe kümmerte sie sich grundsätzlich nicht um politische Bekenntnisse, sondern war zufrieden, wenn sie eine nachhaltige Vertretung der Belange der Landwirtschaft in den Parlamenten durchsetzen konnte.49

Die bisher erscheinenden landwirtschaftlichen Blätter waren alle für den praktischen Landwirt bestimmt oder dienten der wissenschaftlichen Arbeit. Das Agrarpolitische behandelten sie nur nebenher. Mit der Niendorfschen Zeitung war im Norddeutschen Bunde das erste Organ geschaffen, das rein agrarpolitisch eingestellt war. Es trug einen ausgesprochenen Kampfcharakter und diente besonders der propagandistischen Vorbereitung des 3. Kongresses

norddeutscher Landwirte, der vom 14. — 19. Januar 1870 in Berlin tagte.

Auf der Tagesordnung stand als Punkt 2: Interessenvertretung. Einig war man sich über i hre Notwendigkeit. Über die zweckmäßigste Einrichtung gingen die Meinungen aber auseinander. Die einen, die sich dem Entwurf der vorbereitenden Kommission anschlossen, wünschten die Errichtung einer Stelle, die als beratendes Organ den Regierungen zur Seite steht und dem Bundesrat als Bundeskulturrat angegliedert wird. Sie erstrebten eine direkte Beeinflussung der Regierungen unter Umgehung der Volksvertretungen.50 Die von Elsner v. Gronow, Niendorf und Wedemeyer geführte Richtung verlangte dagegen eine politische Vertretung der Grundbesitzer in den Parlamenten. Von Wedemeyer wurde auf der Tagung ein Antrag gestellt,51 daß nur solche Männer zu Abgeordneten gewählt werden sollen, die die Gewähr bieten, daß sie die Interessen der Landwirtschaft nicht vernachlässigen. Nach einer heftigen Debatte, in der dringend davor gewarnt wurde, die Interessen einseitig in den Vordergrund zu schieben, wurde endlich ein Kompromiß geschlossen, der dem Antragsteller entgegenkam, aber nicht seinen ganzen Antrag annahm.52

Bereits vor der Tagung waren die Freunde des Breslauer Programms von Niendorf und Elsner v. Gronow zu einer besonderen Zusammenkunft aufgefordert worden,<sup>53</sup> um über die Vorbereitungen zur nächsten Wahl Beschlüsse zu fassen. Man konnte sich jedoch auch in diesem Kreise nicht über die Methoden des Vorgehens einigen, und der Versuch, einen Wahlverein zu gründen, scheiterte. Man legte sich nur auf das Breslauer Programm fest, das etwas abgeändert mit der Überschrift "Gerechtigkeit für den Grundbesitz" veröffentlicht wurde.<sup>54</sup> Es wurde von einer Reihe führender und angesehener Agrarier unterzeichnet, wie dem Präsidenten des Kongresses Sänger, v. Diest-Daber, Schumacher-Zarchlin, Prof. Thaer und v. Below-Zaleske.<sup>55</sup>

Die Parole für den Wahlkampf war nun gegeben: Gerechtigkeit für den Grundbesitz. Um dieses Banner suchte Niendorfs Zeitung die Scharen der Grundbesitzer zu sammeln. Unermüdlich wurde in immer neuen Wendungen das Breslauer Programm besprochen und den Landwirten mundgerecht gemacht. Der Verfall und die Zersetzung der alten Parteien wurde den Lesern klar gemacht. Eine

freihändlerische Reformpartei werde aus ihnen hervorgehen.<sup>56</sup> Niendorf mußte aus der Fortschrittspartei ausscheiden, der er bisher als Abgeordneter für den Reichstag angehört hatte, weil seine Agrarpolitik von der Partei nicht gebilligt wurde.<sup>57</sup> Das kam dem konservativen Elemente zugute. Den liberalen Führern wurde Verständnislosigkeit für die Bedürfnisse der Landwirtschaft vorgeworfen und ihr Verharren in den alten ausgefahrenen Bahnen getadelt. Von den Konservativen erhoffte sein Blatt dagegen eine Förderung der landwirtschaftlichen Interessen.<sup>58</sup> Allerdings glaubte man nicht, die Partei geschlossen gewinnen zu können, sondern es wurde mit ihrer Spaltung gerechnet. Aber der Kern der neuen freihändlerischen Partei werde sich aus konservativen Elementen zusammensetzen.

Die Berliner Revue schloß sich dieser Bewegung an, ohne sich mit ihr zu identifizieren. Sie stellte die "ganz exorbitante" Besteuerung der landwirtschaftlichen Unternehmer fest,59 wollte die einseitige Belastung des Grundbesitzes abändern, wandte sich gegen die hohen Grundsteuern und verlangte, daß in gleicher Weise auch das bewegliche Kapital zur Besteuerung herangezogen wird. In ihren Steuerreformplänen war sie nicht so radikal. Es sollten alle Steuern bestehen bleiben und nur zu den bestehenden eine neue auf die Rente des Leihkapitals hinzugefügt werden. 60 Ein steuerfreies Existenzminimum lehnte sie ab, sondern jeder sollte — wenn auch nur ganz wenig — zu den Staatslasten beitragen, um ihn persönlich mit dem Staate zu verbinden. 61 Sie war viel stärker als die Richtung Niendorfs bemüht, an die bestehende Ordnung anzuknüpfen. Noch deutlicher wird dies an ihrer Stellung zum übrigen Reformprogramm. Die Forderung, daß die indirekte Besteuerung durch eine einfache Einkommensteuer zu ersetzen ist, machte sie sich nicht zueigen. Sie begnügte sich mit einer Senkung der Verbrauchssteuern<sup>62</sup> und war dem Tabaksmonopol und Steuern auf reine Genußmittel, wie Bier und Wein, nicht abgeneigt. Ganz im Sinne Bismarcks sah sie diese als Finanzzölle an, um den Bund von den Matrikularbeiträgen unabhängig zu machen.63 Dagegen war sie ganz damit einverstanden, daß die Schlacht- und Mahlsteuer aufgehoben wird, die unsozial ist, die ärmeren Klassen unverhältnismäßig belastet und für die Agitatoren einen guten Stoff zur Bearbeitung der Arbeiter abgibt. 64 Auf dem Gebiete der Zollpolitik erkannte sie im Gegensatz zu den liberalen Agrariern unter Umständen die Berechtigung eines Zollschutzes

an. Es gibt Lagen, in denen es im Interesse der nationalen Wirtschaft liegt, wenn ein Schutzzoll erhalten bleibt. Ein streng durchgeführtes Freihandelssystem führt vielmehr zur Herrschaft des Kapitalisten über die Welt und zur Vernichtung aller nationalen und religiösen Eigenarten. Im Sinne der Erhaltung des völkischen Eigenlebens gegenüber dem internationalen Kapital, welches überall das gleiche gesinnungslose Antlitz zeigt, ist ein Schutz der nationalen Arbeit nicht bloß gestattet, sondern notwendig. 65 Der wirtschaftspolitischen Anschauung Niendorfs, die nichts als Interessen kannte, setzte die Revue eine nationalpolitische entgegen, die von dem Wohl der Nation ausging. Ihr Konservatismus rang darum, die agrarischen Sonderwünsche mit dem Besten des Ganzen in Einklang zu bringen. Die aus dem liberalen Lager stammenden Agrarpolitiker waren darin viel skrupelloser. Auf jeden Fall aber standen sie beide zusammen auf der Seite der Landwirtschaft, wenn es dem Handel und der Industrie galt.

Die Berliner Revue nahm eine wichtige Mittlerstellung zur konservativen Partei ein. Sie war das erste konservative Blatt, das sich entschieden für die Agrarbewegung einsetzte, zu einer Zeit, in der die anderen Parteiorgane noch sehr zurückhaltend waren und von den Agrariern kaum Notiz nahmen. Durch die Veröffentlichung des Breslauer Programms und durch das günstige Ergebnis des 3. Kongresses erhielten ihre Bemühungen einen starken Auftrieb. Trotz ihrer konservativen Vorbehalte gegen die liberale Tendenz des Progr mms versprach sie ihm ihre Unterstützung.66 Von Anfang an verband sie mit der Agitation für eine Interessenpartei das Rentenprinzip von Rodbertus, welches eine Umwandlung des Grundkapitals in Grundrente verlangte. Bei dem ersten Gedanken an eine Grundbesitzerpartei nannte sie es sofort als wichtigsten Bestandteil des Programms. Die Rententheorie muß das Stichwort der Grundbesitzerpartei werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das "verderbliche Aussaugungssystem des Großkapitals" zu überwinden.67 Denn ohne ihre Verwirklichung hielt sie alle Bemühungen um eine Besserung der Lage der Landwirtschaft für aussichtslos.

Mit der alten konservativen Partei wußte sie nichts mehr anzufangen. Aus dem Zerfall der alten Partei wird eine Grundbesitzerpartei erstehen, "die bei den Wahlen ihre Männer durchbringen wird". Aus welchem politischen Lager auch die Mitglieder kommen

werden, sie sind ihr alle willkommen, wenn sie nur Landwirte sind. Die politischen Parteien wandeln sich in sozialpolitische. Daher begrüßte sie auch den Abgeordneten Niendorf als Mitkämpfer, obwohl er aus den Reihen des Fortschritts kommt. Als Landwirte schließen sich Konservative und Liberale zu gemeinsamem Handeln zusammen unbeschadet darum, daß politisch ihre Meinungen auseinandergehen.68 Dabei berief sich die Revue auf das Vorbild der Sozialisten. Wie die Arbeiter sich zur Vertretung ihrer besonderen Interessen zusammengeschlossen haben, müssen es auch die Agrarier tun. Nicht bloß zwei Interessengruppen gibt es im Staat, sondern drei: die Kapitalisten, die Arbeiter und die Grundbesitzer. Alle drei Gruppen werden in absehbarer Zeit als geschlossene Parteien auftreten.60 Landwirt und Arbeiter haben viele gemeinsame Interessen dem Kapitalisten gegenüber. Ihr Bündnis ist von Hause aus gegeben. 70 Von den Sozialkonservativen wurde also die soziale Frage mit hineinbezogen, was die übrigen Vertreter einer zielbewußten Agrarpolitik nicht taten. In dieser Frage schieden sich darum später auch die Geister.

Im Oktober 1870 übernahm Rudolf Meyer die Leitung der Berliner Revue. Er gehörte schon seit längerer Zeit zu ihren Mitarbeitern und brachte jetzt neues Leben hinein. Es gelang ihm vor allem, tüchtige Mitarbeiter zu gewinnen. Bereits kurze Zeit, nachdem er die Redaktion übernommen hatte, bat er Rodbertus um seine regelmäßige Mitarbeit. Seitdem wurde der Einfluß desselben auf die Haltung der Zeitschrift immer größer.<sup>71</sup>

Rodbertus hatte sich ganz von der Politik zurückgezogen und lebte nur seinen wissenschaftlichen Interessen. Jetzt wurde auch er von der agrarischen Welle erfaßt. Er beabsichtigte, aus seiner Reserve hervorzutreten. Der erste Schritt in die Öffentlichkeit sollte die Begründung eines agrarpolitischen Blattes sein. Dies war nicht als ein "Sprechsaal der verschiedenen Meinungen" gedacht, sondern als ein "prononciertes Parteiblatt", das nicht in die Schablone der alten Parteien paßte, sondern sich die Grundsätze einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung zueigen machte und feste Ziele erstrebte. Ohne Rücksicht auf die bestehenden politischen Parteien, ohne Ansehen von links und rechts, sollten mit aller Schärfe die berechtigten Interessen der Grundbesitzer verfolgt werden. Dabei wird das heutige Parteiengefüge zertrümmert werden und eine gänzliche

Neubildung erfolgen. Im Grundsätzlichen stimmte er mit der Berliner Revue überein und erwog daher die Zusammenlegung des von ihm geplanten Blattes mit ihr.<sup>72</sup>

Als seine Grundlage entwarf Rodbertus eine eingehende Denkschrift, die in den Schlußworten zur Gründung eines allgemeinen Blattes für die Interessen der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Grundbesitzes aufforderte. Als agrarisches Recht verlangte er Freiheit des Erbrechtes, die Möglichkeit, freieigentümliche Hofstellen anzusetzen und die Einführung des Rentenprinzips. Dazu wünschte er eine Förderung des Verkehrs, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Reform des Kreditwesens und des Steuersystems, das in Zukunft aus einer Grund- und Zinsrenten-, Lohn- und Gewerbesteuer bestehen soll, während Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben und die indirekte Besteuerung neu geregelt wird, bei der besonders der "unproduktive Umsatz" der Börse in Form einer Stempelsteuer scharf heranzuziehen ist.

Es kam Rodbertus vor allem darauf an, sich die Beteiligung eines großen Kreises einflußreicher und angesehener Männer zu sichern. Das Blatt sollte von einem Kuratorium getragen werden, an dessen Spitze nach Möglichkeit eine fürstliche Persönlichkeit steht, die persona grata sein muß. Er hütete sich ängstlich davor, in sein Programm etwas hineinzusetzen, was Bismarck und das Ministerium verstimmen konnte.<sup>74</sup> Denn es sollte nicht nur theoretische Erörterungen bringen, sondern Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen. Er beabsichtigte, das Programm nach Versailles zu schicken, um Bismarck dafür zu gewinnen. Deshalb hatte er es so ausführlich gehalten und mit reichen Begründungen versehen. Auf jeden Fall wollte er nur in Übereinstimmung mit Bismarck handeln und sich nicht in Gegensatz zu dessen Ansichten setzen.

Zu gleicher Zeit bemühten sich auch die Agrarkonservativen um das Zustandebringen eines eigenen Organs. Unter der Führung des Abgeordneten v. Holtz-Altmarien, einem alten Vorkämpfer des Breslauer Programms, beschlossen sie, zu diesem Zweck die Niendorfsche Zeitung zu erwerben. Durch Rudolf Meyer erfuhr Rodbertus davon und setzte sich mit Holtz in Verbindung, um im Sinne seines Rentenprinzips Einfluß auf die Zeitung zu gewinnen. Den Gedanken an ein eigenes Blatt ließ er nun fallen. Er selber hatte in seinem Plan noch nichts Endgültiges gesehen, sondern stellte es

zur Diskussion und schickte es zu diesem Zweck zu Schumacher<sup>77</sup> und Meyer, der es mit kleinen Abänderungen in der Berliner Revue abdruckte<sup>78</sup> und dem Breslauer Programm gegenüberstellte. Den Entwurf von Rodbertus sah er als einen bedeutenden Fortschritt an, der die wesentlichen Forderungen des Programms übernahm, es aber in notwendigen Stücken ergänzte. Die liberalen Elemente, die darin enthalten sind, erlaubten es auf die Dauer nicht, es unbesehen hinzunehmen. Dankbar wurden daher die Abänderungsvorschläge, die Rodbertus machte, willkommen geheißen, weil sie ganz in ihrem Sinne die Regelung der Agrarfrage durch Mithilfe des Staates der liberalen Lösung vorziehen.

Die Berliner Revue kam immer mehr in die Lage, zwischen den einzelnen Richtungen und Gruppen der Agrarier zu vermitteln. Sie hatte die Verbindungen zu Rodbertus. Niendorf gehörte zu ihren Mitarbeitern, und ihrer Vergangenheit nach wurzelte sie in den alten konservativen Kreisen. So ist es nicht verwunderlich, daß ihr Anteil an der Gründung des neuen Organs sehr erheblich war. Seit Ende März 1871 arbeitete sie darauf hin. Sie bedauerte, daß die Landwirtschaft kein eigenes täglich erscheinendes Blatt hatte. Denn auf die Kreuzzeitung ist kein Verlaß. Sie verhält sich ablehnend und hat die Bestrebungen der Grundbesitzerpartei angegriffen und verdächtigt.80 Es ist ein Irrtum von ihr, konservativ und Grundbesitzerpartei in einem Atemzuge zu nennen und sie gleich zu setzen. In Wirklichkeit bestehen grundsätzliche Unterschiede zwischen diesen beiden Begriffen. Zur selben Zeit gingen schon Gerüchte, daß die Berliner Revue und die Niendorfsche Zeitung miteinander verschmolzen werden sollten.81 Zum 1. Juli 1871 ging Niendorfs Zeitung tatsächlich in den Besitz der Grundbesitzer über.82 Die neue Zeitung erhielt den Namen "Deutsche Landeszeitung" und wurde gemeinsam von Meyer und Niendorf herausgegeben. Meyer übernahm den politischen Teil, Niendorf hatte die landwirtschaftlichen Fragen zu bearbeiten.83 Meyer hatte sich von vornherein ausbedungen, daß sich die Zeitung für das Rodbertussche Rentenprinzip einsetzte.84

Der Gründungsaufruf übernahm das alte Niendorfsche Programm<sup>85</sup> und betonte, daß alle bisher erscheinenden Zeitungen zu sehr den Charakter städtischer Blätter gezeigt hatten, und daß sie in erster Linie für das Publikum in der Stadt geschrieben waren.

Die Deutsche Landeszeitung wandte sich an den Landwirt und hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, Gerechtigkeit in der direkten und indirekten Steuerleistung für die Landwirtschaft zu erkämpfen. Sie war das "toryistische Zeitungsorgan".86

Die Gründer der Zeitung wollten sich auf die Erörterung agrarpolitischer Fragen beschränken und lehnten die Betrachtung der Arbeiterfrage mit Rücksicht auf ihre Leserschaft ab. Infolgedessen dauerte das gute Einvernehmen nicht lange. Nach kurzer Zeit gab es schon heftige Auseinandersetzungen um die Arbeiterfrage innerhalb der Redaktion, die zum Ausscheiden Meyers führten.87 Meyers Aufsätze "atmen zuviel Sozialistisches" und widersprechen den Interessen der Mehrheit der Leser, die sich aus dem Mittelstand, den mittleren Bauern und Landwirten zusammensetzt.88 Während Meyer darauf aus war, ein scharfes Kampfblatt mit festen Zielen zu schaffen, wollte Niendorf eine möglichst große Gemeinde um das Blatt sammeln, die unbeschadet ihrer sonstigen sozialen und politischen Anschauungen nur Agrarinteressen vertrat. Dabei störte es auch Niendorfs Pläne, daß Meyer im Kulturkampf für die Regierung Stellung nehmen wollte, weil dadurch die katholischen Bauern vor den Kopf gestoßen wurden. Er wollte nicht wie Meyer konservative Parteipolitik treiben.89 Vorübergehend kommt es zu einem Vergleich zwischen beiden Männern. Schließlich trennten sie sich aber doch, weil die "prinzipiellen Differenzen über die Auffassung der politischen Tendenzen" nicht anders auszugleichen waren. Gleich nach der Trennung ging die Deutsche Landeszeitung zum unmittelbaren Angriff gegen seinen bisherigen Mitarbeiter über. Es dauerte nicht lange, so warf sie den Sozialkonservativen ein Liebäugeln mit der Sozialdemokratie vor und das Bestreben, ihre Artikel im Neuen Sozialdemokraten abgedruckt zu sehen.90 Den Vorwurf des verkappten Sozialismus mußten sich die Sozialkonservativen in Zukunft immer häufiger gefallen lassen.

Rodbertus zeigte sich anfangs als ein eifriger Freund und Förderer des Blattes. In dem Konflikt stellte er sich, wie das nicht anders zu erwarten war, entschieden auf die Seite Meyers. Er nannte Niendorf einen "ganz rabiaten Charakter" und fällte das harte Urteil, daß "zwischen Niendorf und dem Kapitalismus der Nationalliberalen absolut kein prinzipieller Unterschied ist". Schließlich war er froh, daß Meyer aus dem "siamesischen Redak-

tionsverhältnis" befreit war.<sup>92</sup> Der Anteil Wageners an dieser ganzen Aktion ist nicht festzustellen. Wahrscheinlich hat ihn die große Politik in dieser Zeit so in Anspruch genommen, daß er für solche Parteigeschäfte keine Zeit aufbringen konnte. Moritz v. Blanckenburg billigte das Vorgehen Meyers, drückte ihm seine Zustimmung zu den beanstandeten Artikeln aus und trat auf seine Seite, war jedoch auf die Geschäftsführung der Zeitung ohne Einfluß.<sup>93</sup>

Die Kreuzzeitung hatte dem Gedanken an eine reine Agrarpartei von Anfang an ablehnend gegenüber gestanden und nie recht etwas davon wissen wollen. Nach dem ersten Kongreß der Landwirte im Jahre 1868 erörterte sie mancherlei Möglichkeiten, wie der Kreditnot der Landwirtschaft abgeholfen werden kann, schloß aber immer mit einer ganz unverbindlichen Mahnung zur Reform, ohne einen bestimmten Weg zu empfehlen.94 Für das Für und Wider der Freunde und Gegner stellte sie ihr Blatt gern zur Verfügung, enthielt sich aber, wie eigentlich immer in den letzten Jahren, einer eigenen Stellungnahme. Interessant ist besonders eine Auseinandersetzung zwischen Heinrich Leo, der an der alten Prinzipienpolitik festhielt und nichts von der agrarischen Interessenpolitik wissen wollte, und Holtz-Altmarien, der in der Kreuzzeitung immer sehr warm für die Interessenvertretung warb. Er stellte sich nüchtern und ohne Ressentiments auf den Boden der Tatsachen, rechnete mit der bereits erfolgten Kapitalisierung der Landwirtschaft, in der für die patriarchalischen Vorstellungen Leos kein Platz mehr ist.95

Sie beschränkte sich selber darauf, sachlich referierende Berichte über die einzelnen Verhandlungen zu bringen. Erst Anfang 1871, als die Bewegung so stark geworden war, daß sich eine Stellungnahme wirklich nicht länger vermeiden ließ, setzte sie sich grundsätzlich mit ihr auseinander. Wohl stimmte sie dem Breslauer Programm zu und hoffte, daß endlich der Grundbesitz in der Gesetzgebung den ihm zustehenden Einfluß zurückgewinnen wird, aber sie konnte ihre Besorgnisse nicht verschweigen. Sie blieb bei ihrer Anschauung, daß dadurch nur die Klassengegensätze verschärft werden. Eine solche Interessenpolitik treiben, heißt von konservativer Seite her den Klassenkampf organisieren. Der ideale Gehalt des Staates kommt in äußerste Gefahr. Sie befürchtete, daß die

alten Prinzipien aufgegeben wurden, und eine unverhüllte nackte Interessenpolitik an ihre Stelle trat.<sup>97</sup>

Es gab jetzt drei verschiedene Richtungen in der konservativen Partei. Zuerst haben wir die Vertreter der alten Kreuzzeitungspolitik, die aber zu einem kleinen, immer bedeutungsloser werdenden Häuflein zusammenschmolzen, dann die agrarischen Interessenpolitiker, die über eine wachsende Anhängerschaft verfügten, und schließlich die Sozialkonservativen, die aus einigen klugen Köpfen bestanden, aber ohne Anhänger waren. Die Spannung zwischen den Agrariern und den sozial eingestellten Konservativen verschärfte sich ständig. Die alte Liebe für die Grundbesitzer war endgültig erkaltet. Wohl setzte sich Meyer noch sehr intensiv ein für das Zustandekommen einer großen Zentrallandschaft. Einmal tat er es aus dem Wunsch, seiner antikapitalistischen Einstellung bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu geben und um dem Kapitalismus möglichsten Abbruch zu bereiten, andererseits weil er hoffte, daß sich hier ein sozialpolitischer Mittelpunkt bildete, der über erhebliche Geldmittel verfügte und der Anfang eines ständischen Neuaufbaues werden konnte.98

Allmählich entwickelte sich aus der Freundschaft eine geradezu feindselige Haltung gegen die Agrarier. Dies Wort bekam für sie jetzt den bekannten, heute noch wirksamen unangenehmen Klang. Es bedeutet rücksichtslose Interessenvertretung. Diese Art von Konservativen rechnete sie jetzt zu den staatsgefährlichen Elementen innerhalb der Partei. Alle arbeiterfeindlichen Forderungen kommen von ihnen. Sie sind die "enfants terribles" innerhalb der Partei, die in blinder Kurzsichtigkeit dem Abgrund zusteuern.99 Die B. R., die früher als erste die Notwendigkeit einer Grundbesitzerpartei gepredigt hatte, wollte jetzt nichts mehr davon wissen. Das "Klasseninteresse der Grundbesitzer" wurde jetzt verächtlich abgetan.100 Nach oben hin neiden sie den Kapitalisten ihre Privilegien, nach unten hin zeigen sie eine verschlossene Hand, wenn nicht gar die Peitsche. Mit solchen Leuten wie Meyer wollen sie nichts zu tun haben. 101 Als Repräsentanten dieser Richtung griffen die Sozialkonservativen ständig v. Denzin und Freiherrn v. Minnigerode an.

Als die Agrarkonservativen zu den Wahlen von 1873 einen Wahlaufruf veröffentlichten, 102 bezeichnete ihn die Berliner Revue als

ein "in der Tat höchst elendes Machwerk" und nannte ihn ein Programm voll innerer Widersprüche, in dem die Landwirtschaft in einseitiger Weise bevorzugt wird. Nur in dem Punkt über die Behandlung der Arbeiter war eine Änderung gegenüber dem Breslauer Programm vorgenommen worden. Sie war aber wichtig genug: denn es war der Passus über die Bestrafung des dolosen Kontraktbruches eingefügt worden. Damit war der Schritt getan, der noch fehlte, um die Entwickelung zur Interessenpartei zu vollenden. Neben das Eintreten für die eigenen Belange trat die Anwendung von Gewalt gegen die andern, die ebenfalls die Berücksichtigung ihrer Belange verlangten. Mit Recht sagte die Revue, daß die Agrarier die Arbeiterfrage nur soweit behandelten, als es sich um eine Modifikation in der Bestrafung handelte.103 Die soziale Frage war für sie eine reine Machtfrage. Wer die Macht in den Händen hat, für den gibt es keine soziale Frage mehr. Von einem nennenswerten Entgegenkommen gegen die Arbeiter waren sie weit entfernt.

In der Behandlung der Landarbeiterfrage behielten die Sozialkonservativen zunächst noch den alten Standpunkt bei. Sie blieben bei den überkommenen Vorstellungen, wenn sie das ehrwürdige Verhältnis zwischen Gutsherrn und Gesinde aufrecht erhalten wollten.104 Unter Umständen sollte dem Gutsherren sogar die niedere Polizeibefugnis zurückgegeben werden. 105 Gegen den "sittlichen Verfall" der Landarbeiter und Dienstboten sollte außer den religiösen Mitteln der Beeinflussung für jüngere Leute die körperliche Züchtigung und für die älteren Einsperrung in das Dorfgefängnis angewendet werden. 108 Immerhin stand ein derartiger Rückschlag, der eine unmögliche Reaktion heraufbeschwor, vereinzelt da. Aber die Tatsache, daß solche Gedanken überhaupt in der Berliner Revue geäußert werden konnten, spricht für sich selbst und läßt auf die Gesinnung des Blattes interessante Rückschlüsse zu. Nicht die genannten Mittel, aber die Auffassung, die aus diesem Vorschlage spricht, zeigt die Richtung an, in der man sich die Regelung der Verhältnisse der Landarbeiter dachte. Anders wäre es auch nicht möglich, daß die Wochenschrift auf der einen Seite für eine entschiedene Sozialreform eintrat und gleichzeitig einer Interessenvertretung der Landwirtschaft das Wort redete. Das Bündnis von Landwirtschaft und Industriearbeitern sollte auf Kosten der Landarbeiter gehen. Die Revue war zu dieser Zeit bereit, den Industriearbeitern Zugeständnisse zu machen, aber an den ländlichen Verhältnissen sollte nicht mehr als wirklich nötig verändert werden. Sie äußerte sich sehr freimütig über diesen Punkt und verteidigte ihre Politik. Wenn man über das unnatürliche Bündnis der Konservativen mit den Arbeitern spricht, so vergißt man, daß nicht die Landarbeiter ausgebeutet werden, daß auf dem Lande vielmehr der Herr der natürliche Freund des Arbeiters und daß ihr Feind der liberale Fabrikant ist; denn hier hören wir die Arbeiter klagen, während die Tagelöhner auf den Gütern der konservativen Grundbesitzer zufrieden sind. Die Sozialkonservativen nahmen tatsächlich an, daß die Lage der Landarbeiter im großen und ganzen zufriedenstellend war. Verleitet wurden sie zu diesem Urteil dadurch, daß die Landarbeiter von der sozialistischen Agitation noch nicht erfaßt waren und ihre Nöte noch nicht so an die Öffentlichkeit brachten.

Die Maßregeln, an die sie zur Verbesserung ihrer Lage dachten, waren im Geist des Patriarchalismus gehalten. Um den Landarbeitern die Gründung und Erhaltung eines eigenen Hausstandes zu ermöglichen, sollte ihr Naturallohn erhöht, d. h. das Deputat vergrößert werden. Außerdem müssen sie gesunde, zureichende Wohnungen erhalten. 108 Im Mittelpunkt stand aber die Fürsorge für den alten, invalide und arbeitsunfähig gewordenen Landarbeiter. Die Versorgung dieser Veteranen wurde dem Gutsbesitzer zur Pflicht gemacht. Er hat für die Alten und Schwachen zu sorgen. 109 legentlich wurde auch eine Tantieme in Erwägung gezogen. 110 Bei diesen positiven Maßnahmen wurde stets ängstlich daran festgehalten, daß die Rechte des Arbeitgebers auf keinen Fall beeinträchtigt werden. Es darf aus diesen Dingen den Arbeitern kein rechtlicher Anspruch erwachsen, das Abhängigkeitsverhältnis, das "Dienstverhältnis" soll bestehen bleiben.<sup>111</sup> Eine derartige Hilfe trägt den Charakter der Wohltätigkeit und ist einem Almosen bedenklich nahe gerückt. Auf die Dauer war dem Landarbeiter aber damit nicht gedient; denn weil diese Fürsorge nicht rechtlich festgelegt werden sollte, blieb er von der Gnade und der Persönlichkeit des jeweiligen Brotherren abhängig.

Die Erkenntnis der Arbeiterfeindlichkeit der Agrarbewegung erleichterte einen Umschwung in den sozialkonservativen Anschauungen über die Landarbeiterfrage. Drei neue Erscheinungen waren es, die für die weitere Stellungnahme der Sozialkonservativen ent-

scheidend wurden. Das war erstens die Landflucht. Nach den siegreichen Kriegen schossen überall in den Städten die Industrieunternehmungen aus dem Boden, die den Arbeitern reichen Lohn versprachen und ihn in die Stadt lockten. Hinzu kam zweitens die schnell zunehmende Auswanderung nach Übersee und schließlich die sozialistische Agitation unter der Landbevölkerung, die eine bemerkerswerte Beunruhigung unter die Gutsarbeiter und das Gesinde trug.

Gerade für den Großgrundbesitz wurde der Mangel an Arbeitskräften jetzt sehr fühlbar. In einer Fülle von Artikeln und Eingesandts wurde diese Frage in der Kreuzzeitung nach allen Seiten hin behandelt. Aber, was an Hilfsmitteln vorgeschlagen wurde, war meistens sehr kümmerlich und kam kaum über das rein Negative hinaus. Es zeigte sich recht eindringlich, wie hilflos man dieser Erscheinung gegenüber im Grunde war. Neben den wirtschaftlichen Eigeninteressen wurden nationalpolitische Gründe geltend gemacht, um dadurch die Bedeutung dieses Vorganges zu unterstreichen. Durch die Abwanderung werde nämlich das Volksvermögen und die Wehrkraft des Landes schwer geschädigt. Die Revue sprach von einigen hunderttausend jungen Leuten, die alljährlich aus dem Reich abwanderten. Leuten wurden geschädigt.

In der Schilderung dieser Schäden waren alle konservativen Gruppen einig, und auch in dem anderen Punkt gingen ihre Meinungen nicht auseinander. Die sich immer drohender zusammenballenden Massen des Proletariats standen ihnen besorgniserregend vor Augen. Noch ist der Landarbeiter in seinem Kern von der sozialistischen Propaganda erst wenig erfaßt worden. Aber wie lange wird es noch dauern, bis er dem Werben erliegt?<sup>115</sup> Bedenkliche Anzeichen gibt es schon genug. England hat seine ersten großen Landarbeiterstreiks erlebt, und die englische Landarbeiterschaft fängt an, sich systematisch zu organisieren. Hier und da dringt auch bei uns die Agitation erfolgreich aufs Land vor. Die Gefahr von Streiks auf dem Lande ist nicht mehr von der Hand zu weisen.<sup>116</sup> Grundbesitz und Landwirtschaft sind die Stützen des Staates. Sie müssen gegen die andringende sozialistische Propaganda geschützt werden.

Die Kreuzzeitung wußte von dieser Not viel zu reden, hatte aber keine eigene feste Meinung, wie der Not abzuhelfen ist. Sie gab den verschiedenen Ansichten in ihren Blättern freien Spielraum. Als Gesamteindruck ergibt sich, daß der Mehrzahl der Schreiber soziales Empfinden abging, daß sich nur der Interessenstandpunkt des betroffenen Landwirtes äußerte. Es waren z. T. primitive Abwehrmittel, zu denen man griff. Gegen die Auswanderung wurde das Verbot empfohlen,<sup>117</sup> durch die Einführung einer beträchtlichen Auswanderungssteuer sollte sie erschwert, durch Verstaatlichung der Auswanderungsbüros und Verbot der Auswanderungsagenten besser kontrolliert und arbeitswillige Rückwanderer unterstützt werden.<sup>118</sup>

Wenn man nach den Gründen zur Auswanderung fragte, so erklärten sie, daß zur Unzufriedenheit kein Grund besteht, daß die Arbeiter ausreichend gestellt sind, und von Notständen keine Rede sein kann. Ein ganz Radikaler schlug daher eine Lohnkürzung vor, um dadurch die Landarbeiter so arm zu machen, daß sie überhaupt nicht mehr die Mittel hatten um auszuwandern. Der wahre Grund zur Auswanderung wurde darin gefunden, daß ein Geist des Materialismus das Volk ergriffen hat, und daß eine Lohnerhöhung nur zu einer Steigerung dieser materialistischen Gesinnung führt. Der Geist der Unzufriedenheit hat das Vertrauen zur Herrschaft untergraben. Die Pfeiler der Religion sind angegriffen. Das alte patriarchalische Verhältnis und die Rückkehr zum Christentum wurde immer wieder als letztes Aushilfsmittel angepriesen. Der einzige Weg ist: "Bekehrung von den Götzen dieser Welt zu dem lebendigen Gott. 22

Neben diesen negativen Äußerungen fehlte es nicht an Stimmen, die zu Vorschlägen kamen, die nicht nur von dem nackten Interesse diktiert waren. Aber es ist offensichtlich, daß sie in der Minderzahl blieben und kaum Gehör fanden. Sie forderten die Durchführung der Sonntagsruhe, Lohnerhöhung für das Gesinde und Beteiligung am Nutzertrag. Durch die Anlage von Kolonistendörfern sollte den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, Eigentum zu erwerben.<sup>123</sup>

In diesen Forderungen war das Programm der Sozialkonservativen enthalten. Angeregt waren sie vor allem von Rodbertus. Dieser ging von der falsch verstandenen Freiheit des Grundbesitzes aus, wie sie im Gesetz vom 2. März 1850 betreffend die Ablösung der Reallast und Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse ausgesprochen war. In erster Linie wandte er sich gegen die Aufhebung der Dienstleistungen. Damit griff er einen Punkt

an, der schon immer ein Gegenstand konservativer Klage gewesen war. Diese Freiheit muß eingeschränkt werden. Den großen Grundbesitzern soll die Möglichkeit gegeben werden, kleinere Grundstücke den Landarbeitern zum freien Eigentum zu überlassen gegen die Verpflichtung, dafür an einer bestimmten Anzahl von Tagen — er sprach von 60 — dem Gutsherrn Arbeit zu leisten. Als Grund zur Auswanderung sah er nicht die Armut, sondern die Eigentumslosigkeit der Landarbeiter. Durch ein Eigentum sollen sie wieder bodenständig gemacht und zugleich den Gutsherrn die Gewähr geboten werden, daß ihnen genügend brauchbare Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Damit man nicht an eine neue glebae adscriptio denkt, stellte er eine Ablösung dieser Lasten nach einer bestimmten Zeit in Aussicht. An Land zur Durchführung dieser Maßnahmen werde es auf den großen Latifundien nicht fehlen.

An diesen Vorschlag knüpften die Sozialkonservativen an. Sie hielten ihn nicht nur für ein Mittel, Arbeitskräfte zu beschaffen, sondern zugleich für einen Ausweg aus der drohenden Proletarisierung der Landarbeiter. Die Schaffung gesunder ländlicher Arbeiterverhältnisse sei eine Notwendigkeit. Denn schlimmstenfalls werde man Demokraten erhalten, aber sicherlich keine Sozialdemokraten, die den Staat absolut negieren. Ihr altes Ideal der Schaffung und Erhaltung eines tüchtigen Mittelstandes sollte auf diesem Wege für die Landbevölkerung verwirklicht werden.

Die Revue trug diesen Gedanken in die Öffentlichkeit und sorgte unermüdlich für seine publizistische Verbreitung. Sie stimmte mit Rodbertus völlig darin überein, daß der Grund des Auswanderungsübels allein in der Eigentumslosigkeit der Landarbeiter liegt. Arbeit und Produkt müssen wieder Heimatsgefühl erhalten. Sie hatte erkannt, daß eine konservative Gesinnung nicht möglich ist, wenn die Menschen keinen Halt und Boden unter den Füßen haben, sondern mittellos umhergetrieben werden. Ihre Forderung des staatlichen Primates über private Belange wurde hier konkret in dem Verlangen nach Berücksichtigung der Landarbeiter, sei es auch auf Kosten des Großbesitzes. Zum Wohle des Ganzen werden von ihm Opfer verlangt. Dabei spielte die Überzeugung mit, daß die Zeit des Großgrundbesitzes vorbei ist, und daß ihm mit der Aufteilung und Besiedlung aus seiner wirtschaftlichen Not geholfen wird. 227 Zwischen den Großbesitz und die Eigentumslosen sollte eine breite

Schicht von Mittel- und Kleinbesitz geschoben werden. Möglichst viele Arbeiter sollten zu Besitzern gemacht werden, um allmählich lauter kleine Eigentümer zu schaffen. Das ganze Land wird mit einem dichten Netz derartiger kleiner Eigentumsstellen überzogen werden. Rudolf Meyer bezeichnete ihre Stellung einmal zutreffend als Bauernkonservatismus und sprach spottend von den Denzinschen Feudalkonservativen, die ins Museum gehören. Anstelle des Tagelöhners wird es in Zukunft den ansässigen Arbeiter geben. Arbeiter geben.

Der Bauer ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Arbeiter, der zugleich Besitzer ist, deshalb den sozialistischen Ideen fernsteht und sich von ihnen nicht beherrschen läßt. Andererseits steht er selber, weil er werktätig ist, dem Arbeiter nahe genug, um seine Forderungen zu verstehen.<sup>131</sup> Es handelte sich also nicht bloß darum, wie Rodbertus verlangte, dem Grundbesitz Arbeitskräfte zu erhalten, sondern um die Schaffung eines neuen staatserhaltenden Standes. Dadurch ging die Reform weit über die rein wirtschaftlich gedachte Auffassung von Rodbertus hinaus. Dieses staatspolitische Moment wurde noch dadurch verstärkt, daß die innere Kolonisation mit der Wehrpflicht in Verbindung gebracht wurde. Leute, die ihrer Militärpflicht genüge getan haben, sind bei der Besetzung der Siedlerstellen zu bevorzugen. Der Wehrstand wird in Zukunft als Durchgangsstadium zur wirtschaftlichen Selbständigkeit betrachtet.<sup>132</sup>

Zunächst müssen die staatlichen Domänen parzelliert werden. Bis auf ein kleines, gut abgerundetes Restgut wird das Land aufgeteilt und an die Siedler ausgegeben. Aus dem Verkauf des Restgutes ist dann wieder neues Siedlungsland zu beschaffen in den von der Auswanderung besonders stark getroffenen Gebieten. Durch diese Maßnahme gibt der Staat den privaten Besitzern ein gutes Beispiel. Inzwischen müssen die Majorate und Lehen beseitigt werden, die den befestigten Grundbesitz hindern, seinem Vorbild zu folgen. Damit war im Gegensatz zur altkonservativen Anschauung der Grundsatz vom befestigten Grundbesitz aufgegeben.

Im Zusammenhang damit wurde Einführung des Rentenprinzips verlangt. Erst dadurch wird für den Privatbesitz die Parzellierung ermöglicht werden. Oberster Grundsatz war, die Reform so durchzuführen, daß dabei keine bestehenden Rechte verletzt wurden.

Wenn es irgend zu vermeiden war, sollte der Gutsherr nicht geschädigt werden. Daher wurden als Siedlungsland zunächst solche Stücke vorgeschlagen, die weit ab liegen, schwerer zu bewirtschaften sind und für den Besitzer weniger Wert haben. Die großen Besitzer mögen sich zu Kolonisationsgenossenschaften zusammentun und an der Grenze ihrer Güter solche Kolonistendörfer anlegen. Die Restgüter werden dadurch abgerundet, die hohen Unkosten der Bewirtschaftung verringert und ein zuverlässiger Landarbeiterstand entsteht. An den Dienstleistungen, wie sie Rodbertus wünschte, wurde festgehalten. Dadurch werden die Arbeiter zu Besitzern zweiter Klasse und hören doch nicht auf, Arbeiter zu sein.<sup>135</sup>

Da es sich bei der Siedlung meist um vermögenslose Leute handelt, ist die Finanzierung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Diese wird dadurch überwunden, daß der ehemalige Reinertrag des zur Siedlung kommenden Bodens in Gestalt einer Rente auf diesen Boden gelegt wird. Mitsamt einem kleinen vom Grundherrn geliehenen Betriebskapital soll sie in 50 Jahren amortisiert werden. Sie wandten sich gegen eine Enteignung des Besitzers und rückten bewußt von allen sozialistischen Vorschlägen ab, die auf eine entschädigungslose Abtretung des Bodens ausgehen. Solange noch Rentenschulden auf den Grundstücken liegen, sind die Besitzer zu Dienstleistungen verpflichtet. Eine Unstimmigkeit bestand nur über die Größe der einzelnen Stellen. Meyer dachte nur an solche, die gerade zur Deckung des Eigenbedarfes ausreichen, während einige seiner politischen Freunde selbständige Bauernstellen schaffen wollten.

Mit der Siedlung erschöpfte sich ihre Fürsorge für den Landarbeiter nicht. Auch die Lohnfrage wurde in den Kreis ihrer Erwägungen einbezogen. Sie forderten eine direkte Lohnerhöhung. Auch hier fußten sie wieder auf ihrem Lehrer Rodbertus. Seinen Satz, daß mit dem steigenden Nationaleinkommen auch progressiv der Lohn mitsteigen muß, suchten sie nicht bloß auf die Verhältnisse in der Industrie anzuwenden, sondern dehnten sie auch auf die ländlichen Betriebe aus. Die Ersparnisse, die die Landarbeiter dabei machen werden, können sie in Grundbesitz anlegen. Um dem Gutsbesitzer diese Lohnerhöhung möglich zu machen, ist im Sinne der Forderungen der oben geschilderten Agrarpartei eine Steuerreform notwendig. Ehe die Landwirte sich gegen den Arbeiter und

seine Forderungen wenden, sollen sie sich lieber mit ihm verbünden und den gemeinsamen Feind, das Kapital, ins Auge fassen und

bekämpfen.

Dazu kam der Vorschlag, den Arbeiter am Ertrage des Gutes zu beteiligen. Entweder sollten freieigentümliche Hofstellen angesetzt oder die Arbeiter am Gewinn beteiligt werden. 141 Beide Lösungen wurden für gleichwertig erachtet. Als besonders wertvoll erschien die letztere Einrichtung deshalb, weil sich daraus eine neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und -nehmer entwickeln muß. Der Dorfbewohner wird dadurch unmittelbar am Ergehen des Gutsherrn beteiligt. Er "bildet mit ihm gleichsam eine Familie". Das alte patriarchalische Verhältnis wird "unter dem Lichte eines fortschrittlichen Zeitalters" erneuert und auf eine ganz neue Basis gestellt.142 Auf diesen Vorschlag wurde großer Wert gelegt, weil er die Möglichkeit bot, an einen konservativen Lieblingsgedanken anzuknüpfen. Im Gegensatz zum französischen Sozialismus, der auf der tabula rasa eine völlig neue Ordnung schaffen will, sollte mit Hilfe des Anteils am Gewinn aus den bestehenden realen Verhältnissen heraus die Lösung der sozialen Frage gestaltet werden. Aus Schumachers Feder stammten die meisten Artikel, die dieses Thema behandeln.

Rodbertus lehnte den Anteil am Gewinn entschieden ab. Auf der Basis des Kapital- und Grundeigentums hielt er Lohnerhöhung und Gewinnanteil für einen Abweg, der nicht zu einer befriedigenden Lösung führen wird. Der Tantiemelohn kann erst fruchtbar werden, wenn die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine andere ersetzt sein wird. Bei dem schwankenden Ertrage der Güter ist dadurch die Lohnfrage in eine "Schaukel" gesetzt. Hier stoßen wir auf einen der Punkte, wo sich der Sozialist Rodbertus von den Konservativen scheidet. Ihm konnte diese Lösung nicht genügen. Er erwartete einen Umbau der gesellschaftlichen Grundlagen. Darum spottete er über die "Biergeldlösung".143

Die Erfolge, die ihren Vorschlägen beschieden waren, blieben recht bescheiden. Erstens war die Zeit sehr stark durch die großen politischen Fragen beansprucht, andererseits stand das Interesse für die Industriearbeiter viel mehr im Vordergrund. Immerhin sind verheißungsvolle Anfänge von der Inneren Mission unter der Leitung Wicherns gemacht worden. Von ihm ging die Initiative aus zu einer

Konferenz ländlicher Arbeitgeber, die für den Mai 1872 einberufen wurde. Von der Seite der Sozialkonservativen nahmen Rudolf Meyer und Hermann Schumacher daran teil und übten einen großen Einfluß auf die Entschließungen aus.

Wichern beschäftigte sich seit 1870 eingehender mit der Arbeiterfrage. Er veranlaßte den Zentralausschuß der Inneren Mission die Arbeit auf diesem Gebiete aufzunehmen. Aber er drang infolge seines hohen Alters nicht mehr so durch, wie er wollte. Die Innere Mission machte sich seine Forderung nicht in genügendem Maße zueigen. Immerhin rief der Zentralausschuß doch die Konferenz zusammen. Unter den 21 Teilnehmern waren 12 Großgrundbesitzer. Als Motive für diese Konferenz wurden Auswanderung und die sozialistische Forderung nach Kollektiveigentum an Grund und Boden angegeben. Es waren also dieselben Gründe, die die Berliner Revue veranlaßten, sich mit der Landarbeiterfrage zu beschäftigen.

Die Mitarbeit der Sozialkonservativen bezeugen Stück 13 und 19 der Entschließung, die als Ergebnis der Versammlung verfaßt wurde. In dem Punkt 13 wird für Tantiemelöhnung und in Punkt 19 für die innere Kolonisation eingetreten. Bei der Durchsetzung dieser Wünsche waren die Sozialkonservativen anfangs auf einigen Widerstand gestoßen. Der aus dieser Konferenz hervorgehende Verein "Konferenz ländlicher Arbeitgeber" ist von keiner langen Lebensdauer gewesen, obwohl die Sozialkonservativen zunächst durch Schumacher, seit 1873 auch durch Meyer im Vorstand vertreten gewesen sind. 148

Rodbertus war mit dieser Wendung seiner Freunde gar nicht einverstanden. Verquickung der sozialen Frage, die sich für ihn in zwei Worte fassen läßt: Mehr Lohn, mit der sittlich-religiösen war ihm sehr unsympathisch. Er empfand dabei einen wahren Schauder. Durch die Behandlung als sittlich-religiös verliert die Lohnfrage ihre "Brutalität" und "kommt billiger zu stehen". Über die Maikonferenz ließ er seinen bitteren Spott an Schumacher folgendermaßen aus: "Wie das alles trieft von Sittlichkeit! — Genug mein teurer Freund, ich kann nicht anders, ich muß Sie etwas verhöhnen!"<sup>149</sup> Meyer gegenüber bezeichnete er das Programm als etwas Zusammengeleimtes, was nicht lange halten werde.<sup>150</sup> Auf

Schritt und Tritt stoßen wir auf solche Stellen, wo in den Fragen des praktischen Handelns die Maßnahmen der Sozialkonservativen und die Absichten von Rodbertus sich widersprachen. Bei aller Gemeinsamkeit war eben doch nur eine Vernunftsehe zwischen ihm und den Konservativen zustande gekommen. In ihrem Verhältnis gab es soviele Bruchstellen, daß auf die Dauer mit keinem fruchtbaren Zusammenarbeiten zu rechnen war.

Wagener arbeitete in der Richtung der Maikonferenz weiter. In einem Pro memoria, das sicher nicht lange danach aufgestellt und wahrscheinlich für den Fürsten Bismarck bestimmt war, trat er für die innere Kolonisation ein und richtete an die Regierungen von Preußen und den beiden Mecklenburg das dringende Ersuchen, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. 151 Tatsächlich kam er damit an die richtige Adresse. Im folgenden Jahr regte Bismarck Beratungen über die ländliche Arbeiterfrage an, die unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers standen. Als Sachverständige wurden auf ausdrücklichen Wunsch Bismarcks Moritz v. Blanckenburg und v. Wedell-Malchow hinzugezogen. Die Verhandlungen erstreckten sich auf Auswanderungsverhältnisse, Regelung des Verhältnisses zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitern und die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Landarbeiter durch Zerstückelung von Grundstücken, Gründung neuer Ansiedlungen und Heranbildung eines freien grundbesitzenden Arbeiterstandes durch die Vermittlung staatlicher Geldinstitute.152

Ein Blick genügt, um den Einfluß des Agrarprogramms der Sozialkonservativen festzustellen. Die angeführten Punkte enthalten ihre Anschauungen über die Behandlung der Landarbeiterfrage. Da diese Beratungen auf Veranlassung des Reichskanzlers stattfanden, so ist der Einfluß, den sie damals auf Bismarck ausübten, ganz klar. Sein Wille, hier einzugreifen, war entschieden sehr stark. Denn am Ende des Jahres wollte er, wie wir sehen werden, Moritz v. Blanckenburg zum Landwirtschaftsminister machen. Neben den politischen Gründen spricht alles dafür, daß diese Berufung eine Fortsetzung der mit den Ministerialberatungen begonnenen Maßnahmen bedeuten sollte. Wir dürfen es nicht als Schuld Bismarcks gelten lassen, wenn er nicht erreicht hat, was er wollte, sondern schließlich gezwungen wurde, sich auf die Liberalen zu stützen.

## § 2. Die Sozialpolitik.

Ebenso wie auf dem agrarpolitischen Gebiete erfuhren ihre Gedanken auch auf dem sozialpolitischen eine erhebliche Weiterbildung. Zunächst fuhren sie fort in der kritischen Auseinandersetzung mit der liberalen Wirtschaftsauffassung. In zwei großen Aufsätzen in der Berliner Revue¹ wurden die Ansichten der Sozialkonservativen von dem Nationalökonomen Hermann Roesler² zum ersten Mal systematisch zusammengefaßt.

Roesler brach mit der aus abstrakten Naturgesetzen abgeleiteten Wirtschaftstheorie, die sich auf Adam Smith beruft und im Manchestertum eine zeitgemäße Ausprägung gefunden hat. Aus zwei Grundanschauungen fließt sein System. Während das logischmathematische Naturgesetz, einmal erkannt, unabänderlich und unwandelbar seine Bedeutung behält und keine Entwicklung zuläßt, beruft er sich auf den Grundsatz des biologischen Wachstums, das alles in einer Kette aufsteigender Kontinuität betrachtet. Dem abstrakten Naturgesetz stellt er das Werden in der Geschichte gegenüber und verbindet damit die Betonung des konkreten uns in der Wirklichkeit gegebenen Gegenstandes. Aus dem Wesen und Werden der Dinge soll die Wirtschaft ihre Gesetze ableiten und nicht aus überkommenen, für unverrückbar gehaltenen Sätzen. Die "Idee des Sozialrechtes ist geschichtlich gegeben, also konkrete, gemeinschaftliche Entwicklung". Es ..ist ein notwendiges Ergebnis eines tief zusammenhängenden, stetig fortschreitenden Entwicklungsprozesses".4 Aus den beiden Begriffen des Organischen und des geschichtlichen Geschehens lassen sich alle übrigen ableiten.

Im Anschluß an die bisherige konservative Soziallehre betrachtet er den Menschen nicht als ein isoliertes Einzelwesen, sondern er lebt in Gemeinschaft mit seinesgleichen und erhält erst durch diese Gemeinschaft seine Bestimmung.<sup>5</sup> Er ist nicht bloß physisches, sondern auch geistiges und sittliches Wesen.<sup>6</sup> Aus diesem Glauben an die geistige Natur des Menschen folgert er, daß es im Leben der Menschen, soweit überhaupt ihr Wille reicht, kein willkürliches Walten der Naturgesetze gibt. "Wenn in der Gesellschaft ein Mensch vor Hunger stirbt, so tötet ihn nicht das Naturgesetz, sondern das Walten des sozialen Gesetzes".<sup>7</sup> Der menschliche Wille und die menschliche Persönlichkeit sind hervorragende gesellschaftsgestal-

tende Faktoren, die die Naturgesetze in geistiger Freiheit anwenden. Daher können sie auch bei der Gestaltung des Wirtschaftslebens nicht ausgeschaltet werden.8 Weil aber die Gesamtheit über das Individuum gestellt ist, darf die Wirkung der Naturgesetze nicht nach ihrem Einfluß auf das Einzelindividuum beurteilt werden, sondern im Zusammenhang der ganzen Gesellschaft. Hier gelten nicht die Naturgesetze, sondern Rechtsgrundsätze.<sup>6</sup> Der Sinn der Gesellschaft besteht darin, Kultur zu schaffen. Durch diese Kulturzwecke erhält die Wirtschaft als Teil dieser Gesellschaft ihre organische und historische Bestimmtheit. Will also ein Volk zur Kultur gelangen, so muß es sich nach den Regeln des sozialen Lebens bewegen.10 Es muß daher auch die Wirtschaft ihnen unterordnen. In der Einheit des sozialen Körpers bildet sie nur ein Glied unter vielen. Sie ist nicht ein selbständiges, nach eigenen Gesetzen lebendes Wesen, sondern ein "integrierender Bestandteil der Gesellschaft".11 Aus der Wesensbestimmung der Gesellschaft als Kulturträger folgt, daß sie nicht auf Naturgesetze, sondern auf sittliche Begriffe zurückzuführen ist. 12 Das Naturgesetz von Adam Smith ist vielmehr die "Emanzipation des Kapitals von Sitte und Recht". 13 Die Wirtschaft hat keinen Anspruch darauf, Selbstzweck zu sein, sondern hat lediglich Mittel für sicherstehende Zwecke zu liefern. Es gibt keine voraussetzungslos für sich bestehenden Wirtschaftsgesetze, sondern diese sind historisch bestimmt und gehen aus der Gesamtlage der Gesellschaft hervor.14

Innerhalb der Gesellschaft ist allen die gebührende Freiheit zu verschaffen, nicht die Freiheit im Sinne des Kapitalismus, sondern Kapital und Arbeit sollen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Der Arbeiter ist nicht nur Werkzeug in der Hand des Besitzenden, sondern "sein freier Mitgenosse im Ausbau des menschlichen Daseins".¹⁵ Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gründet sich ebenfalls nicht auf Naturgesetze, sondern ist nach sittlichen Regeln zu entwickeln; die Ethik hat den Maßstab dafür zu liefern, wie sich beide zueinander zu verhalten haben.¹⁶ Aus der Berufung auf das Naturgesetz ergibt sich das Recht, alle positiven Rechtssatzungen zu zerstören, und das bedeutet, daß das positive Recht dem Naturrecht geopfert wird.

Sehr nachdrücklich betont Roesler, daß die von dem Liberalismus vertretenen Sätze zu einer völligen Zerrüttung der Gesellschaft,

zu einer Unterdrückung der wirtschaftlich Schwachen und zur Vernichtung des Arbeitsrechts führen muß. The Demgegenüber hat der Staat die Pflicht einzugreifen, um die Einheit des gesellschaftlichen Organismus aufrecht zu erhalten und um zu verhindern, daß das positive Recht der bestehenden Ordnung von dem Sozialismus verdrängt wird, der nichts anderes ist als die konsequente Durchführung der naturgesetzlichen Methoden. Ungewollt wird der Sinithianismus zum Wegbereiter des Sozialismus. Die Arbeiterbewegung kann nur dadurch in vernünftige Bahnen geleitet werden, daß man der Lehre von Smith, "dessen Theorie und Praxis sie verschuldet hat, mit allem Bewußtsein und mit aller Bestimmtheit entsagt". Der Staat hat die Pflicht, regelnd in allen Punkten in das Wirtschaftsleben einzugreifen, wenn es im Interesse der Allgemeinheit liegt. Denn "überall entscheidet das öffentliche Interesse, nicht der Privatwille". Den Privatwille". Den Privatwille". Den Privatwille".

Der Begriff des Privateigentums muß erhalten bleiben, weil es ein nicht zu entbehrendes Prädikat der Persönlichkeit ist und das eigentlich kulturschöpferische Element darstellt. Das Eigentum hat aber einen sozialen Gehalt in sich, von dem "die herrschende Nationalökonomie keine Ahnung hat".20 Die heutigen Eigentumsrechte sind nicht absolut ewig und unveränderlich, sondern ein schrankenloses Privateigentum ist eine Hypothese.21 Die Rechte und Pflichten des Eigentums müssen den Kulturbedürfnissen der Arbeit entsprechen. Es darf nicht "lauter Wucher und Schacher" damit getrieben werden.<sup>22</sup> Aus einem Kompromiß zwischen der historischen Entwicklung und den modernen Verhältnissen sind die bestehenden Rechte hervorgegangen, und sie werden sich mit den sozialen Zuständen weiterbilden. Im Mittelalter herrschte ein anderer Rechtsbegriff als im Altertum.<sup>23</sup> Das Privateigentum als solches wird dadurch aber nicht angetastet. So gut wie der Eigentumsbegriff des Junkertums, dem Obereigentum und Unfreiheit der Bauern für göttliches Recht galt, umgestoßen wurde, ohne den Begriff des Privateigentums zu zerstören, wird auch die jetzt herrschende liberale Auffassung einer sozialrechtlichen weichen müssen.24 Es ist die Pflicht der Wissenschaft, das soziale Recht im Zusammenhang mit der Zeit zu entwickeln. Die klassische Nationalökonomie ist überholt. "Nicht das absolute Gewinnen (d. h. genießen vom exklusiven

Standpunkt des Einzelnen aus), sondern Verteilung des gemeinsam erzielten Produktes auf Grund innerlich zusammenhängender Rechte und Pflichten ist das bestimmte Prinzip für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Menschen untereinander."<sup>25</sup> Dem "absoluten Kapitalwucher" müssen "Zaum und Zügel" angelegt werden. Den Arbeitern kann aber umgekehrt nicht der ganze Ertrag der Produktion zugestanden werden,<sup>26</sup> sondern mit Hilfe des öffentlichen Rechtes muß das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit erhalten bleiben und "die erreichte Kulturhöhe nach beiden Seiten im gemeinsamen Interesse gesichert werden".<sup>27</sup> Dem Arbeiter muß das seiner Arbeitspflicht gebührende Auskommen gegeben werden. Darüber hinaus darf er das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht stören und nicht danach trachten, sich zum Herrn über das Kapital zu machen.<sup>28</sup>

Weil die Arbeit keine Ware ist und daher nicht nach rein technischen Rücksichten behandelt werden darf, sie vielmehr eine menschliche Berufsleistung sittlicher Art ist, so ist eine rechtliche Organisation der Arbeit, die ihrem wahren Wesen entspricht, nötig.<sup>29</sup> In dieser Forderung ist das Verlangen nach einem Arbeitsrecht enthalten. Er vergleicht es mit dem alten Zunftrecht, das aber nicht einfach in seiner alten Form erneuert werden kann. Die einzelnen Verhältnisse, auf die das Arbeitsrecht sich erstrecken soll, werden nur angedeutet. Es hat sich mit der Zuteilung der Arbeitslast, der Festsetzung der Arbeitspflicht für den einzelnen Arbeiter, der Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Bestimmung der Lohnsätze und dem Schutz gegen moralische und physische Nachteile bei der Arbeit zu befassen.30 Roesler will Normen schaffen für die Festsetzung des Arbeitsverhältnisses.<sup>31</sup> Diese sind von einem Rechtsverband zwischen Kapital und Arbeitern zu überwachen. In diesen Punkten ist ein ganzes Programm für eine weitgehende Sozialreform enthalten, die bei ihrer Durchführung sehr einschneidende Maßregeln bringen, aber nirgends ihren konservativen Ursprung verleugnen würde. Denn immer betont er den Grundsatz des suum cuique, jedem das ihm gebührende Recht innerhalb der Volksgemeinschaft zukommen zu lassen, keinen Stand oder Klasse auf Kosten der Übrigen zu bevorzugen. Die bei ihm zu Tage tretende Wertschätzung der Persönlichkeit, deren sittliches Sein von der modernen technisierten Zivilisation bedroht ist, legt es ihm nahe, von konservativen Grundsätzen auszugehen. Deshalb soll sie immer in den Gesamtorganismus eingegliedert werden. So wertet er auch die Gewerkvereine, die er nicht ohne weiteres ablehnt. Er macht ausdrücklich auf ihre Tätigkeit aufmerksam und hebt hervor, welche gemeinschaftsbildende Kraft in ihnen als Gegengewicht enthalten ist gegen die durch die Arbeitsteilung hervorgerufene Spezialisierung des Einzelnen. Die technisch getrennten Berufe werden auf einer gemeinsamen sozialen Basis wieder zusammengeschlossen.32 Der Gedanke der ständischen Gliederung des Volksganzen wird durch sie aufrechterhalten. Die in den Gewerkvereinen enthaltenen Ansätze müssen in dieser Richtung ausgebaut werden. Zugleich wird durch eine rechtliche Gestaltung der Berufszweige dem "maßlosen Umsichgreifen des Kapitals" eine Schranke gesetzt.33 Diese Vereine haben Kapitalisten und Arbeiter in sich zu vereinigen. Streiks zu verhindern und eine friedliche Entwicklung anzubahnen, indem die beiderseitigen Rechte und Pflichten durch bindende Beschlüsse festgelegt werden.34

Als Ideal schwebt Roesler ein Staat vor Augen, in dem alle Stände und Klassen in harmonischer Gleichberechtigung nebeneinander stehen. Zu innerst verankert er diesen Staat in der religiösen Sphäre. Der sozialen Gesetzgebung muß eine Vertiefung des religiösen Gefühles parallel gehen und das christliche Bewußtsein verstärkt werden.35 Das Wirtschaftsleben, das sich nicht auf ein unabänderliches Naturgesetz zurückziehen kann, wird in die christliche Staatsanschauung eingebettet. Es muß der Ausdruck der göttlichen Weltordnung werden, da die irdische Welt dazu bestimmt ist, Gottes ewige Gedanken zu realisieren und "im Fluß der menschlichen Lebensordnung auszuführen".36 So ist für Roesler die Sozialreform geradezu ein Gebot des Christentums. Die sittliche Berechtigung zu seinen Forderungen nimmt er aus der christlichen Ethik. Im Gegensatz zu den Vertretern des Legitimitätsprinzips und des göttlichen Rechts, die die bestehende Ordnung aus der christlichen Sittenordnung hergeleitet und jede Veränderung als damit nicht im Einklang bezeichnet hatten, zieht er den Schluß, daß sich die bestehenden Zustände nicht unbesehen mit der christlichen Welt gleichsetzen lassen. Stahl hatte dem Staat dieselbe Aufgabe gestellt wie Roesler, aber in der Praxis gehen sie weit auseinander. Roesler ist ein Mensch der neuen Zeit. Er kann viel radikaler fordern. Stahl ist in der Verteidigung gegenüber dem Liberalismus, Roesler greift ihn an. Sein Konservatismus ist viel weiter gefaßt als der der vorhergehenden Generation. Die einzelnen Rechtsformen veralten. Aber der "ewige Geist" in den menschlichen Dingen überdauert sie. Das Kennzeichen des konservativen Menschen ist es, ihn auch in der "neuen Wandlung" zu erkennen und danach zu handeln.³7 Er ist ein Vertreter des Konservatismus, der sich von einem Steckenbleiben im Formalismus freimacht und überliefertes und fortschreitendes Leben zu einer organischen Einheit in der Volksgemeinschaft zusammenfügen will.

Über die Gegensätze von Stahl und Peguilhen hinaus, schuf er eine neue Einheit und legte damit das geistige Fundament für das sozialkonservative Wirken. Die soziologische Betrachtungsweise Peguilhens, die das Gesetzlich-mechanistische noch sehr stark betonte, aber der Erfahrung einen weiten Platz einräumte, verband sich mit der religiösen Begründung, die Stahl gegeben hatte. Das Neue, das er hinzu tat, und worin er auch über Glaser hinauskam, war die Einführung des ständigen historischen Wechsels. Die Entwicklung ist sowohl Kontinuität wie Veränderung. Ohne das eine zu vernachlässigen, zog er die zweite Seite heran und wurde dadurch in Stand gesetzt, den sozialen Gedanken weiterzubilden, indem er jede Sozialverfassung als eine nur vorübergehende, der Veränderung unterworfene Erscheinung auffaßte und nicht mehr wie Peguilhen oder Stahl nach einer Normalverfassung suchte.

Die praktische Behandlung der Arbeiterfrage war nach der Verleihung des allgemeinen gleichen Stimmrechtes in ein neues Stadium getreten. Denn jetzt bestand die Möglichkeit, daß die Arbeiter die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nahmen. Die erste Voraussetzung einer wirksamen Abwehr dieser Gefahr war, daß man die wirklichen Verhältnisse der arbeitenden Klassen nicht beschönigte, um einen erfolgverheißenden Ansatzpunkt zu finden. Diese Bedingung wurde von den Sozialkonservativen erfüllt.

Sie stimmten mit den Sozialdemokraten überein in der Verurteilung der liberalen Wirtschaftslehre und scheuten sich selbst nicht, sich auf die Gesellschaftskritik von Marx zu berufen.<sup>38</sup> Sie verdammten daher das "ohnmächtige und von sozialistischen Agitatoren jammervoll irregeleitete Ringen des Arbeiterstandes" nicht von vornherein, sondern suchten es als die tiefe Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der sie Menschen und Bürger sein können, zu deuten. Den Fortgang der sozialistischen Agitation selbst verfolgten sie dagegen nur mit großer Sorge. Die enge Verbindung, die weite Arbeiterkreise damals mit den Fortschrittlern eingegangen waren, stimmte die Konservativen sehr bedenklich. Die Konfliktszeit war noch frisch in ihrem Gedächtnis. Sie fürchteten bei einem zweiten Konflikt zwischen der Krone und der Volksvertretung für den Bestand des Königtums, weil die wachsende Arbeiterbewegung sicher nicht auf der Seite der Regierung stehen würde. Deshalb wäre es ein schwerer Fehler, die Arbeiter sich selbst und damit der Ausbeutung durch den Kapitalisten zu überlassen. Eine Revolution war nach ihrer innersten Überzeugung nur durch eine ausgedehnte Sozialreform aufzuhalten und zu verhindern.

Noch ist es für eine tatkräftige Initiative der Regierung nicht zu spät.41 Nur die Staatsgewalt ist der Arbeiterbewegung noch gewachsen. Sie muß daher die Lösung der sozialen Frage tatkräftig in die Hand nehmen. Nicht von unten her, sondern von oben - so benutzten sie jetzt den ihnen geläufigen Ausdruck -- muß die Abstellung der Mißstände erfolgen. Wie das preußische Königtum einst die Bauernfrage geregelt hat, wird es auch die Arbeiterfrage zu einem guten Ende bringen. 42 Die Bestimmung des Staates ist es, den Frieden innerhalb seiner Grenzen aufrechtzuerhalten, für ein geordnetes Gemeinschaftsleben seiner Bürger zu sorgen und den Ausbruch des Klassenkampfes zu verhindern. Die aus der Ungleichheit der Natur und der historischen Entwicklung hervorgegangenen Verhältnisse müssen von ihm in Ordnung gehalten werden. Auf die Dauer kann er in seinem Innern den Kampf einer Klasse gegen die andere nicht dulden, ohne nicht in seinen Fundamenten erschüttert zu werden.43

Während die Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf die anderen Klassen nur die Belange der Arbeiter durchsetzen wollten, stellten sie grundsätzlich das Volksganze über die Teile. Allen Gliedern der Volksgemeinschaft muß der gerechte Anteil am Arbeitsertrage gewährt werden. Daß dies nicht geschehen ist, daß das Kapital die Vormacht ausübt, ist der Grund zur Entstehung der sozialen Frage. Weil das Ganze wiederum mit dem Wohlergehen aller seiner Glieder unlösbar verbunden ist, so ist das Geschick aller anderen Staatsbürger mit dem der Arbeiter eng verknüpft. Die Lösung der sozialen

Frage ist daher nicht die Privatangelegenheit einer einzelnen Berufsgruppe, sondern eine nationalpolitische Frage von höchster

Bedeutung.

Die Forderungen der Arbeiter wurden grundsätzlich als bezechtigt anerkannt. Von einer Wohlfahrtspflege mit christlichem Beigeschmack wollten die Sozialkonservativen nichts wissen. Die Methoden der Wichernschen Inneren Mission hielten sie solange für verfehlt, als nicht eine tatkräftige äußere Hilfe der Verkündigung des Christenums zur Seite trat. Nicht Liebesgaben brauchte der Arbeiter, sondern er verlangte nach Rechten, die seine soziale und wirtschaftliche Lage besserten und ihn zu einem gleichberechtigten Glied der Volksgemeinschaft machten.

Ihre besondere Aufmerksamkeit richteten sie jetzt auf die Arbeiterschutzgesetzgebung. Daß ihre Vorschläge wirklich eine erhebliche Verbesserung versprachen, wird durch nichts besser gekennzeichnet als durch die Anerkennung, die ihre Bemühungen bei den sozialistischen Arbeitervertretern im Norddeutschen Reichstage fanden. Sozialkonservative und Sozialdemokraten arbeiteten Hand in Hand, um eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung durchzubringen. Die Beratung der neuen Gewerbeordnung im April 1869 wurde von ihnen benutzt, um eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Anträge einzubringen. Bebel, der Vertreter der sozialistischen Richtung, die Marx folgte, hatte dagegen ein unüberwindliches Mißtrauen gegen die Sozialkonservativen. Auch diese Gelegenheit benutzte er wieder, um Wagener als den königlich preußischen Hofsozialisten zu diffamieren, dem es nicht ernst ist mit seinen Anträgen, sondern der bloß die vertrauensseligen Arbeiter für die Regierung einfangen soll.46 Von den Sozialkonservativen und den Vertretern des Allgemeinen Arbeitervereins wurden eine Reihe von Anträgen gestellt, die soweit übereinstimmten, daß der Präsident des Hauses keine Bedenken trug, sie gleichzeitig zu behandeln und abstimmen zu lassen. 47 Es handelte sich darum, die Altersgrenze für das Verbot der Kinderarbeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufzusetzen, und die Sonntagsarbeit ganz zu verbieten.48 Die Begründung dieses Antrages ist besonders dadurch interessant, als der Antragsteller Brauchitsch nicht so sehr die religiöse Seite betonte, die von den Konservativen bisher in den Vordergrund geschoben wurde - bezeichnete doch die Kreuzzeitung einmal die Sonntagsruhe als das Grundrecht eines jeden Christen<sup>40</sup> — sondern daß es ihm vielmehr auf die sittliche und nationalökonomische ankam.<sup>50</sup> Außerdem sollte der zwölfstündige Normalarbeitstag eingeführt werden. Brauchitsch forderte daneben noch die Einführung von Fabrikinspektoren. Er lehnte den Paragraphen 138 der Gewerbeordnung, der nur ganz allgemein von Aufsichtsorganen spricht, ab, und verlangte die Anstellung von staatlichen Aufsichtsbeamten, die die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen in den Betrieben überwachen sollten.

Keiner dieser Anträge wurde jedoch angenommen. Auch die Regierungsvertreter, die vom Geiste des wirtschaftlichen Liberalismus erfüllt waren, ließen ihnen keine Unterstützung angedeihen. Das war für die Sozialkonservativen eine schwere Niederlage. Denn sie sahen es als ihre Aufgabe an, mit der Regierung und auf dem legalen Wege die Sozialreform durchzuführen. Der Appell an das Volk, der den Sozialisten als letztes Mittel immer blieb, die Drohung mit der Revolution und ihre Entfesselung war für sie ein Ding der Unmöglichkeit. Es war schon ein eigentümlicher Anblick, wie sie mit den Sozialdemokraten Seite an Seite im Parlament zusammenkämpften, und es liegt eine gewisse Tragik darin, daß sie bei ihnen Zustimmung fanden, während sie von der Regierung abgelehnt wurden.

Die soziale Fürsorge muß über den einzelnen hinausgehen und der Familie zugute kommen, die über dem Individuum steht.<sup>51</sup> Die Forderungen, die den Arbeiterschutz betreffen, waren zugleich dazu bestimmt, das Familienleben zu schützen und zu fördern. Die Einführung der Sonntagsruhe wurde ausdrücklich damit begründet, daß ein Tag in der Woche der Familie gehört.52 Und die Lohnerhöhung war dazu bestimmt, einem geordneten Familienleben die materiellen Unterlagen zu bieten.53 Durch die Beschäftigung der Frauen und Kinder in den Fabrikbetrieben wird Familie, Hausstand und Ehe gestört. So ist der Arbeiter aus jedem organischen Zusammenhange herausgerissen. Die Frauen- und Kinderarbeit muß daher eingeschränkt, bei verheirateten Frauen nach Möglichkeit, bei schwangeren bestimmt verboten werden. Alle ihre Forderungen waren ihnen nicht Selbstzweck, sie wurden vielmehr dazu gestellt, dem Arbeiter ein geordnetes Familienleben zu ermöglichen. Denn unter den bestehenden Umständen war dies kaum möglich.

Da auch die Familie nur einen Teil der Gesellschaft bildet, so

wünschten sie das Individuum noch in anderer Weise und fester einzuordnen. Die Kritik am Liberalismus hatte von jeher die durch die Auflösung aller Bindungen hervorgerufene Atomisierung getadelt und den ständisch aufgebauten Staat als Ideal gepriesen. In allen Wandlungen der Zeit ließen sie von diesem Gedanken nicht los. In dieser Zeit knüpften sie geschickt an die Arbeiterkoalitionen an, die sich nach der Freigabe des Koalitionsrechtes bildeten. Nach der Aufhebung der Zunftordnung und der Einführung der Gewerbefreiheit schaffen die Arbeiterkoalitionen eine gesunde Reaktion darauf.54 Es äußert sich in ihnen der gesunde Trieb nach organischer Gestaltung. In ihnen ist ein echter Wille am Werk, der nur in die rechten Bahnen gelenkt werden muß.55 Zu ihrem eigenen Schutz, nicht um sich eine Machtstellung zu erringen, bedürfen die Arbeiter einer festen Organisation.<sup>56</sup> Im Gegensatz zur alten Zunft erfolgt der Beitritt freiwillig, und liegt die Anziehungskraft allein in den Leistungen und Vorteilen, die sie aufzuweisen haben.<sup>57</sup> Der Wettbewerb der Arbeiter untereinander soll dadurch ausgeschaltet werden; die Löhne mit den Arbeitgebern zu vereinbaren, übernehmen diese Arbeiterkorporationen.<sup>58</sup> Eine Arbeitervereinigung, die nur den Kampf auf ihre Fahne geschrieben hat, hat ihren Zweck verfehlt. Die Gewerkvereine sind nicht für einen organisierten Krieg bestimmt. sondern für die Versöhnung der Klassen untereinander. 59 Wagener dachte an eine Art Werkgemeinschaft, der Unternehmer und Arbeiter angehören, und die auf dem Glauben an das gemeinsame Interesse am Werk aufgebaut ist. So sollen Kapital und Arbeit aufs neue zu einer "sittlichen Einheit" zusammengebracht werden, wenn das Kapital seinen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nachkommt. die Arbeiter von unbilligen Forderungen abstehen und sich willig der berufenen Führung des Unternehmers unterordnen. Mit der Garantie eines menschenwürdigen Daseins erwächst für sie die Pflicht, diese Führung anzuerkennen.60 Das Verhältnis wurde als das eines gegenseitigen Gebens und Nehmens aufgefaßt. Daneben sollten diese Arbeiterkorporationen wie bisher die Fürsorge für die Alten und Arbeitsunfähigen übernehmen und als öffentlich rechtliche Körperschaften in die allgemeine Verwaltung eingegliedert werden. Die Umformung zur Korporation dachten sie sich ähnlich wie bisher. Die einzige Veränderung war die, daß das Zwangsprinzip gefallen war.

In ihren sozialpolitischen Ansichten spiegelte sich das Gesicht der Zeit. Es war der Übergang vom alten Preußen in das Reich. Alles machte den Eindruck des Werdenden und Unvollständigen. Es war ein langsames Fortschreiten und Sichentfernen von den alten konservativen Anschauungen. Daneben standen, wie das verstärkte Interesse am Arbeiterschutz zeigt, die Anfänge zur Erschließung neuer sozialer Gebiete. In den ersten Jahren nach der Reichsgründung fand diese Entwicklung einen gewissen Abschluß.

Das Treiben des Kapitalismus, der sich in den nun folgenden Gründerjahren recht zügellos gebärdete, bestärkte die antikapitalistischen Neigungen der Berliner Revue. Wohl übten auch die altkonservativen Kreise eine scharfe Kritik an den Auswüchsen der Gründerzeit, aber einen so schonungslosen Kampf wie die Berliner Revue führten sie nicht. Sie beschränkte sich nicht auf allgemeine Feststellungen und ein sachliches Vorgehen, sondern sie sah ihren Beruf darin, den "Börsenjobbern" und den Gründern die Maske vom Gesicht zu reißen und sie in ihrer nackten Geldgier hinzustellen.61 Mit wahrem Behagen stürzte sie sich auf alle Finanzskandale und unsauberen Spekulationsgeschäfte, die sich im Rausch der Gründerjahre oft genug ereigneten. Dem Spekulantentum jeder Art wurde energisch entgegengetreten. 62 Vor allem wies sie auf die angeblichen Einflüsse der Börse auf die Gesetzgebung hin. Sie verlangte, daß die Parlamentsmitglieder in keiner offiziellen Beziehung zu den Aktiengesellschaften stehen dürften. Das System der politischen Freiheit werde durch wirtschaftliche Abhängigkeit aufgehoben. 63 Die Berliner Revue war von einem solchen Haß gegen den Kapitalismus beseelt, daß ihr Stil in seinen Übertreibungen sich von dem der Sozialisten in nichts unterscheidet. Sie sprach vom vampyrartigen Kapitalismus, von den Börsenfürsten, diesen modernen Raubrittern, von denen der Schweiß des Volkes vergeudet wird, und vom Kapital, das durch Wucherfreiheit die Besitzer expropriiert. Sie schrieb gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft und scheute sich nicht, sich die kritischen Lehren von Karl Marx zu eigen zu machen.64 Schon früher hatte die Berliner Revue auf seine Gesellschaftskritik hingewiesen, aber nicht in so drastischen Formen, wie es jetzt geschah. Hier zeigte sich am offenkundigsten, wie sehr sich die Verhältnisse geändert hatten. Die Revue hatte sich dem reinen Sozialismus stärker genähert.

Es ist bezeichnend, daß der größte Teil der Sozialkonservativen aus bürgerlichen Kreisen stammte. Das aristokratische Element spielte in der Führung eine mehr untergeordnete Rolle. Wir können ruhig sagen, daß ihre Bewegung eine bürgerliche gewesen ist, an der der Adel einen relativ geringen Anteil genommen hat, wenn man damit etwa seinen Anteil an der altkonservativen Bewegung vergleicht. Rudolf Meyer macht ein interessantes Geständnis, das ein bezeichnendes Licht auf die psychologischen Gründe wirft, die die Ausbildung der sozialkonservativen Theorie begünstigt haben. Er fühlte sich selber als ein vom Kapitalismus Enterbter. Sein Großvater und Vater seien Grundbesitzer gewesen und von den Juden ruiniert worden. Seine Wendung zu sozialistischen Gedankengängen beruhte also auf persönlichem Erleben. §5

In den Mittelpunkt der sozialen Reform stellten sie den Staat. War es bisher ein gut konservativer Grundsatz gewesen, die Macht des Staates nicht zu sehr auszudehnen, so wurde jetzt eine möglich große Machtvollkommenheit des Staates erstrebt. Die Betonung der Stellung des Staates in der Sozialpolitik ist unter dem Einfluß des Staatssozialismus von Rodbertus immer stärker geworden. Er ging von einem starken Staat aus, wie ihn die Konservativen ursprünglich ablehnten. In fast absolutistischer Form sollte er die Regelung der sozialen Beziehungen der Menschen untereinander übernehmen. In Preußen sah Rodbertus den Staat, der zur Verwirklichung dieser Gedanken berufen war.

Rudolf Meyer wandelte ganz in seinen Bahnen. Er sah in Rodbertus seinen Lehrer und Meister und übersetzte seine Gedanken aus der schweren wissenschaftlichen Sprache in den Umgangston des Journalisten und der Tagespolitik und machte sie für den Alltagsgebrauch zurecht. Seine Bedeutung besteht darin, daß er die Gedanken von Rodbertus in das konservative politische System hineinarbeitete. Dazu diente seine Arbeit an der Berliner Revue. Rodbertus selber blieb immer ein Fremdling<sup>66</sup> in den Reihen der Konservativen.

Der Staat wurde immer mehr zur Lösung der sozialen Frage herangezogen. Der bestehende Staat ist die Grundlage, auf der sich die neue soziale Ordnung erhebt.<sup>87</sup> Wollen die Sozialisten erst einen neuen sozialistischen Staat errichten, ehe sie mit der Reform beginnen, so wird der Konservatismus solcher Gesinnung entgegen-

treten müssen.68 Jede radikale Lösung ist unmöglich. Schritt für Schritt muß die Reform erfüllt werden. Auch das System von Rodbertus läßt sich nicht über Nacht einführen.69 Die christlichnationale Monarchie ist berufen und befähigt, die sozialen Probleme zu lösen. Nachdem die nationale Reform mit der Gründung des Reiches zu Ende gebracht ist, gilt es unverzüglich die soziale in Angriff zu nehmen. Das beste und auch das einzige Mittel, der sozialistischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeitermassen. Hierdurch wird der soziale Krieg vermieden, der sonst unvermeidlich ist. Durch eine ruhige, unblutige Reform, die aus der Initiative der ietzt herrschenden Mächte und der Mithilfe des vierten Standes hervorgehen sollte, wollten sie der drohenden sozialen Auseinandersetzung zuvorkommen. 70 Polizeimaßnahmen und eine Ausnahmegesetzgebung werden das entgegengesetzte Ergebnis haben, als man davon erwartet.71 Andererseits muß der sozialistischen Bewegung größere Freiheit gelassen werden. Dadurch, daß man sie duldet, muß sie zur Mitarbeit an den Aufgaben der Gesellschaft und dem bestehenden Staate gebracht werden. Bei der praktischen Arbeit werden die Sozialdemokraten die Undurchführbarkeit ihrer Ideen einsehen und sich auf erreichbare Ziele beschränken lernen.72

Sie fühlten sich als die Missionare des brandenburgischpreußischen Staates. Aus seiner Vergangenheit schöpften sie die Kraft und den Mut zu ihrem groß angelegten Plan. Sie beriefen sich auf die großartige Tradition der Hohenzollern und sahen in ihren Vorschlägen eine Fortsetzung des Werkes, das der Große Kurfürst und die preußischen Könige begonnen haben. The Art von Staatsführung, die sich über alle Klassen erhebt und die Gesamtinteressen des Staates und seiner Bürger fördert, ist das leuchtende Vorbild für wahren Sozialismus. Sie waren tief durchdrungen vom preußischen Staatsgedanken. Die alte Tradition wollten sie zu fruchtbarem Leben erneuern und umformen. Daher verharrten sie nicht in der pietätvollen Verehrung, die in ihren Kreisen zu Hause war, die sich aber scheute, etwas Neues zu unternehmen.

Der Patriarchalismus ist endgültig überlebt. Die Menschen sind mündig geworden, und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit läßt sich nicht mehr umgehen. Es ist ein sittliches Gebot, daß an Stelle äußerer Bindung durch Gewalt und Gesetz im Zu-

sammenleben der Menschen die Zucht des Willens treten muß. Eine Bevormundung einzelner Stände läßt sich nicht mehr rechtfertigen. Mit dem patriarchalischen Königtum sind die alten Formen des Verhältnisses zwischen Herr und Knecht untergegangen. "An die kleinen Herren glaubt eben heute keiner mehr."<sup>74</sup> Mit diesem Bekenntnis stellten sich die Sozialkonservativen auf den Boden der bestehenden Verhältnisse. Endgültig gaben sie den Gedanken an die Wiederherstellung überlebter Einrichtungen auf. Zugleich brachen sie damit alle Brücken hinter sich ab. Zu ihrer konservativen Vergangenheit gab es nun kein Zurück mehr. Aus dem Geist dieser Erkenntnis waren ihre positiven Vorschläge geboren. Wohl verleugneten sie ihre konservative Herkunft nicht, aber sie suchten ihr Ideal nicht in der Vergangenheit, sondern standen mit beiden Füßen in der Gegenwart.

Sie wünschten eine sinnvolle Eingliederung des vierten Standes in den staatlichen Organismus. Die erste Bedingung dazu ist seine soziale und politische Gleichberechtigung. Nachdem im Reich das allgemeine gleiche Wahlrecht zugestanden ist, ist es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß man es in Preußen verweigert. Für seine Einführung machten sie dieselben Gründe geltend, die 1866 und 1867 bei dem Kampf um die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes im Nordddeutschen Bund angeführt wurden. Sein Hauptvorteil besteht darin, daß der vierte Stand zur Mitarbeit am Staat herangezogen und es ihm ermöglicht wird, auf gesetzmäßigem Wege die Verwirklichung seiner Forderung zu erreichen, die er sonst mit Gewalt durchsetzen würde. Die Anerkennung der politischen Gleichheit und Gleichberechtigung schließt eine Reihe von anderen Folgen in sich.

In einem Staatswesen, in dem die Gleichheit durchgeführt ist, kann man nicht zur Innung oder Zunft zurückkehren, die beide gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gerichtet sind. Sie wollten aber an dem Prinzip der ständischen Gliederung festhalten. Schon vor 1870 hatten sie sich mit den Gewerkvereinen beschäftigt, aber ihre Umbildung im ständischen Sinne betrieben. Noch zur Zeit der Eisenacher Tagung der Kathedersozialisten war Meyer ein ausgesprochener Gegner des gewerkschaftlichen Gedankens. Die Gewerkschaft gilt als ein echt liberales Gewächs und bedeutet die Organisierung des Klassenkampfes. Sie dient nur dazu, der Sozial-

demokratie den Weg freizumachen. Zu den Gewerkschaften in ihrer damaligen Gestalt haben sie sich nie bekennen können. Aber sie sind ein wertvoller Anfang, an den der ständische Gedanke anknüpfen kann. Die Gewerkschaften sind ihres privaten Charakters zu entkleiden und müssen zu Einrichtungen des Staates gemacht werden. Dadurch, daß sie staatlich anerkannt werden und unter staatlicher Leitung und Aufsicht stehen, werden sie aus dem politischen Kampfe herausgezogen. Sie müssen Korporationsrechte verliehen bekommen. In der Organisation selbst und in ihrem Aufbau braucht dabei nichts geändert zu werden. Auch hier sehen wir die Sozialkonservativen wieder als Vorläufer des Nationalsozialismus; eine der ersten Großtaten des neuen Staates war es, die Gewerkschaftsfrage in diesem Sinne zu lösen.

Die Initiative zu ihrer Bildung ist den einzelnen Berufszweigen frei zu überlassen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Existenz des Arbeiters sicherzustellen. Sie übernimmt die obligatorische Kranken- und Unterstützungskasse und in der Verwaltung davon getrennt, die Invaliden-, Hinterbliebenen- und Altersfürsorge. Die Notwendigkeit einer Altersversorgung war von der Revue von Anfang an anerkannt worden. Die Beiträge zu ihr zahlen Arbeitgeber und -nehmer zu gleichen Teilen. Die Kassenverwaltung ist daher gemeinsam, der Staat hat das Beaufsichtigungsrecht. Das Wichtigste ist, daß durch diese Einrichtung die Arbeiter weitgehend für die Selbstverwaltung herangezogen und für ihr Schicksal verantwortlich gemacht werden. Man soll nicht alles vom Staat erwarten, sondern bleibt zum großen Teil auf die eigene Tatkraft angewiesen.

Auf der gleichen Linie liegt es, wenn sie sich leidenschaftlich dagegen verwahrten, daß der Antrag von Denzin und Genossen angenommen wurde. Dieser Antrag bedeutete eine Beeinträchtigung der Rechte, die der Arbeiter erworben hatte. Die Koalitionsfreiheit, die 1865 mit ihrer Hilfe eingeführt worden war, sollte erhalten bleiben. Sie ist die notwendige Folge aus dem Begriff der politischen Freiheit. "Der Arbeit die Freiheit nehmen und dem Kapital sie lassen, heißt, den Staat zum Büttel des Kapitals machen." Der Antrag von Denzin ist der erste Schritt dazu, den Arbeitern die Rechte zu nehmen, die ihnen durch die Gewerbefreiheit zugestanden sind, ohne daß auch in gleicher Weise die Vorrechte des Kapitals eingeschränkt werden. Damit holt man nur dem Kapitalismus die

Kastanien aus dem Feuer ohne seine Ausbeutungsfreiheit anzutasten. Man wird sich den Haß der Arbeiter zuziehen, ohne selbst irgendwelche Vorteile davon zu haben. Der Gegensatz der Klassen in Preußen wird dadurch nur verschärft und der Haß gegen den Staat und die konservative Partei verstärkt. Die Antragsteller müssen daher als staatsgefährlich bekämpft werden. Die Berliner Revue bekäpfte sie auf das allerschärfste. Als Meyer die ersten sicheren Nachrichten darüber erhielt, schrieb er: "Oben Blindheit, unten Wut— eine zweite Auflage von 1848 bahnt sich vortrefflich an". Dewohl die Altkonservativen den Antrag unter dem Gesichtswinkel des Landwirtes sahen und er gerade aus den Kreisen der Agrarier kam, war er doch sehr geeignet, von den Industriellen für ihre Zwecke ausgenutzt zu werden. Als 1874 der Verein für Sozialpolitik diese Forderung aufnahm, machte Wagener seinen Einfluß bei Bismarck geltend, um die Verwirklichung dieses Antrages zu hintertreiben. Se

Ebenso bedeutungsvoll war der Kampf um den Normalarbeitstag. Rodbertus' Aufsatz über den "Normalarbeitstag" war zuerst in der Berliner Revue veröffentlicht worden und sollte dann als Broschüre unter den Arbeitern verbreitet werden.83 Über den normalen Zeitarbeitstag stellte er den Werkarbeitstag, der nach dem an einem Durchschnittsarbeitstag geleisteten Quantum Arbeit bestimmt wird, für jedes "Gewerk" verschieden ist und als Norm der Entlohnung zugrundegelegt wird. Dieses komplizierte Gebilde erschien den Sozialkonservativen für die Praxis unbrauchbar. Es war ihnen zu wenig durchdacht und zu verwickelt, als daß es mit Erfolg verwirklicht werden konnte.84 Darüber kam es sogar zu einer Auseinandersetzung zwischen Rodbertus und ihnen. (Wagener näherte sich in seinem Alter ganz dem Standpunkt von Rodbertus.85) Dieselben Einwände hatte schon Lassalle 1863 dagegen erhoben.86 Die Sozialkonservativen beschränkten sich auf die Einführung des zehnstündigen Zeitarbeitstages, der ihnen als durchaus angemessen erschien. Die Beschränkung der Arbeitszeit sollte gleichmäßig auf Industrie wie Landwirtschaft ausgedehnt werden. Dies sollte nicht schematisch geschehen, sondern mit den durch die Sache gegebenen Modifizierungen jedem einzelnen Erwerbszweig angepaßt werden. In dieser Form war der Normalarbeitstag durchführbar und wurde von ihnen energisch betrieben.87 Für seine Einführung auf dem Lande tat sich besonders Schumacher-Zarchlin hervor 88

Dazu kamen die Forderungen zum Arbeiterschutz, die uns schon bekannt sind und daher nicht solches Interesse für uns haben, Verbot der Kinderarbeit und Einschränkung der Frauenarbeit. Meyer würde es als das Idealste ansehen, wenn die Beschäftigung der Frau außerhalb des Hauses ganz verboten würde, wenn sie sich der Familie widmen könnte und nur für Haus und Garten zu sorgen hätte. Er war gegen die Errichtung von Kindergärten, die nach seiner Meinung der erste Schritt zur Auflösung der Familie und zur Einführung des Kollektivs auf dem Gebiete der Kindererziehung sind.<sup>89</sup>

Eine großzügige Sozialreform läßt sich nur durchführen, wenn die materielle Existenz der Werktätigen nicht dabei beeinträchtigt wird. Die Voraussetzung ihrer Durchführung ist die Sicherstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch hier schöpften sie wieder aus der Ideenwelt von Rodbertus ihre besten Gedanken. Er hatte verlangt, daß das Einkommen der Arbeiter mit dem Ertrage der nationalen Produktion Schritt halten müsse. Die Sozialkonservativen bezeichneten diese Idee als die "sozialkonservative im Gegensatz zur sozialdemokratischen". Dadurch wird kein bestehendes Besitzrecht verletzt, aber für die Zukunft den Arbeitern eine gerechte Beteiligung am Arbeitsertrage gesichert. 90 Aus dieser Auffassung leiteten sie die Berechtigung zu einer Lohnerhöhung oder wenigstens zur Festsetzung eines Lohnminimums ab, obwohl sie eigentlich einen Eingriff in die Rechte des Arbeitgebers bedeutete. In der Industrie sollte der einen bestimmten Prozentsatz übersteigende Gewinn an die Arbeiter verteilt oder der Lohn erhöht werden. Nur auf diesem Wege hielt Meyer die Verwirklichung der Rodbertusschen Forderung für möglich. Obwohl Rodbertus dem prinzipiell widersprach, hielt er daran fest. "Sie verlangen, der Arbeiter solle einen mit dem nationalen Einkommen mitsteigenden Lohn erhalten. Dieser Satz generalisiert, was die Tantieme spezialisiert .... Tantieme ist die partielle Durchführung Ihres Satzes."91 Der Staat als der größte Arbeitgeber mag mit gutem Beispiel vorangehen, indem er seine Lohnarbeiter besser stellt als der Privatunternehmer. Aus Konkurrenzgründen wird dieser wohl oder übel gezwungen sein, seinem Vorbild zu folgen.92

Zur Regelung der Lohnfrage und der Arbeitsverhältnisse überhaupt ist ein neues Arbeitsrecht notwendig. Die Errichtung eines

Arbeitsministeriums und von Arbeits- und Einigungsämtern zur Bearbeitung der Arbeiter- und Lohnfragen ist wünschenswert. Dadurch bekundet der Staat, — ganz abgesehen von den positiven Ergebnissen dieser Einrichtungen — daß er die Regelung der sozialen Frage als eine staatliche Aufgabe betrachtet. Sie ist nicht nur eine Privatangelegenheit zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern, sondern der Staat ist im höchsten Maße an ihr interessiert.

Der Unternehmer soll verpflichtet werden, seine Arbeiter in gesunden und ausreichenden Wohnungen unterzubringen. Der Satz, wer jemand beschäftigt, hat auch für seine Unterkunft zu sorgen, muß zu einem allgemeinen Gesetz erhoben werden. Schlechte, unzureichende Wohnungen sind zu verbieten. Der Staat hat die Initiative zu ergreifen und für seine Beamten Dienstwohnungen zu erbauen, anstatt ihnen Wohnungsgelder zu geben, die nur dazu dienen, die "blaßeste, habgierigste Überspekulation" der Unternehmer zu fördern. Auf Kosten des privaten Unternehmertums sollte also eine systematische Verstärkung der staatlichen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen.

Mit allen diesen Plänen wurde ein bestimmtes Ziel verfolgt. Allmählich sollten bestimmte Zweige der Privatwirtschaft in Staatsbetriebe umgewandelt werden. Der marxistischen Ideologie folgend glaubten sie, daß hier ein naturnotwendiger Prozeß stattfindet, eine zwangsläufige Entwicklung des Kapitalismus, die auf dem Wege über die Aktiengesellschaft, die Trust- und Monopolbildung und deren Mißbrauch zum Eingreifen des Staates führen muß.96 Der Staat wird selber Unternehmer. Durch humane Behandlung seiner Arbeiter werden diese darauf dringen, immer mehr Betriebe in staatliche Regie zu nehmen. Den Anfang mit einer zielbewußten Verstaatlichung muß man bei den Eisenbahnen machen, deren Charakter eine Privatbewirtschaftung nicht erträgt. Es sind dann die Versicherungen und die Banken in Gemeinwirtschaft zu übernehmen.<sup>97</sup> Der Staat als der größte Arbeitgeber ist dann im Stande, alle die Sozialreformen durchzuführen, die sich auf direktem Wege nicht erreichen lassen.

Dem Staat wurden Befugnisse gegeben, die seine Macht ungeheuer erweiterten. Der privaten wirtschaftlichen Initiative wurde der mächtige Staatsapparat entgegengestellt. Der konservative Staatsgedanke scheint in sein Gegenteil umgeschlagen zu sein. Denn

gegen eine solche Überbewertung des Staates hatten die Konservativen sich stets heftig gewehrt. Immerhin gingen die Sozialkonservativen nicht so weit wie Rodbertus, der das Individuum dem Staat völlig unterordnen wollte. Es ist nicht möglich, die Sozialkonservativen mit Rodbertus gleichzusetzen. Lieber haben sie selbst später den Anteil dessen, was sie von ihm gelernt und übernommen haben, zu klein und gering dargestellt, als es in Wirklichkeit der Fall gewesen war, ehe sie sich zu ihm bekannten.98 Die einzelnen Punkte. in denen Rodbertus und sie voneinander abweichen, haben wir an den betreffenden Stellen behandelt. Wenn wir daraus die Summe ziehen, ergibt sich, daß die Sozialkonservativen die Erhaltung des bestehenden Staates wollten. Sozialpolitik, die sich bis zum Staatssozialismus steigerte, trieben sie, um die Mißstände abzustellen, die die heutige Gesellschaftsordnung bedrohen. Rodbertus dagegen wollte grundsätzlich eine neue, höhere Staatsordnung. Er hat diesen Unterschied, der durch die einzelnen umstrittenen Punkte bestätigt wird, genau so deutlich empfunden wie die Sozialkonservativen. Treffend machte er Mever den Unterschied zwischen ihnen und sich klar. "Sie wollen den Sozialismus zur Renovation des Konservatismus gebrauchen. Das will natürlich Schramm (mit dem Rodbertus damals Verbindung aufgenommen hatte) nicht, der den Sozialismus um seiner selbst willen und ihn bis zu Ende will. So will ich ihn auch . . . Ich lege nur auf einen loyalen Übergang Wert. In den Dingen bin ich radikal."99 Rodbertus ist Zeit seines Lebens der Theoretiker geblieben, der mit philosophischer Ruhe den Ablauf der Welt erwarten konnte, während die Sozialkonservativen mit Wagener an der Spitze Politiker waren, die sich zum Handeln berufen fühlten, die mit den bestehenden Verhältnissen rechnen mußten und am gegenwärtigen Staat ihre Aufgabe sahen.

Die Entwicklung der Sozialkonservativen zum Staatssozialismus machte die Kluft zwischen ihnen und den Altkonservativen immer weiter. Die Gedankenwelt und der politische Wortschatz dieser Gruppe wie der Agrarier war unverändert derselbe geblieben. Noch immer führte die Kreuzzeitung denselben Kampf gegen den Liberalismus. Jede Erscheinung des modernen Lebens wurde als seine Ausgeburt gefaßt und von ihm abgeleitet. Der Sozialismus war ihr nichts anderes als konsequenter Liberalismus, 100 und schon deshalb ist er in Grund und Boden zu verdammen. Ausschließlich

der Liberalismus wurde für die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage verantwortlich gemacht.<sup>101</sup> In allen ihren Leitartikeln steckte kein neuer Gedanke, die ewigen Klagelieder ermüden ohne mitreißen zu können, wie es früher in der Blütezeit der Zeitung die berühmten Leitartikel getan hatten. Sie erschöpfte sich in der negativen Feststellung von Schäden und stellte triumphierend fest, daß sie diese Entwicklung schon seit langem vorausgesagt habe.<sup>102</sup> Und dabei beruhigte sie sich.

Es wurde in ihren Kreisen schlechthin nur von dem Gift des Sozialismus und den finsteren Mächten des Kommunismus gesprochen. Von den berechtigten Forderungen der Arbeiter hörte man nur recht wenig. Die Sozialisten waren den preußischen Junkern letzthin nur die Rebellen, ihre Bewegung ist zutiefst materialistisch, gemeingefährlich und Abfall vom Glauben. Die Heilmittel bestehen in einer radikalen Umkehr auf sittlichem und weltanschaulichem Gebiet. 103 Nur von einer weltanschaulichen Änderung erwarteten sie eine Besserung der sozialen Verhältnisse. Den alten Traum eines Zustandes, in dem Gutsherr und Gesinde, Meister und Geselle, Unternehmer und Arbeiter in einer Arbeitsgemeinschaft stehen und der Arbeitsherr wie ein Familienvater die Fürsorge für die Seinen übernimmt, hatten sie immer noch nicht ausgeträumt. In einer ständischen Gliederung sahen sie das beste Mittel gegen das Majoritätsprinzip. Dadurch sollte das allgemeine gleiche Wahlrecht wieder überflüssig gemacht werden. 104 Widerwille gegen dasselbe war nicht geringer geworden. Nein, immer dringender wurde das Verlangen, es wieder abzuschaffen und irgendwie nach Steuerklassen oder Ständen zu beschränken. Es spielte bei ihrem erbitterten Kampf gegen die Kreisordnung, zu der die Sozialkonservativen überhaupt nicht Stellung nahmen, eine Hauptrolle. Sie fürchteten, daß sich auch hier der Einfluß der Arbeiter geltend machen kann, und daß die Vertreter des Großgrundbesitzes durch den kleinen Besitzer oder gar den Landarbeiter aus ihrer beherrschenden Stellung verdrängt werden. 105 Dahin zielte auch ihr Bestreben, die Koalitionsfreiheit zu unterbinden und den freien Zusammenschluß der Arbeiter zu verhindern. Die Agrarkonservativen arbeiteten schon seit 1871 darauf hin, daß die Gesindeordnung verschärft wird, um den Bruch des Arbeitsvertrages zu erschweren. Im April 1873 wurde ein Antrag des Abgeordneten Denzin über die Bestrafung des dolosen Kontraktbruches gestellt.<sup>106</sup> Er ging dann in das Programm der Neukonservativen über,<sup>107</sup> und wurde eine ständig wiederkehrende Forderung der Agrarier und von den Steuer- und Wirtschaftsreformern übernommen.<sup>108</sup> Gegen die sozialistische Bewegung sollte der Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln eingreifen.

Bei dieser Einstellung ist es nicht verwunderlich, daß zwischen ihnen und den Sozialkonservativen eine erhebliche Spannung bestand. Sie wurden von den Altkonservativen und den Agrariern häufig angegriffen. Man warf ihnen liberalisierende Neigungen vor und witterte verstecktes Jakobinertum und verkappten Umsturz. Ihr Vorgehen war in ihren Augen ein Kompromißschließen mit dem revolutionären Sozialismus. Die Berliner Revue akzeptiere das abstrakte sozialistische Rezept und schreibe im Barrikadenstil. 109

Von der Sozialdemokratie trennte die Sozialkonservativen ihr weltanschaulicher Standpunkt, der an Nation und Christentum festhielt, der Grundsatz, nicht Revolution, sondern Evolution zu treiben und die Ablehnung des Klassenkampfgedankens. Nicht einer Klasse gebührt die Herrschaft im Staat, und nicht die klassenlose Gesellschaft war ihr Ziel, sondern die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Stände im organisch gegliederten Staate.

Die Sozialkonservativen hatten wiederholt in der Volksvertretung mit den Arbeitervertretern zusammengearbeitet. Der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins v. Schweitzer war infolgedessen häufig in den Verdacht geraten, im Auftrage der Reaktion zu arbeiten. Auf dem Wege über Wagener und den preußischen Volksverein werde er vom preußischen Ministerium finanziert.<sup>110</sup> Im "Volksstaat", dem Blatt der Eisenacher, wurde er als Hofsozialist bezeichnet, der im Interesse der preußischen Staatsregierung handelt.<sup>111</sup> Trotz aller gegenteiligen Vorstellungen hat Bebel bis zu seinem Tode daran festgehalten und den eigentlichen Zweck von Schweitzers Tätigkeit darin gesehen, eine der Regierung gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen.<sup>112</sup>

Der Vorwurf ist in dieser Form unberechtigt. Man wird Schweitzer auf keinen Fall unlautere Motive unterschieben dürfen, obwohl seine persönliche Lebensführung Angriffsflächen genug bietet. Die Ablehnung seiner Person und Sache hatte tiefere Gründe. Es gibt eine Reihe von Punkten, wo sich die Anschauungen

Schweitzers und der Konservativen begegneten. Beide teilten die Abneigung gegen den Liberalismus, aus dessen linkem Flügel die Richtung von Bebel-Liebknecht hervorgegangen war. Sie lehnten die bürgerliche Demokratie, die von Preß- und Börsenjuden geleitet wird, 113 ab. Das Zusammengehen des Sozialismus mit der republikanischen Demokratie war in den Augen der Revue ein großes Unheil.114 Der antisemitische Ton des von Schweitzer geleiteten "Neuen Sozialdemokraten" paßte den Konservativen sehr gut. Hinzu kommt die verschiedene Stellung, die die beiden Arbeiterparteien zur deutschen Frage einnahmen. Schweitzer folgte den Traditionen Lassalles und hatte große Sympathien für den preußischen Staat, von dem die Eisenacher absolut nichts wissen wollten. Die Lasalleaner waren für eine großpreußische Politik, während Bebel und Liebknecht eine großdeutsch-demokratische anstrebten. 115 Dieses preußische Staatsgefühl hinderte sie, auf die Internationale zu schwören, wie die Eisenacher verlangten. Als Realpolitiker ging Schweitzer wohl einmal ein Stück Wegs mit den Konservativen zusammen, wenn er dadurch etwas für die Arbeiterklasse herausschlagen konnte. Bebel als starrer und strenger Ideologe hat diese Handlungsweise stets abgelehnt. Daher hat er es Schweitzer schwer verdacht, als dieser z. B. 1867 in Elberfeld, als er dort mit Hilfe der konservativen Stimmen gewählt worden war, eine Erklärung abgab, daß sich auf sozialem Gebiet die Arbeiterpartei und die Konservativen die Hand reichen könnten. 116 Noch deutlicher drückte Schweitzer diesen Gedanken in seinem großen sozialpolitischen Tendenzroman "Lucinde" aus. Während er die Liberalen mit unverhohlenem Abscheu behandelte und sie als gewissenlose Ausbeuter und politische Flachköpfe charakterisierte, in ihnen schlechthin die Zwingherrn des arbeitenden Volkes brandmarkte, begegnete er den Reaktionären bei aller Gegensätzlichkeit des Standpunktes mit hoher Achtung. Er hatte Respekt vor ihrer politischen Tätigkeit, die nicht nur aus eigenem Interesse und Selbstsucht getrieben wird, sondern von der Sorge für das Wohl des Staates, wie sie es verstehen, bestimmt ist. Die Ministerratssitzung im 2. Teil der "Lucinde" zeigt, was er damit bezweckte. Schweitzer wollte die führenden politischen Kreise für das Programm Lassalles gewinnen. Der Außenminister wird als warmer Freund der Arbeiter geschildert. Auch der Ministerpräsident rät zu einem vermittelnden Vorgehen, wenn er auch

nicht so weit entgegenkommen will wie sein Kollege, der Außenminister, dem Schweitzer folgende klugen Worte in den Mund legt: "Meine Herren! Machen Sie mit einem Wort in der Arbeiterfrage soviele Konzessionen als unter Wahrung des konservativen Prinzips möglich ist; das unter dieser Einschränkung Mögliche dürfte immerhin genügen, die arbeitende Klasse zu beruhigen und zufrieden zu stellen".¹¹¹ Die beiden werden jedoch überstimmt, die andern Minister sind für schärfstes Vorgehen gegen die Arbeiter. In der folgenden Schilderung grauenvoller Aufstände und Bürgerkriege liegt die deutliche Mahnung an Bismarck, den Ministerpräsidenten und Leiter der Außenpolitik, es nicht soweit kommen zu lassen. Die Sozialkonservativen hatten diesen Hinweis richtig verstanden und suchten seiner Warnung entsprechend zu handeln.

Solange Schweitzer an der Spitze des Arbeitervereins stand, hören wir in der Berliner Revue kein günstiges Urteil über ihn. Tatsächlich bestanden auch sachliche Unterschiede zwischen ihnen, da Schweitzer am Klassenkampfgedanken festhielt. Er wollte den Kampf zwischen Kapital und Arbeit bewußt organisieren. Die einzelne sozialpolitische Maßregel sollte nur dazu dienen, die Widerstandskraft der arbeitenden Klasse zu erhalten, zu üben und zu steigern, um sie zu dem entscheidenden Schlage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und das Kapital vorzubereiten. Wagener dagegen erkannte das Kapital als einen gleichberechtigten Faktor an, der für die Wirtschaft ebenso wichtig ist wie die Arbeitskraft. Er tritt daher für die Aussöhnung der miteinander streitenden Klassen ein. Die Sozialpolitik soll die verloren gegangene Volksgemeinschaft wieder herstellen, die über den Klassen steht.<sup>118</sup>

Nach Schweitzers Sturz änderte sich aber dieses Verhältnis. Wagener und Rudolph Meyer traten in nähere Beziehungen zu ihm. Zwischen Meyer und ihm entwickelte sich ein regelmäßiger Verkehr, der der Erörterung sozialer Probleme diente. Meyer hoffte, ihn für seine eigenen Pläne zu gewinnen. Er hielt ihn für den fähigsten Kopf der Sozialdemokratie und rechnete damit, daß Schweitzer im entscheidenden Augenblick (wenn nämlich das Zusammengehen zwischen Konservativen und Arbeitern Wahrheit geworden ist) die Arbeiterschaft mit sich fortreißen werde. Als Grund seines Rücktrittes bezeichnete Schweitzer die Unmöglichkeit, dem Abgleiten der Arbeiterbewegung in den radikalen Kommunismus

entgegentreten zu können, weil die verfehlte Sozialpolitik Bismarcks die Arbeiterschaft notwendig in diese Richtung gedrängt habe.121 Unmittelbar nach Schweitzers erstem Besuch bei Meyer schrieb dieser an Rodbertus, daß er die Arbeiterführer warnen wolle, sich der Internationalen auszuliefern. 122 Tatsächlich kam unter Beteiligung Schweitzers eine Artikelreihe über dies Thema in der Berliner Revue zustande. 123 In den Artikeln wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland im Begriff steht, sich an die Internationale zu verlieren. Sie brachten Schweitzer um den Rest seines Ansehens in den Arbeiterkreisen. Im Mai 1872 wurde er auf der Generalversammlung des Arbeitervereins für alle Zeiten ausgeschlossen, weil er diese Artikel der Revue überlassen und damit Verrat an den Arbeitern begangen hatte. Er habe damit offen im Lager der Sozialkonservativen Stellung genommen, sich als ein Bewunderer Bismarcks gezeigt und sei ein übler Denunziant, der dem Verein Abweichungen von der Lehre Lassalles vorwirft. Mit der Behauptung, der Verein sei auf dem besten Wege zur Internationalen, lege er es geradezu darauf an, den Staatsanwalt auf das Treiben der Arbeiter aufmerksam zu machen. 124 Gegen diese Behauptung nahm ihn die Redaktion der Revue in Schutz, ging aber auf die Sache selber zunächst nicht ein. 125

Damit war aber die Frage nach dem Verhältnis der Sozialkonservativen zu Lassalle aufgeworfen. Sie konnten jetzt nicht umhin, irgend eine Antwort zu geben. Es kam zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen der Berliner Revue und dem Neuen Sozialdemokraten.

Meyer warf sich zum Verteidiger des echten, richtig verstandenen Lassalle auf. Das Thema dieser Polemik war in der mit Hilfe Schweitzers zustande gekommenen Artikelreihe angeschlagen. Meyer wiederholte jetzt die Behauptung, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sei von der Lehre Lassalles abgewichen, Lassalle sowohl wie Schweitzer seien bewußt national gewesen. Wenn seine angeblichen Schüler heute von ihm abfielen, so schlössen sie sich selbst von der Staatsgemeinschaft aus und müßten später einmal für die Folgen eintreten. Die Arbeiter würden es sich aber überlegen, ob sie solchen Führern folgten, die nichts mehr vom Geiste Lassalles in sich haben. Außerdem würden sie von der Internationalen nicht einmal für voll angesehen: "Die Herren vom Allgemeinen Deutschen

Arbeiterverein sind nur als die letzten Troßknechte von Marx angestellt."126

Auf dem Satz vom falsch verstandenen Lassalle baute ein großer Teil des Systems und der Agitation der Sozialkonservativen auf. Der nationale Lassalle, der als Preuße dachte und handelte und seine Ideen innerhalb des monarchischen Staates verwirklichen wollte, wurde von ihnen in Anspruch genommen. An seinen Staatssozialismus knüpften sie bewußt an. Lassalle und Schweitzer waren in ihren Augen konservative Sozialisten. Ihr nationaler Sozialismus wollte ohne Blutvergießen, ohne Umsturz des Thrones durch gesetzgeberische Reform die Umwandlung zum sozialistischen Staat durchführen.<sup>127</sup> Solange Schweitzer an der Spitze des Allgemeinen Arbeitervereins stand, meinte Wagener, sei es ihm gelungen, alle internationalen und revolutionären Kundgebungen unserer Sozialisten zu verhindern. 128 Der Internationalismus wurde ihnen als die Inkarnation des Umsturzes gegenübergestellt. Mit der Internationalen gibt es keine Verständigung, sondern nur schärfsten Kampf. (Das Material über die Internationale, das Meyer benutzte, stammte aus der offiziellen Quelle des Polizeidirektors Stieber, der es der Berliner Revue zur Verfügung stellte. 129) Schon schwimme der Arbeiterverein im Fahrwasser der Internationalen. Es trennten ihn eigentlich nur noch Personenfragen von Bebel. Ihre Überwindung wäre nur noch eine Frage der Zeit.130 An Hand des Lassalleschen Briefwechsels, den Meyer bei Rodbertus kennen gelernt hatte, wollte er die unrevolutionäre Haltung Lassalles und das Maßvolle seiner Forderungen, die keineswegs auf das Kollektiveigentum hinauslaufen, nachweisen. Da der Arbeiterverein diese Forderungen vertritt, sei er vom Meister abgewichen. 131

Meyer überspannte hier den Bogen. Es gibt wohl eine Reihe von Äußerungen Lassalles, die in seinem Sinne ausgelegt werden können, aber sie entstammten jedesmal einer besonderen Lage, in der Lassalle mit ihnen einen bestimmten Zweck erreichen wollte. Sie sind zwar so eindringlich, daß selbst sein Biograph Hermann Oncken manchmal schwankend wird, ob hier nur eine Taktik vorliegt, oder ob es sich um ehrlich gemeinte Äußerungen handelt. Wichtig ist in dieser Hinsicht seine Verteidigungsrede im Hochverratsprozeß vor dem Staatsgerichtshof in Berlin am 12. März 1864. Hier gibt Oncken zu, daß es sich nicht nur um eine Spiegelfechterei

handelte, sondern daß er einen Schritt vorwärts tat zu einer realpolitischen Einschätzung der Kräfte des Staatslebens. Oncken weist nach, daß ihn die Taktik, die er hier eingeschlagen hat, dichter an die Regierung herandrängte. "Hinter der Taktik waren im Augenblick die sozialen Endziele und demokratischen Prinzipien fast zurückgetreten. Wenn schließlich Lassalle an seinem Endziel des demokratisch-sozialistischen Arbeiterstaates festgehalten hat und ihn nicht opferte, so ist es doch erklärlich, daß die Sozialkonservativen, die nicht den genügenden zeitlichen und sachlichen Abstand hatten, ehrlich glauben konnten, Lassalles Ziele mehr, als es in Wirklichkeit berechtigt war, für sich beanspruchen zu dürfen. Letzten Endes aber gingen sie weit auseinander. Nur der tote Lassalle konnte ihr Bundesgenosse sein. Der lebendige wäre ihr Gegner gewesen.

Die Bedeutung der Sozialkonservativen schätzte man auf der Seite der Anhänger Lassalles sehr hoch ein. Während die Kreuzzeitung schnell abgetan und mit der größten Mißachtung von ihr gesprochen wurde: "Kein Blatt schreibt außer der Volkszeitung ein so schmieriges Gesudel gegen die Bestrebungen der Arbeiter",134 wurde in Gegensatz dazu der anständige Ton der Berliner Revue gelobt. Sie zeige ein tieferes Verständnis als "wir es von den meisten Literaten gewöhnt sind". Man gestand ihr zu, daß sie die Arbeiterbewegung viel sachlicher beurteilte, als die ganze liberale Presse es tat. 135 Wiederholt druckte er beifällig Artikel der Revue ab, in denen das kapitalistische System und seine Übergriffe gebrandmarkt wurden. Die indirekten Beziehungen Meyers zur Sozialdemokratie haben wir schon oben in anderm Zusammenhange behandelt. Meyer wußte die ihm in der sozialistischen Presse gezeigte Beachtung durchaus zu schätzen. Er suchte durch die Revue einen gewissen Einfluß auf die Berliner Arbeiterführer zu üben. Für den Normalarbeitstag erwartete er gerade ihr Verständnis. 136

Der Neue Sozialdemokrat ging sachlichen Auseinandersetzungen mit der Revue nicht aus dem Wege. Dem Arbeiter ist mit dem Grundbesitzer der Kampf gegen den Kapitalismus gemeinsam. Aber letzterer gehört zu einer in der Verteidigung begriffenen, absterbenden Klasse, deren politische Rolle ausgespielt ist. Sie ist dem Arbeiter ungefährlich, und er kann sich daher in erster Linie gegen seinen ärgeren Feind, das Kapital, wenden. Während jene das

Kapital an einer weiteren Ausdehnung hindern wollen, kämpfen sie nur soweit dagegen, daß ihre Existenz für die Endauseinandersetzung mit ihm erhalten bleibt, nicht aber gegen seine weitere Ausdehnung. Denn je weiter es sich ausdehnt, um so eher macht es sich selbst als System unmöglich. Auf politischem Gebiete ist jedes Zusammengehen ausgeschlossen, weil sie als Sozialisten die republikanische Staatsform erstreben.<sup>137</sup> Dies wurde so unverblümt gesagt, daß irgendwelche Illusionen bei den Konservativen nicht entstehen konnten.

Gegenüber den wiederholten Angriffen der Revue, daß sie es an nationaler Gesinnung fehlen ließen, wehrten sie sich sehr energisch. Die Revue sehe zwischen international und national unvereinbare Gegensätze. In Wirklichkeit bestehe zwischen beiden aber ein innerer Zusammenhang. Als Teil einer großen weltgeschichtlichen Bewegung und Aufgabe, der Beseitigung der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital, sei ihr Bestreben ein kosmopolitisches, seien sie in eine Schicksalsgemeinschaft mit dem Proletariat aller Völker gestellt. Die Ausführung dieser Aufgabe sei jedoch durch die besonderen Umstände ieweils bedingt und national gefärbt. Die sozialistische Idee sei zwar international, die Arbeiterorganisation aber stets national. Eine zentralisierte internationale Arbeiterorganisation sei eine graue Theorie, genau so wie es keinen Weltstaat gibt, sondern nur den jeweils gegebenen Staat, in dem man sein Ziel zu suchen hat. Prinzip und Bewegung seien international, die Organisation sei kampffähig und national! Zur Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen wäre ein internationaler Zusammenschluß notwendig, aber lediglich als Interessengemeinschaft, wie etwa ein Konsortium von Börsenleuten, nie aber zur Erreichung direkt politischer Zwecke. 138 Aber man glaube nicht, daß dieses Bekenntnis eindeutig ist; denn daneben ließen sich auch ganz andere Stimmen vernehmen, die den nationalen Gedanken rundweg ablehnten. "Wir Sozialisten sind die einzigen, welche frei von der allgemeinen Verwirrung geblieben sind; deshalb hassen wir auch glühend das ekelhafteste, grauenhafteste Untier aller Zeiten: die Nationalbestie,"139 Beide Richtungen lagen in diesen Jahren im Streit miteinander. Die Berliner Revue hatte richtig beobachtet, daß die internationale Strömung die stärkere war und ihr die Zukunft gehörte. Ihre Warnungen an die Arbeiterschaft waren nur allzuberechtigt. Unter volksfremder Führung schlug sie einen der verhängnisvollsten Irrwege der deutschen Geschichte ein.

Der Hauptunterschied lag damals aber auf einem anderen Gebiet, nämlich auf welche Weise man sich die Lösung der sozialen Frage dachte. Den Weg der Sozialkonservativen lehnten sie glatt ab. Von dem bestehenden Staate erwarteten sie gar nichts. Wohl würden sie über ein Entgegenkommen nicht unerfreut sein und es dankbar anerkennen, sofern es ehrlich gemeint sei, aber prinzipiell müßten sie ihn ablehnen. Die Sozialkonservativen seien von einer Vertrauensseligkeit, die ihresgleichen sucht. Der heutige Staat sei der Bourgeoisie-Staat, der aus seiner Haut nicht heraus könne und daher keine durchgreifenden Maßregeln ergreifen werde. schlügen die Herrschaft der kapitalistischen Idee im bestehenden Staat nicht hoch genug an.140 Und wenn es die Revue als einen Fehler betrachtet, daß von ihnen die soziale mit der politischen Frage verquickt wird, so sei dies in Wirklichkeit die einzige Möglichkeit, die Macht im Staat zu gewinnen. Nur eine mächtige Arbeiterpartei biete die Gewähr dafür, daß die Umwälzung der Bourgeoisie-Gesellschaft auf friedlichem Wege durch die soziale Gesetzgebung erfolgt. Ein unorganisiertes Proleatriat werde viel eher die Gefahren eines blutigen Bürgerkrieges heraufbeschwören. 141

Wie nicht anders zu erwarten, wurden aus der sozialistischen Idee heraus ihre Lehren abgetan. Aber es ist beachtlich, daß man sie doch ernst nahm und der Auseinandersetzung für wert erachtete. Man hat das Gefühl, daß auf sozialistischer Seite ihr Wollen mehr Beachtung und Anerkennung fand als in den Kreisen, für die es eigentlich bestimmt war. Bei den Altkonservativen wird man nicht soviel ernsthaft gemeinte Auseinandersetzung finden, wie wir sie eben bei dem Neuen Sozialdemokraten feststellen konnten. Noch bei dem späteren Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie Franz Mehring, dem man bestimmt keine Sympathie für sie vorwerfen kann, hat sich etwas von dieser Anerkennung erhalten. Obwohl er ganz vom engstirnigen Parteistandpunkt aus schreibt. findet er warme Worte für die Tätigkeit Rudolph Meyers. 142 Wenn auch sein Urteil über Wagener weniger günstig lautet, so spricht er ihm doch durchaus die Fähigkeit zu, eine beachtliche Bewegung auf die Beine zu bringen.148

## § 3. Der Versuch einer neuen Parteibildung und sein Scheitern.

Mit dem Ausscheiden aus der Agrarbewegung hatte eine neue Phase in der Politik der Sozialkonservativen begonnen. Sie war nicht nur durch die steigende Bedeutung der Arbeiterfrage veranlaßt, sondern sie stand auch in engstem Zusammenhange mit der zu dieser Zeit einsetzenden Auseinandersetzung zwischen dem neuen Reich und dem Ultramontanismus. Sie wurden in diese Kämpfe unmittelbar hineingezogen. Mit raschem Blick hatten sie die Situation erkannt und suchten sie für ihre Sache auszunutzen.

Wagener wurde der Hauptvertreter des Kampfes gegen Rom, nachdem er eingesehen hatte, daß eine friedliche Ausgleichung nicht möglich war. In den ersten Tagen des August 1871 weilte er in Varzin bei Bismarck. Hier ist die römische Frage eingehend behandelt worden. Wagener versuchte sie mit der sozialen in Verbindung zu bringen. Während die mit dem Kapital verbundenen Schichten skrupellos ihre eigenen Interessen verfolgen und ohne irgendwelche Rücksichten auf das Staatswohl bei einer Auseinandersetzung mit Rom teilnahmslos beiseite stehen würden, würden sicherlich die Grundbesitzer und die Arbeiter bereitwillige Helfer sein, wenn ihnen auf sozialpolitischem Gebiete entgegengekommen werde. Daher müsse die Regierung mit diesen beiden Gruppen Frieden schließen, um sich in ihnen zuverlässige Bundesgenossen zu sichern.

Mit dem sicheren Instinkt des praktischen Politikers empfand er die Tragweite des Kampfes, der hier im Entstehen war. In dem Gefühl, daß ein rein negativ, mit Gesetz und Polizei durchgeführter Kampf, der sich einzig auf die Machtmittel des Staates verlassen wollte, nicht zum Siege führte, wollte er eine möglichst breite Basis im Volk schaffen. Eine Volksbewegung sollte die Regierung in der bevorstehenden Machtprobe unterstützen. Die Regierung brauchte Bundesgenossen. Der Preis des Bündnisses konnte nur in einer energischen Inangriffnahme der Sozialreform bestehen. Jetzt schien ein günstiger Moment zur praktischen Tat, da auch die widerstrebenden Elemente im Staatsinteresse nicht widersprechen könnten.

Mit der konservativen Partei war nicht mehr zu rechnen. Sie war in einem "bejammernswerten Zustand der Zersetzung". Wiederholt sei man so weit gewesen, so berichtete Meyer, Wagener und

Blanckenburg als verkappte Demokraten auszustoßen. Beide waren über die Haltung der Partei äußerst mißvergnügt und gaben sich einem hoffnungslosen Pessimismus hin, den auch Meyer teilte.2 Sie erwarteten von dieser endgültig nichts mehr. Zu einer Haltung nach Art der torries, wie Rodbertus meinte, fehlte ihnen jede Voraussetzung. "Nur wenige haben für eine wirklich staatsmännische Haltung auch nur ein Verständnis. Ja, wenn sie der große Bismarck bei dem Kragen faßt, da gehen sie redlich - selbst mit Hasenklever Arm in Arm."3 So glaubte Meyer Rodbertus gegenüber den Zustand der konservativen Partei schildern zu müssen. Blanckenburg befand sich in heller Verzweiflung über seine Fraktionsgenossen, und Wagener war aus Ärger über ihre politische Schwerfälligkeit krank geworden.4 Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß Meyer aus begreiflichen Gründen den Zustand der Partei übertrieb, so erhalten wir doch einen eindeutigen Eindruck von der Stimmung der Sozialkonservativen.

Mit Wageners Besuch in Varzin setzten ihre systematischen Bemühungen ein, Bismarck für eine energische Sozialpolitik zu gewinnen. Es kam ihnen zunächst nicht so sehr darauf an, eine neue Partei zu bilden, als vielmehr auf dem Wege der persönlichen Beeinflussung durch den Reichskanzler die führende und verantwortliche politische Schicht für die Verwirklichung ihrer Ziele zu gewinnen. Wenn Rodbertus einst Lassalle erklärt hatte, der Weg über das allgemeine Stimmrecht, die Demokratie und die organisierte Arbeiterbewegung zur Lösung der sozialen Frage zu kommen, sei falsch und wenn er ihm geschrieben hatte: "Ich fürchte, Sie täuschen sich in der Signatur der Zeit, wenn Sie glauben, auf dem obengenannten Wege zum Ziel zu kommen. Sie ist dem Caesarismus günstiger als irgend einer anderen Form",5 so fanden seine Worte jetzt scheinbar eine glänzende Bestätigung. Mit Bismarck im Verein mußte sich jede soziale Reform durchführen lassen. Die Macht und das politische Geschick und jetzt vielleicht auch die Bereitschaft dazu, besaß er. Darauf bauten Wagener, Blanckenburg und Meyer. Bald gesellte sich auch Rodbertus dazu.

Wagener war den ganzen Sommer 1871 eifrig bemüht, Bismarck zu gewinnen. Unablässig wirkte er auf diesen ein und bereitete den Boden vor, auf dem eine Sozialreform erwachsen konnte.<sup>6</sup> . . . "Wagener hat getan, was er tun konnte", stellte Meyer

am 18. 9. 1871 mit Genugtuung fest. "Es ist also bei Bismarck gut vorgearbeitet. Über die soziale Frage ist er nicht mehr im Unklaren. Das Betrübliche ist nur, daß es an den Männern fehlt, die hier Bismarck wirklich praktische Vorschläge zu machen haben. Es ist immer nur der eine Wagener. Wagener ist außerdem krank, und Blanckenburg hat zwar den besten Willen, hat auch Bismarcks Vertrauen, aber die Sache ist ihm doch allzu fremd,"7 klagte er. "Oben hat man wohl den besten Willen, aber sagen Sie mir, wer versteht denn etwas davon," schrieb Meyer ein anderes Mal verzweifelt an Rodbertus.8 Selbst Wagener habe ihm gesagt, er werde eine abschlagende Antwort geben, wenn man ihm den Antrag mache, die Sache in die Hand zu nehmen, weil er völlig isoliert sei.<sup>9</sup> Dazu kam der direkte Widerstand, der von den Leuten im Reichskanzleramt ausging, den Delbrück, Michaelis und Genossen, die ein Hemmnis für eine tatkräftige Aktion bildeten. 10 Auch im preußischen Handelsministerium, dessen Leiter damals Graf Itzenplitz war, und in dessen Bereich die Bearbeitung der sozialen Frage fiel, herrschte die liberale Richtung vor. Theodor Lohmann schildert uns diese Verständnislosigkeit und den passiven Widerstand des Ministeriums in sozialen Fragen recht anschaulich. Es fehlte dem preußischen Ministerium völlig an durchgreifender Initiative.<sup>11</sup> Man gab sich bei den Sozialkonservativen durchaus keinen Täuschungen darüber hin, welche Hindernisse zu überwinden waren, und war sich der Schwierigkeit der Aufgabe, die man sich gestellt hatte, durchaus bewußt.

Andererseits drängte aber alles auf eine Entscheidung hin. Wie leicht konnte der günstige Augenblick verpaßt werden! "Der Wagen rollt immer weiter hinunter. Die nationalgesinnten Sozialdemokraten, zu denen ich Hasenklever rechne, werden mit Gewalt in die Arme der Internationale gedrängt."<sup>12</sup> Sie sahen die Gefahren, die aus einer Internationalisierung der Arbeiterbewegung drohten. Nur ein entschlossenes Vorgehen des Staates konnte das Rad in seinem Lauf noch aufhalten. Es galt, die Regierung dahin zu bringen, daß sie eine klare Stellung einnahm. Bismarck sollte gezwungen werden, Farbe zu bekennen. "Will er nicht, dann nützt alles nichts. . . . . Dann geht das Verderben seinen Gang. Sie sollen mal sehen, was die Streiks, die Organisation und die Zentralisation der Arbeiter zu Wege bringt." . . . "Vorlesungen in der Singakademie und Volks-

versammlungen, alles das würde wenig nützen." Der Staat muß seine Machtmittel leihen, um etwas Positives zu erreichen. Meyer sagte das nicht so obenhin, sondern auf Grund der praktischen Kenntnisse, die er im Verkehr mit den Arbeiterführern gesammelt hatte. Nachdem er Rodbertus mit der ganzen Hitze seines stürmischen Temperamentes die Lage geschildert hatte, drang er auf ihn ein: "Daß Sie sich nicht entschließen können, aus dem otium et studium herauszutreten! Sie sind der einzige Mann, der hier führend auftreten kann."13 Er sollte seine Zurückhaltung aufgeben und an die Öffentlichkeit hervortreten; denn er habe das Zeug dazu. Er sei der einzige, wiederholte er am 26. November, der die Regierung anstacheln könne. Wagener sei krank, wer weiß, wann er wieder soweit hergestellt sei, um politisch arbeiten zu können. Meyer wollte ihn durchaus als den sozialen Führer auf den Schild heben.14 Er wollte ihn veranlassen, sich in einer Audienz an Bismarck zu wenden. Lothar Bucher sollte als Vermittler dienen und den geeigneten Zeitpunkt ermitteln. Bei dieser Gelegenheit sollte er sein soziales Programm entwickeln. Die Zuversicht, Bismarck durch eine solche Unterredung zu einem schwerwiegenden Entschluß bringen zu können, erscheint reichlich naiv. 15 Rodbertus zeigte deshalb auch wenig Lust, auf solche phantastischen Pläne einzugehen. "Wie sollte nach ihrer Meinung die soziale Frage angefaßt werden? Würde ich mich nicht bloß zwischen 2, sondern zwischen 3 Stühlen niedersetzen — Arbeiter, Regierung und öffentliche Meinung?" fühlte sich ganz unsicher in der Art, wie er eingreifen sollte. Er hielt die Frage nicht für zeitgemäß. Außerdem empfand er seine Isolierung, und ohne daß hinter ihm einflußreiche Leute standen, wollte er nichts unternehmen.16 Schließlich sah auch Meyer selber das Unmögliche ein und steckte ein Loch zurück.<sup>17</sup> Meyer erwartete von einer unmittelbaren Einwirkung auf den Kanzler sehr viel; er setzte seine ganze Hoffnung darauf und ließ kein Mittel unversucht, dies zu erreichen. Es liegt in dem Wesen seines Staatssozialismus, alles durch die Staatsleitung für das Volk geschehen zu lassen. Was er in der Revue erscheinen ließ, war nicht sowohl für das große Lesepublikum bestimmt, als für die Augen Bismarcks geschrieben. Daher bat er Rodbertus um fleißige Mitarbeit. Einzelne Arbeiten wollte er Bismarck schon in die Hand spielen. 18 "Es handelt sich darum, dem Bismarck zu zeigen, hier sind Männer, die mit anderen Waffen den

sozialen Drachen anfallen wollen und können, als mit Stiebers Polizeiknüppel." Wir haben es hier sicherlich nicht mit einer journalistischen Überheblichkeit<sup>19</sup> zu tun, sondern über Bucher und Wagener konnte er tatsächlich die Berliner Revue zur Kenntnis Bismarcks bringen.

Meyer wollte, daß rücksichtslos und entschieden mit "konservativ-sozialistischen Grundsätzen" hervorgetreten werde und positive Vorschläge gemacht würden.<sup>20</sup> Als Ziel schwebte ihm dabei eine politische Verbindung der Konservativen und der Arbeiter vor, in welcher von diesen die sozialen Forderungen und von den Konservativen die politischen Formen übernommen werden. Er stand außer mit Schweitzer auch mit den anderen Führern des Arbeitervereins wie Hasenklever und Hasselmann in Verbindung.<sup>21</sup> "Seit einigen Wochen — so teilte er am 17. Oktober Rodbertus mit — bearbeite ich sie in diesem Sinn. Wir wollen doch mal abwarten, fuhr er fort. was die Sozialisten sagen, was Blanckenburg meint . . . . Ia, ja, ich will versuchen, ob ich nicht Blanckenburg und Hasenklever zum "schmollieren" bringen kann."22 Und am 28. Oktober glaubte er berichten zu dürfen, daß er in Verhandlungen vertraulichster Natur die Idee etwas weitergebracht habe. Fand das Vorgehen von Rodbertus bei Bismarck Gehör, so sah er die Möglichkeit, eine große Bewegung in Gang zu bringen. Wagener werde eine kräftige Stütze bei Bismarck selbst sein, in Blanckenburg werde er einen Sprecher in der Partei finden, in Meyer einen Schreiber und in den Kreisen der Arbeiterführer Leute, die in den Volksversammlungen reden. "Ich glaube, daß auch v. Schweitzer dann die Bretter, die die Welt bedeuten, gegen die Welt selbst wieder vertauscht wird. "23 Hier schoß Meyer gewaltig über das Ziel hinaus. Was er über Schweitzer sagte, mochte zutreffend sein. Aber für die übrigen Arbeiterführer war ein solches Paktieren ausgeschlossen. In Wirklichkeit hatte er über die Stimmung der Arbeiter gar keinen sicheren Beweis in den Händen, sondern war auf Berichte aus dritter Hand angewiesen. Aber hatte nicht selbst Bismarck mit Lassalle in Verhandlungen gestanden und ein taktisches Bündnis zwischen Reaktion und Arbeitern für möglich gehalten? Unmöglich brauchte es nicht zu scheinen, unter Bismarcks Leitung und Führung die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und alle die Erschütterungen zu vermeiden, die sich später daraus ergaben, daß die Massen des Proletariats in Feindschaft zum

Staat standen. Rodbertus schob er deshalb so stark in den Vordergrund, weil dieser bei der Arbeiterschaft großes Vertrauen genoß. Er sollte die Brücke schlagen zwischen ihnen und den Konservativen.<sup>24</sup> Wer weiß, wie die Entwicklung gegangen wäre, wenn Rodbertus diesen Ruf verstanden und wirklich die ihm zugedachte Rolle übernommen hätte!

Am 21. Dezember meinte Meyer sehr zuversichtlich, daß die Bemühungen bei Bismarck nicht ohne Erfolg blieben, daß Wagener selbst ihm über die Rententheorie Vortrag gehalten, daß Wagener und Bucher in der Sache ganz einig wären und daß sie beide auf den Kanzler in diesem Sinne einwirkten. Nur durch die äußere Politik und Krankheit werde er gehindert, die Sache anzupacken.

Die Art und Weise, wie Wagener den Kanzler zu beeinflussen suchte, zeigt seine für Bismarck bestimmte Denkschrift vom 29. Januar 1872.25 Inhaltlich schließt sie an das an, was Meyer im August des vergangenen Jahres über seinen Besuch in Varzin erzählt hatte. Wagener ging von der Lage aus, die durch die Opposition der Ultramontanen und der übrigen Reichsfeinde geschaffen war. Besonders gefährlich erschien ihm die in Zukunft drohende Verbindung zwischen Sozialisten und Ultramontanen. Um dieser Einigung zuvorzukommen, muß die Regierung die Behandlung der sozialen Frage in die Hand nehmen. "Dem Sozialpapst ist der Sozialkaiser entgegenzustellen", wie er treffend formulierte. Der augenblicklichen nationalen Strömung in der Arbeiterschaft muß durch eine arbeiterfreundliche Innenpolitik entgegengekommen werden. Die Regierung wird dann in der Arbeiterschaft eine sichere und zuverlässige Stütze finden. Er verlangte eine völlige Trennung von Staat und Kirche und die Gleichberechtigung aller Konfessionen. Den konfessionell gebundenen Staat lehnte er ab: "Preußen ist nicht mehr imstande, seine Rolle als evangelischer Staat weiterzuspielen."

Diese Denkschrift enthält in nüchterner staatspolitischer Überlegung den Kern der Gedanken, die Meyer mit mehr Begeisterung als politischer Erfahrung Rodbertus gegenüber entwickelt hatte. Sie waren von Wagener auf das politisch wirklich Durchführbare reduziert. Wo Meyer prachtvolle Luftschlösser baute, setzte der Praktiker ein schlichtes, aber mit festen Fundamenten versehenes, brauchbares Wohnhaus. In den entwickelten Vorschlägen steckten die Grundlagen zu dem Programm der monarchisch-nationalen

Partei vom 14. Mai 1872. Vielleicht dürfen wir sogar in der Rede, die Bismarck zwei Tage nach der Überreichung dieser Denkschrift im preußischen Abgeordnetenhaus hielt, den Einfluß Wageners feststellen. Einzelne Stellen weisen deutlich darauf hin, so der Abschnitt über die Stellung der Konfessionen in Preußen. Bismarck war nämlich tatsächlich nicht abgeneigt, auf seine Gedanken einzugehen. Ende Oktober 1871, also zu einer Zeit, in der die Bemühungen Wageners besonders intensiv gewesen sind, wandte er sich an den Handelsminister Itzenplitz und bat ihn um Einsetzung einer Kommission, die untersuchen sollte, wie weit man den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen konnte.<sup>26</sup> Als Itzenplitz darauf antwortete, daß er von staatssozialistischen Mitteln nichts halte,26° lehnte Bismarck seine Einwände ab und verlangte von dem Handelsministerium "positive Mitarbeit".<sup>27</sup> Bismarck war sich klar darüber, daß sich die Arbeiterbewegung nicht länger ignorieren ließ und daß das Handeln der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt das einzige Mittel war, die sozialistische Bewegung aufzuhalten. Das müsse man realisieren, was in den sozialistischen Forderungen berechtigt erscheint und im Rahmen des gegenwärtigen Staates durchgesetzt werden kann. Mit der Richtung Lassalles, die noch nicht in der Internationalen aufgegangen ist, sei eine Verständigung noch möglich. Das ausführliche Schreiben war ganz im Sinne der Sozialkonservativen gehalten. Bismarck schien danach fest entschlossen, die von ihnen empfohlenen Wege zu betreten. In seiner Beurteilung der Arbeiterbewegung herrschte eine überraschende Übereinstimmung mit den Ansichten Wageners und seiner Freunde. Fast möchte ich annehmen, daß dieser Brief von ihm entworfen ist, so sehr atmet er seinen Geist und ist in seinem Stile gehalten. Der Verlauf des Kulturkampfes, in dem sich die Konservativen ihm versagten, zwang Bismarck, auf die Seite der Liberalen zu treten. Daher konnte er auch nicht entschlossen eine antiliberale Sozialpolitik treiben. Zunächst versuchte er es zwar mit einer Reorganisation der konservativen Partei. Als diese mißlang, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich den Liberalen in die Arme zu werfen.

Damit kommen wir wieder zu den großen politischen Ereignissen zurück, in die wir die Darstellung der sozialkonservativen Bestrebungen einzufügen haben. In Preußen war inzwischen der Kulturkampf entfacht. Anfang 1872 fand im Abgeordnetenhause

die Lesung des Schulaufsichtsgesetzes statt. Im Rahmen dieser Parlamentsverhandlungen hielt Bismarck am 31. Januar eine Rede, die für sein ferneres Verhältnis zu der Partei ausschlaggebend geworden ist. Die Konservativen trennten sich vom Kanzler und

gingen in die Opposition.

In dieser Rede erklärte Bismarck dem Abgeordneten Windhorst, der über die Benachteiligung der Katholiken geklagt hatte: "Aber, wie die Sachen augenblicklich liegen, in einem konstitutionellen Staat bedürfen wir Ministerien einer Majorität, die unsere Richtung im Ganzen unterstützt. Glaubt nun der Herr Vorredner, daß, wenn wir das Ministerium aus der Fraktion wählten, der er angehört, daß uns dann die Unterstützung einer Majorität zur Seite stehen würde? Ich bezweifele es. Aber ohne eine gewisse Homogenität ist ein Ministerium heute nicht mehr haltbar; denn wir sind, obwohl wir in einem lockeren Ressortverhältnis stehen, in Preußen doch gemeinschaftlich verantwortlich . . . . Ich huldige von Hause aus dem Grundsatze, daß jede Konfession bei uns die volle Bewegungsfreiheit, die volle Glaubensfreiheit haben muß . . . . "276"

Diese Erklärung erregte über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufsehen.28 War es doch ein unumwundenes offenes Bekenntnis des Kanzlers zur parlamentarischen Regierung und zu einem dem Parlament verantwortlichen Ministerium. Es ist nicht verwunderlich, daß seine alten politischen Freunde diese Äußerungen nicht so ohne weiteres hinnahmen. Es begann gewaltig unter ihnen zu gären. Meyer berichtete besorgt an Rodbertus: "Von den Altkonservativen hat Bismarck bei der jetzigen Stimmung alles zu befürchten."29 Sie fragten: Will der Fürst mit seiner ganzen Vergangenheit brechen? Will er in Zukunft alle konservativen Prinzipien vollständig aufgeben? Am 11. Februar griff ihn die Kreuzzeitung sehr energisch an: "Das, was die konservative Partei seit über 20 Jahren stets als ihre Fundamentalprinzipien proklamiert und verteidigt hat, scheint aufgegeben." Ein längeres Schweigen sei ihr unmöglich. Und das sei der Grund des Übels, daß die Partei sich mehr mit der Frage beschäftigt habe, was die Regierung tue oder tuen wolle, als mit dem, was sie selber zu tun habe. Daher sei die Partei als etwas ziemlich Überflüssiges und Unwesentliches betrachtet worden. Als "species facti" wurden bezeichnet: 1. die Anerkennung des bisher bekämpften Konstitutionalismus, 2. die Verantwortlichkeit des Ministeriums und insbesondere die Solidarität ihrer Verantwortung, für die sie vergebens nach einem Fundament in der preußischen Verfassung suche. Sie warf also dem Kanzler Bruch der Verfassung vor und erblickte in seinem Vorgehen einen Angriff auf das monarchische Prinzip. Die Erklärung, daß Preußen keine Staatsreligion habe, stehe im Widerspruch mit Artikel 14 der Verfassung. Die Zeitung schloß mit einer scharfen Kampfansage gegen das Ministerium" "Wo es sich um die zwei Punkte handelt: "Vindikation des monarchischen Prinzips gegen parlamentarische Majoritätswirtschaft und Verteidigung des christlichen Charakters unseres Staates, da hören die Kompromisse auf."

Für die Kreuzzeitung stand es fest, daß Bismarck in das Lager des Liberalismus übergeschwenkt war. Der Bruch zwischen Kanzler und Partei war akut geworden. Dieser trat wenige Tage später ein. In der Zeit vom 8. bis 13. Februar fand die zweite Lesung statt. Die Konservativen waren der Vorlage gegenüber reichlich skeptisch und sie erwarteten für die Zukunft allerlei böse Folgen. Am 8. Februar hatte der Kanzler versucht, ihre Bedenken zu zerstreuen und sie für die Vorlage zu gewinnen: "Ich bitte, beschäftigen Sie sich mit Realitäten und nicht mit Gespenstern der Zukunft, und beweisen Sie uns auch heute das Vertrauen, das Sie uns bisher gewährt haben".30 Die Abgeordneten v. Rauchhaupt und Brauchitsch stellten einen Vermittlungsantrag, der der Regierung entgegenkam. Für den extremen rechten Flügel protestierte jedoch am 13. Februar der Abgeordnete Holtz "im Namen des verletzten Rechtes des Landes und der Kirche" gegen die Annahme des Gesetzentwurfes.31 Nachdem Bismarck noch einmal an die Parteien mit einem unmißverständlichen Wink an die Konservativen appelliert hatte, ihre Fraktionseifersucht aufzugeben, sprach er das schwerwiegende Wort, welches für das Schicksal der Partei entscheidend wurde: "Ich darf es wohl bestätigen (er spielte auf eine Äußerung Laskers an), daß es auch mir undenkbar gewesen ist, daß diese Partei die Regierung in einer Frage im Stich lassen werde, in welcher die Regierung ihrerseits entschlossen ist, iedes konstitutionelle Mittel zur Anwendung zu bringen, um sie durchzuführen".82

Gleichzeitig erschien am 13. Februar in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine Antwort auf den Angriff der Kreuzzeitung, die dem Artikel vom 11. Februar in Ton und Inhalt nichts nachgab,

ihr das Bündnis mit den Ultramontanen vorwarf und das Zeugnis der impotenten Verkommenheit ausstellte. Daraufhin versuchte die Kreuzzeitung ihren ersten Artikel abzuschwächen, um die Verbindung mit dem allmächtigen Staatsmann nicht ganz zu verlieren.33 Aber es war jetzt zu spät. Bismarck gab es nun seinerseits auf, weiter mit den Altkonservativen zusammenzuarbeiten. Der Gegensatz hatte sich zu deutlich gezeigt. Er hatte bereits einen anderen Weg eingeschlagen, um sich eine sichere Partei zu schaffen, auf die Verlaß war, und die seine Maßnahmen auf jeden Fall unterstützte. Noch war er nicht gewillt, sich den Liberalen auszuliefern. Vielmehr machte er den Versuch, die bestehende konservative Partei zu zerschlagen und aus ihren Trümmern eine neue Regierungspartei zu bilden. Ganz unmöglich und aussichtslos brauchte das Unternehmen nicht zu sein. Hatte doch die Debatte im Abgeordnetenhause klar genug gezeigt, wie zwiespältig die Meinungen innerhalb der Partei waren, und daß von einer Einheit keine Rede sein konnte. Unter der Führung Rauchhaupts bildete sich eine Gruppe, die der Regierung zum mindesten nicht feindlich gegenüberstand. Die Sozialkonservativen unter Wageners Leitung waren schon lange mit der offiziellen Parteipolitik unzufrieden. Trat außerdem die Autorität Bismarcks dazu, so war für einen guten Anfang gesorgt.

Während die Kreuzzeitung der Regierung Fehde ansagte, stellte sich die Revue entschlossen hinter die Regierungspolitik. Vorbehaltlos folgte sie ihr in ihrer Schulpolitik und verteidigte das Schulaufsichtsgesetz. Was ein so konservativer und umsichtiger Staatsmann wie Bismarck tut, das ist schlechthin konservativ und richtig. Im Vertrauen darauf muß man dem Kanzler folgen, mag es manchmal auch schwer fallen. Dadurch wird der eigene Konservatismus nicht beeinträchtigt.34 Der Einwurf der Kreuzzeitung, daß Bismarck seine konservative Grundlage verlassen habe und die Schule entchristliche, ist grundlos. Es kommt nicht auf ein unbedingtes Festhalten am Prinzip an, sondern man muß sich nach den praktischen Gegebenheiten richten. Auf gleicher konservativer Grundlage sind verschiedene Lösungen möglich. Ausschlaggebend muß aber immer das Staatswohl sein. Nun drehte sie den Spieß um und warf der altkonservativen Partei vor, von ihren Prinzipien abgefallen zu sein. Nicht Bismarck, sondern sie hat den Boden der Verfassung verlassen; denn dem Staat muß das letzte Verfügungsrecht über die Schule zugestanden werden. Der Abfall ist zum Schaden der Partei und des Staates erfolgt. Der Konflikt ist eine Freude für alle Feinde Preußens.<sup>35</sup>

Mit dieser Unterstützung der Regierung verband sie gleichzeitig die Mahnung, die Bearbeitung der sozialen Frage ernsthaft ins Auge zu fassen. In Bismarck sah sie den starken Mann, der die Machtmittel des Staates dafür einsetzen kann. Derselbe Mann, der jetzt das Verhältnis zwischen Staat und Kirche regelt, nachdem er die nationale Frage entschieden hat, ist auch berufen, die soziale zu lösen. Alle drei hängen eng zusammen. "Lange Zeit haben wir auf diesen Mann warten müssen, und nun wirft ihm die Partei Steine in den Weg, weil er nicht von Savignv und Windhorst abläßt, wenn ihnen Bodelschwingh, Senfft und Kleist-Retzow sekundierend beispringen."36 Die Revue will ihm jedoch helfen und diese Steine wieder aus dem Wege räumen. Geschickt wurde die neugeschaffene Lage ausgenutzt. Entfernten sich die Altkonservativen von dem Kanzler, so suchten sie erst recht bei ihm Anschluß. Bismarck verlor eine bisherige Stütze seiner Politik, da waren sie schnell bei der Hand und boten sich ihm dafür an. Sie hofften gleichzeitig durch diese regierungsfeindliche Haltung die Teile der Konservativen, die nicht mit in die Opposition gehen wollten, auf ihre Seite zu ziehen.

Die Sozialkonservativen hatten die Stunde erkannt, auf die sie schon so lange warteten. Ungesäumt machten sie sich an die Arbeit. Bereits einen Tag, nachdem Bismarcks endgültige Absage an die Konservativen erfolgt war, wurde von Rodbertus der von Meyer vorgeschlagene Gedanke einer sozialkonservativen Partei begrüßt.37 Endlich war er soweit, wie ihn Meyer schon lange haben wollte. Der Gedanke einer konservativ-sozialistischen Partei konnte ihm nicht unsympathisch sein. Er trug sich schon lange mit dem Plan zu einer solchen Reformpartei. 1863 hatte er beim Lassalleschen Arbeiterverein nicht mitgetan, weil die Konservativen und die Fortschrittler fehlten, die durch die politischen Forderungen der Arbeiter abgeschreckt werden.38 1866 hegte er den Plan, eine solche Partei von sich aus ins Leben zu rufen. Sie sollte aufgebaut sein auf das allgemeine gleiche Wahlrecht, sozial gestimmt, nicht auf bestimmte sozialistische Forderungen eingeschworen, staatstreu und monarchisch-national.39 Konservative und Liberale sollten in ihr vereinigt werden. Im Keim alle von ihm 1872 wiederholten Forderungen!

Rodbertus stellte jetzt seine Beteiligung in Aussicht und wünschte nur, daß auch die Süddeutschen hinzugezogen wurden. Ende des Monats war die Verbindung Wageners mit Schumacher hergestellt. <sup>40</sup> Moritz v. Blanckenburg gehörte zu den ersten Förderern des Plans und mit Graf Eberhard Stolberg wurde verhandelt. <sup>41</sup> Als Präsident des Herrenhauses genoß er das Vertrauen aller konservativen Kreise. Er gehörte zum engsten Freundeskreise Bismarcks und hatte ihm auch in diesen kritischen Tagen die Freundschaft gehalten. Sein früher Tod im August dieses Jahres war ein schwerer Verlust für Bismarck wie für die Sozialkonservativen. <sup>42</sup> Er hatte schon bisher ihren sozialen Bestrebungen sympathisch gegenüber gestanden und im preußischen Volksverein eine führende Stelle eingenommen. Im weiteren Verlauf wurden auch der Oberpräsident Diest, von Maltzahn-Gülz und von Wedell-Malchow hinzugezogen. <sup>43</sup>

Am 12. März erklärte Rodbertus seine Bereitwilligkeit, mit den ihm genannten Männern zusammenzuarbeiten. Als sein Programm bezeichnete er die drei Schlagworte: Monarchisch, national, sozial! Diese drei Worte allein könnten diejenige Partei charakterisieren, die großartige Zukunftschancen hat.44 Was Ende 1871 Phantasterei erschien, war auf einmal in den Bereich des Möglichen gerückt worden. "Die konservative Partei wand sich unter den Schmerzen der erhaltenen Schläge, eine Menge ihrer Mitglieder griff nach jedem Strohhalm, Bismarck war in Rage und zu allem fähig. Selbst der Kaiser war hingerissen."45 Es kam alles darauf an, den günstigen Augenblick auszunützen. Die Beteiligung von Rodbertus war deshalb so dringend nötig, weil sonst die Verhandlungen in die Hände von Leuten geraten konnten, die in "borniertem Hochmut" unfähig waren, ein Programm zu entwerfen, das auch einen Teil der Arbeiterpartei gewinnen konnte. Um des sozialistischen Gehaltes willen, der in dem Programm der neuen Partei stecken mußte, die aus den lebensfähigen Elementen der Konservativen und den nationalen Teilen der Arbeiterbewegung gebildet werden sollte, war die Teilnahme seiner beiden sozialpolitischen Freunde Rodbertus und Schuhmacher eine Notwendigkeit. Sonst befürchtete Meyer das Vorherrschen der sozialen Reaktionäre. "Ist es aber zu befürchten, daß man solche Leute bei der Beratung des Programmes nicht zuziehen wird, dann wird man nachher wohl ein Programm haben, aber unter den Arbeitern nur ein höhnisches Gelächter dafür."46

Nachdem Rodbertus seine Zusage gegeben hatte, nahm er mit Hermann Wagener Fühlung. Es wurde ein schriftlicher Gedankenaustausch eingeleitet, dem ein Programmentwurf aus der Feder Wageners zugrundegelegt wurde. 47 Er umfaßte folgende Punkte: Entsprechend den äußeren Umständen, denen die Verhandlungen ihren Ursprung verdankten, wurde an erster Stelle eine unbedingte Zusammenarbeit mit der Regierung verlangt. Das Versagen der konservativen Fraktion des Herren- wie des Abgeordnetenhauses bei der Beratung des Schulaufsichtsgesetzes wurde ausdrücklich hervorgehoben, um die Notwendigkeit der Parteibildung zu begründen. Sie selbst sollte nicht auf Preußen beschränkt bleiben, sondern wurde auf das übrige Deutschland ausgedehnt. In gleicher Weise wurde gegen parlamentarische Tendenzen wie gegen partikularistische Bestrebungen und die ultramontanen Gegenströmungen Front gemacht. Weiter wurde ein nationaler Sozialismus gefordert. Dabei war die Mitarbeit der Kirche notwendig, wie es die Ultramontanen schon seit langem begriffen haben. Aber — und nun schwächte er seinen ursprünglichen Gedanken ab — Staat und Kirche sollten nicht getrennt werden, sondern nur eine zeitgemäße Festsetzung der Grenzen zwischen ihnen stattfinden. Am 22. März übergab Meyer diesen Entwurf an Rodbertus. Postwendend ließ dieser seine Antwort Wagener zukommen. 48 Das zeigt zur Genüge, welches Interesse er für den Plan hatte. Die Kritik, die er an Wageners Entwurf übte, ist für seine Denkungsweise außerordentlich bezeichnend. Vor allem wünschte er eine noch stärkere Betonung der Staatsgewalt, weil das Kapital immer mächtiger werde und Bürokratie und Geldaristokratie sich immer mehr versippten. Deshalb sollten auch die Banken und Eisenbahnen verstaatlicht werden. Dann wandte er sich dagegen, daß die soziale Frage mit ethischen Gesichtspunkten wie Mitarbeit der Kirche bei ihrer Lösung, in Verbindung gebracht werde. "Es ist eine reine Magenfrage, christlich, respektive heidnisch-indifferent."

In diesen beiden Punkten liegt enthalten, was ihn überhaupt von der konservativen Weltanschauung trennte. Denn diese hatte sich immer gegen den omnipotenten Staat gewehrt und ihn als liberales Erzeugnis abgelehnt. Die Konservativen konnten auch nicht auf eine ethische Begründung ihrer sozialen Forderungen verzichten, wie geartet diese selbst im einzelnen auch sein mochten.

Für Rodbertus war das Bündnis mit den Konservativen nur eine

taktische Angelegenheit.

In den übrigen Stücken stimmte er Wagener im großen und ganzen zu, stellte aber seinerseits einen Gegenentwurf auf, der sehr knapp gehalten war und in drei Sätzen erläuterte, wie er die Formel monarchisch, national, sozial verstanden wissen wollte. <sup>49</sup> Ein tieferes Eingehen auf Einzelfragen hielt er nur für eine unnütze Belastung des Programms. Die Umschreibung "national" sei absichtlich "vage" gehalten, um die Partikularisten nicht abzuschrecken. Besser als alle einzeln aufgeführten sozialen Forderungen werde es wirken, wenn die besten Namen der preußischen Aristokratie den sozialen Gedanken anerkennen.

Zu gleicher Zeit kamen ihm aber wieder Bedenken. Nach mehreren erregten Unterredungen mit Meyer zog er sich wieder von der Sache zurück, ehe er sie überhaupt richtig angefangen hatte. Meyer habe ihm die Dinge zu sanguinisch dargestellt und Hoffnungen erregt, zu denen kein Grund vorhanden sei. Rodbertus hatte das Empfinden, daß der Kreis der beteiligten Leute zu eng war und infolgedessen das Unternehmen nicht lebensfähig sein würde. 50 Meyer bereitete es natürlich eine tiefe Enttäuschung, daß Rodbertus die ganze Angelegenheit nur als ein "geistiges Tournee" mit Wagener betrachtet hatte, und daß er der philosophische Einsiedler von lagetzow bleiben wollte.<sup>51</sup> Hier zeigt sich wieder dieser typische Zug an Rodbertus. Ganz ähnliche hatte er auch 1863 gehandelt. Auch damals war er in dem Augenblick zurückgeschreckt, als man Bekenntnis und Tat von ihm gefordert hatte. Die bei ihm vorherrschenden intellektuellen Einwände hemmten seine Entschlußkraft und hinderten ihn daran, entschlossen in die Verhältnisse einzugreifen. Hinzukam ein sachlicher Grund. Beide Male war ihm der Rahmen zu eng gefaßt. Rodbertus wollte nicht einseitig abgestempelt werden, weder als Arbeiterführer, noch als Konservativer.

Indessen kam es nicht zu einem völligen Bruch mit ihm, Es vollzog sich im Gegenteil bald wieder eine Annäherung. Meyer hielt ihn auf dem Laufenden und unterrichtete ihn über alle Phasen der Verhandlungen. Anfang April wurde die Aussprache mit Wagener fortgesetzt. Wagener stellte ihre beiderseitige Übereinstimmung in den wesentlichen Punkten fest und erwartete für die Zukunft seine Mitarbeit. Er schickte ihm eine Zusammenstellung der Dinge, die

nach seiner Meinung auf dem sozialen Gebiete zunächst in Angriff genommen werden müssen, und bat Rodbertus um sein Urteil darüber. Wenn auch Rodbertus nicht mehr für die neue Partei zu gewinnen war, so verfolgte er doch aufmerksam ihre Bestrebungen, verbarg sein Interesse an ihnen nicht und hielt mit Ratschlägen für die "ghibelinische Sozialpartei" nicht zurück. Ende April waren infolgedessen Meyers Hoffnungen mächtig gestiegen. Er versuchte noch einmal Rodbertus zu gewinnen. Er schrieb ihm am 24. einen langen Brief, in dem er die Lage als sehr günstig schilderte und schloß mit den Worten: "Übersetzen Sie mit Wagener und Bismarck Ihre Theorien in die Praxis . . . . Es ist doch eine große Zeit! Ich möchte noch so bald nicht sterben." Aber Rodbertus hielt sich in kühler Reserve und ließ sich nicht aus ihr hervorlocken.

Die Verhandlungen gingen inzwischen weiter. Am 12. April wurde von Wagener zu einer Sitzung "en petit comité" eingeladen, in der das von ihm ausgearbeitete Programm und das Gutachten von Rodbertus durchgesprochen wurde. Meyer war in diesem Abschnitt der Beratungen bereits ausgeschlossen.54 Der Einfluß, den er von vornherein befürchtet hatte, wurde allmählich immer spürbarer. Die konservative Partei hatte sich von ihrem ersten Schrecken erholt und erwachte wieder zum Leben. Im Reichskanzleramt kämpften die "Herren von Manchester" bei Bismarck dagegen. Die Reichstagsfraktion hatte von den Verhandlungen erfahren und schaltete sich ein. Sie nahm nun die Führung in die Hand und gab den Ausschlag.55 Damit war der Plan der Sozialkonservativen so gut wie vereitelt. Wagener selber wurde überstimmt und aus dem Namen der neuen Partei bezeichnenderweise das Wort "sozial" gestrichen.<sup>56</sup> Der eigentlich Einfluß gebende Mann wurde Blanckenburg.57 Er war aus dem Kreise der Sozialkonservativen derjenige, welcher seiner Vergangenheit und Herkunft nach noch am meisten in den alten konservativen Anschauungen wurzelte und nicht so ausgesprochen Staatssozialist war wie die andern. Am 14. Mai waren die Verhandlungen abgeschlossen und das Programm der monarchischnationalen Partei des Reichstages wurde der Öffentlichkeit übergeben.58 Unter den Unterzeichnern finden wir fast lauter Namen, die dem Kreise der eigentlichen Urheber dieses Gedankens nicht angehörten.

Der ziemlich lange und ausführliche Entwurf Wageners war auf

8 Punkte zusammengestrichen worden. Die kritischen Bemerkungen von Rodbertus sind auf die Änderungen nicht ohne Einfluß gewesen. Der ursprüngliche Entwurf wurde dahin ergänzt, daß die finanzielle Selbständigkeit des Reiches betont und die Unabhängigkeit von den Zuschüssen der Bundesstaaten gefordert wurde. Vorgeschlagen wurde die indirekte Besteuerung von Genußmitteln und Gegenständen, die "in ihrer Bewegung im Verkehrsleben sich besonders dazu eignen". Auf sozialem Gebiete wurde eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Landwirtschaft und Arbeiterschaft verlangt, für letztere insbesondere staatliche Unterstützung für korporative Bildungen und die Schaffung von Schlichtungsstellen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern. In den kirchlichen Fragen folgte das Programm dem Entwurf Wageners.

Die Reichstagsfraktion stimmte geschlossen mit nur zwei Ausnahmen diesen Sätzen zu,<sup>59</sup> während sie den Fraktionen der beiden Häuser des Landtages nicht gleich vorgelegt wurden und deren Entscheidung sich verzögerte.<sup>60</sup> Die süddeutschen Konservativen hatten an der Beratung nicht teilgenommen. Als das Programm in der Süddeutschen Reichspost erschien, war es für sie eine große Überraschung. Nur mit Mühe konnten sie von einem öffentlichen Protest zurückgehalten werden.<sup>61</sup>

Die Kreuzzeitung war zu allen diesen Verhandlungen nicht zugezogen worden. Das Programm war ihr nicht einmal von parteiamtlicher Seite mitgeteilt worden. Erst 14 Tage nach der Veröffentlichung druckte sie es nach der Süddeutschen Reichspost ab.62 Sie setzte nur einen kurzen, dürftigen Kommentar hinzu und verlangte genauere Ausführung einzelner Punkte. Besonders wünschte sie Aufklärung über die Teile, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche behandelten. Am liebsten hätte sie das Programm als Bagatelle behandelt und wäre stillschweigend darüber hinweggegangen. Erst durch die Angriffe von liberaler und ultramontaner Seite, die mit Freuden die Spaltung innerhalb der Partei feststellten. sah sie sich zu näheren Erklärungen genötigt. Sie suchte das Programm mit den allgemeinen Bestrebungen der Partei in Einklang zu bringen. Sie leugnete es ab, daß dadurch eine neue Partei gegründet sei. Eine Änderung des Parteinamens komme gar nicht in Frage. Im großen und ganzen sei sie eine "geschlossene, von gleicher Gesinnung" getragene Partei, die ihr Hauptorgan in der Kreuzzeitung habe. Es seien nur Richtlinien für das gemeinsame Handeln zwischen der Partei und dem leitenden Staatsmanne festgesetzt worden. Sie suchte ihre Opposition gegen die Regierung in den verflossenen Tagen zu entschuldigen und verschleierte ihren Rückzug dadurch, daß sie der Regierung den Vorwurf machte, sie habe das Politische ihrer Vorlage nicht genügend hervorgehoben. Infolgedessen habe man bei der unklaren Fassung des Gesetzentwurfes an einen ersten Schritt zur Trennung zwischen Staat und Kirche glauben müssen. An diesem Mißverständnis sei nicht die konservative Partei schuld, sondern durch ihre Opposition sei erst der politische Charakter der Vorlage richtig herausgearbeitet worden. Diese Erklärung ist nur zu erklären aus der Besorgnis vor dem Ergebnis der ohne ihr Zutun geführten Verhandlungen.

Es fehlte nicht an Versuchen, die Kreuzzeitungsmänner in die neue Parteibildung miteinzubeziehen. Moritz v. Blanckenburg bemühte sich eingehend darum. Bismarck äber lehnte eine Beteiligung von Nathusius-Ludom sehr entschieden ab. Blanckenburg versuchte noch im August zu einem Ausgleich mit Nathusius zu kommen. Er bat Kleist-Retzow um die Vermittlung zwischen Wagener und ihm einerseits und Nathusius auf der anderen Seite.<sup>64</sup> Während Blanckenburg noch zu vermitteln suchte, sah Meyer in richtigerer Erkenntnis der Lage in Nathusius einen Sprengkörper. Aber er begrüßte dies nur, weil dadurch dem jetzigen unerträglichen Zustande ein Ende gemacht wurde. Er rechnete mit der Möglichkeit, nach einem Krach die sozialen konservativen Kräfte besser sammeln und zusammenbringen zu können.<sup>65</sup>

In Nathusius verkörperte sich der Flügel der Konservativen, der entschlossen war, die Opposition gegen den Kanzler aufzunehmen. Seitdem er die Redaktion übernommen hatte, zog sich Wagener endgültig von der Kreuzzeitung zurück. Seit Mitte 1872 schrieb er nicht mehr für sie. 66 Nathusius unterschied zwischen einer altpreußischroyalistischen Richtung und einer konservativen Partei, die aus den heterogensten Bestandteilen zusammengesetzt ist und sich nur in der Bejahung einer straffen Staatsordnung zusammenfindet. 67 Er wandte sich scharf gegen einen solchen "Ministerialismus", kündete allen Gegnern des wahren Konservatismus schärfsten Kampf an und lehnte die Realpolitik Bismarcks ab, der ganz willkürlich mit den realen Verhältnissen "operiere, ohne die Gesetze des organischen

Lebens zu beachten". Er bediene sich ebenso sicher absolutistischer Formen wie der konstitutionellen Schablone.<sup>68</sup> Dagegen sei schärfste Opposition nötig. "Weder Staatsmann noch Privatmann, weder Volksvertreter noch Presseorgan sei zu hoch oder zu niedrig für diesen rücksichtslosen Angriff, wie er sein muß."<sup>69</sup> Dieses starre, doktrinäre Denken ohne geistige Beweglichkeit führte ganz von selbst zu der angekündigten Opposition. Er bewährte sich als guter Schüler Ludwig v. Gerlachs, dessen Traditionen er in der konservativen Partei bewußt wieder aufnahm. Gerlach sah denn auch voller Stolz auf ihn und fand für ihn Worte hoher Anerkennung.<sup>70</sup>

Die Möglichkeit des Zusammengehens wurde von dem Verhalten der Regierung abhängig gemacht. Nur auf fest bestimmter konservativer Grundlage sei eine Zusammenarbeit mit der Regierung möglich. Ende September kündigte die Kreuzzeitung in einem von Kleist-Retzow stammenden Artikel den Bruch an.<sup>71</sup> Zum Prüfstein machte sie die hartumkämpfte Kreisordnung. Sollte die Regierung diese mit den Machtmitteln des Staates im Herrenhause durchsetzen, so sei die Möglichkeit der Mitarbeit zerstört, sei jenes Programm ein "wertloses, zerrissenes Stück Papier". Damit schied der rechte Flügel aus den regierungsbreiten Gruppen aus.

Die Berliner Revue als das Organ der Sozialkonservativen äußerte sich durchaus nicht begeistert zustimmend. Zunächst erwartete sie, daß nicht nur die süddeutschen Gesinnungsfreunde zustimmen werden, sondern daß das Programm auch außerhalb der konservativen Partei Beifall und Anerkennung finden werde. Dann kam sie mit ihrer Kritik. Sie wünschte eine klarere Fassung der Sätze, die sich auf das Soziale bezogen. Sie bedauerte, daß das Wort "sozial" im Namen fehlte und wünschte, daß es hinzugefügt wird. Aber im großen und ganzen war bei den Sozialkonservativen die zuversichtliche Stimmung im Überwiegen.

Wir müssen nämlich wieder auf die größeren politischen Zusammenhänge zurückgreifen, um dies verständlich zu machen. Die Beschlußfassung des Programms am 14. Mai erfolgte unmittelbar unter dem Eindruck der politischen Ereignisse. Einen Tag danach begann die große Reichstagsdebatte über die Jesuitenfrage. Aus diesem Grunde vor allem waren die Verhandlungen so schnell zum Abschluß gebracht worden.<sup>72</sup> Offenbar wollten die konservativen

Führer nicht in den Kampf gehen, ohne über die Haltung der Fraktion genügende Sicherheiten zu haben.

Am 15. und 16. Mai wurde über den Bericht der Petitionskommission betr. die Petitionen für und wider ein Verbot des Jesuitenordens und über ihren Antrag, ein Gesetz zu schaffen, durch das die Niederlassung von Mitgliedern des Jesuitenordens in Deutschland verboten wird, verhandelt.<sup>73</sup>

Gegen diesen Antrag sprach der Zentrumsabgeordnete Moufang.74 Er nahm den Fehdehandschuh, der der Kirche hingeworfen wurde, auf. An ihrer geistigen Macht werden alle Angriffe des Staates scheitern. Jede Unterdrückung wird nur ihre Widerstandskraft stärken und Märtvrer schaffen. Er rief dem Hause zu: "Nicht mit Verschwörungen, nicht durch Verbindungen mit dem Ausland, sondern durch die alsdann von ihnen provozierte Widerstandskraft wird sich die Macht der Kirche zeigen". Gegen die realen Machtfaktoren rief er die irrealen auf, die der Kirche zu Gebote stehen. Für die Antragsteller führte Wagener das Wort. Er fühlte sich ganz als der Vertreter der Staatsgewalt und sprach mehr in seiner amtlichen Eigenschaft als in der als Abgeordneter.75 Er stand vorbehaltlos auf der Seite des Staates und erwartete von ihm ein entschlossenes Vorgehen: "Ich führe den gegenwärtigen Zustand zurück auf eine außerordentliche Schwäche der Regierungen. Die Regierungen haben eine unverantwortliche Schwäche auf diesem Gebiete geübt .... Sie haben es mit einer starken Staatsgewalt zu tun, die nicht mit sich spaßen läßt."76

Durch diese Rede hat er die Verhandlung so entscheidend beeinflußt, daß in der Schlußabstimmung ein Antrag angenommen wurde, in dem die Regierung ersucht wurde, ein Gesetz gegen die staatsgefährliche Tätigkeit der Jesuiten vorzulegen. Auf ihn geht die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes, der darüber am 11. Juni dem Reichstage zugeleitet wurde, zurück.

Wagener betonte ausdrücklich, daß der Kampf nicht gegen die Kirche als solche gerichtet war, sondern nur gegen das Treiben der Ultramontanen. Der Staat sollte aus der Sphäre der religiösen Auseinandersetzungen ganz herausgehoben werden. So hatte Wagener schon in seiner erwähnten Januar-Denkschrift gefordert, und so äußerte er sich auch hier wieder. Den Kirchen sollte weitgehende Selbständigkeit zugestanden werden, aber die Souveränität

des Staates ist in ihrer ganzen Fülle zu wahren und darf keinesfalls auch nur im geringsten beeinträchtigt werden.

Diese "Jesuitenrede" Wageners dürfen wir als ein öffentliches Bekenntnis der neugefestigten konservativen Reichstagsfraktion betrachten. Gleich das erste Auftreten sollte zeigen, daß man fest entschlossen war, bei der Regierung zu bleiben und sie zu unterstützen. Es war gleichsam eine Machtprobe, um zu sehen, ob tatsächlich die Partei in dieser Richtung folgte. Es gelang Wagener für den Augenblick, die Führung wieder in die Hand zu bekommen. Die gehobene Stimmung der Sozialkonservativen spiegelt sich in einem Briefe Meyers an Rodbertus vom 21. Mai. "Der Feldzug auf dem sozialen Gebiet ist hoffnungsvoller denn je .... Die konservative Partei hat noch eine immense Macht. Das weiß ich, das sehe ich jeden Tag. Ich habe die Hand an der Speiche ihres Wagens! Ein Rad ist mit Bäffchen und Talar dekoriert, warum soll ich dem nicht einen Schwung nach meinem Sinn geben. Ich war so frei. Ein anderes Rad trägt die Firma Grundbesitz auf ihrer Nabe. Warum soll ich nicht an diese Nabe fassen? Ich drehe munter daran. Ich lasse die Schraube Furcht spielen. Furcht haben die Grundbesitzer mit Recht . . . . "79 Wieder suchte er Rodbertus zum Eingreifen zu drängen, aber dieser war skeptisch und machte beim Lesen ein großes Fragezeichen an den Rand des Briefes. Er ließ sich durch Worte nicht einfangen, sondern warnte, Meyer solle bei der bekannten Unzufriedenheit der Grundbesitzer mit Wagener nicht allzu viel erwarten.so

Entsprechend der Auffassung, daß Wagener noch einmal der Führer der Partei geworden ist, äußerte sich auch die Berliner Revue. Sie bezeichnete die Rede als das Programm für das Verhalten der Konservativen auf dem kirchlichen Gebiete. "Der deutsche Grundbesitzer und der deutsche Arbeiter, das sind natürliche Freunde. Aber der Jesuit gehört nicht in dieses Bündnis hinein."<sup>81</sup> In ihrer Staatsfeindlichkeit wurden die Ultramontanen den Sozialisten gleichgestellt. Beide bearbeiten die Arbeitermassen in staatsfeindlichem Sinne. Ist die Macht des Staates erst einmal unterhöhlt und gebrochen, so wird jeder das Erbe des andern antreten wollen. Nicht der Arbeiter selber ist jesuitisch gesinnt, sondern nur seine Führer. Hier kann die Regierung einhaken und geschickt den künstlich überbrückten Bruch zwischen Führern und Gefolgschaft ausnutzen und

die Arbeiter von der "schwarzen wie auch von der roten Internationale" trennen. Das Mittel des Liberalismus, den Arbeiter durch religiöse Aufklärung von den Ultramontanen zu trennen, ist unbrauchbar; die Masse wird ihres religiösen Rückhaltes beraubt, ohne daß etwas anderes an seine Stelle gesetzt worden ist. Eine solche Methode wirkt zersetzend. Der Arbeiter wird umso sicherer dem Sozialismus anheimfallen.<sup>82</sup>

In der politischen Behandlung der römischen Frage waren sich die Sozialkonservativen einig. Mit Verboten und Polizeimaßnahmen ist nichts zu wollen. "Das Jesuitengesetz ist ein Hechtkäscher zum Mücken fangen." Der evangelische und soziale Gedanke allein ist imstande, den ultramontanen zu überwinden.<sup>83</sup> In Anbetracht der erfolgreichen Tätigkeit führender Ultramontaner auf dem sozialen Gebiete ist es geboten einzugreifen. Hier kann der Staat die Kirche überwinden. Der Sozialkaiser schlägt den Sozialpapst! Während dieser seinen Gläubigen nur den Himmel versprechen kann, hat jener schon in dieser Welt erhebliche Vorteile zu vergeben, ohne daß deshalb den Gläubigen der Himmel verschlossen wird.<sup>84</sup>

Die Freude über die Haltung der Partei hielt nicht lange vor. Nur allzu bald mußten sie die bittere Erfahrung machen, daß sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht hatten, und Rodbertus mit seinen Warnungen Recht gehabt hatte. Im Laufe des Juni überzeugte sich Meyer, daß es mit den großartigen Aussichten nicht weit her war. In einem Anfall von Pessimismus wollte er nach Amerika auswandern und sich dort dem reinen Sozialismus in die Arme werfen. Bodbertus zog sich vorsichtig immer mehr zurück. Er fürchtete für seinen guten Ruf in den am Sozialismus interessierten Kreisen. Je deutlicher er sah, in welcher Richtung sich die Neugründung entwickelte, umso ablehnender wurde er. Sie war in seinen Augen nur noch der "Knecht Rupprecht", den Bismarck gebraucht hatte, um "die störrisch gewordenen konservativen Jungens wieder einzuschüchtern und in den Gehorsam zurückzuscheuchen". Be

Er wandte sich mit der Zeit auch immer entschiedener von Bismarck ab. Einst hatte er soviel von ihm erwartet, jetzt wuchsen seine Zweifel. Er befürchtete, daß die Politik, die den Arbeitern einen Bissen zuwarf, um sie sich zu Bundesgenossen zu machen, nicht aber die Politik, die die soziale Frage als eine hohe königliche Kunst behandelte, sich ihrer Lösung bemächtigen werde,<sup>87</sup> Nach

seiner Meinung hatte die Regierung ihren ersten sozialen Feldzug verloren. Er vermeinte schon die ersten Zeichen des beginnenden Niederganges des Reiches sehen zu können und prophezeite die weiterschreitende Auflösung des europäischen Staatensystems. Dazu kam eine wachsende Entfremdung gegen seine bisherigen sozialpolitischen Freunde, die sich allmählich zum Zweifel an der Brauchbarkeit des sozialkonservativen Gedankens entwickelte.

Mit außerordentlichem Mißtrauen betrachtete er ihre Beteiligung an der Eisenacher Konferenz, die von den Kathedersozialisten einberufen worden war. Hinter der Beteiligung von Wagener und Meyer sah er die drohende soziale Reaktion mit strenger Sonntagsfeier und den Innungen der Zukunft nahen. Er schrieb an Schumacher: "Es ist mir, als ob von allem, was die Revue anstrebt, jetzt die Schleier gefallen wären."89 Ihre Bemühungen waren ihm nichts anderes als Seelenfängerei. Er fürchtete die kirchlichen, politischen und sozialen Hintergedanken der Grundbesitzer. Wagener hielt er für einen reaktionären Dunkelmann, zum mindesten erschien er ihm unheimlich, weil er ihn nicht ganz durchschauen konnte.90 Seine frühere Liebe für die konservative Bewegung erkaltete mehr und mehr. Die alten Parteien sind alle bonkrott. In Zukunft wird es nicht mehr hier konservativ dort demokratisch heißen, sondern die Gegensätze werden sein: sozial und antisozial. Auch die Sozialkonservativen gehören in diesen veralteten, abgetanen, historischen Parteigegensatz hinein. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus. weil sie noch zu tief in der Vergangenheit wurzeln.91

Er schlug Meyer an Stelle der Berliner Revue die Begründung einer sozialkonservativen Wochen- und Monatsschrift vor zur Vereinigung einer sozialen Partei aus den verschiedenen Parteien. Wenn er zur Mitarbeit auch entschiedene Sozialisten heranziehen wollte und eine weitherzige Toleranz auf religiösem und politischem Gebiete forderte, so zeugt diese Anregung davon, wie fern er den Konservativen stand, und daß er sie nur als ein Mittel für seine eigenen sozialen Zwecke betrachtete. Im April 1873 rückte er sehr eindeutig von ihnen ab: "Man gießt den jungen sozialen Wein nicht mehr in die alten konservativen Schläuche."92 Zur selben Zeit hörte auch seine Mitarbeit an der Berliner Revue auf.93 Er wandte seine Blicke der aufstrebenden Arbeiterbewegung zu und suchte stärkere Verbindung mit den Sozialdemokraten zu gewinnen.94 Auch Schu-

macher war die ganze Sache unbehaglich geworden. Wenn man ihn aufgefordert hätte, so würde er das Programm vom 14. Mai nicht mitunterzeichnet haben. Hinzu kommt allerdings, daß in Schumacher der Sinn für das spezifisch Politische nur schwach entwickelt war. Der einzig unentwegte war Meyer. Er verfolgte mit Aufmerksamkeit alle Vorgänge in der Partei und verlor den Glauben nicht, daß allein aus der konservativen Bewegung eine wirklich brauchbare Sozialreform hervorgehen könne.

Nachdem die Altkonservativen und Sozialkonservativen aus der Neugruppierung ausgeschieden waren, blieb nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis zurück, der nicht entfernt die Bedeutung hatte, welche der neuen Partei eigentlich zugedacht war.

Bismarck hatte erhebliche Hoffnungen auf sie gesetzt. Der erste Programmentwurf hatte ihm vorgelegen und war in der Idee von ihm gebilligt worden. Er hatte sich der Mühe unterzogen, ihn Satz für Satz mit Wagener durchzunehmen, ihn korrigiert und mit eigener Hand am Rande persönlich seine Verbesserungen angebracht.96 Dies ist auch insofern wichtig, als er damit das soziale Programm billigte, selbst wenn es nicht alles enthielt, was die Sozialkonservativen haben wollten. Dieser starke persönliche Anteil des Kanzlers war für Wagener und Meyer ein besonderer Ansporn gewesen, sich intensiv für das Zustandekommen der Partei einzusetzen,97 die dann ohne ihre Schuld sich in ganz anderen Bahnen vollzogen hatte. Der halbamtliche Charakter dieser Verhandlungen geht ferner daraus hervor, daß Ende März mit Brass von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine Vereinbarung getroffen wurde, daß Aufsätze über die neue Partei zuerst in der Revue erscheinen, dann mit Quellenangabe in seiner Zeitung abgedruckt werden sollten. Dadurch sollte ihnen große Verbreitung gesichert werden, "ohne daß ihnen der Makel Brass'schen Ursprungs anklebt".98

Bismarck hatte wohl gehofft, einen Teil der gemäßigten Liberalen in die Parteibildung miteinbeziehen zu können und eine konservative Mittelpartei zustande zu bringen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sprach sich in diesem Sinne aus. 99 Noch gab Bismarck sein Werben um die Konservativen nicht auf. Im Dezember 1872 wandte er sich an Moritz von Blanckenburg, um ihn dafür zu gewinnen, das Preußische Landwirtschaftsministerium zu übernehmen. Er verhandelte sehr eingehend mit ihm und machte als Hauptgrund

geltend, daß er durch Blanckenburgs Mitarbeit die "Umkehr der gereizten Konservativen" erreichen wollte. Gleichzeitig sollte im Gesamtministerium eine konservative Mehrheit geschaffen werden. Seine Kandidatur scheiterte an dem Widerstand der liberalen Minister Falk und Camphausen. Da Blanckenburg als einer der Führer der Sozialkonservativen bekannt war, die Berliner Revue ihn öffentlich als einen der ihren bezeichnete, und da Bismarck ihn für ein weniger politisch als wirtschaftlich und sozialpolitisch wichtiges Ministerium gewinnen wollte, so liegt die Vermutung nahe, daß Bismarck dadurch zugleich ihren sozialpolitischen Plänen entgegenkommen und die mit seiner Mitarbeit an dem Programm der monarchisch-konservativen Partei eingeleiteten Bemühungen weiterführen wollte. So erklärt sich auch der außerordentliche Widerstand der liberalen Minister, die dem natürlich keinesfalls zustimmen konnten.

Als ihn Bismarck im Oktober 1873 nach einer langen Unterredung mit dem Grafen Eulenburg zum zweiten Male aufforderte, in das Ministerium einzutreten, lehnte er am 14. November wiederum ab. Das Ministerium hatte von ihm eine eindeutige Festlegung auf ein liberales Programm in Bezug auf den Kulturkampf verlangt, aber er fühlte sich dadurch moralisch auch in anderer Beziehung gebunden. Er schrieb an Roon, er könne nicht in ein Ministerium eintreten, das Bismarck heißt und Camphausen sein wird. 103 Er fürchtete die Nationalliberalen und kam sich nicht stark genug vor. gegen den liberalen Strom zu schwimmen. Die Sozialkonservativen waren mit seiner Weigerung ganz einverstanden, billigten sein Verhalten und steiften ihm den Rücken.<sup>104</sup> Hinzu kamen noch persönliche Gründe häuslicher Art, die seine Anwesenheit in Zimmerhausen erforderlich machten. Bismarck selber empfand die Ablehnung des Freundes als einen Schlag ins Gesicht und hat sie ihm nie vergessen können.

Nachdem alle diese Versuche fehlgeschlagen waren, 105 in denen Bismarck ehrlich um die Mitarbeit der Konservativen geworben hatte, können wir die furchtbare Enttäuschung des Fürsten über die Partei nur zu gut verstehen. Im höchsten Unmut schrieb er im Dezember an Roon von der landesfeindlichen Desertion der konservativen Partei und klagte darüber, daß ihm durch die Trennung von seinen alten Freunden alle Lebensadern durchschnitten waren. Er

war schlecht zu sprechen auf ihre "ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit". 106

Bis in sein hohes Alter hat er ihnen ihr Versagen nicht verziehen. In seinen Lebenserinnerungen hält er in dem Kapitel über die Konservativen seine große Abrechnung mit ihnen. Er macht ihnen bittere Vorwürfe, daß sie ihn damals im Stich gelassen haben. Wenn er sagt, daß er bereit gewesen sei, ihnen sehr weit entgegenzukommen, und daß der Ausbau der Reichsgesetzgebung "nicht ohne tiefe Spuren solcher konservativer Mitarbeit geblieben" wäre, wenn sie sich ihm nicht versagt hätten,<sup>107</sup> so brauchen wir auf Grund aller seiner Bemühungen nicht an der Wahrheit und dem Ernst dieser Worte zu zweifeln.

Der großzügige Versuch, auf einer neuen, weitgespannten Basis, die Partei neu zu formieren, war gescheitert. Der Zerfall war nicht aufgehalten worden. Es blieb nur eine verhältnismäßig kleine Schar von Konservativen, die von Nathusius nicht mit Unrecht als der "große Haufe" bezeichnet wurde; denn es fehlte ihr an wirklich bedeutenden Führern, und sie war zu schwach, um für Bismarck eine wirksame und brauchbare Stütze abzugeben. Ihr Organ war das Preußische Volksblatt, welches die publizistische Vertretung der Neukonservativen übernahm.<sup>108</sup> Als die Aufgabe der neugestalteten Partei bezeichnete es "nicht die schwächliche Klage um das Vergangene, sondern die tatkräftige Inangriffnahme der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit."<sup>109</sup>

Im Sommer 1872 lösten sich auch die kümmerlichen Reste des preußischen Volksvereins auf, der zuletzt nur noch dem Namen nach bestanden und ein bescheidenes Dasein gefristet hatte. Seit dem November verstärkten sich dann die Bestrebungen, auf dem Grunde des monarchisch-nationalen Programms die endgültige Trennung von der altkonservativen Partei zu vollziehen. Aber erst nach der Annahme der Kreisordnung brach die Partei wirklich auseinander. Von den Altkonservativen vor die Entscheidung gestellt durch eine bewußt einseitige, streng altkonservative Wahl des Parteivorstandes, wurden sie aus der Parteiorganisation herausgedrängt und bildeten in den letzten Novembertagen die "Neukonservative Fraktion", die aus 44 Mitgliedern bestand.

Die Sozialkonservativen waren an diesen jüngsten Ereignissen völlig desinteressiert. Öffentlich traten sie vorläufig nicht mehr her-

vor. Aber als Bismarck im März 1873 wieder einen scharfen Zusammenstoß mit den Konservativen hatte, wurden sie noch einmal tätig und schöpften neue Hoffnung. Meyer gab die Anregung, es noch einmal mit dem Versuch einer Parteigründung zu wagen. Blanckenburg war nicht abgeneigt, Wagener ließ sich für den Plan gewinnen. So warb er denn auch bei Rodbertus und Schumacher. Arnim-Kröchlendorf sollte zu Bismarck in den Sachsenwald fahren und den Kanzler unterrichten. Doch die Verhandlungen kamen nicht zustande. Sie sind wohl mehr ein frommer Wunsch von Meyer gewesen, als daß sie greifbare Formen angenommen haben.

Erst im Wahlkampf von 1873 nahmen sie wieder öffentlich Stellung zu den verschiedenen konservativen Richtungen. Obwohl sich die Neukonservativen auf das Programm vom 14. Mai 1872 beriefen, fühlten die Sozialkonservativen absolut keine Zuneigung zu ihnen. 113 Im Gegenteil war das Programm noch weiter als schon 1872 in wichtigen Stellen, besonders bezüglich der sozialen Frage, verkürzt worden. Damit sei sein ursprünglicher Sinn ganz entstellt und verfälscht. Schon damals bei der Gründung sei die monarchischnationale Partei in den Windeln erstickt worden. Das was man jetzt sehe, sei nur die natürliche Folge einer vorauszusehenden Entwicklung. Nun geht die Partei, heillos in kleine Fraktiönchen gespalten, auf die sich die Regierung nicht sfützen kann, in den Wahlkampf. Noch einmal rief die Berliner Revue alle nationalen, nicht manchesterlich gesinnten Deutschen zu einer Konferenz auf, um für die Wahlen ein Programm und einen Aktionsplan zu entwerfen.

In einem von Wagener inspirierten Artikel<sup>114</sup> wurde erklärt, daß sich die Ableitung des Begriffes "konservativ" augenblicklich an keine der "formierten Parlamentsparteien" anlehnen kann. Ihr Platz ist weder auf der Seite der Neu- noch der Altkonservativen.<sup>115</sup> Beide Fraktionen haben keine klaren Ziele. Konservieren läßt sich nur, was wirklich lebendig ist. Das ist der Unterschied zwischen dem wahren praktischen Politiker und dem Doktrinär. So ist es nicht verwunderlich, daß sich die Regierung gezwungen sieht, sich bei den Liberalen eine Stütze zu suchen.<sup>116</sup>

Einen schweren Schlag für die sozialkonservative Bewegung hatte es bedeutet, daß es gelungen war, Wagener im Januar 1873 zu stürzen. Es ist hier nicht der Ort auf Einzelheiten einzugehen. Jedenfalls war es nicht ein sachlicher Grund, der Lasker

dazu veranlaßte, sondern ein politischer. Die günstige Gelegenheit wurde benutzt, den unbequemen mächtigen Gegner des Liberalismus unschädlich zu machen und ihn von Bismarck zu trennen. So faßte man die Angelegenheit auch im ultramontanen Lager auf. Dort herrschte großer Jubel, und man hoffte auf eine Wende im Kulturkampf.117 Nur das eine ist zu sagen, daß die Sozialkonservativen in ihrer Treue zu dem schwer geschlagenen Manne nicht irre wurden. Für die Bewegung war es ein nicht wieder gut zu machender Verlust. Unmittelbar davon betroffen wurde die Berliner Revue. Mit Wageners Sturz war ihr Schickal entschieder. Gleich auf die erste Nachricht von Wageners Absicht zurückzutreten, teilte Meyer seine Besorgnisse Rodbertus mit. 118 Schon seit langem leide die Revue unter dem Mangel an Mitteln, so daß er keine Mitarbeiter gewinnen könne, sondern alle Artikel allein schreiben müsse. Anfang Dezember kam dann von Wagener die erwartete Nachricht: "Das Geld ist alle . . . . ". Meyer fügte dieser Mitteilung an Rodbertus die Vermutung hinzu, daß Bismarck das Geld gegeben habe, daß er dies aber nicht beweisen könne.119 Den Liberalen war es nur zu gut gelungen, Wagener zu treffen und ihn mundtot zu machen; denn mit ihm wurde auch sein Sprachrohr, die Revue, unschädlich gemacht.

Am 31. Dezember 1873 stellte die Berliner Revue ihr Erscheinen ein. Als offizielle Begründung gab sie an, daß sie bei den preußischen Konservativen keinen Anklang gefunden habe, andererseits durch ihre Vergangenheit als "Organ der Junker" zu sehr belastet war, um in anderen Kreisen Eingang zu finden. Der Öffentlichkeit war die schlechte Lage der Revue kein Geheimnis. Geringschätzig suchte die Kreuzzeitung die Bedeutungslosigkeit des Blattes zu erweisen. Und die Liberalen, die sich durch die Zeitschrift getroffen fühlten, stellten das Gleiche mit einem Gemisch von Ingrimm und Schadenfreude fest. Die Revue sei ein Zuschußunternehmen gewesen, daß Wagener Tausende gekostet habe.

Meyer versuchte zunächst die "Freunde des Programms" der Berliner Revue dadurch zusammenzuhalten, daß er sozialpolitische Flugblätter herausgab, die wöchentlich erschienen und eine Art Fortsetzung der Berliner Revue bildeten. Sie sollten interessante Tagesfragen behandeln.<sup>123</sup> Es war ihnen jedoch keine lange Dauer beschieden, und sie sind nicht über sieben Nummern hinausgekommen.

Viel bedeutsamer war das große Werk, an dessen Fertigstellung er in der letzten Zeit gearbeitet und bei dessen Abfassung ihm Rodbertus mit seinem Rat zur Seite gestanden hatte. Als eine Zusammenfassung dessen, was die Revue in den letzten Jahren erarbeitet hatte, und als ihr Vermächtnis und Programm für künftige Zeiten erschien der zwei Bände umfassende "Emanzipationskampf des 4. Standes". Alle Gedanken, die hier entwickelt werden, lassen sich schon in den letzten Jahrgängen der Revue nachweisen. Der bleibende Wert des Buches besteht darin, daß er eine Fülle von Material enthält und uns einen genauen Überblick über den Stand der damaligen Arbeiterbewegung in der ganzen Welt gibt und noch heute mit Nutzen herangezogen werden kann,124 wenn auch seine einzelnen sozialpolitischen Vorschläge längst überholt sind. Es bleibt ein ehrendes Zeugnis für den Fleiß des Mannes, der damals wie wenige in Deutschland sich eine genaue Kenntnis der Arbeiterbewegung erarbeitet hatte.

Nachdem die Berliner Revue eingegangen war, legten die Sozialkonservativen aber nicht die Hände müßig in den Schoß, sondern sie arbeiteten eifrig weiter, wie schon die literarischen und journalistischen Unternehmungen Meyers zeigten. Zwar stand ihnen der Weg über die Presse nicht mehr offen, dafür verlegten sie sich jetzt noch mehr als früher auf die persönliche Bearbeitung und Beeinflussung der verantwortlichen und maßgeblichen Stellen.

Eine öffentliche politische Betätigung war für Wagener nach seinem skandalösen Sturz für die nächste Zeit unmöglich gemacht worden. Aber obwohl er den Staatsdienst quittieren mußte, ließ ihn Bismarck im Gegensatz zu den meisten Konservativen nicht fallen. Hinter den Kulissen konnte ihn Wagener auch weiterhin im Sinne der Sozialkonservativen beeinflussen. In verschiedenen Denkschriften suchte er diese Möglichkeit weidlich auszunutzen. Er machte seinen Einfluß dahin geltend, daß mit der bisher befolgten Manchesterpolitik gebrochen werden sollte. Er arbeitete auf den Sturz Delbrücks hin, indem er die Wirtschaftspolitik des Reichskanzleramtes und des preußischen Staatsministeriums einer scharfen Kritik unterzog. Ende 1873 legte er Bismarck ausführliches Material über die sozialistische Bewegung vor, das in einer Sammlung von 73 sozialistischen Blättern, einer kurzen Denkschrift über die Entwickelung der sozialistischen Presse deutscher Sprache und

einer kurzen Skizze der erstaunlichen sozialen Parteiorganisation der Katholiken in Deutschland bestand. Seine Absicht war, den Kanzler auf das drohende Anwachsen der sozialistischen Bewegung aufmerksam und durch die handgreiflichen Beweisstücke geneigt zu machen, auf die sozialen Reformpläne einzugehen. Im Januar 1874 kam diese Denkschrift in die Hände Bismarcks. Es kehrten alle die Gedanken wieder, die wir bisher kennen gelernt haben. 126

Bismarck selber kann sich nicht ablehnend dazu verhalten haben. Die Vorschläge Wageners müssen vielmehr von ihm beifällig aufgenommen worden sein, sonst hätte er ihn nicht mit Lothar Bucher zusammen Ende 1873 als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der Berliner Konferenz entsandt, auf der Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung über die Behandlung der sozialen Frage miteinander verhandelten.<sup>127</sup>

Von Anfang an haben die Sozialkonservativen die Bestrebungen der Kathedersozialisten mit Eifer verfolgt. Im Oktober 1872 fand in Eisenach ihre erste Tagung statt. Dem einladenden Ausschusse gehörten die Konservativen Blanckenburg und Wedell-Malchow an. Zu ihrem wissenschaftlichen Berater war Meyer ausersehen. Wagener war durch Krankheit verhindert, selber zu erscheinen.¹²²² Da Blanckenburg zu Hause blieb, und da Wedell in diesem Gremium eine Vertretung ihrer Gedanken für aussichtslos hielt, fühlte sich Meyer gedrungen, die Ehre der Konservativen zu retten. Er hat es den Konservativen nie verziehen, daß sie ihn "feige" im Stich gelassen haben.¹²² Sein Versuch, die Versammlung in seinem und Wageners Sinne zu beeinflussen, schlug gänzlich fehl. Er holte sich eine gründliche Abfuhr.¹³٥

Der Tagungsbericht zeigt, welche Schwierigkeiten bestanden haben, all die verschiedenen und von einander abweichenden Ansichten zu vereinigen. Es mußte fast unmöglich erscheinen, eine einheitliche Linie herauszuarbeiten. Man war sich eigentlich nur darüber klar, daß es anders werden sollte, ohne sich einigen zu können, wie dies geschehen konnte. Meyer wollte daher erst in einer grundsätzlichen Aussprache über das Wesen der heutigen Gesellschaft die gemeinsame Basis schaffen, von der aus eine erfolgverheißende Aufbauarbeit geleitet werden kann. In konservativem Sinne machte er die Aufhebung der Wuchergesetze für den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Zustand verantwortlich und

fußte in seinen Ausführungen auf Äußerungen Wageners, von dessen Gedanken er ganz abhängig ist. Er warf der Versammlung vor, daß man dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung aus dem Wege geht und statt aufs Ganze zu gehen, eine Politik der kleinen Mittelchen treibt. Deshalb lehnte er für seine Person es ab, sich zu den Kathedersozialisten zu rechnen. Im Gegensatz zu der stark liberal eingestellten Mehrheit der Versammlung betonte er die Bedeutung des Staates und gestand ihm die Initiative in der Behandlung der sozialen Frage zu. 131 Er zeigte sich als ausgeprägter Vertreter der Machtbefugnis des Staates, auch auf dem sozialen Gebiete einzugreifen. Die Forderung, das Wirtschaftsleben nach ethischen und nicht nur nach formaljuristischen Gesichtspunkten zu leiten, erschien ihm unter den bestehenden Verhältnissen eine Utopie. Zuvor müsse für die meisten Menschen die wirtschaftliche Grundlage dafür erst wieder hergestellt werden. Die soziale Frage sei in erster Linie eine wirtschaftspolitische Angelegenheit, nicht aber eine ethische. 132 Die Gesinnung der ganzen Versammlung sei nichts als ein besseres, etwa modifiziertes und eingeschränktes Manchestertum. Unter den Teilnehmern sitze die "bankrotte Demokratie". 133 Diese Ansichten suchte er in einer Reihe von Einzelheiten nachzuweisen. Er kritisierte es, daß man geschickt die Einsetzung von Fabrikinspektoren umgeht, sich vielmehr mit ständigen Organen des Staates begnügt, ein so dehnbarer und unverbindlicher Begriff, daß man sich darunter gar nichts konkretes vorstellen kann. 134 Im Gegensatz zu der Versammlungsmehrheit forderte er ferner die Ausdehnung des Normalarbeitstages auch auf die erwachsenen Männer und seine Einführung in landwirtschaftlichen Betrieben. Besonders kämpfte er gegen die Hirschschen Gewerkvereine, für die sich der Kongreß erklärt hatte, denen er eine staatliche Organisation entgegensetzen wollte. Sie sind ihm zu demokratisch. Eine solche Organisation muß von oben, nicht von unten kommen. 135 Darauf erwiderte ihm Hirsch in sehr temperamentvoller Weise und lehnte seine "Rezepte" als neue Sklaverei ab. Auf die Seite von Hirsch stellten sich auch Gneist und andere führende Männer der Versammlung. 136 Für diese Ausführungen kam Meyer in der liberalen Presse in den Geruch, ein finsterer Reaktionär zu sein,137 obwohl er in Wahrheit in vielen Dingen radikalere Wünsche äußerte, als alle anderen, die an der Tagung teilnahmen.

Die Mehrheit verhielt sich diesen Gedankengängen gegenüber ablehnend. Aber trotzdem blieb die Richtung der Sozialkonservativen nicht ohne Einfluß. Unter der Führung von Adolf Wagner und von v. Scheel bildete sich eine Gruppe, die aus Roscher, Vater und Sohn, Jannasch, Hildebrand und Roesler bestand, die sozialpolitisch ungefähr den Standpunkt vertrat, den Blanckenburg und Wagener in den Jahren 1865—1869 innehatten. Man dachte daran, eine sozialkonservative Partei zu gründen und dadurch diese Männer, die "nur widerwillig mitgemacht haben", vom Verein für Sozialpolitik abzuziehen. Aber der Einfluß und die Macht der Sozialkonservativen war zu unbedeutend geworden, als daß sie noch ernsthaft an ein so weittragendes Unternehmen denken konnten.

Wagener war mit dem Auftreten Meyers sehr zufrieden und berichtete im Sinne seiner Ausführungen über die Tagung an Bismarck. Während die Kreuzzeitung über den Verlauf befriedigend urteilte, waren die Sozialkonservativen begreiflicherweise sehr ungehalten. Rodbertus drückte sein Mißbehagen unzweideutig aus: "Ich habe nur ein Wort dafür: verfahren". Zu Meyer sprach er verächtlich von dem Zuckerwasser-Sozialismus, der dort verzapft worden war. Meyer griff mit Freuden dieses Wort auf. Rodbertus hielt die dort vorgeschlagene Lösung für absolut unzureichend und schloß sich den Ausführungen Meyers voll und ganz an. 143

Um nicht eine neue Niederlage zu erleiden, hielten sie sich in dem folgenden Jahre von den Kathedersozialisten fern.144 Erst die Tagung von 1874 wurde wieder von ihnen besucht. Wagener und Meyer nahmen im Auftrag Bismarcks daran teil. Sie fertigten einen recht ungünstigen Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen an.145 Mit der Überreichung dieses Berichtes lebte ihr Aktivismus noch einmal auf. Wagener überreichte dem Reichskanzler am 12. Januar 1875 eine neue Denkschrift über die soziale Frage, 146 in der er ausführte, daß Deutschland heute schon unter die Länder gezählt werden muß, die in der Behandlung der sozialen Frage hinter England, der Schweiz und Dänemark zurückgeblieben sind. Er drängte auf eine gründliche Untersuchung der Arbeiterverhältnisse und legte einen von Meyer stammenden Entwurf über ein Gesetz für den Normalarbeitstag bei. Rodbertus erhielt eine Abschrift desselben, um ihn über den Schritt Wageners zu informieren.147

Der anderthalb Monate später stattfindende Kongreß der Landwirte wurde von ihnen benutzt, um den eingeleiteten Angriff von anderer Seite her fortzusetzen. Die in der Denkschrift geforderte Untersuchung der Arbeiterfrage sollte als ein Antrag des Kongresses an den Reichskanzler gerichtet werden. Jetzt beteiligte sich auch Rodbertus wieder. Er arbeitete diesen Antrag aus, Hermann Wagener, Adolf Wagner und Meyer sahen ihn durch. Sie verlangten die Streichung des letzten Absatzes,148 der die Folgerungen aus einem ungünstigen Ergebnis der Enquête ins Auge faßte und in diesem Fall eine Lohnerhöhung verlangte. 149 Sie fürchteten dadurch vorzeitig ihre geheimen Absichten zu enthüllen und ihren Plan zu vereiteln. Meyer übernahm die Verteidigung des Antrages vor der Versammlung. Er fand bei den Teilnehmern aufmerksames Gehör. Der Antrag wurde angenommen. 150 Rodbertus war ganz bei der Sache, er wollte deswegen nach Berlin reisen, weil er damit rechnete, daß Bismarck dem Antrage stattgeben würde. 151 Er schaffte statistisches Material heran, das durch Wageners Vermittlung dem Kanzler zuging, um ihn im Sinne dieses Antrages zu beeinflussen. Er erwartete eine "neue Ära zur Beurteilung der Arbeiterverhältnisse". 152 Wagener hoffte zuversichtlich, daß Bismarck seine Zustimmung geben würde. Den ganzen Sommer hindurch standen Rodbertus und er in lebhafter Verbindung. 153 Bismarck näherte sich wieder den Sozialkonservativen. Er empfing den Besuch Blanckenburgs, was sehr lange nicht geschehen war. Auch Wagener wurde hinzugezogen, und man faßte den Plan ins Auge, den Gedanken von 1872 wieder aufzunehmen

Im Oktober 1875 war die Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik. Hier finden wir sie noch einmal vereint am Werke. Sie versuchten eine Generaloffensive auf die Kathedersozialisten. Sie handelten dabei in engstem Einvernehmen mit Bismarck. Wagener hatte anfangs gezögert, ob er sich beteiligen sollte. Nachdem er aber mit Bismarck verhandelt und von ihm einen günstigen Bescheid erhalten hatte, sagte er seine Unterstützung zu. Meyer und Wagener gewannen nun Rodbertus, der nach anfänglicher Weigerung, besonders auf die Bemühungen Wageners hin, sich entschloß, ebenfalls mitzumachen. Wagener arbeitete einen Antrag aus, der auf der Tagung eingebracht werden sollte. Er wurde aber nur von Meyer und Rodbertus unterzeichnet, während sich Wagener

im Hintergrund hielt. In diesem Antrag wurde der Kanzler ersucht, der deutschen Industrie denjenigen Schutz zu gewähren, der in Anerkennung des Wertes der Arbeit und der eigenartigen Stellung der deutschen Industrie als alleiniges Mittel erscheint, unsere in Frage gestellte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markt wiederzugewinnen. 156 Mit Rücksicht auf Rodbertus war dieser Antrag so verklausuliert worden, weil er im Grunde ein Gegner jedes Zollschutzes war. Denn in diesem Antrag steckte die Forderung nach einem deutschen Schutzzoll. Es sollte damit nicht bloß dem Interesse der Industrie, Meyer dachte besonders an die Eisen- und Textilindustrie, gedient werden. Das wäre Sünde, meinte er, es soll dabei auch etwas für die Arbeiter herausgeschlagen werden. "Die Sache muß also meisterhaft abgefaßt werden, daß der sozialistische Kern meisterhaft versteckt darin liegt ...." In dem Antrage sind daher keine besonderen Forderungen für die Arbeiter enthalten. Nur der Punkt 3 deutet darauf hin: "In Erwägung drittens, daß bei der weiteren Behandlung der wirtschaftlichen Krise das Wohl und Interesse der Arbeiter nicht minder als das der Unternehmer ins Auge gefaßt werden muß ...." Aber durch den ganzen Antrag geht im Unterton die deutliche Tendenz, neben dem Unternehmer den Arbeiter nicht zu kurz kommen zu lassen, und das Bestreben es unmöglich zu machen, ihn einseitig im Unternehmersinn auszunutzen.

Besondere Beachtung verdient diese Aktion deshalb, weil sie beweist, daß Bismarck grundsätzlich schon 1875 bereit war, einer Schutzzoll-Politik zuzustimmen. Auf dem Wege über Wagener-Meyer wollte er einen Versuchsballon loslassen, um zu sehen, wie auf die Öffentlichkeit der Vorschlag eines Schutzzollsystems wirkte. Bestärkt wird diese Ansicht durch ein weiteres Schreiben Meyers nach der Eisenacher Tagung, in dem er an Rodbertus über die nun zu unternehmenden Schritte berichtete. Er treffe Ende der Woche in Berlin ein, wo er mit Wagener zusammenkomme, um ihre weiteren Maßnahmen zu beraten. Er sei dafür, nichts zu unternehmen "bis man genau weiß, wie zur Zeit die Sache in Varzin gefällt".¹⁵¹ Meyer wollte also nichts beginnen, was der Politik Bismarcks entgegenlaufen konnte. Im Gegenteil, er wollte warten, bis er genaue Nachrichten über seine Ansichten erhalten hatte.

In die gleichen Tage fiel auch die erste amtliche Erklärung Bis-

marcks über diesen Gegenstand. In einem am 13. Oktober in Varzin von Lothar Bucher abgefaßten Promemoria empfahl Bismarck "gegenüber den Staaten, welche ihre Tarife zum Nachteil der deutschen Ausfuhr erhöhen", Repressalien gegen ihre Produkte. 158 Delbrück war damit nicht einverstanden, er antwortete überhaupt nicht auf diese Anweisung. 159 Wir dürfen diese Äußerung des Fürsten mit dem Vorstoß der Sozialkonservativen in Eisenach in Verbindung bringen. Da Wagener in den fraglichen Tagen in Varzin weilte, ist sein Einfluß auf diese Erklärung sicher. Denn er hatte mit Bismarck über diesen Gegenstand gesprochen. Obwohl sich der Kanzler im November noch ein letztes Mal gegen das Schutzzoll-System wandte, 160 war die Entscheidung schon jetzt gefallen. Zweifellos hat die Tätigkeit der Sozialkonservativen sehr viel dazu beigetragen, Bismarck den Entschluß zu erleichtern, sich vom Freihandel abzuwenden und den Schutzzoll einzuführen.

Meyer mußte nach Eisenach zu der Tagung der Kathedersozialisten allein gehen, weil Wagener, wie erwähnt, eine Einladung nach Varzin erhalten hatte. Der Angriff der Sozialkonservativen scheiterte. In einer Geschäftsordnungsdebatte wurde es abgelehnt, ihren Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. 161 Damit hörte der Einfluß der Sozialkonservativen auf den Verein für Sozialpolitik endgültig auf. Er näherte sich immer stärker den Liberalen und bemühte sich intensiv, mit dem manchesterlich gesinnten volkswirtschaftlichen Kongreß zusammenzuarbeiten. 162 Dieses Vorgehen der Kathedersozialisten trug deutlich eine Spitze gegen Bismarck und Wagener. Im Lager der Kathedersozialisten herrschte, wie Rodbertus zu seiner großen Freude feststellen konnte, große Aufregung über ihren Antrag. 163 Bezeichnend ist die Stellungnahme Schmollers. der einer der Hauptgegner der Antragsteller war. In zwei Briefen an Rodbertus suchte er das Vorgehen des Vereins zu entschuldigen. Es sei nicht gegen die Person von Rodbertus gerichtet gewesen, sondern gegen Wagener und Meyer. Nachdem er die offizielle Begründung angeführt hatte, die der Kongreß selber gegeben hatte, daß prinzipiell Anträge nicht unvorbereitet auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfen, nannte er den wahren Grund. Die Kathedersozialisten vermuteten nämlich, daß es auf einen Coup der Schutzzöllner abgesehen gewesen sei, d. h. auf eine Intrige gegen Delbrück und Camphausen. Sein Urteil über Meyers Persönlichkeit war nicht gerade schmeichelhaft: "Sein Auftreten bei uns und gegen uns war stets gehässig, sourril und unwürdig. Er machte mir den Eindruck, als ob seine Hauptfreude wäre, andere Leute zu ärgern."164 Schmoller erkannte seine wahren Absichten überhaupt nicht, mißdeutete seine Hartnäckigkeit und rückte ihn in die Nähe des Pathologischen. Und am 2. November schrieb er: "Das Mißtrauen gegen Meyer hängt übrigens noch besonders mit dem Auftreten des Geheimrat Wageners im letzten Jahre zusammen. Es mag diesem Herrn unrecht geschehen sein, aber so wie sein Name jetzt beleumdet ist, als Gründer konnte uns sein Name jetzt nur peinlich sein, daß Bismarck ihn sandte. Wir wollen mit ihm nichts zu tun haben, und Meyer bekannte sich stets offen als sein Freund und famulus." Beide Schreiben zeigen deutlich die wahren Gründe für die Haltung der Kathedersozialisten: Den entschiedensten Widerstand gegen den Schutzzoll und die heftigste Abneigung gegen Wagener. Diese ist sicher nicht bloß auf den hier angegebenen Grund zurückzuführen, sondern auf seine ihnen unbequemen sozialpolitischen Anschauungen. Ganz Unrecht hatte aber Schmoller in seinem Urteil über Meyer nicht. Denn sein Versuch,, den Verein zu überrumpeln, war nicht sehr geschickt. Wenn er nicht so schroff aufgetreten wäre, hätte er vielleicht größeres Verständnis gefunden. 165

Sehr viel wichtiger wurde ihr Einfluß auf eine andere Gruppe, die ihrer konservativen Grundhaltung weltanschaulich näher stand. Die im Christentum verankerten Anschauungen des Konservatismus hatten sie ja nie aufgegeben. Darum war es wieder und wieder zum Streit zwischen Meyer und Rodbertus gekommen. In diesem Punkt konnten sie sich absolut nicht verständigen. Rodbertus hat Zeit seines Lebens abgelehnt, die Umgestaltung der wirtschaftlichen und soziale Verhältnisse zur Religion in engere Beziehung zu setzen. Religion als "vorzugsweise subjektives Befriedigungsmittel" erschien ihm ungeeignet zur Willensbildung, also auch zur Anwendung auf das Politisch-Soziale. Es sollten den arbeitenden Klassen mehr materielle Mittel -- sans phrase -- ohne jegliche sittliche oder kirchliche Verbrämung zugeführt werden. 166 Meyer nahm den entgegengesetzten Standpunkt ein. Er antwortete ihm darauf: "Ein religiös geschultes Gewissen ist der beste Zuchtmeister". Sind eine genügende Anzahl von Menschen subjektiv befriedigt, so spann er den Gedanken von Rodbertus weiter, dann kann der Staat selbst diese

Zuchtrute in die Hand nehmen. Nationalökonomie sei ein schlechter Ersatz für die Religion und werde den Arbeitern kaum über die schmerzliche Erkenntnis ihrer Lage hinweghelfen. 167 Meyer suchte den letzten Halt, der dem Arbeiter bleibt, soll er nicht der Verzweiflung anheimfallen, die in seinen Augen gleichbedeutend mit der Überlieferung an den Sozialismus ist, im Christentum. Aus der Erkenntnis, daß eine intellektuelle Anschauung kein Ersatz für wahre Religiosität sein kann, wollte er ihnen die irrationalen Kräfte der Religion erhalten und ihnen dadurch gleichzeitig in ihrer materiellen Not einen geistigen Rückhalt geben. Soziale Frage, Religion und Politik sind nicht auseinanderzuhalten, sondern bilden eine unlösbare Einheit. 168 In einer Zeit der allgemeinen Auflösung und des Zusammenbruches erweist sich die Religion als einer der sichersten Pfeiler der Ordnung und Ruhe. Sie ist gewissermaßen der Puffer, der den Aufeinanderprall der feindlichen Kräfte abschwächt und sich als neutrale Macht zwischen die kämpfenden Parteien einschiebt. In ihr werden die akuten Klassengegensätze ausgeschaltet. Um dieses sozialen Elementes willen allein darf die Religion aus der sozialen Reform nicht ausgeschaltet werden, sondern ist ein wesentliches Stück jeder echten konservativen Sozialpolitik. 169 Im Bezirk der christlichen Kirche ist die Stelle gegeben, wo in der religiösen Gemeinschaft die Klassen- und Standesgegensätze überbrückt sind. Dabei verfiel man nun nicht in den Fehler, den die Altkonservativen begingen, die das Christentum als ein Beruhigungsmittel ansahen, um die Ansprüche der Arbeiter als im Widerspruch mit der göttlichen Schöpferordnung stehend abzulehnen, sondern aus der christlichen Ethik erwächst die Pflicht zur Sozialreform. Es wäre eine reichlich primitive Auffassung, die Religion als ein Sicherheitsventil anzusehen und sie nur als ein Mittel zu werten, um damit außerhalb ihrer selbst liegende Ziele politischer und sozialer Natur zu erreichen.

Aus der religiösen Überzeugung heraus, aus der durch das Christentum auferlegten Verpflichtung der Nächstenliebe ergeben sich ihre sozialen Forderungen. In diesem Sinne hat das Christentum einen "eminent sozialistischen Gehalt".¹¹¹⁰ Nationalökonomische Ansichten sind von den weltanschaulichen nicht zu trennen, sie bedingen und ergänzen einander.¹¹¹¹ Alles soziale Handeln wurzelt zutiefst in den Forderungen des positiven Christentums. Darin teilten sie ganz die herkömmliche konservative Anschauung, nach

der die religiöse Umkehr eigentlich die einzige vollständige Lösung der sozialen Frage verbürgt. Denn nur von einer Änderung der Menschen ist eine solche der Verhältnisse zu erwarten. Die Trennung des Menschen von Gott ist der eigentliche Anlaß unserer Notlage, die soziale Not wird zu einer sittlichen Not.<sup>172</sup> In einer Welt echter Christen würde es kein Unrecht, also auch keine soziale Bedrückung geben. An die Stelle Gottes hat sich der Mensch in seiner Überheblichkeit gesetzt und sich zum Maß aller Dinge gemacht. Weil der Mensch aber im Grunde sündig ist, so bleiben auch alle seine Werke unvollkommen. Nur der wahrhaft christliche Mensch ist zu einer echten Sozialreform berufen, weil er überall mit der Fragwürdigkeit menschlicher Einrichtungen rechnet und keiner einen absoluten Wert zuspricht, sondern immer die Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit sieht.<sup>173</sup>

Sie hielten dabei an der Auffassung fest, daß die Sozialpolitik eine Sache der Praktiker ist. Durch die Berufung auf das Christentum ließen sie sich nicht den Blick für die realen Notwendigkeiten trüben. In diesem Sinne bleibt die soziale Frage für sie durchaus eine Magenfrage. Die Emanzipation des vierten Standes darf durch keine religiösen Gründe hintangehalten werden. Was sie sachlich für notwendig hielten, wurde aus ihrer allgemeinen religiösen Haltung, die nicht in der Behauptung einzelner unhaltbarer Positionen als göttlicher Ordnung bestehen darf, gerechtfertigt. Wie einst das Legitimitätsprinzip überwunden wurde, so befreiten die Sozialkonservativen das konservative Denken auf sozialem Gebiete aus einer ähnlichen Verengung. Sie zeigten, daß das Christentum nicht an bestimmte Gesellschaftsformen gebunden ist, sondern ebenso sehr zu ihrer Durchbrechung und Auflösung beitragen kann.

Ihr Bedauern war groß, daß die Evangelische Kirche so teilnahmslos an der sozialen Frage vorbeiging, ja daß sie vielfach selber die Schuld daran trug, in den Augen des Volkes als Polizeianstalt im Interesse der besitzenden Klassen zu erscheinen. Unermüdlich wurde über ihre Unfähigkeit und mangelnde Bereitwilligkeit geklagt, auf sozialem Gebiete etwas zu veranlassen. Die einzige Ausnahme bilde Wichern und die Innere Mission. Allerdings ist es mit einer seelsorgerlichen Betreuung des Proletariats allein nicht getan, sondern dazu muß eine tatkräftige, von christlicher Gesinnung getragene Sozialpolitik treten. Die katholische Kirche hat dies viel

besser erkannt und die Arbeit auf sozialem Gebiet längst in Angriff

genommen.176

Die Arbeiter sind nicht von Hause aus kirchenfeindlich eingestellt. Selbst in der sozialistischen Presse finden sich Äußerungen einer erstaunlichen Kirchenfreundlichkeit. Wenn auch viele Führer der Arbeiterbewegung ausgesprochene Atheisten sind; der Grundgedanke des Sozialismus ist deshalb noch lange nicht unchristlich. Nach ihrer Ansicht widerspricht sogar die Lehre von Marx der des Christentums nicht. Dabei meinte man allerdings nicht das System der marxistischen Philosophie, sondern man faßte den Marxismus rein äußerlich formal, ohne ihn geistesgeschichtlich zu analysieren und auf seinen weltanschaulichen Ideengehalt zu untersuchen. Meyer sah in ihm vorzugsweise das Bestreben, die sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen und eine gerechtere Verteilung der Güter zu erreichen. Der Begriff des Sozialstaates wiederspricht nicht dem Geist des Christentums. 179

Während Meyer, in dem wir den Sprecher der Sozialkonservativen sehen dürfen, über diesen Mangel an Verständnis in der sozialen Frage klagte, rüstete sich schon der Mann, der später den großartigen Versuch unternahm, Arbeiter und Kirche in einer Bewegung zusammenzubringen. In derselben Zeit, in die die Haupttätigkeit der Sozialkonservativen fiel, machte Adolf Stöcker seine entscheidende Entwicklung durch. Es ist eine eigenartige Fügung des Geschicks, daß in demselben Augenblick, wo die Berliner Revue ihr Erscheinen einstellen mußte, weil sie auf völlige Verständnislosigkeit stieß, Stöcker am 15. November 1873 in der Evangelischen Kirchenzeitung zu einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Neuen Testamentes aufrief, durch den Todt zur Abfassung seines Buches über den radikalen deutschen Sozialismus veranlaßt wurde. Ganz wie die Sozialkonservativen bedauerte er die Untätigkeit des Protestantismus auf diesem Gebiet und wies auf die Tätigkeit der Katholiken hin, die sich die Arbeitermassen nicht aus den Händen haben gleiten lassen. 180 Damit nahmen die Christlichsozialen die Arbeit auf, die von den Sozialkonservativen infolge der Ungunst der Verhältnisse aufgegeben werden mußte. 1875 gingen Rudolph Meyer und Todt eine enge Arbeitsgemeinschaft ein. Sie führten einen ausgedehnten Briefwechsel miteinander. 181 Bei der Abfassung seines Buches konnte Todt sogar die Bibliothek von Meyer benutzen.182 Nachdem sich die Christlichsozialen eine eigene Organisation aufgebaut hatten, wurde er aufgefordert, bei ihnen journalistisch mitzuarbeiten. Dieses Angebot lehnte Meyer jedoch ab, weil er darüber gekränkt war, daß sie seinen geistigen Anteil an der Entstehung ihrer Bewegung nicht genügend hervorhoben. Er bezeichnete sie als gemeine Gedankenräuber und wollte nichts von ihnen wissen. Auch Hermann Wagener empfand es sehr schmerzlich, daß die eigentlichen Urheber totgeschwiegen wurden, und daß man unbekümmert mit fremdem Kalbe pflügte. Das Programm der Christlichsozialen war für ihn ein mißverstandener und mißverständlicher Extrakt aus Forderungen und Vorschlägen der Sozialkonservativen. 183 Beide waren sich in der Ablehnung der Christlichsozialen einig. Meyer hielt den Todt-Stöckerschen Staatssozialismus für überholt und überaltert, obwohl erst wenige Jahre seit der Aufstellung ihres eigenen Programms verflossen waren. 184 Eingehend war die Kritik Wageners, der eine politische Betätigung der Geistlichen grundsätzlich ablehnte und erklärte, daß sie auf die Kanzel gehörten und ihren wahren Beruf als Seelsorger nutzlos aufs Spiel setzten, zumal ihnen die notwendigen politischen und nationalökonomischen Sachkenntnisse abgingen. Mit einer "aus einseitiger Moral und mangelhafter Nationalökonomie gemischten Doktrin als christliches Heilmittel" gegen den Sozialismus wollte er nichts zu tun haben. 185 Nicht die theoretisch-dogmatische Begründung ihres christlichen Staatssozialismus wurde betont, sondern die im Evangelium gegebene einfache und unkomplizierte Ethik der praktischen christlichen Nächstenliebe. Die Kirche hat allein das soziale Gewissen zu schärfen und die Bruderliebe zu verkündigen, sie darf aber keinesfalls in die "Agitationsarena" herabsteigen. Hier trafen sich ihre Ansichten mit denen Bismarcks, der nie etwas von den politisierenden evangelischen Geistlichen wissen wollte. Unbeschadet ihrer eigenen tief innerlichen Religiosität wehrten sie sich dagegen, daß die Kirche auf ein Gebiet übergriff, das ihr nicht zusteht und das außerhalb des Rahmens ihrer Aufgabe liegt. Die Sozialpolitik muß Sache des Staates bleiben.

Das Programm der Christlichsozialen war ganz von den Arbeiten der Sozialkonservativen abhängig. Ihr Antisemitismus zehrte von den Schriften Bruno Bauers. Sein "Judentum in der Fremde" war eine der Hauptquellen, auf denen die Darstellung Todts beruht.186 Rudolf Todt rechnete sich selber voll Stolz zum Kreise der Sozialkonservativen, die unbestritten das tiefste Verständnis für die große Bewegung des Sozialismus hätten.187 Als seine Aufgabe sah er es an, ihr sozialpolitisches Programm im Sinne der neutestamentlichen Theologie auszubauen. Wo seine Bemühungen einzusetzen hatten, hatte Meyer gezeigt. An Hand des Neuen Testamentes wollte er nun eine biblisch-dogmatische Begründung und Rechtfertigung der sozialistischen Forderungen geben. Er wollte ihren engen Zusammenhang mit dem positiven neutestamentlichen Christentum darlegen. 188 Bei der Aufstellung seiner sozialpolitischen Forderungen war er völlig von den Sozialkonservativen abhängig. In allen wichtigen Punkten wurde ihr Programm unverändert übernommen. Er berief sich auf die entsprechenden Kapitel in Meyers Emanzipationskampf und betonte ausdrücklich den schlechthin maßgeblichen Einfluß, den dieses Werk auf sein Denken ausgeübt hat. 189 Durch Todt ist das Erbe der Sozialkonservativen auf die christlichsoziale Bewegung überkommen.

Rudolf Meyer wurde allmählich mit der Politik Bismarcks unzufrieden. Er verlor seine ursprünglich so hochgespannten Hoffnungen und näherte sich der konservativen Opposition. Schon 1874 hatte ihm Nathusius die Mitarbeit an der Kreuzzeitung auf sozialem Gebiete angeboten, ohne daß Meyer damals näher darauf eingegangen war, weil er ihre Gegensätze noch für zu groß hielt. 190 Er schwankte zwischen Hoffnung und Mißtrauen. Bald glaubte er, daß Bismarck noch etwas unternehmen werde, bald gab er jeden Gedanken daran auf. Dabei wurde seine Gesamtanschauung immer düsterer. Er sah ähnlich wie Rodbertus eine blutige Zukunft nahen. "Glauben Sie mir, so schrieb er am 9. März 1875, Bankrott, Bankrott, steht am Ende dieser glorreichen Bismarckschen Politik. weil er die Ideen: Religion und Sozialismus unterschätzt hat".101 Einen Monat später heißt es bei ihm: "Wahrlich, dies Neue Reich ist morsch, morscher, am morschesten .... Wieder spukt die Idee einer Reformpartei. Ich habe keine Hoffnung mehr, ich sehe nur den großen Krach noch vor Augen."192 Noch einmal setzte er sich im Oktober auf der Tagung der Kathedersozialisten für die Politik Bismarcks ein. Dann aber war seine Ausdauer erschöpft, er ging in das Lager der Bismarck-Gegner über. Hatte er mit Bismarck nichts erreicht, so probierte er es jetzt auf andere Weise. Seit 1875 war er Mitarbeiter an der Eisenbahn-Zeitung, der späteren "Reichsglocke".183 Hier setzte er seinen seit 1870 gegen das Gründertum geführten Kampf fort.

Mit Bedauern stellte er fest, daß Bismarck nicht den Vorschlägen von Wagener und Rodbertus gefolgt war, sondern eine besonders für die Grundbesitzer verderbliche Politik eingeschlagen hatte. Er hatte die Entstehung der "Kapitalisten-Banken" gefördert, die erst die Grundbesitzer ruinieren, um dann selber bankrott zu machen. Die Bekämpfung der aus dem Gründertum hervorgegangenen Institute erachtete er als seine Pflicht, sein besonderes Augenmerk richtete er auf die Zusammenhänge zwischen Gründertum und Politik und auf die Korruption auf politischem Gebiet.

Durch diese Tätigkeit kam er mit jenen Altkonservativen in Verbindung, die in gleicher Richtung gegen Bismarck auftraten. Ihre Vorwürfe bezogen sich auf seine Verbindungen mit dem Bankier Bleichröder und der Preußischen Central-Boden-Kredit-Gesellschaft, die schon seit ihrem Entstehen von der Berliner Revue befehdet worden war. Zu dem sachlich immerhin berechtigten Motiv, daß durch diese Gründung die landwirtschaftlichen Kreditinstitute geschädigt worden sind, fügten sie persönliche Beschuldigungen. Bismarck habe aus der überraschend schnellen Genehmigung des Privilegs sehr erhebliche private finanzielle Vorteile gezogen. 195 Unter diesen Feinden Bismarcks tat sich besonders der frühere Abgeordnete Otto v. Diest-Daber hervor. Den eigentlichen Grund zu diesen maßlosen Angriffen<sup>196</sup> haben wir nicht in dem Wunsch zu suchen, wirklich bestehende Mißstände aufzudecken, sondern in der allgemeinen Unzufriedenheit der Konservativen mit der Bismarckschen Politik. Alle politischen Sünden Bismarcks seit 1866, angefangen mit dem hannoverschen Provinzialfonds, wurden aufgezählt, ehe er auf die geschäftlichen Dinge zu sprechen kam. "Die Regierung hat und verteidigt keine Position, sondern gibt ihre Prinzipien, wenn sie überhaupt welche hat, mit Leichtigkeit auf."197

Besonders offenbar vor der Öffentlichkeit wurden diese Verhältnisse in den Ära-Artikeln, deren Verfasser Dr. Perrot war. 198 Ursprünglich wollte Wedemeyer ihre Abfassung Meyer übertragen. Dieser weigerte sich jedoch. 199 Perrot war seit Anfang der 70er Jahre hervorgetreten als Vorkämpfer der Verstaatlichung der Eisenbahnen und hatte gegen den beim Bau von Eisenbahnen betriebenen

Schwindel geschrieben. Im Jahre 1872 arbeitete er gelegentlich in der Revue mit;<sup>200</sup> mit Rodbertus stand er in losem Briefwechsel. Seit 1873 finden wir ihn unter den Mitarbeitern der Kreuzzeitung, ohne daß sich jedoch die Schriftleitung ganz mit ihm einverstanden erklärte.<sup>201</sup>

Die Kreuzzeitungs-Artikel lehnte Meyer ab. Die dort aufgestellten Behauptungen sah er als nicht erwiesen an. Aber als Diest die Beschuldigungen im folgenden Jahr wiederholte, trat er mit ihm und seinem Anhang in Verbindung.202 In der "Reichsglocke" setzte er seine Angriffe fort. Bald darauf wurde Meyer auf Grund eines Aufsatzes in seiner sozialpolitischen Korrespondenz wegen Beleidigung des Fürsten der Prozeß gemacht, in dem er zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.<sup>203</sup> Diest erklärte sich bereit, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für Meyer einzutreten. Nicht lange nach Meyer ereilte auch ihn das Geschick. Gegen ihn wurde ein Verfahren wegen Beleidigung Bismarcks eingeleitet, indem er mit drei Monaten Gefängnis bestraft wurde. 204 Seitdem verfolgten beide Bismarck mit nie ermüdendem Haß, der in allen späteren Schriften Meyers immer wieder durchbricht. Meyer flüchtete ins Ausland, wo er nun den armen Emigranten spielte. Erst nach Bismarcks Sturz kehrte er wieder nach Deutschland zurück. Auch Wageners politische Rolle war endgültig ausgespielt. Von dem Stoß, den ihm Lasker versetzt hatte, hat er sich nie wieder erholen können. Sein Ruf als Politiker ist für alle Zeiten dahin gewesen. Selbst Bismarck zog sich nach 1877 von ihm zurück. Einsam und vergessen ist er gestorben.

Fragen wir nach dem Ertrage seiner Lebensarbeit, so können wir heute sagen, daß er dieses Schicksal nicht verdient hat. Die spätere soziale Gesetzgebung des deutschen Reiches ist ohne seine Vorarbeiten nicht denkbar, wenn er auch nicht mehr direkt an ihr beteiligt war. Der Verlauf der sozialen Bewegung hat Meyer wie ihm recht gegeben. Trotz aller Unterdrückung ist die Bewegung der Sozialdemokratie nicht aufzuhalten gewesen, sondern immer weiter gestiegen. Es hat sich bitter gerächt, daß die soziale Gesetzgebung nicht schon ein Jahrzehnt früher, wie es die Sozialkonservativen verlangt haben, angefangen wurde. Es ist müßig, darüber nachzudenken, ob es damals schon zu spät gewesen wäre. Sicher hätte aber der Versuch noch mehr Aussicht gehabt als in den

achtziger Jahren, als die Sozialdemokratie eine große, im Sozialismus fest verwurzelte Anhängerschaft besaß und durch das Sozialistengesetz in Feindschaft und Gegensatz gegen den bestehenden Staat gedrängt war. Aber die Zeit war für ihre Gedanken noch nicht reif. Das Bürgertum steckte noch tief in den liberalen Anschauungen. Die Nationalliberalen, deren Anteil an der Reichsgründung so erheblich war, und die zu den Erfolgen Bismarcks in der deutschen Frage soviel beigetragen hatten, beherrschten das Feld.

Heute können wir sagen, daß Wagener einer der weitschauendsten Männer der konservativen Partei, ja seiner ganzen Zeit gewesen ist. Seine sozialpolitischen Gedanken haben auch heute zum Teil noch nicht ihre Aktualität verloren. Er war einer der ersten in Deutschland, die die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus erstrebten. Die Sozialkonservativen haben kein wissenschaftliches System geschaffen, sie haben keine Anhänger gehabt und keine eigene Bewegung hervorgebracht. So sind sie vergessen worden. Ihr Gedanke aber eines nationalen staatsbejahenden und -erhaltenden Sozialismus hat sich erhalten, ist bis in die Gegenwart hinein immer mächtiger und einflußreicher geworden, bis er jüngst seine Anerkennung gefunden hat und zur Grundlage des neuen Staates geworden ist.

# Anmerkungen.

### Erstes Kapitel. In der Reaktionszeit. 1855-1858.

§ 1. Die geistigen Grundlagen.

- 1. Vgl. Sigmund Neumann: Stufen des preußischen Konservatismus. II. Teil, S. 65 ff. In seiner Scheidung in romantischen Konservatismus Gerlachscher Prägung und in den liberalen Konservatismus Bethmann-Hollwegs und als die Synthese daraus den realistischen Bismarcks übersieht er, daß innerhalb der konservativen Partei selbst von Anfang an eine starke realpolitische Strömung bestanden hat, deren Wurzeln bis in die Zeit vor der Revolution von 1848 zurückgehen. Nur S. 114 f. streift er ganz beiläufig diese Bestrebungen bei der Erwähnung Bülow-Cummerows.
- Stahl: Rechtsphilosophie I, 570; vgl. Masur I, 142 f., 163, 178, 220,
  E. Kaufmann: Studien zur Staatslehre des monarchischen Prinzips.
  Diss. Halle 1906.
  - 3. Masur: a. a. O. I, 225.
  - 4. Stahl: Rechtsphilosophie II. 1, 70; 92.
  - 5. Ebenda II. 1, 22.
  - 6. Ebenda II. 1, 192 f.; II. 1, 233 f.
  - 7. Ebenda II. 1, 194, 3. Auflage 1854.
- 8. Ebenda II. 1, 146 f., "der empirische Staat bezeichnet die rein menschliche Gesellschaft im Gegensatz zur Theokratie" I, 2. Buch. Die theokratische Rechtsphilosophie, S. 50 ff. Vgl. Masur: I, 200; 230 f. Kaufmann: a. a. O. S. 92 ff. Stahl gibt eine theistische und keine theokratische Begründung des Staates.
  - 9. Ebenda I, 80 ff.
  - 10. Vgl. Masur: a. a. O. S. 210 f. Kaufmann: S. 95 ff.
  - 11. Stahl: a. a. O. II. 2, 536.
  - 12. Ebenda II. 2, 176 ff. Parteien in Staat und Kirche S. 138.
  - 13. Stahl: a. a. O. II. 2, 254.
  - 14. Stahl: Parteien in Staat und Kirche S. 262 f.
  - 15. Stahl: Rechtsphilosophie II. 1, 374 ff.
  - 16. Derselbe: Parteien in Staat und Kirche S. 263.
  - 17. Ebenda S. 262 f.
  - 18. Stahl: Rechtsphilosophie II. 2, 53.
- 19. Grundzüge konservativer Politik S. 11; Berliner Revue I, 1 Vorwort; 1, 736 f., 3, 393.

- 20. B.R. 28, 179 ff., 226 ff., 264 ff.; vgl. Wagener Staatslexikon Bd. 19, 653.
  - 21. B.R. 2, 527 f.
- 22. In der B.R. 2, 527 f.; 2, 82; 8, 495; 11, 449 wird lobend und anerkennend auf dieses Werk hingewiesen.
  - 23. Peguilhen: Liberalismus S. XVII.
  - 24. B.R. 1, 5; 1, 6 ff.
- 25. Peguilhen: Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft 1, 4; Sozial-politische Studien 4 ff.; Schleswig-Holstein S. 7. Glasers Jb. I, 210. B.R. 1, 729, 735; 2, 198 f.; 3, 374; 4, 132 f.; 4, 182; 4, 388; 5, 124; 6, 283; 7, 127 f.
  - 26. Peguilhen: Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft I, 17 f.; II, 59.
  - 27. Ebenda I. 3.
- 28. Peguilhen: Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft. I, 305. Liberalismus S. 65.
  - 29. Ebenda II, 107.
  - 30. Ebenda I, 16. B.R. 1, 364; 2, 352 f.; 4, 133.
  - 31. Peguilhen: ebenda I, 17. Sozialpolitische Studien S. 3.
- 32. Peguilhen: Schleswig-Holstein S. 129. B.R. 2, 198; 3, 673 f.; 4, 14, 131.
  - 33. Peguilhen: Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft I, 38.
  - 34. Ebenda I, 256 f.
  - 35. Ebenda II, 8.
  - 36. Peguilhen: Sozialpolitische Studien S. 10.
- 37. A. Wolff: Berliner Revolutionschronik Bd. 2, 367, 420, 511 f., 566 ff.; 3, 119.
- 38. Mitteilungen des Centralvereins zum Wohle der arbeitenden Klassen, hgg. J. Glaser, Heft 7 (1850) S. 6.
  - 39. Glaser: Enzyklopädie S. 26.
  - 40. Ebenda S. 2, 11.
  - 41. Glaser: ebenda S. 19, Jbb. I (1864) S. 43.
  - 42. Ebenda S. 11.
  - 43. Ebenda S. 91 f.
  - 44. Ebenda S. 73; vgl. S. 146.
- 45. Ebenda S. 158. Schon in seinem "Handbuch der Nationalökonomie" (1858) I, 15, 132, hat er sich scharf gegen die Verschmelzung von Ethik und Wirtschaft ausgesprochen.
  - 46. Ebenda S. 159.
- 47. Als Herausgeber des "Archivs für den Norddeutschen Bund" setzte er sich sogar sehr positiv für die deutsche Politik Bismarcks ein; vgl. auch seine Schrift: "Rechtliche Bedenken betreffend die Ansprüche auf die Succession an die Herzogtümer Holstein, Schleswig und Lauenburg". Berlin 1865.
- 48. Eugen Stamm: Konstantin Frantz. I. Teil 1907; Derselbe: Konstantin Frantz 1857—1866. 1930. Dort alle weitere Literatur angegeben. Seine Artikel, die im einzelnen sohwer zu bestimmen sind, da sie anonym erschienen, beschäftigten sich hauptsächlich mit außenpolitischen Fragen. Er vertrat in

ihnen den alldeutschen Zukunftsplan eines pangermanischen Reichs, das alle nordischen Staaten umfassen soll. Vgl. Stamm a. a. O. II (1930) S. 66 ff.

- 49. B.R. 11, 449 ff. Besprechung der Vorschule der Physiognomie der Staaten, das erste Werk, das Frantz nach der Rückkehr aus Spanien geschrieben hat. Der Verfasser wird als einer der "geistreichsten und bewährtesten Anhänger der sozialpolitischen Schule" bezeichnet und sein Buch als ein "abermaliges Fortschreiten der noch jugendlichen Wissenschaft" hingestellt. Getadelt wird seine Überschätzung der "zentralen Staatsgewalt und die nicht ausreichende Berücksichtigung der "engeren Staatskreise", des Selfgovernments. Außerdem hätte er das wirtschaftliche und kulturelle Leben berücksichtigen, von Geld- und Finanzpolitik reden müssen, "wo in jener Zeit alle Politik an diesen Fragen zu scheitern droht". Vgl. dazu B.R. 12, 110. Über die spätere Stellung der Revue zu Frantz nach ihrer Trennung von ihm vgl. B.R. 31, 305 ff.; 63, 185 ff.
  - 50. Frantz: Vorschule S. 325.
  - 51. Ebenda S. 75, 131, 322 f.
  - 52. Ebenda S. 144 ff.
  - 53. Ebenda S. 339.
  - 54. Ebenda S. 68, 118.
  - 55. Frantz: Vorschule S. 71 ff.
  - 56. Frantz: Wiederherstellung Deutschlands S. 388.
  - 57. Staatskrankheit 66 ff.
  - 58. Ebenda S. 23 f.
  - 59. Frantz: Vorschule S. 73, 338.
  - 60. Frantz: Vorschule S. 337. Kritik S. 33 f.
  - 61. Frantz: Kritik S. 184.
- 62. Ebenda S. 40 ff.: "Die Stahlsche Rechtsphilosophie verwirrt den Sinn und kann nur verschrobene Köpfe bilden."
- 63. Vgl. Max Hähne: Die Staatsideen des Konstantin Frantz, 1929, S. 42 ff., 65, 71.
  - 64. Frantz: Kritik S. 20 f.
  - 65. Frantz: Wiederherstellung Deutschlands S. 468.

#### § 2. Das Verhältnis zur konservativen Partei.

- 1. Hans Walter: Die innere Politik des Ministeriums Manteuffel. Diss. Berlin 1910.
  - 2. Franz Lauter: Preußens Volksvertretung. Berlin o. Jahr, S. III.
- 3. Franz Lauter: Preußens Volksvertretung ... bringt die zuverlässigsten Nachrichten, während Parisius: Die politischen Parteien ... Und die parteioffiziöse Statistik von 1862 ungenauer und unzuverlässiger sind.
  - 4. Wagener: Erlebtes I, 61 f.
- 5. N.P.Z. 107. 10. 5. 55. Beilage. 87. 9. 12. 55; vgl. Statistik, die die Fraktion nicht unter den Konservativen aufzählt.
  - 6. Parisius: a. a. O. S. 21.

- 7. Leopold Gerlach: Denkwürdigkeiten. II, 306. Aufzeichnung vom 27. 4. 55.
- 8. N.P.Z. 273. 15. 6. 1923 Jubiläumsausgabe S. 10 f. Wagener an Graf Voß-Buch, den Vorsitzenden des Kreuzzeitungscomités 16. 2. 52.
- 9. Allgemeine Konservative Monatsschrift Bd. 51 (1894) S. 12 ff. Leo an Ludwig v. Gerlach 2. 7. 1853.
- 10. B.R. Bd. 1, 1 ff. Vorwort. Clemens Graf v. Pinto: Suum cuique. S. 77 f. Pintos Angaben sind nur mit Vorsicht zu benutzen, weil sie mit den wirklichen Vorgängen nicht immer genau übereinstimmen.
- 11. Vgl. H.W.d.St. 4. Aufl., Bd. 6, 259. Artikel Lavergne-Peguilhen. Dort weitere Literatur.
  - 12. Vgl. Conrad Muschler: Philipp zu Eulenburg S. 31 f., S. 53.
  - 13. Parisius: a. a. O. S. 10.
  - 14. Wagener: Erlebtes I, 20. Pinto: a.a. O. S. 77.
- 15. E. Jordan: Die Entstehung der konservativen Partei .... S. 266 ff. Pinto: Suum cuique S. 8, 12 ff., 36 ff.
  - 16. Ebenda S. 27 f.
- 17. Pinto: Suurm cuique S. 79; Pinto an Manteuffel. 10. 12. 1854. N.P.Z. 273, 1923. Jubiläumsausgabe S. 7. Neuendorff: "Georg Hesekiel" behauptet S. 41, daß Hesekiel Gründer und Leiter des Blattes war. Der Brief Pintos an Manteuffel bezeugt das Gegenteil. Einen direkten Beweis führt er nicht an. Vgl. dazu Otto Groth: "Die Zeitung" Bd. II, 170, dessen Ansicht ich mich anschließe.
  - 18. O. Neuendorff: George Hesekiel, Berlin 1932.
  - 19. Fontane: Zwischen 20 und 30, S. 328. Wagener: a. a. O. I, 18.
  - 20. B.R. 1, 4; 8, 521; 11, 2.
  - 21. Neuendorff: a. a. O. S. 104.
  - 22. Fontane: a. a. O. S. 330.
  - 23. O. Neuendorff: a. a. O. S. 17.
  - 24. Ebenda S. 38, 47.
  - 25. Pinto an Hertefeld 2. 10. 55. H.A.E.
- 26. Heinicke an Hertefeld 6. 6. 56; Hesekiel an Hertefeld 30. 8. 56; Hertefeld an Hesekiel (Konzept) undatiert. Hertefeld an Keipp (Konzept) 24. 10. 56 H.A.E.
- 27. Ritter: a. a. O. S. 21, 41 ist danach zu korrigieren. Wageners Anteil bei der Begründung ist nicht so groß, wie er angenommen hat.
  - 28. Keipp an Hertefeld 14. 7. 1859 H.A.E.
- 29. H.A.E. Acta Nr. 371—372. Die bei Ritter: "Die preußischen Konservativen". Anhang S. 390 für das 1. Quartal von 1861 angegebene Auflagehöhe von 580 Stück ist zu hoch gegriffen.
  - 30. Parisius: a. a. O. S. 21.
  - 31. Wagener: Erlebtes I, 70.
  - 32. Franz Lauter: a. a. O.
  - 33. Pinto: a. a. O. S. 28.
  - 34. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 353, 363 f.

- 35. Ebenda II, 355. Vgl. Petersdorf: Friedrich Wilhelm IV. 172 f.
- 36. Ludwig Gerlach: Aufzeichnungen II, 201.
- 37. Leopold Gerlach: II, 347.
- 38. Poschinger: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten Otto v. Manteuffels. III, 98 ff.
  - 39. Leopold Gerlach: II, 353, 363 f.
  - 40. B.R. 3, 675.
- 41. Wagener: Erlebtes I, 61 f. Pinto: a. a. O. 28 f. handschriftlicher, eigenhändiger Entwurf Hertefelds befindet sich in seinem Nachlaß. Daraus ergibt sich, daß nicht Wagener, wie er von sich selbst behauptet (Nachtrag zu Erlebtes S. 5) der Verfasser sein kann.
  - 42. Grundzüge S. 3 f. B.R. 3, 675.
  - 43. N.P.Z. 296, 20. 12. 55, 301, 28. 12. 55.
  - 44. N.P.Z. 9, 1, 56.
  - 45. Vgl. N.P. Z. 8. 10. 1. 56.
  - 46. N.P.Z. 281, 2. 11, 55, 303, 30, 12, 55, 278, 29, 11, 55.
  - 47. Volksblatt für Stadt und Land, Jg. 13, 1856, S. 205.
- 48. Preußisches Wochenblatt 1856, Nr. 22, S. 306 ff.; Nr. 23, S. 313 ff.; Nr. 48, S. 531 ff.
  - 49. Spenersche Zeitung 295, 16. 12. 55, 297—299, 19.—21. 12. 55.
  - 50. Vgl. Spenersche Zeitung Nr. 298, 20. 12. 57.
  - 51. Kölnische Zeitung Nr. 347, 15. 12. 57.
  - 52. Lette: Über die Verfassungszustände ... S. 2, 52, 66 ff.
- 53. Pinto an Manteuffel. 10. 12. 1854. N.P.Z. Nr. 273, 1923; Jubiläumsbeilage S. 7. Pinto an Hertefeld. 18. 8. 56; Peguilhen an Hertefeld. 20. 9. 56. H.A.E.
  - 54. Grundzüge der konservativen Politik, S. 14, 27, 29.
  - 55. Ebenda S. 21.
  - 56. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 347; 355 f.
- 57. Ludwig Gerlach: a. a. O. II, 205. "Die Unsern folgen den Debatten nicht, sie lesen die Aktenstücke nicht, und haben einen Ekel an Staatsgeschäften." Wagener: Erlebtes I, 61.
  - 58. Leopold Gerlach II, 392,
- 59. Ebenda II, 472, 478, 494. Sten.Br. Abgh. 1856/7 II, 557. Bergengrün: a. a. O. 241.
  - 60. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 473, 491.
  - 61. Ebenda II, 401.
  - 62. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, I, 2.
  - 63. Ebenda I, 38; III. Drucksachen Nr. 65.
  - 64. Sten. Ber. Abgh. II, 634, 27. 3. 1857.
  - 65. Ebenda II, 673, 28, 3, 1857.
- 66. Gewerbesteuer, ebenda 30. 4. 1857, II, 948. Aktiensteuer II, 971, 1. 5. 1857.
  - 67. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 491.

- 69. Horst Kohl: Bismarcks Briefe an Leopold v. Gerlach. Bismarck an Gerlach, 2. 5. 57, S. 322.
  - 69. Heinicke an Hertefeld, 27. 5. 57. H.A.E.
  - 70. Leopold Gerlach: II, 411 ff., 471 f.
  - 71. N.P.Z. 7, 9. 1. 57 Neujahrsrundschau; 89, 17. 4. 57 Osterrundschau.
- 72. Sten. Ber. Abgh. 1856/7. II, 541. v. Berg 545; v. Blanckenburg 557 f., 607; v. Gerlach 886. Wagener B.R. 5, 234; N.P.Z. 32, 7. 2. 57; 33, 8. 2. 57; 34, 10. 2. 57.
  - 73. N.P.Z. 44, 21. 2. 57; 64, 17. 3. 57; 91, 19. 4. 57. Beilage.
  - 74. Sten. Ber. Abgh. 1866/7, III, 255; vgl. N.P.Z. 41, 18. 2, 57.
  - 75. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, III (Drucksachen) S. 244.
  - 76. Vgl. Walter: a. a. O. S. 82 ff.
- 77. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, II, 546, 557 f., 606, 653. Die Kreuzzeitung bleibt der Salzsteuer gleichgültig gegenüber, um es damit bei der Partei nicht zu verderben.
  - 78. Ebenda II, 885 f., 963.
- 79. Vgl. die Rede von Hahn, der die ständischen Pläne "chimärische Projekte" nennt. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, II, 539.
  - 80. Ebenda III (Drucksachen) S. 247.
  - 81. B.R., 493 ff.; 4, 550 ff.
  - 82. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, I, 885 f.
  - 83. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 401, 406, 414.
  - 84. B.R. 8, 294 ff.; 9, 41 ff.; 9, 165 ff.
  - 85. Pinto: a. a. O. S. 31.
  - 86. Vertrag vom 30. 3. 57. Nachlaß Hertefeld H.A.E.
  - 87. Petersdorf: Kleist-Retzow, S. 214 f.
  - 88. Keipp an Hertefeld, 4, 10, 56; 22, 10, 56; 9, 11, 56; 31, 5, 57 H.A.E.
- 89. Wagener: Staats- und Gesellschaftslexikon I, 1859. Diese Artikel sind schon 1857 geschrieben worden.
  - 90. Ebenda I, S. 7, S. 13 ff.

#### § 3. Die Sozialpolitik.

- 1. B.R. 8, 522.
- 2. B.R. 1, 2; 1, 24 ff.; 2, 222 ff; 2, 351; 3, 673; 5, 231; 6, 287. Grundzüge konservativer Politik, S. 15.
  - 3. B.R. 1, 116; 6, 27; 6, 287; 8, 521. Grundzüge kons. Politik S. 13.
  - 4. B.R. 1, 628 ff.; 9, 206; 10, 86, 88.
  - 5. Grundzüge konservativer Politik S. 16.
- 6. B.R. 2, 72 ff.; 2, 192; 3, 373; 8, 129 f.; 10, 81 ff.; 11, 2; 11, 218; 11, 245; 11, 501 ff.
- 7. Herberger: Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Frage. Diss. Leipzig 1914, S. 25 ff.
- 8. B.R. 2, 194 f. Grundzüge kons. Pol. S. 16. B.R. 1, 271. Peguilhen, Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft I, 187 ff.; I, 356 ff.; II, 383 ff.
  - 9. B.R. 2, 201 f.; 10, 373. Grundzüge kons. Pol. S. 12 ff.

- 10. B.R. 10, 449.
- 11. B.R. 2, 195 ff.; 3, 500; 4, 126. Peguilhen: Sozialpolitische Studien S. 19.
  - 12. Herberger: a. a. O. S. 19 ff.
  - 13. B.R. 1, 364; 2, 197; 2, 361; 3, 673.
- 14. B.R. 1, 677; 3, 772; 6, 490 f.; 8, 493; 11, 547; Grundzüge konservativer Politik, S. 5 ff.
  - 15. Grundzüge konservativer Politik, S. 7.
  - 16. B.R. 1, 735.
  - 17. B.R. 4, 126 ff. Stadt und Land als Quelle der Politik.
  - 18. B.R. 6, 26, 287.
  - 19. B.R. 2, 202 f.; 5, 663; 6, 335.
- Vgl. Alexander Lewy: Die Genesis der agrarischen Ideen in Preußen, Diss. 1898.
- A. Andrae (Roman) Erinnerungen eines alten Mannes aus dem Jahre
  Bielefeld 1895, S. 54.
  - 22. Bergengrün: V. d. Heydt S. 230 ff.
  - 23. B.R. 4, 351; 8, 76 ff., 493; 11, 365 ff. Grundzüge kons. Pol. S. 9.
  - 24. B.R. 10, 327. Lewy: a. a. O. S. 89 ff.
  - 25. B.R. 1, 116 f., 223; 6, 289; 8, 131.
  - 26. B.R. 2, 192; 4, 352; 5, 330 f.; 6, 337 ff.; 11, 409.
- 27. B.R. 9, 93 ff. Der Verfasser dieses Artikels ist Theodor Lohmann, der spätere Mitarbeiter Bismarcks bei der sozialen Gesetzgebung. Es handelt sich hier um eine Jugendarbeit von ihm. Vgl. Hans Rothfels: Theodor Lohmann, S. 17.
- 28. B.R. 1, 17 f.; 1, 220 ff.; 5, 598 ff.; 6, 545 f.; 7, 458; 8, 135; Grundzüge konservativer Politik S. 16 f.
  - 29. Th. v. d. Goltz: Geschichte der Landwirtschaft, I, 345 f.
  - 30. Th. v. d. Goltz: Gesch. der Landwirtschaft. II, 353 ff.
  - 31. Grundzüge S. 17.
  - 32. B.R. 5, 322 ff.; 6, 541.
- 33. B.R. 1, 170 f.; 1, 322 f.; 2, 97; 5, 328 ff.; 6, 287 ff.; 7, 459; 7, 463; 8, 76 ff., 136, 149 f., 213.
  - 34. Vgl. Petersdorf: Kleist-Retzow S. 263 ff.
  - 35. B.R. 2, 202 f.; 5, 661; 11, 415.
- 36. B.R. 4, 442 ff.; 5, 77 f.; 5, 334 f.; 5, 384; 7, 124; 7, 459 ff.; 8, 165 ff.; 8, 206 ff.; 8, 285 ff.; 11, 413; Sten. Ber. Abgh. 1856/7, Bd. I, 1034 ff.; vgl. B.R. 9, 285 ff.
  - 37. Sten. Ber. Abgh. 1856/7, Bd. 1, 1034 ff. B.R. 9, 285 ff.
  - 38. B.R. 1, 682.
  - 39. B.R. 1, 273.
- 40. B.R. 1, 314 ff.; 2, 360; 4, 133 f. Vgl. Lavergne-Peguithen: Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft II, 282 ff., der aber in Einzelheiten abweicht.
  - 41. B.R. 4, 14; 7, 69 ff.
  - 42. B.R. 4, 388 ff.; 7, 69; 12, 110.

- 43. H.W.d.St. 6, 476 ff.; 2, 755 ff. In den Grundzügen der Gesellschaftswissenschaft II, 342 ff. lehnt Peguilhen zwar den Malthusiamismus ab und sucht ihn zu widerlegen, aber in Wirklichkeit ist er sehr stark von ihm beeinflußt worden, wie seine Ausführungen zeigen.
- 44. B.R. 1, 273, 318 f.; 5, 331; 5, 77; 6, 340; 7, 125, 159 ff.; 8, 213. Grundzüge kons. Politik S. 19.
  - 45. B.R. 1, 273.
- 46. B.R. 6, 546 ff.: Eine soziale Lösung. 7, 69 ff., 129 ff.: Der Wohltunskongreß zu Brüssel.
  - 47. Grundzüge konservativer Politik S. 17 f.
  - 48. B.R. 7, 139 f.
  - 49. Grundzüge konservativer Politik S. 15.
  - 50. B.R. 3, 246; 8, 368; 8, 522.
  - 51. B.R. 10, 43 ff.
  - 52. B.R. 5, 77 f.; 7, 463; 8, 368; 9, 170.
  - 53. Walter: a. a. O. S. 126 ff.
  - 54. B.R. 1, 469 ff.; 3, 234 f.; 4, 235 ff.; 6, 494.
  - 55. Walter: a. a. O. S. 137.
  - 56. B.R. 3, 77; 11, 244. Grundzüge konservativer Politik S. 17 f.
- 57. B.R. 1, 737; 3, 176 ff.; 3, 246; 3, 504 f.; 7, 461 ff.; 8, 213; 10, 281 ff.; 10, 294 ff. Grundzüge kons. Pol. S. 23 ff.
  - 58. B.R. 3, 213; 3, 243; 3, 394 ff. Grundzüge S. 11.
  - 59. B.R. 1, 680.
  - 60. B.R. 5, 77 f.; 7, 461 f.; 8, 294 ff.; 8, 451 ff.; 10, 325 ff.
- 61. Sie gehen dabei so weit, daß sie beispielsweise für die kleineren Ortschaften die ausgebildeten Volksschullehrer abschaffen wollen. An ihre Stelle sollen wieder die Handwerkerlehrer treten, die neben dem Unterricht sich ihren Unterhalt durch die Ausübung eines Handwerks verdienen. (Grundzüge kons. Pol. S. 20, B.R. 1, 421 ff.)
  - 62. B.R. 1, 469 ff.; 10, 330, 378.

#### Zweites Kapitel. In der Defensive. 1858-1866.

#### § 1. Das Verhältnis zur Partei.

- 1. B.R. 12, 422 ff., 505 ff.; 13, 263; (vgl. 13, 431 ff.; 14, 37 ff.; vgl. 15, 45 ff.).
  - 2. N.P.Z. 41, 18. 2. 58; 67, 20. 3. 58; 145, 25. 6. 58.
- 3. Bismarck: Gesammelte Werke II, 375 f.; Leopold Gerlach II, 609. Daß diese Vorschläge von der Berliner Revue ausgegangen sind, wie Bismarck glaubt, habe ich trotz eifrigen Suchens nicht feststellen können. Die Kreuzzeitung erwähnt in ihrem Dementi die B.R. nicht, wie Bismarck irrtümlich schreibt.
  - 4. Ludwig Gerlach: a. a. O. II, 222.
  - 5. Otto v. Manteuffel: a. a. O. III, 329 f.
- 6. Ludwig Gerlach: a. a. O. II, 219 ff. B.R. 14, 497 ff., 537 ff.; 15, 37, 78.

- 7. Ebenda a. a. O. II, 222. Bismarck: Erinnerung und Gedanke S. 135. B.R. 15, 173 f.
  - 8. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 401.
  - 9. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 223.
  - 10. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 398.
  - 11. Ebenda II, 711.
- Sten. Ber. Abgh. 1858 I, 87 ff., 19.—22. Februar; vgl. B.R. 12, 366 ff.,
  417 ff.
- 13. Sten. Ber. Abgh. 1858 I, 150 ff. April. Allerdings sprachen bei Wagener außerdem politische Befürchtungen mit. Er glaubte durch den Vertrag die politische Selbständigkeit Preußens beeinträchtigt und wollte nicht, daß die Außenpolitik Preußens in irgend einer Weise durch den Zollverein bestimmt wird.
  - 14. N.P.Z. 83, 10. 4. 1858 Ludw. Gerlach: Aufzeichnungen II, 216 f.
  - 15. B.R. 13, 1 ff., 43, 93, 131 ff., 150 ff., 189 ff., 303 f.
- 16. Ludwig Gerlach: a. a. O. II, 216 f., 220 f. Wagener: a. a. O. I, 72; vgl. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 691 Aufzeichnung vom 14. 8. 59: "Es wird sich nur zu sehr bewähren, was viele nicht glauben wollten, daß der König das eigentliche Haupt unserer Partei war und daß sie ohne ihn nicht, wie Leo meint, mächtiger als je, sondern eine Herde ohne Hirten sein wird."
  - 17. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 504 f.
  - 18. Leopold Gerlach: Denkwürdigkeiten II, 588 ff., 598 f.
  - 19. N.P.Z. 110, 13. 5. 58.
  - 20. N.P.Z. 9, 12. 1. 58.
- 21. B.R. 15, 229 ff., 273 ff. über die Stellung Konstantin Frantz, der damals auch mit Manteuffel bricht und für die B.R. schreibt. Vgl. Stamm: a. a. O. S. 54 ff.
  - 22. B.R. 12, 41 ff., 87 ff., 341 ff.; 13, 311 ff., 357; 14, 39.
  - 23. B.R. 12, 44 f.; 15, 71 ff., 122 f., 125, 169 f., 221.
  - 24. Wagener: Staats- und Gesellschaftslexikon I, 9 Vorwort.
  - 25. Wagener: Erlebtes I, 77.
  - 26. B.R. 24, 104 f.
  - 27. N.P. Z. 103, 4. 5. 59. Beilage.
  - 28. B.R. 13, 91, 180, 508 f.; 14, 307, 345 ff.
  - 29. Petersdorf: Kleist-Retzow S. 309 f.
- 30. Ebenda S. 311. Petersdorf glaubt diese Abneigung auf sein zänkisches Wesen und seinen Irvingianismus zurückführen zu können. Da uns aber Rodbertus (Meyer: Briefe S. 213) später ebenfalls etwas über die Mißstimmung der Grundbesitzer gegen Wagener berichtet, aber anführt, daß sie sich seiner eigenwilligen Führerschaft nicht unterordnen wollten und außerdem Wagener selber gesteht (Erlebtes I, 72), daß "ihm die geschickte Behandlung der Genossen" abging, so braucht nicht ein ausgesprochen zänkisches Wesen der Grund zu sein, sondern die Eigenwilligkeit seiner Anlage und was Petersdorf nicht hervorhebt seine sozialpolitischen Anschauungen, die auch Ludwig v. Gerlach so unsympathisch waren.

- 31. Keipp an Hertefeld 14. 11. 1858. H.A.E.
- 32. B.R. 15, 229 ff., 273 ff.
- 33. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 603. B.R. 13, 391, 483; 16, 91, 129.
- 34. Max Duncker an Herm. Baumgarten: 6. 6. 1858. H.Z. 113 (1916).
- 35. Salomon: Die deutschen Parteiprogramme, 2. Aufl., I, S. 73 f.
- 36. Keipp an Hertefeld: 14. 11. 1858. H.A.E.
- 37. B.R. 15, 174 f., 313.
- 38. Keipp an Hertefeld. 14. 11. 1858; 19. 11. 1858. H.A. E.
- 39. Wagener: Erlebtes I, 20. v. Wedell-Malchow an Hertefeld, 2. 5. 1859. Keipp an Hertefeld, 11. 5. 1859. H.A.E.
  - 40. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 661 f.
  - 41. Groth: Die Zeitung. II, 170.
- 42. B.R. 17, 197, 205 ff.; hier die auszugsweise Wiedergabe des Programms.
- 43. Pinto an Hertefeld, 13, 8, 1859, 30, 8, 1860. Peguilhen an Hertefeld, 28, 3, 1860. Pinto an Hertefeld, 26, 9, 1860, H.A.E.
- 44. Petersdorf: Kleist-Retzow, S. 311 f. Leopold Gerlach: a. a. O. II, 729. Pinto an Hertefeld, 3. 9. 1859, 15. 9. 1859, 1. 11. 1859, 29. 11. 1859, 15. 12. 1859. Entwurf eines Kaufvertrages zwischen Wagener und Hertefeld 20. 9. 59. H.A.E. Näheres über die Art der endgültigen Regelung dieses ganzen Geschäftes war aus den mir zugänglichen Quellen nicht zu ersehen.
  - 45. Pinto an Hertefeld, 20. 12. 1860, 30. 12. 1860. H.A.E.
  - 46. Peguilhen an Hertefeld, 8. 10. 59. H.A.E.
  - 47. B.R. 20, 102 ff., 107 ff., 156 ff., 211 ff. B.R. 21, 347 ff.
  - 48. B.R. 21, 272.
- 49. Eine zusammenfassende Darstellung über Bruno Bauer gibt es nicht. Die kurzen Abrisse in den Nachschlagewerken sind nur sehr dürftig. Vgl. A.D.B. 46, 236 f. Real-Enzyklopädie für protestantische Kirche und Theologie. III. Aufl. 2, 444 ff. Religion in Geschichte und Gegenwart, II. Aufl. 1, 796 f. Ausführlicher Nachruf von E. Schläger: Bruno Bauer und seine Werke. Schweitzers Internationale Monatsschrift, 1882, Bd. 1, 377 ff. H. Holtzmann: Protestantische Kirchenzeitung für Deutschland 1882, S. 540—545.
  - 50. Fontane: a. a. O. S. 330.
- 51. Bruno Bauer an Arnold Ruge 27. 2. 1878. Paul Nerrlich: Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter, Bd. II, 406.
- 52. Vgl. Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie I, S. 249, 147 ff. G. Mayer: Friedrich Engels I, bes. das Kapitel 4, S. 58 ff.
  - 53. Mayer: a. a. O. I, 239 ff.
  - 54. Bruno Bauer: Rußland und das Germanentum 1853, bes. S. 82 ff.
- 55. Marx an Engels, 19. 12. 1855, 18. 1. 1856, 12. 2. 1857. Briefwechsel, Bd. II. S. 82 f., 85 f., 92.
- 56. Marx an Engels, 10. 1. 1857. Ebenda 2, 137 f. Marx an Engels, 16. 3. 1859. Ebenda 2, 312 f. E. Schläger: a. a. O. Bd. 1, 396.
- 57. Bruno Bauer: Das Judentum in der Fremde. Berlin 1863. Separatabdruck aus dem Staatslexikon. Die Vorarbeiten dazu B.R. Bd. 22 und 23 in

zahlreichen Artikeln. Die antisemitische Tendenz hat die B.R. bis zum Schluß beibehalten. Vgl. B.R. 29, 369 ff., 401 ff.; 31, 7, 87 ff.; 32, 39 ff.; 33, 329; 34, 547; 37, 35, 338; 39, 340 ff.; 45, 257 ff.; 49, 27, 61, 151; 63, 170 ff.; 64, 408; 73, 418.

58. Bruno Bauer: Freimaurer, Jesuiten, Illuminaten. Berlin 1863. Erweiterter Abdruck aus B.R. Bd. 32 u. 33.

59. Wagener an Hertefeld, 31. 7. 1863. Außendem acta 372 H.A.E. Für die spätere Zeit vgl. R. Meyer: Briefe S. 510.

60. Bauer an Ruge, 27. 2. 1878. Nerrlich: a. a. O. II, 406.

61. Petersdorf: a. a. O. S. 312.

62. Erklärung Keipps vom 15. 4. 1861. Heinicke an Hertefeld, 18. 4. 1861. H.A.E.

63. Preußisches Volksblatt, 24, 28. 7. 1859; 25, 29. 7. 1859; 26, 30. 7. 1859; 28, 2. 8. 1859; 32, 5. 8. 1859; 36, 11. 8. 1859.

Berichte s. Preußisches Volksblatt 200, 26. 8. 1860, 202 ff., 29. 8.
 1860 ff.

65. N.P.Z. 206, 28. 8. 1860; vgl. seine Charakteristik Wagener: Erlebtes I, 21.

66. Von Stolberg und Blanckenburg sagt Wagener: "Unter allen Parteigenossen sind Sie und Blanckenburg diejenigen, die ich am meisten liebe und verehre", zu Stolberg. Brief v. 12. 11. 1861. Nachlaß Stolberg.

67. Vgl. dazu den Eindruck, den Karl Marx, der 1861 eine Reise nach Deutschland gemacht hat und Engels von seinen Eindrücken berichtet, von den preußischen Parlamentariern hat. Er nennt sie eine Versammlung von biederen Spießbürgern. Die einzigen Ausnahmen bilden Waldeck, Wagener und Blanckenburg. "Die einzig wenigstens anständig aussehenden Figuren in diesem Pygmäenstall sind Waldeck auf der einen Seite, auf der anderen Wagener und Don Quichote von Blanckenburg." Briefwechsel Bd. 3, 19.

68. Vgl. dazu Hugo Müller: Der Preußische Volksverein. 1914. Diss. Greifswald.

69. Müller: a. a. O. S. 30.

70. Müller: a. a. O. S. 46 f. Wagener: Erlebtes. Nachtrag, S. 42 f. Leo an Wagener, 13. 9. 1861. Dieser Brief bringt die Stimmung der Handwerker sehr gut zum Ausdruck. v. Klützow an Eberhard Stolberg, 19. 11. 1861. Nachl. Stolberg.

Brauchitsch an Stolberg, 22. 11. 1861. v. Lüttwitz an Stolberg, 19.
 11. 1861, 21. 11. 1861. Besser an Stolberg, 24. 11. 1861. Nachl. Stolberg.

72. Müller: a. a. O. S. 42 f., 67, 80.

73. Wagener an Stolberg, 31. 10. 1861, 12. 11. 1861. Wagener an unbekannten Empfänger, 12. 11. 1861. Klützow an Stolberg, 12. 11. 1861. Blanckenburg an Stolberg, 19. 11. 1861: "... Es kann wohl niemandem wie uns so klar sein, welche Verdienste Wagener um unsere Partei gerade im jetzigen Stadium gehabt hat und daß es fast unglaublich ist, daß aus dem Volksverein irgendetwas vernünftiges werden kann, wenn es sich zurückzieht ...." Nachlaß Stolberg.

- 74. Vertrag zwischen Wagener und Hertefeld. H.A.E.
- 75. B.R. 36, 176.
- 76. B.R. 27, 432.
- 77. B.R. 28, 69 f., 105 ff., 150 ff.; 29, 94 ff., 143 f., 189 ff., 272, 492 f.; 30, 343.
  - 78. B.R. 28, 439 ff.; 29, 1 ff., 10 ff., 49 ff., 93 ff., 491 ff.; 30, 405 ff.

# § 2. Das soziale Programm.

### A. Die soziale Frage als Handwerkerfrage.

- 1. Wagener: Staats- und Gesellschaftslexikon I, 9, 358 ff.; 5, 54 ff.; 8, 132 ff.
  - 2. Sten. Ber. Abgh. 1858 I, 87 ff.; 1860 I, 484 ff.
- 3. Ich stütze mich bei der folgenden Darstellung auf das Volksblatt, welches für einige Zeit die spezielle Bearbeitung der sozialen Frage übernimmt, während die Revue eine mehr allgemeine literarische Wochenschrift wird.
  - 4. Wagener: Was wir wollen. I, 15. Sten. Ber. Abgh. 1861 II, 1003.
- 5. Wagener: Staatslexikon I, 377 ff. Artikel: Adel, Theorie und Reform. B.R. 21, 261.
- 6. Wagener: Was wir wollen. I, 21; II, 23. B.R. 21, 497 ff. Preußisches Volksblatt 52, 1. 3. 1860. N.P.Z. 225, 27. 9. 1859. Inserat der Berliner Revue.
  - 7. N.P.Z. 228, 29. 9. 1861. Beilage.
- 8. Hierzu: Karl V. Herberger: Die Stellung der preußischen Konservativen zur sozialen Fragé, 1848—1862, S. 1 ff. Schmoller: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe, 1870.
- 9. Schmoller: a. a. O. S. 83 ff. Bergengrün: Staatsminister v. d. Heydt, S. 204 ff.
- 10. B.R. 24, 259 ff., 408; Preußisches Volksblatt 26, 30. 7. 1859; 31, 5. 8. 1859; 10, 3. 11. 1859; 90, 17. 4. 1860; 203, 30. 8. 1860. N.P.Z. 101, 29. 4. 1860; 105, 7. 5. 1861; 146, 26. 6. 1861.
- 11. B.R. 23, 21 f.; 24, 213 ff., 260 ff., 334 ff.; Preußisches Volksblatt 52, 1. 3. 1860; 90, 17. 4. 1860.
  - 12. abgedruckt: Müller: a. a. O. S. 25. Salomon: a. a. O. 4. Aufl. I, 110 f.
  - 13. Salomon: a. a. O. 4. Aufl. I, 111. Bismarck an Below, 18. 9. 1861.
- 14. B.R. 16, 303 ff.; 22, 509 ff.; 23, 21 ff.; 24, 172 ff., 407 ff. Pr. Volksblatt 26, 30. 7. 1859; 198, 24. 8. 1860; 22, 26. 1. 1861; 105, 7. 5. 1861.
  - 15. P.V. 9, 11. 1. 1862. Vgl. Sten. Ber. Abgh. 1862 II, 1009 ff.
  - 16. B.R. 22, 41 ff., 85 ff. P.V. 49, 26. 8. 1859; 139, 13. 9. 1859.
- 17. Wagener: Was wir wollen. I, 16. B.R. 15, 134 f.; 20, 219. Sten. Ber. Abgh. 1861 II, 1008.
- 18. P.V. 198, 24, 8, 1860; 22, 26, 1, 1861 Beilage; 26, 31, 1, 1861. Sten. Ber. Abgh. 1861, II, 1009.
  - 19. B.R. 24, 446 f.; P.V. 198, 24. 8. 1860; 205, 1. 9. 1860.
- 20. P.V. 66, 15. 9. 59; 74, 24. 9. 59. Blanckenburg bei der Gründung des Volksvereins N.P.Z. 228, 29. 9. 1861 Beilage.

- 21. Vgl. Wagener: Staatslexikon 8, 328 f.
- 22. B.R. 15, 136.
- 23. Wagener: Staatslexikon 8, 325; vgl. B.R. 19, 173 f.
- Sten. Ber. Abgh. 1861 II, 1109, 1137 f. Wagener: Was wir wollen.
  I, 16 f. Staatslexikon 8, 19 ff.
  - 25. B.R. 15, 471.
- 26. B.R. 15, 427 ff., 467 ff., 511 ff.; 17, 541; 22, 132 ff.; P.V. 131, 8. 6. 1861; 66, 19. 3. 1862. Sten. Ber. Abgh. 1861 II, 1109.
  - 27. Wagener: Staatslexikon 8, 201.
- 28. B.R. 13, 394 ff.; 20, 219; P.V. 54, 1. 9. 1859; 31, 5. 2. 1860. Wagener: Staatslexikon 8, 338. Sten. Ber. Abgh. 1861 II, 1104. N.P.Z. 66, 19. 3. 1862. Panse im Volksverein.
- 29. B.R. 16, 303 ff.; P.V. 74, 24. 9. 1859; 75, 25. 9. 1859; 80, 1. 10. 1859; 206, 2. 9. 1860.
- 30. N.P.Z. 224, 25. 9. 1861, Beilage. Wagener: Nach dem Bericht über die Gründung des Volksvereins.
- 31. Wagener: Was wir wollen. I, 13 f. Staatslexikon 8, 203 f. P.V. 26, 30. 7. 1859; 54, 1. 9. 1859; 22, 26. 1. 1861; 24, 29. 1. 1861. N.P.Z. 228, 29. 9. 1861. Blanckenburg im Volksverein. B.R. 22, 129 f.; 27, 255.
  - 32. Bergengrün: a. a. O. S. 207 f.
- 33. P.V. 49—51, 26.—28. 8. 1859; 54, 1. 9. 59; 206, 2. 9. 60; 22, 26. 1. 61 Beilage.
- 34. P.V. 120, 17. 11. 59; 121, 18. 11. 59; 123, 20. 11. 59; 131, 30. 11. 59; B.R. 31, 353 ff.
  - 35. B.R. 23, 22.
  - 36. B.R. 2, 177 ff., 257 ff., 418 ff., 457; 20, 495 ff.; 28, 375 f.
  - 37. B.R. 26, 41.
  - 38. B.R. 21, 297 ff., 337 ff., 497 ff.; 24, 160 ff.; 27, 358 ff., 393 ff.
  - 39. B.R. 26, 73, 105 ff., 140 ff.; 31, 225 ff., 230; 28, 373.
  - 40. Wagener: Was wir wollen. I, 14; vgl. B.R. 19, 477.
- 41. B.R. 13, 383; 16, 139; 20, 283 ff., 455 f.; 24, 340 ff.; 25, 437; 30, 406. P.V. 22, 26. 1. 61 Beilage. N.P.Z. 224, 25. 9. 61 Beilage.
- 42. Wagener: Was wir wollen. l, 14. B.R. 29, 95, 163 ff., 258 f.; 30, 373 f.
- 43. B.R. 14, 133; 24, 344. P.V. 68, 21. 3. 62; 90, 16. 4. 62; 111, 13. 5. 62; N.P.Z. 228, 29. 9. 61 (Blanckenburg im Volksverein).
  - 44. Wagener: Staatslexikon 3, 383.
  - 45. Wagener: Staatslexikon 2, 486; 8, 339.
  - 46. Leopold Gerlach: Denkwürdigkeiten II, 752 f.
  - 47. N.P.Z. 47, 25. 2. 1858.
- 48. Ebenda 212, 11. 9. 1858; 270, 19. 1. 1858; 23, 28. 1. 59; 24, 29. 1. 59; 227, 29. 9. 1859; 180, 3. 8. 1860.
  - 49. Ebenda 158, 10. 7. 1862 Beilage.
  - 50. Sten. Ber. Abgh. 1861 II, S. 1139.
  - 51. N.P.Z. 13. 7. 1861.

## B. Die soziale Frage als Arbeiterfrage.

- 1. Sten. Ber. Abgh. 1865, S. 129 ff.
- 2. N.P.Z. 30, 5. 2. 1863 Beilage.
- 3. B.R. 32, 197 ff.; 33, 478; Wagener im Volksverein. N.P.Z. 30, 5. 2. 1863; N.P.Z. 148, 28. 6. 1863. In der Versammlung der vereinigten konservativen Fraktionen 6. 6. 1863. N.P.Z. 129. Wagener: Entwurf zu einem Programm, 1. 3. 64, S. 1, 8 ff. Als Manuskript gedruckt. Nachlaß Hertefeld. H.A.E.
  - 4. B.R. 32, 321, 350, 397 f.
  - 5. B.R. 32, 351.
  - 6. B.R. 32, 237; 33, 331.
  - 7. N.P.Z. 129, 6. 6. 1863.
  - 8. B.R. 33, 330; vgl. auch Glaser: Die Erhebung .... S. 15.
- 9. Wagener: Denkschrift S. 3; vgl. Poschinger: Bismarck als Volkswirt I, 31. Danach ist Dühring der Verfasser dieser für Bismarck bestimmten Denkschrift, die dann von Wagener mit Bismarcks Zustimmung veröffentlicht worden ist:
  - 10. Glaser: Enhebung S. 49 f., S. 55.
  - 11. Glasers Jbb., Bd. 1, 452, Aufsatz von Lavergne-Peguilhen.
  - 12. B.R. 33, 328 ff.
  - 13. B.R. 32, 396 ff.
  - 14. B.R. 39, 143 ff.
  - 15. Glaser: Erhebung S. 62, 76.
  - 16. Glaser: Erhebung S. 32 ff.
- 17. B.R. 32, 299, 449; 39, 141, 173. Vgl. Blanckenburg im Abgeordnetenhause 14, 2, 1865. Sten. Ber. 1865, S. 170 f.
- 18. B.R. 32, 484. Vergl. damit die Anschauung, die nur in der sittlichen Hebung des Arbeiters die Lösung der sozialen Frage erblickt. So sagt z. B. Prof. Cassel 1863 in einer Versammlung des christlich-konservativen Vereines zu Berlin: "Es gibt nur eine soziale Frage, das ist die christliche" (N.P.Z. 265, 13. 11. 1863), an einer solchen Äußerung offenbart sich die Spannung, die innerhalb der konservativen Partei über diesen Punkt besteht.
- 19. B.R. 34, 153. Glaser: Erhebung ... S. 4 ff. Glaser: Über die Lage der arbeitenden Klassen 1863, S. 31. Bereits 1861 als Vortrag gehalten. S. 3, Anm. Das, was man Pauperismus nennt, ist ein abnormer Gesellschaftszustand, ist eine soziale Krankheit ... eine Krankheit am Gesellschaftskörper, von der zwar die arbeitenden Klassen härter heimgesucht werden als die übrigen, an der aber alle leiden. Es ist daher das gleiche Interesse aller Klassen der Gesellschaft, die Abstellung des Übels herbeizuführen. Wagener: N.P.Z. 129, 6. 6. 63.
  - 20. B.R. 30, 416; 39, 140; 34, 258.
- 21. Wagener: Denkschrift S. 44 ff. Hier tritt er auch für die Erhaltung eines gesunden Binnenmarktes neben der weltwirtschaftlichen Expansion ein.
  - 22. Ebenda S. 56 f.
  - 23. Glaser: a. a. O. S. 80.

- 24. Vgl. dazu Rudolf Wessel, Artikel Koalition und Koalitionsverbote H.W.d.St., Bd. 5, S. 734 ff.
  - 25. Wagener: Denkschrift S. 36.
  - 26. Wagener: Denkschrift S. 36 ff., 52.
- 27. Sten. Ber. Abgh. 1865, S. 129 ff. Wagener im Volksverein. N.P.Z. 129, 5. 6. 64 Beilage; außerdem die Kreuzzeitung vor den Verhandlungen im Abgh., die Artikel 35, 10. 2. 65; 36, 11. 2. 65, die anscheinend von Wagener stammen und 40, 16. 2. 65; 42, 18. 2. 65, die die Zufriedenheit mit dem Verlauf der Parlamentsverhandlung vom 12.—15. 2. 65 ausdrücken. Glasers Jbb. 1865, Bd. 4, 241 ff. Staatslexikon 20 (1865) S. 109 ff. Artikel Strike.
- 28. B.R. 32, 401; 33, 333. Programm Wageners 1. 3. 64. Nachlaß Hertefeld H.A.E. Hier vertritt Glaser allerdings eine andere Ansicht. Die Korporation lehnt er als veraltet und nicht mehr zeitgemäß ab. Für die modernen Verhältnisse ist sie nach seiner Meinung nicht mehr zureichend. Die ungeheure Erweiterung der Wirtschaftsräume läßt das Fortbestehen solcher einer anderen wirtschaftlichen Verfassung entstammenden Organisationsform nicht mehr zu. (Erhebung S. 56 ff.)
  - 29. B.R. 34, 25.
- .30. N.P.Z. 251, 26. 10. 64 Beilage; 260, 5. 11. 64. Berichte vom märkischen Handwerkertage.
  - 31. Müller: a, a, O, S, 87, 117; vgl. B.R. 34, 257; 44, 322 ff.
  - 32. B.R. 32, 48 f. Wagener: Denkschrift S. 35.
  - 33. B.R. 33, 113.
  - 34. Wagener: Denkschrift S. 51, 54.
  - 35. Sten. Ber. Abgh. 1865, S. 131 f.
- 36. B.R. 30, 346 ff., 557 ff.; 31, 8 ff., 55 ff. Wagener benutzte die Übersetzung von F. A. Wille-Zürich 1862, die ich ebenfalls heranziehe.
  - 37. Mill: a. a. O. S. 99.
  - 38. Vgl. Mill: a. a. O., besonders Kapitel 7 und 8, S. 85 ff.
  - 39. B.R. 31, 58 f.
  - 40. L. Pastor, August Reichensperger I, 452.
  - 41. N.P.Z. 257, 2, 11, 62 Beilage.
- 42. Vgl. Mill: a. a. O. S. 108 f. "Wenn er genötigt wird, zu zahlen, wenn er genötigt werden kann, ins Feld zu ziehen, wenn er in die Pflicht des Gehorsams mit einbegriffen ist, so soll er auch gesetzlich berechtigt sein, daß man ihm sage, wofür, ihn um seine Bestimmung frage und seine Meinung, soviel sie wert ist, berücksichtige, wenn auch nicht mehr, als sie wert ist. Es soll keine Parias in einer reifen und gebildeten Nation geben, keine Personen unvollberechtigt sein, außer durch eigene Schuld".
  - 43. Wagener: Staatslexikon 19, 596 f., 669 ff.; 21, 642.
  - 44. B.R. 34, 74.
- 45. Ritter: a. a. O. S. 118. Sicher zu weit geht aber Bandmann: Die deutsche Presse und die Entwicklung der deutschen Frage 1864—66, der die Revue das enfant terrible der Partei nennt; denn sie plaudere die intimsten Herzensgeheimnisse aus (S. 183). Es handelt sich hier vielmehr um die An-

schauungen einer bestimmten Richtung, die nicht mit der Partei zu identifizieren ist.

- 46. Denkschrift von Below-Hohendorf vom 19. 10. 1864 zur Vorstandssitzung des preußischen Volksvereins am 27. 10. 1864. Abschrift im Nachlaß Stolberg. Zur Haltung des Volksvereins vgl. Müller a. a. O. S. 107 ff.
  - 47. Nachlaß Hertefeld H.A.E.
- 48. B.R. 40, 355 ff.; 41, 99, 193 ff.; 43, 129 ff., 225 ff.; 44, 154, 260, 292 f., 322; 45, 169 ff.
  - 49. B.R. 42, 129 f.; 43, 132.
  - 50. B.R. 45, 145, 210 f.
  - 51. Denkschrift Wageners vom 1. 3. 64. H.A.E.
  - 52. B.R. 35, 1 ff.
  - 53. B.R. 36, 212; 37, 47; 44, 77.
  - 54. B.R. 37, 77.
  - 55. Wagener: Erlebtes II, 17.
  - 56. Poschinger: Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik I, 12 f.
  - 57. Ebenda I, 60 ff.
- 58. Ebenda I, 80 f.; vgl. auch das folgende Stück Nr. 51, S. 81 f., in dem die Schultzeschen Genossenschaftsprinzipien abgelehnt werden.
  - 59. Poschinger: a. a. O. S. 82 f., Nr. 52; S. 90 f., Nr. 55.
  - 60. Ebenda I, 20 ff., Nr. 10-12, 14, 18, 28.
- 61. Ebenda I, 62 ff. Besser und ausführlicher bei Rothfels: Otto v. Bismarck, Deutscher Staat, S. 353 ff.
  - 62. Poschinger: a. a. O. I, 10 f., Nr. 4; I, 64, Nr. 36.
  - 63. G. Mayer: Bismarck und Lassalle, S. 35 f.
  - 64. Mayer: a. a. O. S. 38 f.
  - 65. Rothfels: Theodor Lohmann, S. 63 f.
  - 66. Rothfels: Otto v. Bismarck, S. 349 f.
  - 67. Roon: Denkwürdigkeiten II, 400.
- 68. N.P.Z. 251, 1863; 43, 1864. Besonders nach dem 1. 4. 1864, als die Berliner Revue in den Alleinbesitz Wageners übergegangen war, wird diese Zusammenarbeit deutlich.
  - 69. N.P.Z. 283, 1863. B.R. 36, 233; 39, 119.
  - 70. B.R. 36, 233; 39, 119.
  - 71. Ritter: Altersbriefe Gerlachs. Deutsche Revue 1911 I, 365.
- 72. N.P.Z. 80, 5. 4. 1865 Beilage. "Wieviele konservative Herren mit schönklingenden adligen Namen und Titeln konservieren nicht das Dreifelder-System? Sie treiben rationelle Landwirtschaft, dreschen mit Dampf und fabrizieren Spiritus oder Zucker ...."
  - 73. Max Hesse: Die politische Haltung von Gerlachs, S. 28.
- 74. Georg Lüttke: Die politischen Anschauungen des Generals und Präsidenten Gerlachs, S. 26 ff. Hier sind vor allem die Belege für die erste Zeit nach 1848 beigebracht.
- 75. Ingwer Paulsen: Huber S. 145 ff.; S. 149 unterläuft ihm bei der Schilderung der Sozialpolitik Wageners ein Mißverständnis. Wagener ver-

langt nicht eine feste Bindung des Arbeiters an den Fabrikherrn entsprechend den ländlichen Arbeitsverhältnissen (er beruft sich auf die B.R. 32, 202), sondern wie sich aus dem sonstigen Zusammenhang der Wagenerschen Gedanken ergibt, ist hier gemeint, daß entsprechend dem Vorgehen 1807 bei der Bauernbefreiung dieselben Grundsätze auf die Fabrikarbeiter anzuwenden sind.

76. B.R. 34, 75, 151. Mit Recht stellt Ingwer Paulsen fest, daß die Konservativen in Huber "immer nur Schultze-Delitzsch bekämpft haben".

Paulsen: a. a. O. S. 151.

77. B.R. 28, 310 ff.; 34, 72, 119.

78. Glaser: Die Erhebung S. 13 f.

79. Ebenda S. 37 f.

80. Glaser: a. a. O. S. 38.

81. Ebenda S. 88 ff.

82ª. Glaser: a. a. O. S. 96 ff.

82. Glaser: a. a. O. S. 96 ff.

83. Ebenda S. 57 ff.

84. Glaser: a. a. O. S. 103.

85. Sten. Ber. Abgh. 1865, S. 192.

86. Otto Jöhlinger: Bismarck und Prof. Glaser, Tägl. Rundschau, Nr. 56 f. 8.—9. 3. 1921. Deutsche Revue 1900, Bd. I, 45. Eulenburg an Bismarck, 3. 7. 1865.

87. Wagener: Denkschrift S. 5.

88. Ebenda S. 8, 11 f.

89. Ebenda S. 19 f. Glaser: Erhebung S. 25 ff., 35 f.

90. B.R. 34, 72 ff., 113 ff., 253 ff. Wagener: Denkschrift S. 13 ff., 19 ff., 28.

91. B.R. 37, 149 ff.

92. B.R. 31, 231 f.; 32, 396 f., 484; 34, 511 f.

93, Glasers Jahrbücher 4, 65.

94. B.R. 33, 472.

95. B.R. 33, 25 ff., 110 ff., 330 ff.; 32, 448 ff.

96. B.R. 33, 32.

97. B.R. 33, 110 ff.

98. B.R. 32, 71, 154; 33, 331, 472.

99. B.R. 38, 330 ff.

100. N.P.Z. 1863, Nr. 88, 93, 121, 274, 286, 295, 302, 303, 208, 225, 228, 257.

101. N.P.Z. 105, 7.5. 1863; 109, 12. 5. 63: "Wir wünschen der Lassalleschen Lehre keinen Sieg, aber gestehen müssen wir doch, daß die demokratischen Fortschrittsmänner ihr gegenüber in einen Widerspruch geraten sind, der dem Arbeiter bedenklich vorkommen muß."

102. N.P.Z. 1863, Nr. 100 u. 101.

103. N.P.Z. 45, 23. 2. 64; 101, 1. 5. 64 Beilage; 106, 8. 5. 64 Beilage; 123, 29. 5. 64 Beilage.

104. N.P.Z. 141, 19. 7. 64 Beilage. Die Erwiderung ist 2½ Spalten lang, kleinster Druck.

105. Hermann Oncken: Lassalle, 4. Aufl., S. 435 ff.

# § 3. Der Einfluß auf die allgemeine Politik.

- 1. N.P.Z. 126, 3. 6. 1866.
- 2. abgedruckt N.P.Z. 131, 9. 6. 1866.
- 3. B.R. 44, 70 ff.; vgl. N.P.Z. 306, 31. 12. 1865.
- 4. Deutsche Revue 1911, Bd. I, 213. Gerlach an Thadden 13. 12. 1866; vgl. Jedele: a. a. O. S. 25. J. faßt diese Art Gerlachs dahin zusammen: "Die Politik Gerlachs ist nur eine konkrete Anwendung seiner Religion, seine kirchenpolitischen Anschauungen sind identisch mit den Grundgedanken seiner staatspolitischen Anschauungen", vgl. S. 21, S. 45 f.
- N.P.Z. 109, 13. 5. 1866. Vgl. Volksblatt f
  ür Stadt und Land 45, 6. 6. 1866, Sp. 718.
  - 6. Grundzüge konservativer Politik, 2. Aufl., S. 7.
  - 7. Ebenda S. 5.
  - 8. Deutsche Revue 1911, Bd. 2, 7 f. Grundzüge kons. Pol. 2. Aufl., S. 7 f.
  - 9. B.R. 53, 412 ff.
- 10. Wagener: Staatslexikon 12, 107 ff. Artikel Legitimität. Hoffmann: Deutschland einst und jetzt, S. 360 u. 365.
  - 11. Grundzüge kons. Pol., 2. Aufl., S. 9. N.A.V. 255, 4. 10. 1866.
  - 12. B.R. 53, 417.
  - 13. Volksblatt für Stadt und Land, 72, 8. 9. 1866, Sp. 1041.
  - 14. Grundzüge kons. Pol., 2. Aufl., S. 10.
  - 15. Volksblatt, 49, 20. 6. 1866, Sp. 770 ff. N.P.Z. 177, 1866.
- 16. Sten. Ber. Abgh. 1866, S. 133. Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 1867, S. 120.
  - 17. Grundzüge kons. Pol. 2. Aufl., S. 55, 87. B.R. 46, 57.
- 18. N.P.Z. 232, 5. 10. 1866. Von einem Grafen B. Gr. R. wurden in der Kreuzzeitung öfter Artikel abgedruckt, die eine Macht- und Realpolitik verteidigten.
- N.P.Z. 288, 9. 12. 1866. Volksblatt f
   ür Stadt und Land 63, 8. 8. 1866,
  Sp. 995. Glasers Jahrb
   ücher, Bd. 6, 1 und 288.
  - 20. Glasers Jbb., Bd. 6 (1866) S. 279.
  - 21. Glasers Jbb., Bd. 6 (1866) S. 101.
- 22. Ludwig Gerlach: a. a. O. 2, 294. Evangelische Kirchenzeitung 1867, Sp. 20 ff.
  - 22°. Allg. kons. Monatsschrift 1894, S. 1017. Leo an Gerlach, 11. 5. 1862.
- 23. Allgemeine kons. Monatsschrift 1894, S. 1017. Leo an Gerlach, 23. 3. 1861.
  - 24. Ebenda, Leo an Gerlach, 11. 5. 1862.
  - 25. Ebenda S. 1011 ff. Leo an Gerlach, 2. 10. 1866.
- 26. Allgemeine konservative Monatsschrift 1894, S. 1121. Leo an Gerlach, 6. 11. 1867.
- 27. Ebenda S. 1012. Leo an Gerlach, 2. 10. 1866. Ebenso in der N.P.Z. 56, 7. 3. 1867. "Die . . . . die Menschen fähig gemacht zu der Erkenntnis, daß die lebendige Persönlichkeit mehr wert ist als das knochentote Prinzip."

- 28. Volksblatt für Stadt und Land, Nr. 82, Nr. 86, 90, 1866. Die Karikatur des Heiligen in der Politik.
  - 29. Glasers Jahrbücher Bd. 6 (1866) S. 207.
- 30. N.P.Z. 232, 5. 10. 1866. Volksblatt für Stadt und Land 67, 22. 8. 1866, Sp. 1059 ff. (Man beruft sich dabei auf den Artikel Eroberungsrecht in Wageners Staatslexikon.)
  - 31. B. R. 46, 12.
  - 32. N.P.Z. 275, 24. 11. 1866; 53, 3. 3. 1867.
  - 33. N.P.Z. 192, 19. 8. 1866.
- 34. Volksblatt für Stadt und Land, 30, 14. 4. 1866; 36, 5. 5. 1866; 44, 2. 6. 1866.
- 35. N.P.Z. 83, 11. 4, 1866. Vgl. Briefwechsel Roon und Perthes. (Roon, Denkwürdigkeiten II, 412 ff., 433 f. Perthes an Roon 16. 4. 1866: "Die Forderung eines solchen Parlaments, wie der Antrag vom 9. 4. begehrt, ist das unumwundene, vor ganz Europa abgelegte reale Bekenntnis zu dem Grundprinzip der Revolution." Hesse: a. a. O. S. 53 f.
- 36. Sten. Ber. Abgh. 1866, I, 285. Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 1867, S. 140.
- 37. N.P.Z. 14., 15., 18. und 27. April 1866 und Norddeutsche Allgemeine Zeitung 13.—15., 17., 21. und 24. April 1866. Die Kreuzzeitungsartikel werden allgemein Wagener zugeschrieben. (Vgl. Ritter: a. a. O. S. 141.) Bei der großen stilistischen und inhaltlichen Ähnlichkeit müssen die Aufsätze in der Norddeutschen von demselben Verfasser stammen.
  - 38. N.A.V. 83, 11. 4. 1866; 89, 18. 4. 1866.
  - 39. N.A.V. 106, 9. 5. 1866.
- 40. Sten. Ber. Abgh. 1866, I, 332. Rede Blanckenburgs. Vgl. Roon: a. a. O. II, 490 f. Perthes an Roon. Briefe vom 2. und 13. September 1866. Am 2. September spricht er von den Opfern, die die Regierung dem Baal gebracht hat und in Zukunft wird bringen müssen und am 13. "trotz alledem kann die Regierung nicht anders, als den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen..."
  - 41. Volksblatt für Stadt und Land 67, 22. 8. 1866, Sp. 1063 f.
- 42. N.P.Z. 89, 18. 4. 1866; 107, 10. 5. 1866. Sten. Ber. Abgh. 1866, I, 286. Der Abgeordnete Strosser sagte: "man bedenke doch, daß bei uns selbst kein irgendwelcher Versuch, selbst als die konservative Partei jahrelang die ungeheure Majorität in beiden Häusern hatte, Hand an das Wahlgesetz zu legen, gemacht worden ist."
- 43. Sten. Ber. Herrenhaus 1866, S. 101. Allerdings führte seine grundsätzliche Ablehnung dazu, daß er in dieser Zeit mit Moritz Blanckenburg etwas auseinanderkam. Petersdorf: a. a. O. S. 389.
  - 44. Sten. Ber. Abgh. 1866, I, 286.
  - 45. Sten. Ber. Herrenhaus 1866, S. 105.
- 46. N.A.V. 49, 28. 2. 1866; 83, 11. 4. 1866. B.R. 45, 87 f.; 47, 389; 48, 80.
  - 47. Glasers Jahrbücher 5, 390 f.
- 48. Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, Bd. 39 (1927) S. 258 f.

- 49. N.P.Z. 89, 18. 4. 1866; 90, 19. 4. 1866. N.A.V. 140, 19. 6. 1866; 184, 5. 8. 1866 Beilage.
  - 50. N.A.V. 218, 13. 9. 1866.
- 51. Sten. Ber. Herrenhaus 1866, S. 97 Berichterstatter Dr. Ellvanger. S. 98 Graf Rittberg. S. 103 v. Brüneck-Jacobau.
  - 52. Ebenda S. 106.
  - 53. Ritter: a. a. O. S. 222.
  - 54. N.P.Z. 44, 21. 2. 1867; 130, 6. 6. 1867; 146, 26. 6. 1867.
  - 55. Sten. Ber. Nordd. Reichstag 1867, S. 140.
  - 56. Sten. Ber. Abgh. 1866, S. 332 ff.
- 57. N.A.V. 45, 22. 6. 1867; 29, 3. 2. 1867; 58, 8. 6. 1867 (eingesandt); 120, 23. 5. 1867.
  - 58. G. Mayer: Bismarck und Lassalle S. 28.
  - 59. Mayer: a. a. O. S. 38 f.
  - 60. Ebenda S. 39.
  - 61. Sten. Ber. Herrenhaus 1866, S. 101.
- 62. Sten. Ber. Abgh. 1866, S. 300; vgl. auch Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 11. 3. 67, S. 141. Volksblatt für Stadt und Land 36, 5. 5. 66, Sp. 563 f.
  - 63. Volksblatt für Stadt und Land 90, 10. 11. 1866, Sp. 1430 f.
  - 64. Salomon: a. a. O. 4. Aufl. I, 141 ff.
  - 65. Ritter: a. a. O. S. 244 f.

### Drittes Kapitel. Neue Aufgaben. 1867-1875.

### § 1. Die Agrarpolitik.

- 1. Ritter: a. a. O. S. 271 ff.
- 2. Ritter: a. a. O. S. 294.
- 3. Müller: a. a. O. S. 87 f.
- 4. Roon: Denkwürdigkeiten III, 68. Blanckenburg an Roon 16. 2. 1868. B.R. 52, 193.
  - 5. B.R. 52, 194.
  - 6. B.R. 53, 420.
  - 7. B.R. 52, 387.
  - 8. Roon: a. a. O. III, 68 ff.
  - 9. Roon: a. a. O. III, 71 ff.
  - 10. Roon: a. a. O. III, 82.
  - 11. Sten. Ber. Abgh. 1869, S. 137.
  - 12. Ebenda S. 633.
- 13. N.A.V. 264, 10. 11. 1868. Im Berliner Wahlverein der Konservativen werden nach einem Vortrag von Dr. Koller als Petition an den preußischen Landtag alle die Forderungen beschlossen, die wir bei den Verhandlungen zur Gewerbeordnung kennen lernen.
  - 14. Zukunftspartei S. 21; ähnlich S. 7, 9.
  - 15. Ebenda S. 25.
  - 16. Meyer: Briefe, S. 5, Anm.

- 17. B.R. 60, 117.
- 18. B.R. 60, 150 ff.
- 19. Becker an Rodbertus, 21. 2. 1870. G.St.A. ,,... daß die Gedanken, denen des Ministerpräsidenten nahekommen, ist gewiß, doch leugnet er jede Inspiration".
  - 20. Ritter: a. a. O. S. 322 f.
- 21. B.R. 58, 24; 59, 160, 332, 381. N.A.V. 217, 16. 9. 1868. Glasers Jahrbücher Bd. 8 (1867) S. 262. Grundzüge kons. Pol., 2. Aufl., S. 151.
  - 22. v. d. Goltz: Geschichte der deutschen Landwirtschaft, II, 347 f.
  - 23. Ebenda II, S. 350.
  - 24. Ebenda II, S. 358.
  - 25. Verhandlungen 1868, S. 5.
  - 26. B.R. 64, 175.
  - 27. Verhandlungen 1868, S. 246.
  - 28. Verhandlungen 1868, S. 247.
  - 29. Ebenda 1868, S. 240.
  - 30. Ebenda 1868, S. 256.
  - 31. Ebenda 1870, S. 46. Niendorfs Zeitung, 46, 8. 6. 1870.
  - 32. Niendorfs Zeitung, 43, 28. 5. 1870.
  - 33. Verhandlungen 1868, S. 256.
  - 34. Landwirtschaftliches Centralblatt 1869, I, 95 f.
- 35. Verhandlungen 1869, S. 6 ff., 32 f. Landwirtschaftliches Centralblatt 1869, I, 241.
  - 36. Verhandlungen 1869, S. 17.
  - 37. B.R. 56, 250 ff., 297; 57, 47, 145 f., 175 ff.
- 38. Norddeutsche Landwirtschaftliche Zeitung 32, 21. 4. 69 (zitiert nach der B.R. 57, 177). Die Nordd. Landw. Zeitung ist nach der Auskunftsstelle der deutschen Bibliotheken nirgends vorhanden. Sie wird daher von mir nach der Berliner Revue und dem Landw. Centralblatt zitiert.
  - 39. B.R. 64, 181 f.
- 40. Landwirtschaftliches Centralblatt 1869, II, 234. Niendorfs Zeitung 6, 19. 1. 1870.
- 41. Niendorfs Zeitung 6, 19. 1. 1870; 17, 26. 2. 1870; 21, 12. 3. 1870; 22, 13. 3. 1870; 44, 1. 6. 1870; 92, 16. 11. 1870. D.L.Z. 73, 23. 9. 1871. Niendorf: Landbau und indirekte Steuern S. 11 f.
  - 42. Niendorfs Zeitung 101, 17, 12, 1870.
- 43. D.L.Z. 60, 8. 9. 1871; 61, 9. 9. 1871; 63, 13. 9. 1871; 64, 14. 9. 71; 137, 7. 12. 1871; 138, 8. 12. 1871.
  - 44.: Was wir wollen. 1873, S. 7.
  - 45. Niendorfs Zeitung 48, 15. 6. 1870.
- 46. Einen guten Überblick gibt das Landwirtschaftliche Centralblatt 1869, II, 222 ff.
  - 47. Landwirtschaftliches Centralblatt 1869, II, 230 ff.
  - 48. Niendorfs Zeitung 1, 1. 1. 1870.
  - 49. Niendorfs Zeitung 7, 22. 1. 1870; 10, 2. 2. 1870.

- 50. Landwirtschaftliches Centralblatt 1870, I, 28 ff., 279 ff.
- 51. Ebenda I, 286.
- 52. Ebenda S. 8.
- 53. Niendorfs Zeitung 10, 2. 2. 1870.
- 54. Landw. Centralblatt 1870, I, 302.
- 55. Niendorfs Zeitung 16, 23. 2. 1870.
- 56. Niendorfs Zeitung 47, 11. 6. 1870.
- 57. Niendorfs Zeitung 39, 14. 5. 1870. Berliner Revue 64, 411.
- 58. Niendorfs Zeitung 53, 2. 7. 1870; 92, 16. 11. 1870.
- 59. B.R. 59, 93.
- 60. B.R. 59, 90.
- 61. B.R. 58, 401; 59, 86, 124.
- 62. B.R. 59, 163; 57, 411; 59, 207, 311.
- 63. B.R. 58, 398.
- 64. B.R. 58, 398 u. 59, 162.
- 65. B.R. 51, 267; 57, 407 ff., 459 f.; 60, 75 ff.
- 66. B.R. 61, 54.
- 67. B.R. 56, 296 ff.; 60, 331; 61, 325; 63, 375.
- 68. B.R. 60, 265, 331, 349; 61, 129, 346.
- 69. B.R. 57, 145; 60, 267, 349; 61, 130.
- 70. B.R. 60, 349; 63, 358.
- 71. Meyer an Rodbertus 1, 11, 1870; 26, 4, 1871, G.St.A.
- 72. Meyer: Briefe S. 66. Rodbertus an Meyer 6, 4, 1871.
- 73. abgedruckt: Neue Briefe S. 243 ff.
- 74. Neue Briefe, S. 235. Rodbertus an Schumacher, 19. 1. 1871, S. 247; 2. 2. 1871, S. 138. Meyer: Briefe, S. 47. Rodbertus an Meyer, 12. 2. 1871. Neue Briefe, S. 144. Rodbertus an Schumacher, 13. 2. 1871.
  - 75. Neue Briefe, S. 145. Rodbertus an Schumacher, 19. 2. 1871.
- 76. Meyer: Briefe, S. 49. Rodbertus an Meyer, 19. 2. 1871. Neue Briefe, S. 146. Rodbertus an Schumacher, 23. 2. 71, S. 147. Ebenso 2. 3. 1871. Meyer Briefe, S. 54. Rodbertus an Meyer, 10. 3. 1871.
  - 77. Neue Briefe, S. 137.
  - 78. Meyer: Briefe, S. 47. B.R. 64, 247 ff.
  - 79. B.R. 64, 183, 245 ff.
  - 80. B.R. 66, 399.
  - 81. N.P.Z. 74, 28. 3. 1871.
- 82. Vgl. Meyer: Briefe, S. 81, Anm. Meyer an Rodbertus, 28. 2. 1871; 4. 3. 1871; 7. 3. 1871. G.St.A.
  - 83. Meyer: Briefe, S. 86, Anm., S. 82. Rodbertus an Meyer, 3. 7. 1871.
  - 84. Meyer an Rodbertus, 28. 2. 1871. G.St.A.
- 85. abgedruckt D.L.Z. 1, 1. 7. 1871. Unterzeichnet ist der Aufruf von Graf Solms-Baruth, v. Tresckow-Petersdorf, Schütz-Heinersdorf, Elsner v. Gronow, v. Knesebeck-Jühnsdorf, v. Knesebeck-Bütow, v. Diest-Daber, v. Below-Zaleske, v. Busse-Zschortau, Graf Solms-Lauterbach, Graf Arnim-Boitzenburg.

- 86. B.R. 65, 392.
- 87. B.R. 66, 145. Meyer: Hundert Jahre, S. 229. v. Tettenborn an Meyer, 12. 7. 1871.
  - 88. Meyer: Hundert Jahre, S. 230. Niendorf an Meyer, 26. 7. 1871.
  - 89. Niendorf an Schumacher, undatiert, Reichsarchiv.
  - 90. D.L.Z. 55, 2. 9. 71; 99, 24. 10. 71.
- 91. Meyer: Briefe, S. 74. Rodbertus an Meyer, 5. 5. 71. Ebenda S. 81, 3. 7. 71.
  - 92. Ebenda S. 85, 18. 7. 71; S. 92 ff., 18. 8. 71; S. 96, 27. 8. 71.
  - 93. Meyer: Hundert Jahre, S. 230 f. Blanckenburg an Meyer, 4. 8. 71.
  - 94. N.P.Z. 36, 12. 2. 1868.
- 95. N.P.Z. 15, 18. 1. 1868 Beilage; 40, 16. 2. 1868; 61, 12. 3. 1868; 63, 14. 3. 1868; 26, 31. 1. 1868; 67, 19. 3. 1868; 81, 5. 4. 1867.
  - 96. N.P.Z. 12, 14. 1. 1871.
  - 97. N.P.Z. 13, 15. 1. 1871; 14, 17. 1. 1871.
- 98. B.R. 64, 334; 65, 83; 88, 112, 115, 343; 66, 168; 98, 382 ff.; vgl. Meyer: Die Centrallandschaft. Meyer an Rodb., 26. 4. 71. G.St.A.
  - 99. Meyer: Soz. Pol. Flugblätter, S. 2, 9 f.
  - 100. Ebenda 2, 11; 3, 4.
  - 101. Meyer an Schumacher, 30. 7. 1871. Reichsarchiv.
  - 102. D.L.Z. 23. 9. 1873 (zitiert nach B.R. 75, 25 ff.).
  - 103. B.R. 75, 25 ff.
  - 104. B.R. 59, 309 f.
  - 105. B.R. 50, 282.
  - 106. B.R. 51, 83.
  - 107. B.R. 59, 308.
  - 108. B.R. 50, 250; 51, 54, 86 f.
  - 109. B.R. 50, 250. Glasers Jbb. Bd. 9, S. 34.
  - 110. B.R. 57, 181.
  - 111. B.R. 57, 183.
- 112. N.P.Z. 81, 7. 4. 1872; 85, 12. 4. 1872; 86, 13. 4. 1872; 88, 16. 4. 1872; 95, 24. 4. 1872; 102, 3. 5. 1872; 106, 8. 5. 1872 usw. Gerade im April und Mai 1872 häuft sich die Zahl der Eingesandts ungeheuer.
  - 113. N.P.Z. 162, 14. 7. 1872 Beilage; 153, 4. 7. 1872. B.R. 69, 204.
  - 114. B.R. 72, 25.
- 115. N.P.Z. 220, 20. 9. 1872. B.R. 69, 272, 302; 72, 56. Meyer: Die ländliche Arbeiterfrage S. 8 ff. Minnigerode: Artikel 20, S. 16 ff.
  - 116. B.R. 66, 263; 69, 227. Meyer: Die Landarbeiterfrage S. 20 ff.
  - 117. N.P.Z. Nr. 153, 4. 8. 1872,
- 118. N.P.Z. 93, 21. 4. 1872; 96, 26. 4. 1872; 113, 17. 5. 1872; 121, 28. 5. 1872.
  - 119. N.P.Z. 21, 25. 1. 1873; 45, 22. 2. 1873 Beilage.
  - 120. N.P.Z. 95, 24, 4, 1872.
  - 121. N.P.Z. 87, 14. 4. 1872; 172, 26. 8. 1872; 102, 3. 5. 1872.
  - 122. N.P.Z. 179, 3. 8. 1872; 203, 31. 8. 1872; 204, 1. 9. 1872 Beilage.

- 123. N.P.Z. 94, 23. 4. 1872; 106, 8. 5. 1872; 96, 26. 4. 1872; 98, 28. 4. 1872; 180, 4. 8. 1872.
  - 124. Rodbertus: Die Kreditnot, S. 183 ff.
- 125. B.R. 60, 295; 65, 16; 66, 235; 69, 209. Meyer an Schumacher, 26. 11. 1871. Reichsarchiv.
  - 126. B.R. 65, 18; 72, 25.
  - 127. Meyer an Schumacher, 10. 8. 1871. Reichsarchiv.
  - 128. B.R. 66, 402; 69, 302.
  - 129. Meyer: Emanzipationskampf, I, 400.
  - 130. Meyer: Emanzipationskampf, I, 398.
  - 131. Ebenda I, 399.
  - 132. Ebenda I, 397.
  - 133. B.R. 69, 205 f., 218. Rodbertus: Kreditnot. Vorwort Meyers, S. XXI.
  - 134. Meyer: Emanzipationskampf I, 397. B.R. 69, 201.
- 135. B.R. 66, 404 ff.; 69, 348. Rodbertus: Kreditnot. Vorwort Meyers S. XVII, XXII.
  - 136. B.R. 66, 405; 67, 271 ff.
- 137. Vgl. Die Rede Meyers auf dem 6. Kongreß deutscher Landwirte am 25. 2. 1875. Verhandlungen S. 166 f.
  - 138. B.R. 65, 16; 66, 212; 67, 273.
  - 139. Meyer: Landarbeiterfrage S. 51 ff.
  - 140. B.R. 65, 385; 66, 407 ff.; 67, 140 f.; 69, 270; 72, 91.
  - 141. B.R. 66, 261 ff., 402.
  - 142. B.R. 66, 328 ff.
- 143. Meyer: Briefe, S. 190. Rodbertus an Meyer, 21. 4. 1872, S. 194. Ebenso 2. Pfingsttag 1872. Neue Briefe, S. 215. Rodbertus an Schumacher, 24. Mai 1872.
  - 144. Gerhardt: Wichern III, 508 ff.
  - 145. Gerhardt: a. a. O. III, 523 ff.
  - 146. B.R. 69, 213 ff.
  - 147. v. d. Goltz: Verhandlungen, S. 85 ff.
- 148. v. d. Goltz: a. a. O. S. 80. N.P.Z. 140, 18. 6. 1873. Scheel: Unsere sozialpolitischen Parteien, S. 85.
  - 149. Neue Briefe, S. 215. Rodbertus an Schumacher, 31. 5. 1872.
  - 150. Meyer: Briefe, S. 195. Rodbertus an Meyer, 2. Pfingsttag 1872.
  - 151. Meyer: Hundert Jahre, S. 240 ff.
  - 152. Poschinger: Fürst Bismarck als Volkswirt, I, 69 f.

### § 2. Die Sozialpolitik.

- 1. B.R. 55 (1868) Volkswirtschaftliche Gespräche, u. Bd. 60 (1870) Soziales Recht und Privatrecht.
- 2. Die notwendigsten Daten über sein Leben: A.D.B. 53, 500 f.; vgl. Pesch: Lehrbuch der Nationalökonomie, Bd. 1, 424 ff.
  - 3. Roesler: Über Grundlehren ... der Volkswirtschaft, S. 278.
  - 4. Ebenda S. 268.

- 5. Ebenda S. 9.
- 6. Ebenda S. 8.
- 7. Roesler: a. a. O. S. 22.
- 8. Ebenda S. 29.
- 9. Ebenda S. 40 f.
- 10. Ebenda S. 44.
- 11. B.R. 60, 415.
- 12. B.R. 60, 199.
- 13. Roesler: a. a. O. S. 116.
- 14. B.R. 55, 225.
- 15. B.R. 55, 392 ff.
- 16. B.R. 55, 193.
- 17. B.R. 55, 191. Roesler: a. a. O. S. 54.
- 18. Roesler: a. a. O. S. 99, 138.
- 19. B.R. 55, 393; 60, 279, 198; Roesler: a. a. O. S. 276.
- 20. Roesler: a. a. O. S. 262.
- 21. B.R. 60, 42.
- 22. B.R. 60, 279.
- 23. Roesler: a. a. O. S. 259 f.
- 24. B.R. 60, 232.
- 25. Roesler: a. a. O. S. 269.
- 26. Roesler: a. a. O. S. 140.
- 27. Ebenda S. 94.
- 28. B.R. 55, 395.
- 29. Roesler: a. a. O. S. 57, 65. B.R. 55, 194 f.
- 30. B.R. 55, 392. Roesler: a. a. O. S. 66.
- 31. B.R. 55, 392. Roesler: a. a. O. S. 140.
- 32. B.R. 55, 395.
- 33. Roesler: a. a. O. S. 59 f.
- 34. B.R. 55, 365.
- 35. B.R. 55, 394.
- 36. B.R. 55, 396.
- 37. B.R. 60, 161.
- 38. B.R. 58, 24; 59, 332. Glasers Jbb. Bd. 8, 380.
- 39. B.R. 54, 152.
- 40. B.R. 54, 156; 59, 160, 307 ff. Glasers Jbb. Bd. 8, 212.
- 41. B.R. 53, 118 ff.
- 42. B.R. 40, 216, 343.
- 43. B.R. 55, 95 f. Glasers Jbb. Bd. 7, 188.
- 44. B.R. 50, 157. N.A.V. 222, 22. 9. 1868; 231, 2. 10. 1868.
- 45. B.R. 54, 98 f., 220; 59, 309, 383; 60, 22.
- 46. Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 1869, S. 147.
- 47. Ebenda 1869, S. 634 u. 677. Drucksachen Nr. 331.
- 48. Drucksachen 1869, Nr. 125.
- 49. N.P.Z. 162, 14. 7. 1867.

- 50. Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 1869, S. 540 ff.
- 51. Glasers Jbb. Bd. 11, 76.
- 52. Sten. Ber. Norddeutscher Reichstag 1869, S. 538.
- 53. B.R. 49, 330; 51, 85 ff. N.A.V. 268, 1868.
- 54. B.R. 49, 329.
- 55. Zukunftspartei S. 39.
- 56. B.R. 47, 242.
- 57. Grundzüge kons. Pol. S. 165 f., 2. Aufl.
- 58. B.R. 55, 95. N.A.V. 7, 9. 1. 1868; 180, 4. 8. 1868 Beilage.
- 59. B.R. 51, 87. Sten. Ber. Nordd. Reichstag 1868, S. 139.
- 60. N.A.V. 80, 1868; 293, 1868.
- 61. B.R. 64, 49; 65, 149; 66, 306.
- 62. B.R. 65, 91, 147 ff., 160; 66, 25, 378 ff.; 67, 190 ff.
- 63. B.R. 64, 72 ff., 119 ff.; 72, 148.
- 64. B.R. 64, 82, 254; 65, 89, 418; 66, 52; 67, 91; 70, 199 ff.; 73, 411 ff.; 75, 13 ff. Meyer: Emanzipationskampf I, 353 ff., 376.
  - 65. Meyer an Rodbertus, 22. 11. 1870. G.St.A.
- 66. Der Sozialpolitiker Rodbertus ist ihnen schon lange bekannt. Wagener hat sich von ihm nachweisbar seit 1858 beeinflussen lassen. Seit dieser Zeit verfolgt auch die Berliner Revue seine sozialwissenschaftlichen Arbeiten, ohne aber näher auf ihn einzugehen. B.R. 12 (1858) S. 542 ff., Bd. 33, (1863) S. 224, 34, (1863) S. 332. Vgl. Ritter: a. a. O. S. 22. Seine Meinung, bis 1867 sei Wagener von Rodbertus abhängig gewesen und er habe sich erst dann eine selbständige Stellungnahme in der sozialen Frage errungen, scheint mir durch nichts erwiesen. Es ist eher umgekehrt. Erst von dieser Zeit ab werden die Beziehungen zu Rodbertus möglich.
  - 67. Meyer: Emanzipationskampf, I, 91.
  - 68. B.R. 67, 239.
  - 69. Meyer: a. a. O. I, 361.
- 70. B.R. 66, 231, 409; 67, 19, 109, 158; 69, 237; 73, 135. Meyer: a. a. O. I. 7 f.
  - 71. B.R. 68, 143 f.
- 72. (Wagener). Lösung der sozialen Frage, S. 13. Meyer auf dem 6. Kongreß deutscher Landwirte. Verhandbungen 1875, S. 171.
  - 73. B.R. 67, 274.
  - 74. Meyer: Emanzipationskampf I, 363. Meyer: Hundert Jahre, S. 252.
  - 75. B.R. 73, 105; 75, 350. Meyer: Emanzipationskampf I, 358 f.
  - 76. B.R. 71, 79 f., 125; 73, 303 f., 368 ff., 271; 74, 21 ff., 52 ff.
  - 77. B.R. 60, 407. Meyer: Emanzipationskampf I, 357, 400 f.
  - 78. B.R. 65, 381; 67, 49. Meyer: Emanzipationskampf I, 401.
- 79. B.R. 69, 135; 73, 174 ff.; 74, 418; 75, 382. Meyer: Sozialpolitische Flugblätter Nr. 2.
  - 80. Meyer: Emanzipationskampf I, 362.
  - 81. Meyer an Rodbertus, 24. 4. 1873. G.St.A.
  - 82. Meyer: Hundert Jahre, S. 272 ff.

- 83. B.R. 66, 342 ff., 357 ff., 395 ff. Meyer: Briefe, S. 306, 102 f. Rodbertus an Meyer, 10. 5. 1873. Briefe, S. 97, 102, 119, 102 f., 306 Rodbertus an Meyer.
- 84. B.R. 71, 79. Meyer: Emanzipationskampf I, 385 ff. Meyer: Sozialismus in Dänemark, S. 41. Meyer: Briefe, S. 343, 382. Meyer an Rodbertus, 21. 5. 1872; 2. 11. 1872. "Ich habe Sie gelegentlich einen sozialen Seher genannt! Nun wohlan denn, lüften Sie den Schleier von dem Bilde zu Sais!" 31. 12. 1872; 4. 1. 75. G.St.A.
  - 85. Wagener: Die Mängel der christlich-sozialen Bewegung. 28 ff.
- 86. Mayer: Lassalle nachgelassene Schriften, Bd. 6, S. 334 f. Lassalle an Rodbertus, 2. 5. 1863: "Das Wie Ihres Gedankens bleibt mir mystisch!" Meyer an Rodbertus, 27. 8. 1872. G.St.A.: "Die letzte Bandage Zeitarbeitstag .... will ich selbst anlegen ... Solange ich nicht weiß, wie ein Werkarbeitstag in Ihrem Sinne praktikabel zu machen ist."
  - 87. B.R. 66, 174, 201 f., 295 f.; 67, 32, 109; 69, 151; 71, 42, 78 f.
  - 88. Meyer an Schumacher, 28. 3. 1872. Reichsarchiv.
- 89. B.R. 68, 445; 69, 151; 71, 80; 74, 183; 75, 371. Meyer: Emanzipationskampf I, 393.
- 90. B.R. 67, 109, 139; 69, 172 ff.; 75, 182. Meyer: Emanzipationskampf I, 91, 381 ff. Meyer an Rodbertus, 24. 8. 1872: "Was über 5% hinausgeht, fällt den Arbeitern oder Gesamtheit des Staates anheim. Der Staat mengt sich während des Geschäftsjahres gar nicht ein, aber die Superdividende wird zwischen Staat und Arbeitern geteilt in dem und dem Verhältnis." 2. 11. 1872. G.St.A.
  - 91. Meyer an Rodbertus, 21. 6. 72. G.St.A.
  - 92. B.R. 71, 42 ff., 264.
- 93. B.R. 68, 168; 69, 138, 151. Meyer: Emanzipationskampf I, 197, 264, 351 ff., 396, 403.
  - 94. B.R. 67, 47 ff.; 69, 51 ff.
  - 95. B.R. 69, 266 ff.; 70, 169, 242. Meyer: Emanzipationskampf I, 386.
  - 96. B.R. 66, 383; 70, 404. Meyer: Emanzipationskampf I, 385 ff.
- 97. B.R. 64, 150; 67, 103 ff.; 69, 160 ff.; 71, 44, 166. Meyer: Emanzi-pationskampf I, 386 ff.
- 98. Meyer: Kapitalismus fin du siècle S. 7, 210: "Freunde waren wir, seine Schüler auch, hier und da, besonders hat uns seine Behandlung der Wirtschaftsgeschichte der Römer zu ähnlichen Studien angeleitet, aber in den Hauptpunkten unseres Staatsprogramms, Produktionsassoziationen und Normalanbeitstag seine unbedingten Gegner, oder vielmehr er der unsere." Derselbe: Altkonservative Theorie in der Arbeiterfrage. Die Zeit, Bd. 15 (1898) S. 52.
- 99. Meyer: Briefe: Rodbertus an Meyer, 2. 5. 1874. Wenn Sultan (Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften Bd. 82 (1927) S. 108) diese Antithese ablehnt, gerade in Beziehung auf die jahrelange Zusammenarbeit mit den Sozialkonservativen, so ist dem entgegenzuhalten, daß Rodbertus seine Mitarbeiter immer nur als seine Werkzeuge betrachtet hat, die er sofort

fallen ließ, wenn er sie nicht mehr gebrauchen konnte. Die Untersuchung hat deutlich gezeigt, daß in allen entscheidenden Punkten sie voneinander differieren, und daß sie gegeneinander immer ihre Selbständigkeit gewahrt haben.

100. N.P.Z. 154, 6. 7. 1871; 241, 15. 10. 1871; 249, 25. 10. 1871; 282,

2. 12. 1871.

101. N.P.Z. 237, 11. 10. 1871.

102. N.P.Z. 238, 12. 10. 1871.

103. N.P.Z. 181, 6. 8. 1871; 182, 8. 8. 1871; 188, 24. 8. 1871; 236, 10. 10. 1871.

104. N.P.Z. 264, 10. 11. 1872. Minnigerode: a. a. O. S. 14, 20, 25 ff. Diest-Daber: Geldmacht und Sozialismus, S. 16.

105. N.P.Z. 244, 18. 10. 1872; 260, 6. 11. 1872; 285, 5. 12. 1872.

106. N.P.Z. 117, 23. 5. 1872; 263, 9. 11. 1872 Beilage; 21, 25. 1. 1873; 90, 18. 4. 1873 Beilage; 99, 29. 4. 1873; 191, 19. 8. 1873. D.L.Z. 122, 19. 11. 1871; 109, 4. 11. 1871; 23. 9. 1873. Diest-Daber: a. a. O. S. 17, 25. Nathusius-Ludom: Konservative Position, S. 39.

107. Salomon: a. a. O. II, 5 f., 2. Aufl.

108. Ebenda II, 13, 2. Aufl.

109, Nathusius-Ludom: a. a. O. S. 36 f.

110. G. Mayer: J. B. v. Schweitzer, S. 128 f.

111. Volksstaat, 10, 11, 1869; 20, 7, 1870; 17, 7, 1871.

112. Bebel: Aus meinem Leben, II, 132. Neue Zeit, Jg. 30 (1911) Bd. 1, 185.

113. G. Mayer: Schweitzer, S. 353.

114. B.R. 68, 126.

115. Neue Zeit, Jg. 30 (1911) Bd. 1, S. 183.

116. Bebel: a. a. O. II, 47.

117. v. Schweitzer: "Lucinde" II, 106.

118. Sten. Ber. Nordd. Reichstag 1869, S. 117, 147.

119. Wagener: Erlebtes II, 6. G. Mayer: a. a. O. S. 188.

120. Meyer an Rodbertus, 12. 3. 1872. G.St.A.: "Was sagen Sie zu Schweitzer? Ich hoffe ihn anzubändigen. Er hat mehr Verstand als die übrigen Sozialdemokraten zusammen und kommt der Moment, so reißt er sie mit sich fort."

121. Meyer: Politische Gründer, S. 80. Briefe, S. 174.

122. Meyer an Rodbertus, 26. 11. 1871. G.St.A.

123. B.R. 68, 299 ff., 336, 368 ff., 403 ff. Meyer an Rodbertus, 22. 11. 1871. G.St.A. Aus diesem Brief geht hervor, daß von Schweitzer die erste Anregung dazu ausgegangen ist. Er machte auch den ersten Besuch bei Meyer.

124. Neuer Sozialdemokrat, 69, 19. 6. 1872. Mayer: a. a. O. S. 412 ff.

125. B.R. 69, 381 f.

126. B.R. 70, 82 f.

127. B.R. 68, 301 f.; 70, 76 ff.; 72, 350 f. Meyer: Emanzipationskampf I, 205, 361. Derselbe: Entwicklung des Sozialismus in Dänemark, S, 1, 3, 7. 128. Deutsche Revue, Bd. 14, 2 (1889), S. 129.

- 129. Meyer an Rodbertus, 29. 12. 1871. G.St.A.
- 130. Meyer: Entwicklung des Sozialismus in Dänemark, S. 7.
- 131. B.R. 70, 78; vigl. Meyer: Briefe, S. 226. Rodbertus an Meyer, 16. 8. 1872, S. 230, 20. 8. 1872.
  - 132. Oncken: Lassalle S. 450 f.
  - 133. Ebenda S. 471.
  - 134. Neuer Sozialdemokrat, 63, 5. 6. 1872.
  - 135. Ebenda 37, 27. 3. 1872; 64, 26. 11. 1872.
- 136. Meyer an Rodbertus, 23. 8. 1872: "Zwanzig Exemplare gehen all-wöchentlich allein unter die Arbeiter Berlins. Die lesen außer dem Neuen Sozialdemokraten nur die Revue. Ich habe die ganze Opposition auf meiner Seite." Ebenso 23. 9. 1871 und 17. 10. 1871. G.St.A. "Wenn ich richtig unterrichtet bin, habe ich unter den Anhängern Tolkes mehr Freunde als Feinde."

137. Neuer Sozialdemokrat, 65, 29. 11. 1871; 70, 10. 12. 1871; 73 u. 74, 17. und 20. 12. 1871; 45, 17. 4. 1872.

- 138. Neuer Sozialdemokrat, 57, 17. 5. 1872; 65, 29. 11. 1871.
- 139. Ebenda Nr. 63, 5, 6, 1872.
- 140. Neuer Sozialdemokrat, 37, 27. 3. 1872; 45, 17. 4. 1872.
- 141. Ebenda 74, 20. 12. 1872.
- 142. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, S. 316.
- 143. Ebenda S. 195.
  - § 3. Der Versuch einer neuen Parteibildung und sein Scheitern.
- 1. Meyer an Rodbertus, 30. 7. 1871. G.St.A. "... Gehe ich Ende nächster Woche aufs Land. Will jedoch Wageners Rückkehr aus Varzin wohin er am 1. geht abwarten. Mir scheint, die Regierung will die Kraft zum Kampf gegen Rom im Grundbesitz und dem Arbeiterstande suchen". Ähnlich Meyer an Rodbertus, 11. 8. 1871. G.St.A.; vgl. B.R. 66, 172 f.
  - 2. Meyer an Rodbertus, 1. 11. 1871; 26. 11. 1871. G.St.A.
  - 3. Meyer an Rodbertus, 17. 10. 1871. G.St.A.
  - 4. Meyer an Rodbertus, 14. 11. 1871. G.St.A.
- 5. G. Mayer: Lassalles nachgelassene Schriften, Bd. 6, 343. Rodbertus an Lassalle, 9. 5. 1863.
  - 6. Meyer an Rodbertus, 27. 8. 1871; 18. 9. 1871. G.St.A.
- 7. Meyer an Rodbertus, 1. 11. 1871. Interessant ist, daß sich nirgends Verbindungslinien zu Theodor Lohmann, dem Sachbearbeiter für Sozialpolitik im Handelsministerium, der in vieler Beziehung ähnliche Anschauungen vertritt, für diese Zeit nachweisen lassen.
  - 8. Meyer an Rodbertus, 14. 9. 1871. G.St.A.
  - 9. Ebenso 18. 9. 1871. G.St.A.
  - 10. Ebenso 1. 11. 1871; 26. 11. 1871. G.St.A.
- 11. Rothfels: Lohmann S. 26 f.; vgl. Lohmann an Friedrich, 20. 5. 1872, Archiv für Geschichte und Politik 1926, Heft 9, S. 288 f.: "... Meine Meinung ist, es wird nichts gemacht. Erst wenn es zu spät ist, werden wir uns zu

Maßregeln entschließen, die — bei Zeiten ergriffen — noch etwas hätten wirken können."

- 12. An Rodbertus, 26. 11. 1871. G.St.A.
- 13. Meyer an Rodbertus, 26. 11. 1871. G.St.A.
- 14. Ebenso 22. 11. 1871. G.St.A. Es ist übrigens interessant, daß auch von ganz anderer Seite her, von dem Greifswalder Nationalökonomen Bekker, der Versuch gemacht wird, ihn aus seinem Privatleben hervorzulocken. Er schreibt ihm am 27. 2. 1870: "Teuerster und verehrtester Freund! Verzeihen Sie, wenn ich das Hetzen nicht sein lassen kann, Sie müssen wieder in den Strudel des politischen Lebens." G.St.A.
  - 15. An Rodbertus: 18. 9. 1871; 7. 10. 71; 1. 11. 71. G.St.A.
- 16. Meyer: Briefe, S. 101, 9. 9. 71; S. 105 ff., 16. 9. 71; S. 131 f., 23. 11. 71 und besonders wichtig S. 133 ff., 29. 11. 1871.
  - 17. Meyer an Rodbertus, 8. 12. 1871. G.St.A.
- 18. Meyer an Rodbertus, 18. 9. 71; ähnlich 26. 11. 71. G.St.A. "Wenn der Schritt (nämlich Audienz) inopportun, genügt vollständig ein gelegentliches Anrühren in der Revue, um das langsame Feuer zu erhalten; oder am 1. 11. 1871 (G.St.A.) "Einige praktische Vorschläge will ich schon via Revue Bismarck in die Hand spielen."
  - 19. Meyer an Rodbertus, 14. 9. 71. G.St.A.
  - 20. Ebenso 28. 10. 1871. G.St.A.
  - 21. Meyer an Rodbertus, 23. 9. 1871. G.St.A.
- 22. Vergleiche damit das Urteil, daß er später über Blanckenburg fällt. Briefe I, 199 Anmerkung. "... Er konnte mich meiner ausgeprägten sozialen Richtung wegen nie leiden. Altes Junkerblut, das den Arbeiter nur in der Kirche als einen Menschen sieht." 1871 dachte er noch anders darüber! Es macht sich die Verbitterung seiner Verbannungszeit bemerkbar.
  - 23. Meyer an Rodbertus, 26. 11. 1871. G.St.A.
- 24. Meyer an Rodbertus, 13. 3. 1872. "... Es gibt in Deutschland nur einen Mann, der deren ganze Achtung hat, der sind Sie". G.St.A.
  - 25. Bismarckjahrbuch, Bd. 6, 209 ff.
  - 26. Poschinger, Aktenstücke I, 160 ff.
  - 26°. Poschinger, Aktenstücke I, 161.
  - 27. Ebenda I, 164 ff. Bismarck an Itzenplitz, 17. 11. 1871.
  - 27°. Sten. Ber. Abgh. 1872, S. 534.
  - 28. Wahl: Deutsche Geschichte I, 47.
  - 29. Meyer an Rodbertus, 7. 2. 1872. G.St.A.
  - 30. Sten. Ber. Abgh. 1872, S. 702.
  - 31. Sten. Ber. Abgh. 1872, S. 739.
  - 32. Ebenda 1872, S. 746.
  - 33. N.P.Z. 37, 14. 2. 1872.
  - 34. B.R. 68, 326.
  - 35. B.R. 68, 324, 363 ff., 393 ff.; 69, 10 ff.
  - 36. B.R. 68, 279.
  - 37. Meyer: Briefe, S. 170. Rodbertus an Meyer, 14. 2. 1872.

- 38. G. Mayer: Lassalle, Nachgelassene Schriften, Bd. 6, 336 f. Rodbertus an Lassalle, 4. 5. 1863.
- 39. Forschung, zur brandenburgisch-preußischen Gesch., Bd. 39 (1927) S. 234 ff.
  - 40. Schumacher an Rodbertus, 27. 2. 1872. G.St.A.
  - 41. Meyer an Rodbertus, 14. 4. 1872. G.St.A.
- 42. N.P.Z. 195, 1872. Bismarck: Gedanke und Erinnerung, S. 313. In seinem ungedruckten Beileidsbrief an die Witwe vom 9. 8. 1872 heißt es: "... der harte Schlag ... trifft außerhalb des Familienkreises kaum jemand so schwer als mich. Ich habe wenig Freunde und keine Aussichten, neue hinzuzugewinnen. Keiner ist aber für mich so zuverlässig, so selbstlos und so liebenswürdig in seiner Freundschaft gewesen wie Eberhard in den 25 Jahren, wo wir uns nähergestanden haben."
  - 43. Bismarck: Gesammelte Werke, Bd. 8, 69. Meyer: Briefe, S. 200.
  - 44. Meyer: Briefe, S. 178. Rodbertus an Meyer, 12. 3. 1872.
  - 45. Meyer an Rodbertus, 24. 4. 1872. G.St.A.
  - 46. Meyer an Rodbertus, 13. 3. 1872. G.St.A.
- 47. Meyer: Briefe, S. 179 ff. Neue Briefe, S. 352 ff. Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 5 ff.
  - 48. Wagener: a. a. O. S. 8 f.
  - 49. Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 12 ff.
- 50. Neue Briefe, S. 212, 357. Meyer an Schumacher, 23. 3. 72. Meyer an Rodbertus, 23. 3. 1872; 1. 4. 1872; 10. 4. 1872. G.St.A.
  - 51. Neue Briefe, S. 359. Meyer an Schumacher, 28. 3. 1872.
- 52. Wagener an Rodbertus, 9. 4. 1872. G.St.A. "Soviel ich aus Euer Hochwohlgeboren gütigen Mitteilungen entnehmen kann, sind wir nicht allein in den maßgebenden Prinzipien einig, sondern wir werden uns auch was ich mit großer Befriedigung konstatiere über die Details sehr leicht verständigen." Die mitgeschickte Zusammenstellung zum Teil abgedruckt, Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 19 ff. Dort auch die Antwort von Rodbertus vom 21. 4. 1872, S. 26.
- 53. Meyer an Rodbertus, 24. 4. 1872. G.St.A. Meyer an Schumacher, 24. 4. 1872. G.St.A.
- 54. Meyer an Rodbertus, 26. 4. 1872. G.St.A. Neue Briefe, S. 212, Anm. 1. Meyer: Briefe, S. 199.
  - 55. B.R. 73, 45.
  - 56. Meyer an Rodbertus, 31. 5. 1872. G.St.A.
  - 57. Preußisches Volksblatt 121, 28. 5. 1872.
- 58. Unterzeichnet ist es von Blanckenburg, v. Brauchitsch-Katz, v. Denzin, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, v. Oheimb, v. Schöning, v. Seydewitz und v. Wedell-Malchow. (B.R. 73, 49.) Salomon: a. a. O. II, 1 ff., 4. Aufl.
  - 59. Preußisches Volksblatt 123, 30. 5. 1872.
  - 60. N.P.Z. 125, 1. 6. 1872.
- 61. B.R. 73, 50, 77. Das einzige vorhandene Exemplar auf der Universitätsbücherei Heidelberg ist zur Zeit nicht aufzufinden. Über die Süddeutsche

Reichspost vgl. v. Ungern-Sternberg, Monatsschrift für Stadt und Land, Jahrgang 62 (1905) S. 457 ff. Die Süddeutsche Reichspost war das einzige Organ der evangelischen Konservativen in Süddeutschland, das von einem verschwindend kleinen Kreise von Leuten getragen wurde und mit schweren Anfeindungen zu kämpfen hatte. Von den Liberalen wurde es allgemein als das "Muckerblatt" bezeichnet. Der Verfasser erzählt über seine Tätigkeit als Redakteur, die im Herbst 1873 begann. Er gibt ein anschauliches Bild von der damaligen Arbeit der Konservativen in Franken.

- 62. N.P.Z. Nr. 121, 28. 5. 1872.
- 63. N.P.Z. 107, 9. 5. 1872; 125, 1. 6. 1872; 151, 2. 7. 1872.
- 64. Petersdorf: a. a. O. S. 461 f. Roon: a. a. O. III, 369. Bismarck an Roon, 20. 11. 1873.
- 65. Meyer an Rodbertus, 12. 8. 1872 und 23. 8. 1872. G.St.A. "Glauben Sie, ich bedauere, daß Nathusius einen Bruch herbeiführt? Keineswegs! Der jetzige Zustand ist unerträglich."
  - 66. Paul Merbach: N.P.Z. 1923, Nr. 273, Jubiläumsbeilage S. 13, Spalte 1.
  - 67. Nathusius-Ludom: Konservative Partei und Ministerium, S. 4 ff.
  - 68. Ebenda S. 44.
  - 69. Ebenda S. 42.
- 70. Ritter: Altersbriefe Gerlachs. Deutsche Revue, 1911, Bd. 2, 307 f. Ludwig v. Gerlach an Thadden, 12, 2, 72.
  - 71. N.P.Z. 224, 25. 9. 1872; 226, 27. 9. 1872. Petersdorf: a. a. O. S. 242.
  - 72. Meyer an Rodbertus, 31. 5. 1872. G.St.A.
  - 73. Reichstagsdrucksachen 1872, Nr. 64.
  - 74. Sten. Ber. Reichstag 1872, S. 375 f.
  - 75. Wagener: Erlebtes II, 68.
  - 76. Sten. Ber. Reichstag 1872, S. 379.
  - 77. Ebenda 1872, S. 427 f. Reichstagsdrucksachen 1872, Nr. 81, III.
- 78. Drucksachen 1872, Nr. 170; vgl. Kissling: Geschichte des Kulturkampfes, Bd. 2, 24, 289 und "Bismarck nach dem Kriege" S. 83.
  - 79. G.St.A.
  - 80. Meyer: Briefe, S. 213. Rodbertus an Meyer, 24. 5. 1872.
  - 81. B.R. 69, 66.
  - 82. B.R. 73, 53 f., 87.
  - 83. Meyer an Rodbertus, 28. 8. 1872. G.St.A.
  - 84. B.R. 69, 169.
  - 85. Meyer an Rodbertus, 17. 6. 1872. G.St.A.
  - 86. Neue Briefe, S. 216 f. Rodbertus an Schumacher, 1. 7. 1872.
  - 87. Meyer: Briefe, S. 253. Rodbertus an Meyer, 25. 10. 1872.
- 88. Ebenda S. 257. Rodbertus an Meyer, 6. 11. 1872, S. 265, 25. 12. 1872, S. 297, 5. 2. 1873. Neue Briefe, S. 224. Rodbertus an Schumacher, 29. 12. 1872.
  - 89. Neue Briefe, S. 223. Rodbertus an Schumacher, 14. 12. 1872.
- 90. Meyer: Briefe, S. 265. Rodbertus an Meyer, 23. 12. 1872. Neue Briefe, S. 223.

- 91. Meyer: Briefe, S. 255 ff. Rodbertus an Meyer, 6. 11. 72.
- 92. Meyer: Briefe, S. 298. Rodbertus an Meyer, 18. 4. 1873.
- 93. Ebenda S. 275, Anm. 1.
- 94. Ebenda S. 303. Rodbertus an Meyer, 22. 4. 1873.
- 95. Schumacher an Rodbertus, 8. 7. 1872. G.St.A. "Was weiß auch ein Pächter von Politik? Nur soviel, daß der günstigste Augenblick zu einer wahrhaft konservativen Parteibildung wohl verpaßt ist."
- 96. Neue Briefe, S. 358 f. Meyer an Schumacher, 28. 3. 1872. Petersdorf: a. a. O. S. 462. Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 8, 69.
  - 97. Neue Briefe, S. 359.
- 98. Meyer an Schumacher, 28. 3. 1872. Reichsarchiv, zum Teil abgedruckt Neue Briefe, S. 358 ff.
  - 99. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 30. 5. 1872.
- 100. Petersdorf: a. a. O. S. 415 f. Roon: a. a. O. III, 372. Bismarck, Erinnerung und Gedanke, S. 341.
  - 101. B.R. 73, 178; 74, 368; 75, 113.
  - 102. Below-Arnim: Deutscher Aufstieg. Petersdorf: Wagener, S. 175.
- 103. Roon: a. a. O. III, 371. Blanckenburg an Roon, 11. 11. 1873; vgl. Kohl: Briefwechsel zwischen Eulenburg und Bismarck, Deutsche Revue 1900, Bd. I. 193 ff.
  - 104. Meyer an Rodbertus, 14. 12. 1873. G.St.A.
- 105. Petersdorf: a. a. O. S. 415 vermutet, daß Bismarck im Sommer 1872 Rodbertus das Kultusministerium angeboten habe. So gut dies zu dem damaligen Verhältnis zwischen Rodbertus und der Regierung paßt, hat sich doch im Nachlaß von Rodbertus keinerlei Hinweis darauf finden lassen.
  - 106. Roon: a. a. O. III, 334 f. Bismarck an Roon, 13, 12, 1873.
  - 107. Bismarck: Erinnerung und Gedanke, S. 348.
  - 108. Preußisches Volksblatt 1872, Nr. 128 und 158.
  - 109. Preußisches Volksblatt, Nr. 121 und 179, 1872.
  - 110. Müller: Der preußische Volksverein, S. 92.
  - 111. Preußisches Volksblatt 269, 16. 11. 1872.
- 112. Siehe dazu N.P.Z. 1872, Nr. 279, 284, 287; Preußisches Volksblatt 1872, Nr. 281, 282, 283. Salomon: Deutsche Parteiprogramme II, 4 ff., 2, Aufl.
- 113. Meyer an Rodbertus, 12. 3. 73 und 13. 3. 73. G.St.A.: "Einen solchen günstigen Augenblick, von Bismarck Eingehen auf unsere Ideen zu erreichen, finden wir nicht wieder." B.R. 73, 40 ff.
  - 114. Meyer: Hundert Jahre, S. 237 ff.
  - 115. B.R. 74, 17 f.
  - 116. B.R. 75, 77.
  - 117. Pastor: August Reichensperger, II, 98.
  - 118. Meyer an Rodbertus, 7. 5. 1873. G.St.A.
  - 119. Meyer an Rodbertus, 8. 12. 73. G.St.A.
  - 120. B.R. 75, 382. Meyer: Emanzipationskampf I, 415.
  - 121. N.P.Z. 290, 11. 12. 1873.

- 122. Wentzke: Deutscher Liberalismus II, 128. Aegidi an Kruse, 17. 5. 1875.
  - 123. Meyer: Sozialpolitische Flugblätter I, 12.
  - 124. Sombart: Proletarischer Sozialismus I, 461.
  - 125. Meyer: Hundert Jahre, S. 249 ff.
- 126. Bismarck Jahrbuch, Bd. 6, S. 214 ff. Meyer an Rodbertus, 22. 12. 1873. G.St.A. Das Material abgedruckt teilweise B.R. 72, 347 f.: Die drohende Entwicklung des Sozialismus in Deutschland; vgl. Bismarck nach dem Kriege, S. 107 ff.
  - 127. Poschinger: Ein Achtundvierziger, 3, 167.
- 128. Meyer: Briefe, S. 246, Anm. Derselbe: Die altkonservative Wirtschaftstheorie. Die Zeit, Bd. 16 (1898) S. 131. Danach ist auch zu verbessern: Poschinger: Fürst Bismarck als Volkswirt, I, 59, der dort behauptet, Wagener habe an der Tagung von 1872 teilgenommen.
  - 129. Meyer: Briefe, S. 243 Anm., 246 Anm., 248 Anm. B.R. 75, 112.
  - 130. B.R. 71, 126.
  - 131. Verhandlungen S. 36, 98 f., 101. B.R. 71, 78, 121 f., 279.
  - 132. B.R. 72, 135; 73, 223. Meyer: Emanzipationskampf I, 198.
  - 133. B.R. 71, 116.
  - 134. B.R. 71, 115 f.
  - 135. B.R. 71, 116 ff. Verhandlungen, S. 36, 101 f.
  - 136. Verhandlungen, S. 108, 120.
  - 137. Meyer: Briefe, S. 245. Rodbertus an Meyer, 17. 10. 1872.
  - 138. B.R. 75, 111. Meyer: Hundert Jahre, S. 271.
  - 139. B.R. 75, 113.
  - 140. Meyer: Hundert Jahre, S. 270.
  - 141. N.P.Z. 263, 9, 4, 1872.
  - 142. Neue Briefe, S. 220. Rodbertus an Schumacher, 7. 10. 72.
  - 143. Meyer: Briefe, S. 245 f. Rodbertus an Meyer, 17. 10. 1872.
  - 144. B.R. 75, 112.
  - 145. Meyer: Hundert Jahre, S. 269 ft.
- 146. Meyer: Hundert Jahre, S. 284 ff. Vgl. Die Zeit, Bd. 16 (1898) S. 148.
  - 147. Meyer an Rodbertus, 4. 1. 1875. G.St.A.
- 148. Meyer: Briefe, S. 385 ff. Adolf Wagner an Rodbertus, 19. 2. 1875. Meyer an Rodbertus, 9. 2. 1875; 17. 2. 1875. G.St.A.
- 149. Meyer: Briefe, S. 466 f. Der Kongreß hatte eine Kommission eingesetzt. Diese hatte sich ausdrücklich enthalten, bestimmte Maßnahmen zur praktischen Hebung der Notlage zu geben, sondern sich auf theoretische Untersuchungen beschränkt, hier aber festgestellt, daß die Lage der grundbesitzlosen freien Arbeiter und der Gutstagelöhner in Gegenden mit vorherrschendem Großgrundbesitz eine ungünstige ist. Neue Briefe, Anhang, S. 370—372.
  - 150. Verhandlungen, S. 163 ff.

151. Neue Briefe, S. 232. Rodbertus an Schumacher, 5. 3. 1875. Das Material über die Lohnbewegung im Kreis Demmin abgedruckt, Wagener: a. a. O. S. 42 ff.; vgl. dazu Meyer an Rodbertus, 9. 3. 1875. G.St.A., der darüber klagt, daß Bismarck sich noch nicht dazu geäußert hat.

152. Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 27 f. Rodbertus an Wagener,

8. 3. 1875. Wagener an Rodbertus, 24. 3. 1875. G.St.A.

153. Siehe Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 28 ff. Meyer: Briefe, S. 408. Rodbertus an Meyer, 13. 6. 1875. "Mit Wagener bin ich in eine eingehende Korrespondenz gekommen. Er wird noch einmal der Unsrige."

154. Meyer an Rodbertus, 1. 10. 1875. G.St.A.

- 155. Wagener an Rodbertus, 4. 10. 1875. G.St.A. Die Antwort von Rodbertus vom 6. 10. 1875 bei Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 32.
  - 156. Verhandlungen, S. 5. Meyer: Briefe, S. 420 ff.

157. Meyer an Rodbertus, 13. 10. 1875. G.St.A.

158. Poschinger: Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik, I, 203.

159. Deutsche Revue, Bd. 20 (1895) 4, 167.

160. Poschinger: Fürst Bismarck als Volkswirt, I, 40.

161. Verhandlungen, S. 4 ff. Meyer: Briefe, S. 427 ff.

- 162. Else Conrad: Der Verein für Sozialpolitik, S. 65. Wentzke-Heyderhoff: Deutscher Liberalismus II, 137 ff. Briefwechsel Lujo Brentano—Lasker. Besonders Brief Brentanos vom 21. 11. 1875.
- 163. Wagener: Aus Rodbertus Nachlaß, S. 32 f. Rodbertus an Wagener, 27. 10. 1875.
  - 164. Schmoller an Rodbertus, 27. 10. 1875. G.St.A.
- 165. Adolf Wagner an Rodbertus aus Rom 1875 undatiert G.St.A. Wagner findet das Vorgehen Meyers nicht ganz richtig.
  - 166. Meyer: Briefe, S. 193. Rodbertus an Meyer, 2. Pfingsttag 1872.
- 167. Meyer: Briefe, S. 93 f., 120 f. Meyer an Rodbertus, 27. 8. 1871. G.St.A.
  - 168. Meyer an Rodbertus, 11. 8. 1871; 7. 6. 1872. G.St.A.
  - 169. Ebenso 26. 8. 1872. G.St.A.
- 170. S. Rede Meyers auf dem 6. Kongreß der Landwirte. Verhandlungen, S. 171.
- 171. Meyer an Rodbertus, 31. 12. 1872. G.St.A. Wagener: Kritik der Quintessenz des Sozialismus, S. 30.
  - 172. B.R. 71, 334.
  - 173. B.R. 73, 369. Meyer: Emanzipationskampf, II, 64.
  - 174. Wagener: Kritik der Quintessenz des Sozialismus, S. 21 ff.
  - 175. B.R. 73, 348; 74, 119. Meyer: Sozialpolitische Flugblätter 3, 10.
- 176. B.R. 74, 119. Meyer: Emanzipationskampf II, 351. Sozialpolitische Flugblätter 3, 8. Sozialismus in Dänemark, S. 4.
  - 177. B.R. 69, 237; 74, 118.
  - 178. B.R. 75, 52. Meyer: Emanzipationskampf I, 77.
  - 179. Meyer: Emanzipationskampf I, 91.
  - 180. Frank: Stöcker, S. 29 f.

- 181. Meyer an Schumacher, 13. 5. 1875. Reichsarchiv.
- 182. Meyer an Schumacher, 17. 7. 1896. Reichsarchiv.
- 183. Wagener: Lösung der sozialen Frage, S. 154.
- 184. Meyer: Briefe, S. 725 f.
- 185. Wagener: Lösung der sozialen Frage, S. 77, 125 f.
- 186. Todt: Der radikale deutsche Sozialismus, S. 13 ff., 18 ff., 23 ff., 30.
- 187. Ebenda S. 41 f.
- 188. Todt: a. a. O. S. 454.
- 189. Ebenda S. 29, S. 455 ff.
- 190. Meyer an Rodbertus, 10. 1. 1874. G.St.A. Meyer an Schumacher, 17. 3. 1874. Reichsarchiv.
  - 191. Meyer an Rodbertus, 9. 3. 1875. G.St.A.
  - 192. Meyer an Rodbertus, 24. 4. 1875. G,St.A.
  - 193. Meyer: Politische Gründer, S. 151 ff.
  - 194. Meyer: Politische Gründer, S. 67.
- 195. Am deutlichsten Diest-Daber: Bismarck und Bleichröder, S. 29, 42. Derselbe: Der sittliche Boden im Staatsleben.
- 196. Solange uns die Akten über diese Dinge nicht zugänglich sind, läßt sich nicht sagen, wieweit die Angriffe berechtigt sind. Denn die Konservativen wie Diest und Wedemeyer haben sicher in gutem Glauben gehandelt.
  - 197. Diest-Daber: Geldmacht und Sozialismus, S. 9.
- 198. Bismarck: Erinnerung und Gedanke, S. 350 ff.; vgl. Ungern-Sternberg: a. a. O. Monatsschrift für Stadt und Land, Jahrgang 64, 572 ff. Perrot war längere Zeit Mitarbeiter Sternbergs an der Neuen Reichszeitung, dem sächsischen konservativen Organ. Er schildert ihn als eine unausgeglichene Persönlichkeit, dessen mangelnde Sachkenntnis in scharfem Kontrast zu seinem Unfehlbarkeitsbewußtsein steht. In ihm vereint sich ein maßloses Selbstgefühl mit ebenso großem Wohlwollen. Über eine gewisse Halbbildung ist er, wie auch seine Schriften zeigen, nie hinausgekommen. Im Grunde ein herzensguter Mensch "ohne eine Spur von Galle und konnte keiner Fliege wehe tun". Dabei ist er ein glühender Verehrer Bismarcks, der mehr aus Naivität als Überlegung seinen Angriff in der Kreuzzeitung geschrieben hat. Er hat den Kanzler mehr warnen als angreifen wollen. Perrot sei über die Wirkung der Artikel sehr erschreckt gewesen und habe Bismarck vergeblich um Verzeihung gebeten. Durch eine Lektüre der Schriften Perrots wird dieser Eindruck Sternbergs vollkommen bestätigt.
  - 199. Meyer: Kapitalismus fin du siècle, S. 258.
  - 200. B.R. 69, 387 ff.; 70, 121 ff., 146 ff.; 71, 203.
  - 201. N.P.Z. 174-177, 1873 Beilagen.
- 202. Meyer: Politische Gründer, 54. Diest-Daber: Bismarck und Bleichröder, S. 28.
  - 203. Germania, 1877, 12. November, Beilage.
- 204. Diest-Daber: Bismarck und Bleichröder, S. 42. Derselbe: Drei Monate Gefängnis, 1878.